A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

9

Dez. 1970

Jugoslawien auf dem 'Dritten Weg' – zum Kapitalismus

Legende der Bolschewisierung der KPD (I)

Diskussion zu neueren Imperialismus-theorien

SOZIALISTISCHE POLITIK

Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut

1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

2. Jahrgang Nr. 9 Dezember 1970

Editorial und Planung für 1971 siehe Beilage

		Seite
Peter Costas Jürgen Schulz zur Wiesch Elisabeth Stein	Jugoslawien auf dem 'Dritten Weg' – zum Kapitalismus	1
Joachim Deiters Jürgen Huss Rüdiger Strehl	Kritik des Jugoslawien-Aufsatzes	59
Hans-Dieter Heilmann Bernd Rabehl	Die Legende von der "Bolschewisierung" der KPD (Teil I)	65
Dieter Boris Luis Alberto Castillo	Bemerkungen zu: "Neuere Imperialismustheorien", SOPO 6/7, 1970	115
Klaus Busch	Replik zur Kritik von D. Boris und L.A. Castillo	122

Redaktion, Werbung und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK

1 Berlin 41, Postfach 270
Postscheckkonto Berlin-West 62010
Anzeigenpreisliste 2/70
1.-8. Tausend Dezember 1970

Redaktionskollektiv:

Bernard Langfermann, Frank Stern,
Hella Stern, Gudrun Wossidlo

Cover	Satz	Druck
Gil Funccius	Hannes Schwenger Westberlin	Verlag + Druck Westberlin

Preis des Einzelheftes: DM 3,–
Ab 1.1.1971 Preis der neu erscheinenden Ausgaben: Einzelheft DM 4,–; Doppelheft DM 8,–. Abonnementspreis je Nummer DM 3,–. Abonnementslieferungen nur über Direktvertrieb. Lieferung erfolgt sofort nach Zahlungseingang für den Zeitraum, den der eingegangene Betrag umschließt. Soweit nicht spätestens 6 Wochen vor Jahresende eine Kündigung erfolgt , verlängert sich das Abonnement um jeweils 1 Kalenderjahr.

Nachdruck ist nach Absprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Bestellung von Einzelexemplaren

Soweit einzelne Ausgaben der SOPO in örtlichen Buchhandlungen nicht erhältlich sind, können sie nur noch über eine Buchhandlung der Westberliner Buchladen Kollektive bestellt werden: Das Politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99; Buchhandlung Karin Röhrbein, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5; Jürgens Buchladen, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40. Die Abrechnung erfolgt über die jeweilige Buchhandlung.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise Prospekte der folgenden Verlage bei: Institut für Marxistische Studien (IMSF), Luchterhand Verlag, Westdeutscher Verlag.

Peter Costas, Jochen Schulz zur Wiesch, Elisabeth Stein

Jugoslawien auf dem 'Dritten Weg' – zum Kapitalismus

Von den sozialistischen Ländern – vor und nach den tschechoslowakischen Ereignissen – ist Jugoslawien das Lieblingskind der bürgerlichen Propaganda, abgesehen von unsystematischen, vereinzelten 'kritischen Notizen'. Die Wirkung dieser Propaganda ist nicht nur bei den linken Antikommunisten manifest, die das jugoslawische Modell als 'fortschrittlich', 'human', 'demokratisch' hochpreisen, sondern auch bei einigen Genossen.

Dies veranlaßte uns, die jugoslawischen Verhältnisse zu analysieren; damit hoffen wir, der linken Bewegung in der BRD und Westberlin eine Orientierungshilfe über Jugoslawien zu liefern, um einen Teil zur Diskussion der politischen Linie beizutragen.

Es wäre falsch, die jugoslawischen Verhältnisse auf andere sozialistische Länder zu übertragen. Trotzdem – die ökonomischen Prinzipien, die in den europäischen sozialistischen Ländern eingeführt worden sind, haben gewisse Ähnlichkeiten mit denen Jugoslawiens. Die zukünftige Arbeit und Diskussion im Rahmen der SOPO hat die gemeinsamen und unterschiedlichen politischen und sozio-ökonomischen Ursachen der einzelnen Entwicklungen in diesen Ländern zu analysieren. Darüber hinaus ist eine Analyse der Probleme der Übergangsphase überhaupt notwendig.

In diesem Artikel und in dieser Phase der Diskussion wäre eine theoretische Abhandlung über die Problematik der Übergangsphase, in der sich die sozialistischen Länder befinden, fehl am Platz. Diese Auffassung beruht nicht auf Theoriefeindlichkeit oder Unfähigkeit zur Abstraktion, sondern auf der Erkenntnis, daß ohne "die konkrete Analyse der konkreten Situation" theoretische Abhandlungen Rationalisierungen der eigenen Unkenntnisse sind und politisch falsche Akzente setzen können.

Wir haben bewußt viel empirisches Material benutzt, nicht nur um unsere theoretische Position zu untermauern, sondern um dem Leser die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Freilich ist das Material von unserem Gesichtspunkt aus schon 'selektiert'.

Wir haben versucht, jugoslawisches und UNO-Material zu verwenden, aber es war darüber hinaus unausweichlich, bürgerliche Quellen heranzuziehen. Da die bürgerliche Publizistik Jugoslawien eher in einem positiven Licht darstellt, war diese Entscheidung leichter als beispielsweise bei einer Arbeit über die DDR.
Rückblickend und gemäß unserer Bewußtseinsentwicklung ist uns folgender Fehler unterlaufen: Wir haben nicht genügend die Rolle der Partei und des Überbaus in der Übergangsphase berücksichtigt. Dies wäre nicht nur in bezug auf die jugoslawische Entwicklung wichtig, sondern auch für die aktuelle Organisationsdebatte der Linken in der BRD, insofern als sich die jugoslawische Partei nicht mehr als eine streng 'orthodoxe' marxistisch-leninistische Kaderpartei versteht (sie nennt sich dementsprechend nicht mehr KPJ, sondern BKJ – Bund der Kommunisten Jugoslawiens). Auch die oppositionellen Gruppierungen innerhalb und außerhalb der KPJ bzw. BKJ haben wir nicht genügend berücksichtigt, d.h. wir haben die politische Entwicklung in ihren Widersprüchen nicht erfaßt.

Auch die Verhältnisse in der Landwirtschaft haben wir nur im Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Prozessen dargestellt. Der schwerwiegendste Fehler war die Nichtbeachtung praktischer Bedürfnisse der Genossen, die die absolut notwendige politische Arbeit in den Betrieben und in der Parteiinitiative leisten. Z.B. wäre eine Analyse der DDR – wir können vorwegnehmen, daß das Ergebnis anders ausfallen würde – vom Aspekt einer politischen Massenlinie wichtiger.

Wir schreiben diese Selbstkritik keineswegs, um uns gegen Kritik zu feien, sondern in der Hoffnung, daß Genossen, die Beiträge in der SOPO und anderen linken Zeitschriften veröffentlichen, diese Fehler vermeiden.

1. Der Übergang von der Planwirtschaft zur 'sozialistischen Marktwirtschaft'

1.1 Jugoslawiens Bruch mit dem Kominform

Am Ende des 2. Weltkrieges war die einzige von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Macht die von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens angeführte Volksbefreiungsarmee. Dies ermöglichte der KPJ bereits 1946 eine Nationalisierung der wichtigsten Industrie- und Handelsunternehmungen. Die Enteignung ging ohne große soziale Konflikte vor sich, weil erstens die Mehrheit der Bevölkerung die Politik dieser Regierung, die zum großen Teil aus Partisanen bestand, billigte, und sich zweitens die schwach entwickelte Bourgeoisie besonders im Norden durch die Kollaboration mit den Nazis diskreditiert hatte und drittens ohnehin rund 46 % der Vorkriegsproduktion in der Hand ausländischen Kapitals gelegen hatte. (1) Bei diesen Maßnahmen leistete die Sowjetunion politische Unterstützung.

Jugoslawien und die Sowjetunion waren nach Kriegsende zunächst eng verflochten. Die Sowjetunion unterstützte die KPJ außenpolitisch in bezug auf die Triestfrage und die jugoslawischen Ansprüche auf Teile Kärntens. Die ökonomische Verflechtung mit der UdSSR äußerte sich in der sowjetischen Hilfe in Form dringend benötigter Waren, Kredite und Industrieanlagen sowie in der Bildung gemeinsamer Aktiengesellschaften. Allerdings verfügte die KPJ im Vergleich zu anderen kommunistischen Parteien in Osteuropa über eine selbständige politische Position gegenüber der Sowjetunion, die sich primär aus dem eigenständigen Partisanenkampf ergab. Diese politische Selbständigkeit äußerte sich zum Beispiel darin, daß Tito sich entgegen den Wünschen der UdSSR um eine Balkanföderation unter jugoslawischer Führung bemühte. Daraus kann allerdings nicht auf eine planvolle Vorbereitung des Bruches mit Moskau geschlossen werden.

Die Sowjetunion, die die Einheit aller sozialistischen Länder besonders in der Zeit des Kalten Krieges anstrebte, sah in einem Zusammenschluß der sozialistischen Balkanländer unter einer eigenwilligen jugoslawischen Führung eine Gefährdung dieses Zieles. 1948 stellte Moskau folgende Forderungen an Jugoslawien:
Konsultationen über die Außenpolitik; Einstellung der Unterstützung des griechischen Partisanenkampfes (was Jugoslawien 1949 tat); Verzicht auf eine große Balkanföderation (unter Einfluß Rumäniens).

Diese Forderungen wurden von Jugoslawien abgelehnt. Stattdessen verlangte es die Reduzierung der Gehälter für die sowjetischen Experten, da diese angeblich den Staatshaushalt zu sehr belasteten und bei der Bevölkerung einen ungünstigen Eindruck machten. Der wahre Grund war, daß die Jugoslawen trotz des Kalten Krieges im militärischen Bereich keine sowjetische Einmischung wünschten. Daraufhin rief Moskau seine Experten zurück. Es folgte ein längerer, aufschlußreicher Briefwechsel zwischen dem ZK der KPdSU sowie anderen kommunistischen Parteien der Kominform-Länder und dem ZK der KPJ. (2)

Besonders empfindlich wurde in Jugoslawien registriert, daß Stalin versuchte, die Leistung der Partisanen im 2. Weltkrieg herabzusetzen, indem er behauptete, die jugoslawischen Kommunisten seien nur durch das Eingreifen der Sowjets an die Macht gekommen.

1 Hoffmann, G.W., Neal, F.W.: YUGOSLAVIA AND THE NEW COMMUNISM, New York 1962, S. 87.

2 Farrell, Robert Barry: YUGOSLAVIA AND THE SOVIET UNION; AN ANALYSIS WITH DOCUMENTS, 1956, Handen.

Ein anderer Stein des Anstoßes war die Entwicklung der jugoslawisch-sowjetischen Aktiengesellschaften (3) JUSTA (Flugtransport-AG) und JUSPAD (Schiffahrt-AG). Der JUSTA gelang es, einen großen Teil des Luftverkehrs auf sich zu konzentrieren, wodurch eine rein jugoslawische Fluggesellschaft benachteiligt wurde. Außerdem befürchteten die Jugoslawen, daß der sowjetische Direktor der Gesellschaft die Kontrolle über den gesamten jugoslawischen Luftraum gewinnen könnte. Bei der Bildung der JUSPAD bekam die S.U. das Recht, Schiffe aus der jugoslawischen Flotte auszuwählen. Jugoslawien mußte seine am besten ausgerüsteten Schiffe in die Gesellschaft einbringen. Nach jugoslawischen Angaben nahm die JUSPAD von den Jugoslawen einen dreifach höheren Frachttarif als von den Sowjets. Falls die JUSPAD Aufträge an andere Schiffahrtsgesellschaften zu vergeben hatte, umging sie nach Möglichkeit die jugoslawischen und wandte sich an eine sowjetische Gesellschaft. Die jugoslawischen Unternehmen fühlten sich durch diese Praktiken benachteiligt. Die Aufspaltung der Gewinne, die Steuer-, Zoll- und anderen Außenhandelsprivilegien sowie der zusätzliche Geldabfluß durch die Auftragspolitik der Aktiengesellschaften belasteten die jugoslawische Zahlungsbilanz. Die Jugoslawen klagten die S.U. der Ausbeutung des jugoslawischen Volkes an. (4)

Das Kominform nahm am 28. Juni in Abwesenheit der jugoslawischen Delegation eine Entschließung über die "Lage der kommunistischen Partei Jugoslawiens" an, die praktisch den Ausschluß aus dem Kominform bedeutete. Die Resolution warf den Jugoslawen innen- und außenpolitisch schwere Abweichungen vom Marxismus-Leninismus vor;

i n n e n p o l i t i s c h: anstatt Intensivierung Abschwächung des Klassenkampfes; insbesondere werde die Klassendifferenz innerhalb der Bauernschaft (Klein-, Mittel- und Großbauern) übersehen; die These, die Bauern seien das stabile Element im Staat, verstoße gegen die Lehre von der führenden Rolle des Proletariats; die KP habe ihre führende Rolle an die Nationale Front abgegeben; es gebe keine innerparteiliche Demokratie; die Sozialisierungsmaßnahmen in der Industrie und besonders im Handel seien zu hastig vorgenommen worden, so daß Versorgungsschwierigkeiten für die Bevölkerung entstünden; die jugoslawische Führung treibe in grenzenlosem Ehrgeiz eine demagogische, abenteuerliche und nicht praktikable Politik;
a u ß e n p o l i t i s c h: unfreundliche, ja feindselige Behandlung der sowjetischen zivilen und militärischen Berater, die unzureichend informiert und vom jugoslawischen Geheimdienst beschattet worden seien; propagandistische Verleumdung der sowjetischen Außenpolitik als 'imperialistisch'.

> "Das Informationsbüro kommt einmütig zu der Schlußfolgerung, daß die Führer der KPJ durch ihre parteifeindlichen und antisowjetischen Ansichten..., sich den dem Informationsbüro angehörenden kommunistischen Parteien entgegengestellt und den Weg der Abspaltung von der sozialistischen Einheitsfront gegen den Imperialismus, den Weg des Verrats an der internationalen Solidarität der Werktätigen und des Übergangs zu den Positionen des Nationalismus eingeschlagen haben... Die jugoslawischen Führer begreifen offenbar nicht oder tun möglicherweise so, als würden sie es nicht begreifen, daß eine derartige nationalistische Einstellung nur zu

3 Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the Federal People's Republic of Yugoslavia: WHITE BOOK ON THE AGGRESSIVE ACTIVITIES BY THE GOVERNMENTS OF THE USSR, POLAND, CZECHOSLOVOKIA, HUNGARY, RUMANIA. BULGARIA, AND ALBANIA TOWARD YUGOSLAVIA, Belgrad 1951.
Das Grundvermögen dieser Gesellschaften bestand zur Hälfte aus jug. und zur anderen Hälfte aus sowjetischen Anteilen. Die Gewinne wurden halbiert. Der Vorstand war paritätisch besetzt. Die Aktiengesellschaften hatten einen rechtlichen Sonderstatus, der fast die Exterritorialität erreichte. Außerdem waren sie von Steuern, Zollabgaben und Außenhandelsbeschränkungen befreit.

4 Ebd., S. 37.

einer Entartung Jugoslawiens in eine gewöhnliche bürgerliche Republik, zum Verlust der Unabhängigkeit Jugoslawiens und zur Verwandlung Jugoslawiens in eine Kolonie imperialistischer Länder führen kann." (5)

Jugoslawiens Ausschluß aus dem Kominform hatte unmittelbare politische und wirtschaftliche Folgen. Die Volksdemokratien hörten ohne Ausnahme nacheinander auf, ihre vertraglichen Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen gegenüber Jugoslawien zu erfüllen, nachdem die Preise zunächst bis zu 40 % erhöht worden waren. Die diplomatischen Beziehungen wurden reduziert und schließlich, mit Ausnahme der SU, die einen Geschäftsträger in Belgrad beließ, ganz eingestellt. Nach der Kündigung sämtlicher Verträge von Seiten der Kominform-Staaten sah sich Jugoslawien 1949 einer absoluten politischen und wirtschaftlichen Blockade gegenüber, die für die jugoslawische Bevölkerung unerwartet kam.

Die ehemaligen Partisanen und die politische Führung, die diese Politik der KPJ nicht befürworteten, sondern eher zu einer jugoslawischen Selbstkritik bereit waren, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Zwischen 1948 und 1952 waren sogar fast 14 000 Personen wegen "pro-cominform activity" inhaftiert. (6) Die Anzahl der Parteimitglieder sank von 772 920 im Jahre 1952 auf 648 616 im Jahre 1956 (7), aus welchen Gründen, sei dahingestellt.

Wir haben versucht, nur eine kurze Darstellung des Konfliktes zu geben. Eine genaue Analyse der politischen Ursachen ist aus den veröffentlichten Informationen nicht zu erstellen; auch wäre u.a. hierfür eine Untersuchung der gesamten sowjetischen Außenpolitik unter Stalin erforderlich. Es ist jedoch zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Konsequenzen, die die Jugoslawen aus dem Konflikt zogen, zu einer "Entartung Jugoslawiens in eine gewöhnliche bürgerliche Republik" geführt haben. Vieles spricht dafür, daß dieser Prozeß vom Verhalten der SU zwar nicht ausgelöst, wohl aber beschleunigt wurde. Diesen Schluß können wir aufgrund der Politik der jugoslawischen Kommunisten nach dem Bruch ziehen.

1.2. Ursachen für die Abkehr von der Planung

Jugoslawien war 1945 ein unterentwickeltes Land, das überdies während des Krieges beträchtliche menschliche und materielle Verluste erlitten hatte. (8)

5 DIE LEHREN AUS DER ENTARTUNG DER JUGOSLAWISCHEN FÜHRUNG (Kommunique über die Beratung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien), Dietz-Verlag, Berlin 1948, S. 17 f.

6 REPORT OF ALEKSANDER RANKOVIC, Sixth Congress of the Communist Party of Yugoslavia, 1953, S. 67; zit.n. Hoffmann, G.W. und Neal, F.W.; a.a.O., S. 142.

7 YUGOSLAV SURVEY, hrsg. v. Secretariat of Information, Federal Executive Council, Belgrad, vol. VIII, No. 4, 1967, S. 40.

8 Der zweite Weltkrieg verursachte in Jugoslawien eine Bevölkerungsverminderung (12 % = ca. 2 Millionen) durch Nahrungsmittelmangel und Kriegsopfer.
Erheblich waren auch die materiellen Verluste: Zerstörung des Eisenbahnnetzes sowie des Wagenbestandes um 50 %, Rückgang der Textilproduktion auf ungefähr 35 % der Vorkriegsproduktion etc. (siehe dazu Hoffman, G.W. and Neal, F.W.: YUGOSLAVIA AND THE NEW COMMUNISM, New York 1962, S. 87).
Nur die UNRRA-Hilfe (UNRRA-United Nations Relief and Rehabilitation Agency) von 450 Millionen Dollar in den Jahren 1945 und 1946 konnte die drohende Hungerkatastrophe abwenden. Damit soll hier nur angedeutet werden, wie entscheidend die Auslandshilfe nach 1945 für das Land war.

Um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen sowie die Industrialisierung des Landes in Gang zu bringen, führten die jugoslawischen Kommunisten, orientiert an dem erfolgreichen Beispiel der Sowjetunion, 1947 eine zentrale Planung ein. Schon 1949 wurde der 1. Fünfjahresplan (1947-1951) als gescheitert angesehen. Folgende wirtschaftliche Schwierigkeiten haben dazu geführt:

1. Der völlige Handelsboykott durch die sozialistischen Staaten nach dem Bruch mit dem Kominform im Jahre 1948, der bis 1954 dauerte. Zur Erfüllung des industriellen Programms war Jugoslawien auf langfristige Kredite und die Lieferung von Industrieanlagen durch die UdSSR und andere osteuropäische Länder angewiesen. Auch bürgerliche Autoren meinen, daß dies die Hauptursache für das geringe wirtschaftliche Wachstum und das Scheitern des ersten Planes war. (9)

2. Der starke Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion als Folge der Aufteilung gerade der mittelgroßen Bauernhöfe, die vor dem Krieg am meisten an der Produktion für den Markt beteiligt waren, und des Kollektivierungsversuchs. Um das Verlangen der Kleinbauern, die die Mehrheit der Kämpfer in den Partisaneneinheiten und einen beträchtlichen Teil der Parteimitglieder (1946 waren 50,4 % der Parteimitglieder Bauern) ausmachten (10), wurde im August 1945 alles Land enteignet, das nicht von seinem Eigentümer selbst bearbeitet wurde. Die Höchstgrenze wurde ja nach Bodenqualität auf 25-35 ha pro Hof festgelegt. Durch diese Agrarreform wurden 6,9 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche enteignet.

Die armen Bauern erhielten davon den größten Teil (pro Familie durchschnittlich 2,5 bis 5,5 ha). Die neugeschaffenen Höfe waren oft nicht einmal mit den notwendigsten Geräten ausgestattet und zu klein, um Produkte für den Markt liefern zu können.

Die Regierung versuchte mit den Mitteln gezielter Steuern und Kredite, Preisfestsetzungen (die Preise für landwirtschaftliche Produkte waren damals sehr gering) (11) und Zwangsablieferungen die kapitalistischen Elemente im Dorf unter ihre Kontrolle zu bringen. Das führte gerade bei denjenigen Bauern, die zur Produktion für den Markt in der Lage waren, zur Einschränkung der Produktion. Um die Selbstversorgungstendenzen der Bauern zu vermindern, die Produktion für den Markt zu steigern sowie aus politischen Gründen begannen die Jugoslawen 1947 mit einer unvorbereiteten Kollektivierungskampagne (bis 1951 sollten 51 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Kollektiven zusammengefaßt sein, tatsächlich wurde 1951 1/5 des Ackerlandes in Kollektiven bearbeitet) (12). Die Bauern reagierten mit einem weiteren Rückgang der Produktion. 1952 wurden 850.000 Tonnen Weizen weniger produziert als 1948 – nicht nur wegen der Dürre –, und gegenüber 1939 war die Weizenproduktion um 1.230.000 Tonnen gesunken (13), während der Fünfjahresplan eine 87 %ige Steigerung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion von 1947-1951 vorsah (14). Abgesehen von den beträchtlichen Ernährungsschwierigkeiten der gesamten Bevölkerung wurde diese rückläufige Entwicklung der Landwirtschaft zu einem Hindernis des Fortschritts in der Industrialisierung, da die Landwirtschaft nicht genügend Rohstoffe (z.B. Baumwolle, Wolle, Hanf, Flachs, Tabak, Soja, Zuckerrüben,

9 Waterston, Albert: PLANNING IN YUGOSLAVIA, Baltimore 1962, S. 17. Diese Studie wurde für die International Bank for Reconstruction and Development angefertigt.

10 YUGOSLAV SURVEY, 1967; a.a.O., S. 40.

11 Bombelles, Joseph T.: ECONOMIC DEVELOPMENT OF COMMUNIST YUGOSLAVIA, 1947-1964, Stanford 1964, S. 23.

12 Vgl. Stipetic, V.u.B. Moskovbjevic: "Agrarian Policy in Yugoslavia", in: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, No 25, Belgrad 1967.

13 Bombelles, J.; a.a.O., S. 24.

14 Bombelles, J.; a.a.O., S. 23.

Häute, Sonnenblumen etc.) an die Industrie liefern konnte. Gerade die Textil- und Tabakindustrie war vor dem Krieg in Jugoslawien relativ gut entwickelt. Die quantitative Bedeutung der Landwirtschaft wird klar, wenn man berücksichtigt, daß 1946 etwa 55 % des Nationaleinkommens aus der Landwirtschaft stammten. (15)

Der Rückgang der Produktion wurde 1950 noch durch eine Mißernte infolge einer ungewöhnlichen Dürre verstärkt (die Getreideproduktion von 1950 entsprach nur 41 % der Normalerzeugung). (16) Die krisenhafte Schrumpfung des Agrarexportes führte dazu, daß sich Jugoslawien von einem Nahrungsmittel exportierenden zu einem Nahrungsmittel importierenden Land entwickelte, so daß die notwendigen Devisen zum Kauf von Fertigprodukten für den Aufbau der Industrie gänzlich fehlten. (17)

3. Mangelhafte Erfahrung der Planbehörden, die unrealistisch hohe Ziele setzten (dies war auch ein Kritikpunkt des Kominform). Diese Ziele (Steigerung der Industrieproduktion um 394 % (18) wurden nicht einmal bis Ende 1956 erreicht. (Bulgarien erfüllte von 1947 bis 1949 einen viel bescheideneren Zweijahresplan, um zunächst die gravierendsten Kriegsfolgen zu beseitigen). Der geplante Sprung von einer agrarischen (damals waren 75 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, heute ungefähr 50 %) zu einer industriell bestimmten Wirtschaftsstruktur erwies sich innerhalb so kurzer Zeit als unmöglich.

4. Manager und technisches Personal der Betriebe lieferten falsche Informationen über Arbeitskräftebedarf, Kapazitäten, Rohstoffverbrauch etc. Zwangsläufig gingen diese falschen Angaben in die Berechnung der Planbehörden ein, was zu falschen Plandaten führte, durch die wiederum andere Daten verfälscht wurden. Die technischen und ökonomischen Kenntnisse zur Bewältigung einer komplexen Planung waren auf allen Ebenen nicht vorhanden.

Diese Gründe beziehen sich speziell auf das Scheitern des ersten Planes; allmählich bildete sich (1948-1950) durch die Erfahrung mit der SU die Meinung heraus, daß j e d e s System zentraler Planung – ein wesentliches Element der Staatsgewalt – zur Bürokratisierung führen müsse, die das Haupthindernis beim Aufbau des Sozialismus sei.

> "Die in diesem Zusammenhang geäußerten Argumente wiesen jedoch nicht so sehr auf die Unrentabilität dieses Apparates hin, sondern betonten stärker die politischen Gefahren, die durch ihn drohen. Damals wie heute definiert man in Jugoslawien 'Bürokratismus als eine selbständige Gesellschaftsfunktion, einen Staatsapparat, der sich von der Gesellschaft abgesondert hat.' " (19)

So wurde z.B. auch von dem damaligen Außenminister Kardelj betont, daß die Bürokratie zur Entstehung von Privilegien führe.

Aber auch im ökonomischen Bereich wurde die Bürokratie als Hemmnis für die Entfaltung der Produktivkräfte bewertet. Bürokratismus im Unternehmen bedeute, daß die Kontrolle 'von oben' zur Lähmung der Initiative 'von unten' führe, so daß keine effiziente Arbeit geleistet werde. Es kam zur mechanischen Erfüllung des von vorneherein inkonsistenten Planes, ohne Berücksichtigung der Kosten, Kapazitätsausnutzung etc. Es wurde darauf hingewiesen, daß der 'zentrale bürokratische Apparat' unfähig sei, Produktionsziele für 1 000 Einheiten im Detail zu bestimmen und daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage durch administrative Maßnahmen verletzt werde.

15 Günzel, Karl: "Planwirtschaft und Außenhandelspolitik der FVRJ", in: OSTEUROPA HANDBUCH, Köln 1965, S. 230.
16 Ebd., S. 240.
17 Bombelles, J.; a.a.O., S. 42.
18 Ebd., S. 44.
19 Schleicher, Harry: DAS SYSTEM DER BETRIEBLICHEN SELBSTVERWALTUNG IN JUGOSLAWIEN, Berlin 1961, S. 29/30.

Die Abkehr von der Planung und die politische Dezentralisierung wurden außerdem noch durch folgende Faktoren begünstigt:

Jugoslawien wurde als einheitlicher Staat nach dem ersten Weltkrieg gegründet. Er umfaßt fünf Hauptnationalitäten, die ungefähr 88 % der Bevölkerung (ca. 20 Mio.) ausmachen, und mehr als 12 Minoritätsgruppen. Die 88 % teilen sich wie folgt auf: Serben 41,7 %, Kroaten 23,5 %, Slowenen 8,8 %, Mazedonier 5,3 %, Montenegrer 2,8 %, Rest 5,9 %. (20) Es gibt vier Sprachen, serbokroatisch ist für alle verständlich. Bis zum zweiten Weltkrieg gab es ständig politische Konflikte zwischen den Nationalitäten. Die nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien (die demographischen und verwaltungsmäßigen Einheiten decken sich zum größten Teil) hatten vor 1945 einen Vorsprung in der Industrialisierung vor den anderen Teilen des Landes, befürchteten aber eine politische Hegemonie Serbiens. Nach 1945 stellten sich einige politische Führer dieser Regionen gegen eine ökonomische Zentralisierung. Eine zentrale Planung hätte die nördlichen Republiken gezwungen, den Aufbau des ärmeren Südens mitzufinanzieren.

Der Handelsboykott der sozialistischen Staaten führte zu einer Neuorientierung des Außenhandels auf die kapitalistischen Staaten. Wichtig wurde vor allem die Kreditgewährung des Westens, besonders die der USA. Schon im September 1949 gewährten die USA einen ersten Kredit in Höhe von 20 Millionen Dollar zur Beschaffung von Bergwerksausrüstungen und anderen Waren und gaben außerdem jugoslawische Goldbestände im Wert von 40 Millionen frei. (21) Westliche Kreditgewährungen und verlorene Zuschüsse betrugen insgesamt 34,8 % aller Investitionen zwischen 1953 und 1956 und 24,6 % zwischen 1957 und 1963. (22) Diese erhebliche Summe hatte feststellbare Änderungen in der Innen- und Außenpolitik des Landes zur Folge. (siehe auch Teil 7)

> "Einmal entwickelte sich durch die Verzahnung der Kredit-, Investitions- und Außenhandelsprobleme mit der Gesamtwirtschaft auch eine gewisse Annäherung der inneren Wirtschaftspolitik an die wirtschaftlichen Methoden der westlichen Verhandlungspartner. Mit der Revision der Industrialisierungspläne, der Liberalisierung der Wirtschaft, der neuen Preis- und Agrarpolitik wird nicht nur Rücksicht auf die Schwierigkeiten im Lande genommen, sondern ebenso auf den Standpunkt der amerikanischen Wirtschaftsfachleute, die die Verwendung der ausländischen Kredite verfolgten." (23)

Dazu die chinesischen Genossen kritisch:

> "Kann es einen 'sozialistischen Staat' geben, der sich vom Imperialismus mit den USA an der Spitze mit Milliarden US Dollars hochpäppeln läßt? Das ist wahrhaftig eine seltsame Geschichte, wie man sie noch nie gehört hat!" (24)

Fassen wir die Widersprüche zusammen, die wir als wesentlich für die Abkehr von der Planung ansehen:

Zwischen den politischen Ansprüchen an die Sowjetunion und deren schroffem Verhalten, das als Konsequenz einer unausweichlichen Bürokratisierung in jedem System zentraler Planung interpretiert wurde;

20 Siehe Hoffman, Neal; a.a.O., S. 51; vgl. auch STATISTICAL POCKET BOOK OF YUGOSLAVIA, 1969, S. 25.
21 OSTEUROPA HANDBUCH; a.a.O., S. 240.
22 Kaser, M.C.: ECONOMIC DEVELOPMENT OF EASTERN EUROPE, New York 1968, S. 54.
23 Hildebrandt, Walter: "Die außenpolitischen Beziehungen der FVRJ", in: OSTEUROPA HANDBUCH; a.a.O., S. 170.
24 IST JUGOSLAWIEN EIN SOZIALISTISCHER STAAT? , Peking 1963, S. 6. Dieser "Dritte Kommentar zum offenen Brief des ZK der KPdSU" zieht Analogien zwischen Jugoslawien und dem Revisionismus in der SU. Der Kommentar endet mit dem Ruf: "Genossen und Freunde, geht nicht den jugoslawischen Weg! Kehrt sofort um! Sonst wird es zu spät sein!" (S. 80).

zwischen Unterentwicklung und Industrialisierungsanspruch, der mit Hilfe der sozialistischen Länder nicht überwunden werden konnte und das Kapital als Retter in der Not auf den Plan rief, die daraus folgende politische Einflußnahme durch die kapitalistischen Länder;

zwischen der kleinbäuerlichen Tradition der Mehrheit der Bevölkerung und der Disziplin, die eine Industrialisierung an die 'neuen' Fabrikarbeiter und Kollektivbauern stellt;

zwischen den industrialisierten und unterentwickelten Republiken, der sich z.T. mit ethnischen Gegensätzen deckt;

zwischen den Fraktionen innerhalb der Partei über die Ursachen des Bruches mit der UdSSR.

Diese Widersprüche führten zum Aufbau der Arbeiterselbstverwaltung (ASV) und zu den ersten Elementen der 'sozialistischen Marktwirtschaft', und durch diesen spezifischen jugoslawischen Weg in der Übergangsphase hoffte man, einige zu lösen.

Wir haben versucht, die objektiven Widersprüche darzustellen, aus denen die jugoslawischen Kommunisten ihren 'Dritten Weg' ableiteten. Wir sind allerdings weit davon entfernt, die Schlußfolgerung der jugoslawischen Kommunisten als zwingend notwendig anzuerkennen. Denn gerade nach dem Sturz der Klassengesellschaft und während der Diktatur des Proletariats sind die Menschen als Subjekt der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten dazu aufgerufen, diese mit dem Ziel der freien Entfaltung eines jeden bewußt auszunutzen und diesem Ziel entgegenstehende Gesetzmäßigkeiten außer Kraft zu setzen.

1.3. Die theoretische Begründung des 'Dritten Weges'

Die politische, ökonomische und soziale Ausgangslage Jugoslawiens vor der Einführung der Arbeiterselbstverwaltung und der ersten Elemente der 'sozialistischen Marktwirtschaft' wurde bereits beschrieben. Für die Jugoslawen selbst spielt hingegen der politische Konflikt mit der Sowjetunion die Hauptrolle. Auf diesen Konflikt baut ihre Theorie auf. Der Bruch mit dem Kominform wird von jugoslawischen Theoretikern als eines der ersten klaren Symptome für die Krise zwischen der internationalen Arbeiterbewegung und dem 'statischen' Sozialismus bezeichnet. (25) "Stalin begriff nicht, daß er nur ein Eigentumssystem, das kapitalistische, ersetzt hatte durch ein anderes, staatliches, und dadurch Lohnverhältnisse einer Art durch solche anderer Art, da ja auch im System des Staatskapitalismus der Arbeiter getrennt ist von Verwaltung und Verteilung." (26)

Die Aufhebung des Privateigentums als der Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft bilde als erster Akt revolutionärer sozialistischer Macht nur die Grundlage zur Schaffung neuer gesellschaftlicher Beziehungen, während die Aufhebung des Lohnverhältnisses und damit die Überwindung des Klassengegensatzes noch zu leisten sei, vom Staatskapitalismus allerdings nicht geleistet werden könne. (27)

Stalins Thesen (aus den dreißiger Jahren) von der Stärkung des Staates wurden in der jugoslawischen Diskussion nach 1948 als Verabsolutierung des Staates im Sozialismus gewertet und als Revision eines der Hauptsätze des Marxismus abgelehnt. Im Konflikt mit der Sowjetunion polarisierte sich die jugoslawische Gegenposition:

25 Pasic, N.: "Self-Management – an Integral Social System", in: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, No. 37, Dec. 1969, S. 116

26 Vranicki, P.: "Der augenblickliche Stand der ideologischen Diskussion in Jugoslawien", in: MARXISMUS-STUDIEN, 5. Folge, hrsg. v. I. Fetcher, S. 143.

27 Ebd., S. 142 f.

Bereits Ende 1949 wurde die These von der Entstaatlichung im Sozialismus und die These vom Bürokratismus als der Hauptgefahr in der sozialistischen Entwicklung als Maxime für die Vorbereitung einer neuen Form unmittelbarer Produzentendemokratie gesetzt. "Der Prozeß des Absterbens des Staates ... geht nicht spontan vor sich. Überläßt man diesen Prozeß spontaner Entwicklung," wird die "Bürokratenkaste" – die sich doch verselbständigte – diesem Prozeß "Widerstand" leisten. (28) Die Konsequenz für die KPJ war, den Prozeß des Absterbens des Staates bewußt herbeizuführen bzw. zu beschleunigen und den Bürokratismus zu bekämpfen.

Der Ziel einer "sozialen Emanzipation der Arbeit", d.h. "die Abschaffung aller Formen entfremdeter ökonomischer und politischer Macht" wurde 1950 mit der Einführung der Arbeiterselbstverwaltung (ASV) in Angriff genommen. (29) Dazu Tito: "Wenn Fabriken, Bergwerke usw. Arbeiterkollektiven zur Verwaltung übergeben werden, wird jede Möglichkeit der Verbreitung einer ansteckenden Krankheit in unserer Wirtschaft aufgehoben, einer Krankheit, die den Namen Bürokratismus trägt." (30) Das allmähliche Überflüssigwerden des Staates im ökonomischen Bereich wurde – im Vergleich zur SU – als eine höhere Form des Sozialismus bewertet. Konsequenterweise mußte die zentrale Planung, eine der mächtigsten Funktionen des Staates und 'Heimat' der "Bürokratenkaste", abgeschafft werden. Weil der Gesetzescharakter der Planung der Freiheit der unmittelbaren Produzenten widersprach, war es umso notwendiger, die Planung – die bisher ökonomisch erfolgreichen Methoden, die in der SU entwickelt worden waren – abzuschaffen.

28 E. Kardelj: "Deset godina Narodne revolucije" (Zehn Jahre der Volksrevolution), KOMMUNIST 2-3/1951, S. 97, zit.n. ebd., S. 145 f.
Der Begriff 'Kaste' ist im Zusammenhang mit der Bürokratie falsch, weil die Zugehörigkeit zu einer Kaste durch Geburt erworben wird.

29 Pasic, N.; a.a.O., S. 117.

30 Tito, J.B., O radnickom upravljanju privrednim preduzecima (Über Arbeiterselbstverwaltung in wirtschaftlichen Unternehmungen), Ausgewählte Werke, Bd. V, S. 205, Naprijed, Zagreb 1959, zit.n. Vranicki, P.; a.a.O., S. 145.

Wladimir I. Lenin
Die ersten Dekrete der Sowjetmacht
aus dem Russischen, 200 Seiten, geb. DM 28,–

Alexander Anciskin und Nicolai Solovev
Die Wirtschaftsprojektion der Sowjetunion
Struktur und Methoden. 120 Seiten, geb. DM 15,–

Herwig Roggemann
Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten
Loseblattwerk in Sammelordnern
Subskr. DM 0,20, N.P. 0,25 pro Seite

Herwig Roggemann
Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetz-Texte ca. 200 Seiten, DM 19,50

Menschen in der Sowjetunion
200 künstlerische Bilder 23 X 30 cm
von Menschen in Alltagssituationen
DM 36,–

Boris Grusin
Freizeit als Problem
Empirisch-soziologische Untersuchung in der Sowjetunion, Bulgarien, Polen und Ungarn
184 Seiten, geb. DM 28,–

Sergej S. von Podolinsky
Rußland vor der Revolution
Die agrarsoziale Lage und Reformen
240 Seiten, geb. DM 28,–

Hermann Hilterscheid
Industrie und Gemeinde
Die Stadt Wolfsburg und das Volkswagenwerk
352 Seiten, geb. DM 50,–

BERLIN VERLAG, 1 Berlin 33, Ehrenbergstr. 29, Tel.: 0311-769 1069

Die ökonomischen Handlungen der unmittelbaren Produzenten zu koordinieren und den ökonomischen Prozeß nach den Bedürfnissen der Konsumenten zu steuern – ohne die Freiheit von beiden zu beschränken – könnte nur von einer objektiven Instanz, dem Wertgesetz und seiner Anwendung in der "Sozialistischen Marktwirtschaft" geleistet werden.

Alle "administrativen Fesseln" müßten wegfallen und durch Konkurrenz der Unternehmen, freies Spiel von Angebot und Nachfrage für so viele Waren und Dienstleistungen wie möglich, die Anwendung der Profitrate als höchstes Rationalitätskriterium für das Wirtschaften und direkte Kopplung zwischen Arbeitsleistung und Entlohnung ersetzt werden. (31) Anstelle von Planung übernahmen die Kommunisten Jugoslawiens während der letzten 20 Jahre vormarxistische Theorien als Anleitung zum Aufbau des Sozialismus. Dazu notiert die Neue Zürcher Zeitung vom 23.11.1969 ("Jugoslawiens Weg zum Markt"): "Die Artikel und Schriften, in denen die führenden Reformer (!) ihr Werk umschrieben, lesen sich manchmal wie Popularisierung der Lehren Adam Smiths." (gesperrt von der NZZ). Mandel kommt nach der Analyse eines Buches von Horvat (Direktor des jugoslawischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Mitglied des Wirtschaftsrates der jugoslawischen Bundesregierung und Mitglied des Kollegiums der jugoslawischen Bundeswirtschaftsplanungsbehörde) zu dem Schluß: "Was dabei herauskommt, ähnelt sehr viel mehr einem bürgerlichem Wohlfahrtsstaat als einer sozialistischen Volkswirtschaft." (32)

1.4. Etappen der Abkehr

Für das Verständnis der Kritik an der jugoslawischen Theorie des Aufbaus des Sozialismus halten wir eine kurze Darstellung der Veränderung des Wirtschaftssystems für wichtig, außerdem kann nur in diesem Rahmen der Stellenwert der Arbeiterselbstverwaltung (ASV) beurteilt werden. Die ASV wird in einem besonderen Kapitel dargestellt.

Die Grundtendenz bestand darin, jegliche Kontrolle der Unternehmen durch staatliche Instanzen (Bund, Republiken, Kommunen) aufzuheben.

Zwischen 1952 und 1956 existierte ein jährlicher Operativplan, der keine Investitionsnormen für die Unternehmen festlegte. Zwar gab es Kennziffern für Bruttoproduktion, Kapazitätsausnutzung etc., die jedoch nicht eingehalten wurden. Zur zentralen indirekten Investitionslenkung wurden gesellschaftliche Investitionsfonds (des Bundes, der Republiken, der Kommunen) gebildet, die bis 1964 am stärksten an der Finanzierung der Bruttoanlageinvestitionen beteiligt waren. Für die Verwendung der Gelder aus dem Allgemeinen Investitionsfonds (Fonds des Bundes) bestimmte der Plan den Umfang sowie die regionale und sektorale Struktur der Investitionen. Die Verteilung der Investitionsmittel an die einzelnen Unternehmen wurde durch die Banken bewerkstelligt. Dabei mußten sie den Richtlinien des Planes folgen (z.B. Bevorzugungen einiger Sektoren und Regionen durch einen niedrigeren Zinsfuß und längere Rückzahlungsfristen). Wichtig war, daß die Unternehmen im Gegensatz zur Periode der direkten Planung die Gelder aus den gesellschaftlichen Investitionsfonds zurückzahlen mußten. Die Kreditvergabe der Banken wurde z.T. durch ein Auktionssystem versucht. Das geschah folgendermaßen: In der Zeitung wurde die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel und das geplante Projekt veröffentlicht. Unternehmen, Organisationen (z.B. Genossenschaften), Kommunen und Republiken machten der Bank Angebote in bezug auf den Zinsfuß. Die Bank vergab schließlich die Mittel an den höchsten Anbieter. Dieses Kriterium für die Verteilung der Kredite und Aufträge wurde 1956 zugunsten anderer (Rentabilität, Rückzahlungsfrist etc.) aufgegeben. Weil zeitlich keine Übereinstimmung zwischen den benötigten Geldern und Kreditangeboten stattfand oder die gleichzeitige Ausgabe von Investitionsgeldern durch die verstärkte Nachfrage eine Preissteigerung bewirkte, schaffte man das Auktionssystem ab.

In der Landwirtschaft wurde durch eine Verordnung über Austrittsmöglichkeiten aus den Kollketivwirtschaften im März 1963 die Kollektivierung zum Stillstand gebracht bzw. rückgängig gemacht, da nach dem Erlassen der Verordnung eine starke Austrittsbewegung einsetzte. Die zentral festgelegten Abgaben der Produkte wurden abgeschafft und Ware-Geld-Beziehungen zwischen Stadt und Land wieder vollständig eingeführt.

Seit 1957 existiert – mit Unterbrechungen durch Fehlplanungen – eine 'globale Planung' mit einer abnehmenden Anzahl von quantifizierten Kennziffern: Gesamtgesellschaftliche Daten geben das Wachstum des Bruttosozialproduktes bzw. der verschiedenen Industriebranchen, die Investitions- und Konsumausgaben, das Volumen bestimmter Waren, z.B. Stahl, aber auch die gesamten Sozialausgaben des Staates an. Dabei handelt es sich nur um eine Zielprognose (die 'Pläne' von 1967 und 1968 enthielten überhaupt keine quantifizierten Kennziffern mehr) (33), die mit indirekten Instrumenten realisiert werden soll, z.B. durch Kredit-, Steuer- und früher durch die Preispolitik der Bundesregierung. Die Pläne gelten jeweils für fünf Jahre und haben keinen Gesetzescharakter. Die sechs Republiken und die rund 600 Kommunen (kleinste Verwaltungseinheiten) entscheiden z.B. über die Sozialpolitik, den Aufbau der Infrastruktur und über die Gründung von Unternehmen. Der Partikularismus geht soweit, daß die Republiken ihre eigenen Post- und Bahnverwaltung sowie Rekrutenausbildung haben. Kroatien und Slowenien, die reichen nördlichen Republiken, wollen sogar eigene Handelsvertretungen im Ausland haben. Die Republiken stellen eigene Wirtschaftspläne auf, wobei es keine gesetzlichen Möglichkeiten zur Koordinierung gab und gibt. Zwar sollen sich die niederen Verwaltungseinheiten den höheren anpassen, doch die Realität sieht anders aus:

> "since communal plan often go beyond the limits foreseen in the federal plan, the totals of estimates (e.g. of production, investment or growth) of all communal plans or of all district or republican plans need not, and usually do not correspond to the totals in the federal plan." (34)

Dasselbe gilt für die Betriebspläne in bezug auf die Branchenpläne.

> "... there is no reason to expect that the sum of production targets set by individual business organization would correspond exactivly to the global estimates contained in any of the official plans." (35)

Und wie es kaum anders zu erwarten war:

> "... investments which do not coincide with plan objektives appear to be of substantial size." (36)

Auch von einer 'freiwilligen' Koordinierung der Produktion der Betriebe – obwohl zur Zeit für Integrierung plädiert wird – und der Pläne der Kommunen und Republiken ist kaum die Rede. Bis 1964 wurden ungefähr 33 % der Bruttoanlageinvestitionen durch Selbst-

31 Präziser wäre es, von Einkommensrate zu sprechen. Das Einkommen setzt sich aus Löhnen, Gehältern und Anlageninvestitionen (v + m) zusammen. Die Einkommensmaximierung entspricht jedoch im Prinzip der Gewinnmaximierung.

32 Mandel, E., Jugoslawische ökonomische Theorie, in: ZUR SOWJETÖKONOMIE, Rotbuch 11, Berlin 1969, S. 96 (Das Rotbuch 11 und das Rotbuch 8: Ernesto Che Guevara, Ökonomie und neues Bewußtsein, sind als theoretische Grundlage für diesen Artikel geeignet.).

33 Dobias, P.; a.a.O., S. 45.

34 Waterston, S.; a.a.O., S. 42 f.

35 ECONOMIC SURVEY OF EUROPE 1962, Part 2, Economic Planning in Europe, Genf 1963, S. 6.

36 Waterston, S.; a.a.O., S. 78.

finanzierung der Betriebe, ungefähr 40 % von den allgemeinen Investitionsfonds durch Kreditgaben an die Unternehmen durch die Banken, die diese Gelder verwalteten, der Rest (27 %) vom Budget des Staates z.B. für medizinische Einrichtungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter (z.B. Sozialversicherungsanstalten) und gesellschaftliche Sonderfonds z.B. für unterentwickelte Gebiete getätigt.

1964 wurden die Allgemeinen Investitionsfonds aufgelöst und die Gelder den Banken übertragen, die autonom in ihrer Geschäftspolitik sein sollen und nicht durch eine Zentrale mit bestimmten – wenn auch wenigen – Richtlinien bevormundet werden. Die Beziehungen zwischen Banken und Betrieben sollen sich ausschließlich nach Rentabilitätskriterien richten.
Die Reformen von 1961 und 1965, die die 'sozialistische Marktwirtschaft' endgültig einführten, bestanden im wesentlichen aus Folgendem (die Begründungen der Maßnahmen stammen von den Jugoslawen selbst): Abbau des Außenhandelsmonopols des Staates, Abbau der Zölle bzw. Kontingente, um durch die vermehrten Importe die Unternehmen der internationalen Konkurrenz stärker auszusetzen, damit sie schließlich auch konkurrenzfähiger werden und positiven Anteil nehmen an der internationalen Arbeitsteilung; Abwertung des Dinars, um den Export zu fördern und um dadurch das Handelsbilanzdefizit zu beseitigen; Verminderung der von den Unternehmen an den Bund, die Republiken und Kommunen zu zahlenden Steuern, um ihre Selbständigkeit in bezug auf die Investitionen zu gewährleisten; Einführung des Marktmechanismus in bezug auf alle Preise (auch bei Grundnahrungsmitteln, Mieten und Rohstoffen), damit die Unternehmen entsprechend dem Gesetz von Angebot und Nachfrage rational entscheiden können; Verminderung des kollektiven Konsums, z.B. weniger Ausgaben für den staatlichen Wohnungsbau, zugunsten individueller Konsumausgaben, so daß für die Produzenten die direkten materiellen Anreize wirksam werden. Nach beiden Reformen, die als gescheitert angesehen wurden, traten als unerwünschte Folgen eine starke Inflation, Rückgang der industriellen Produktion, erhöhte Arbeitslosigkeit und zunehmende Außenhandelsdefizite auf.

Aufgrund dieser Reformen ist die Autonomie der Unternehmen fast so groß wie in kapitalistischen Ländern. Die Unternehmen haben 1967 32,7 % der Investitionsausgaben selbst und 44,9 % durch Bankanleihen finanziert; die restlichen 22,4 % wurden vom Staat etc. für einige große Projekte und Infrastrukturverbesserungen getätigt. (37)

Das Gesetz über den inländischen Handel vom März 1967 ermöglichte die totale Liberalisierung des inländischen Handels. (38)
Gemäß dem Gesetz vom Januar 1967 gibt es "complete freedom of exports". (39) Auch sind die Außenhandelsunternehmen nicht mehr verpflichtet, Devisen, die sie sich durch den Export erwirtschaften, an die Nationalbank zu verkaufen. Fast alle Unternehmen haben das Recht, ausländische Firmen im Inland zu vertreten. (40) Ähnliche Liberalisierungsmaßnahmen sind für das Bank- und Versicherungswesen ergriffen worden.

37 Dobias, P.; a.a.O., S. 96.
38 YUGOSLAV SURVEY, Belgrad, Nov. 1967, Vol. VIII, No. 4, hrsg.: vom Secretariat of Information, Federal Executive Council, S. 86: "With the passage of the Basic Trade Law trade has been greatly liberalized. All business organizations, irrespective of the kinds of activities they carry out, are now authorized to decide freely and independently whether or not, to what extent and which sectors of trade they will engage in, and what organizational forms of commerce they will choose... Administrative agencies have no right to issue direct orders to trading organizations or to interfere in their trading activities ... business ... enterprises are authorized to engage individuals, without formally employing them ... such arrangements do not have the character of private trade..."
39 Ebd., S. 93.
40 Ebd., S. 100.

Diese Gesetze und Reformen wurden verabschiedet und durchgeführt, um "die freie Initiative der Unternehmen nicht durch irgendwelche künstlichen, institutionellen Fesseln einzuschränken" (41), um die Produktion in vermehrtem Umfang von den Wünschen der Konsumenten leiten zu lassen, etc.

Unternehmen können von dem Bund, den Republiken, Kommunen, Gewerkschaften, Genossenschaften, schon bestehenden Unternehmen (neuerdings mit ausländischen 'Partnern') und mindestens 5 Bürgern gegründet werden. Nur in der Infrastruktur beim Verkehrs- und Nachrichtenwesen, in der Zirkulationssphäre im Bank- und Versicherungswesen und bei der kommunalen Versorgung (z.B. Müllabfuhr) ist dem Staat (Bund, Republiken, Kommunen) die Gründung von Unternehmen vorbehalten. Nach der Gründung geht das neue Unternehmen in die ASV über. Die Gründer haben nur das Recht, eine 'Verzinsung' des vorgeschossenen Kapitals zu erhalten. Die staatlichen Behörden haben nach der Gründung, gleichgültig wie diese zustandegekommen ist, keinerlei gesetzliche Möglichkeiten, irgendeine administrative Kontrolle auszuüben. Nur bei Wirtschaftsdelikten gibt es Eingriffsmöglichkeiten durch die Justiz.
Mit der neuen Verfassung von 1963 wurden weitere Funktionen des Staates (kommunales Verkehrswesen, Elektrizitätswerke) von der ASV ähnlichen Organisationen übernommen, die die gleichen Rechte wie die ASV der Industrieunternehmen haben. Diese 'Agencies' werden z.T. durch das Budget finanziert. Die Verwendung der Gelder wird von den Organen der ASV (Arbeiterrat und 'Head of the Agency') bestimmt (z.B. Höhe der Materialkosten, der Einkommen der Beschäftigten, etc.). Es ist sogar vorgesehen, daß "If at the end of a budget year a position of funds remains unspent, the staff of the agency concerned decides whether the savings will be allotted to its funds or to personal incomes." (42) Dies gilt nicht für soziale Wohlfahrtseinrichtungen, den Bildungssektor und medizinische Institutionen. Bei den 'Public services' wird das Äquivalenzprinzip verfolgt: die Nutznießer bezahlen die meisten Gebühren für diese Dienstleistungen (z.B. Rechtsprechung) selbst. Dieses Bündel von Liberalisierungsmaßnahmen ist die Folge der angestrebten Entstaatlichung.
Die Anzahl der Unternehmen, die durch 5 Bürger gegründet und der ASV übergeben wurden, ist sehr gering; dagegen hat die Anzahl der kleinen Privatunternehmen aller Art, die nicht der ASV unterstehen, weil sie angeblich weniger als 5 Personen beschäftigen, zugenommen. Wir verfügen über keine genauen Daten darüber. Aufgrund der bürgerlichen Quellen, in denen die Reformen gutgeheißen werden, und indirekterweise aufgrund der Anzahl der besonders in den letzten Jahren 5 veröffentlichten jugoslawischen theoretischen Abhandlungen über Sozialismus und Privateigentum können wir annehmen, daß die Anzahl der kleinen Privatunternehmer zugenommen hat. Der EXTRA-DIENST (8.4.1970, S. 12) berichtet sogar:

> "Noch in diesem Jahr soll ein Gesetz verabschiedet werden, das den Bestand von Privatbetrieben mit bis zu 50 Beschäftigten erlauben soll... Über die ökonomischen Gründer dieses Schrittes weg von sozialistischen Strukturen wird bekannt, daß solche mittelgroßen Privatbetriebe eher mit Krediten und Kooperationen mit dem kapitalistischen Ausland rechnen können als die bisherigen volkseigenen Betriebe."

Diese wäre nur eine Legalisierung der Praktiken der Mini-Kapitalisten, die jetzt schon mehr als 5 Personen beschäftigen.
Auf keinen Fall können wir den jugoslawischen 'Kommunisten' irgendeine Inkonsequenz bei der Verwirklichung ihrer Theorie in der Praxis vorwerfen. Zur Zeit gibt es eine Eigenheimkampagne. (43) Diese steht im Einklang mit ihrer Auffassung, daß durch "economic

41 Ebd., Übers.d.Verf.
42 YUGOSLAV SURVEY, Vol. IX, May 1968, S. 65.
43 Mündliche Mitteilung von G. Leman, wiss. Ass. am Ost-Europa-Institut an der FU Berlin. Wir danken Frau Leman für ihre vielen hilfreichen Informationen.

principle... the balance of demand and supply" bewerkstelligt wird und die Wohnungsfrage so zu lösen ist. (Eine Lösung, die – wie Engels meinte – keine ist.) Und weiter:

> "Public and privately sponsored building will develop side by side, within the framework ot town and regional plans." (44)

2. Kritik der Theorie des 'Dritten Weges'

Die Parole der Entstaatlichung und ihre Durchsetzung hatte zur Folge, daß die proletarische Staatsmacht gerade in der wichtigen Anfangsphase der Diktatur des Proletariats geschwächt wurde. Die sozio-ökonomischen Bedingungen für das Absterben des Staates waren nicht annähernd vorhanden, im Gegenteil: Die große Zahl kleiner Warenproduzenten, die sich erfolgreich der Kollektivierung widersetzten, wurde beibehalten; kleine private Unternehmen nahmen zu; es war noch eine Bourgeoisie vorhanden, die ihren Einfluß durch ihre Ideologie und 'Expertentum', unterstützt von imperialistischen 'Helfern', zur Geltung bringen konnte; die ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse, die unter der Anleitung bürgerlicher Theorie abgeschafft werden sollten, waren äußerst rückständig. So zu tun, als ob die notwendigen Bedingungen vorhanden seien, bewirkte nur, daß der alten herrschenden Klasse und einer neu sich etablierenden der Weg zur Herrschaft mit Phrasen und Taten geebnet wurde. Lenins Auffassung über die Funktion des Staates in der Übergangsphase war eindeutig.

> "Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, als auch zur L e i t u n g der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft 'in Gang zu bringen'." (45)
>
> "Bis die höhere Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die s t r e n g s t e Kontrolle seitens der Gesellschaft u n d s e i t e n s d e s S t a a t e s über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion," aber sie "darf nicht von einem Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern von dem Staat der b e w a f f n e t e n A r b e i t e r." (46)

Wichtig ist, daß Lenin die politische und ökonomische Funktion des Staates – unter der Kontrolle der Arbeiter – nicht trennte. Die falsche Einschätzung des Staates durch die jugoslawischen Kommunisten ist eher zu verstehen, wenn man ihre revisionistische Auffassung von einem v e r s e l b s t ä n d i g t e n Staatsapparat berücksichtigt, der angeblich über den Klassen schwebt, und nicht als Apparat einer Klasse zur Unterdrückung der anderen verstanden wird, d.h. die Minderheit (die Bourgeoisie) unterdrückt die Mehrheit (das Proletariat) oder umgekehrt. Diese Auffassung kommt tendenziell zum Ausdruck, wenn der frühere Außenminister Kardelj von einer "Bürokratenkaste" spricht, die "die gesamte (!) Gesellschaft dem nationalisierten Staatsapparat zu unterwerfen" bestrebt ist. (47)

---

44 YUGOSLAV SURVEY, No. 4; a.a.O., S. 75. John W. Dyckman, linksliberaler Professor of City and Regional Planning and Development, University of California, Berkeley, teilte uns in seinem Vortrag an der TU Berlin mit, daß die jugoslawische Regionalplanung weit hinter der der USA ist.

45 Lenin, W.I.: STAAT UND REVOLUTION, Ausgewählte Werke, Band II, Berlin 1966, S. 338.

46 Ebd., S. 399.

47 Kardelj, E.: zit.n. Vranicki, P.; a.a.O., S. 146.

Für die Jugoslawen war

> "... die Gefahr des Bürokratismus in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus sogar größer, als es die Klassiker des Marxismus-Leninismus voraussehen konnten, obwohl auch sie bereits von ihrer großen Bedeutung überzeugt waren. Unsere in der Gegenwart gesammelten Erfahrungen lehren uns, daß der Bürokratismus die letzte und stärkste Festung der Überreste des Klassensystems, dadurch auch der gefährlichste Feind des Sozialismus ist." (48)

Tatsächlich hat Lenin die "Bürokratischen Auswüchse" – "viele unter ihnen (gemeint sind die Bürokraten d.Verf.) sind Schufte, Erzgauner" – des neuen "Arbeiterstaates" und dessen Zusammenhang mit der Planung nicht übersehen, aber er meint dazu folgendes (49):

> "Wenn jemand sagt, 'Schluß mit dem Bürokratismus', so ist das Demagogie. Das ist dummes Zeug. Gegen den Bürokratismus werden wir noch lange Jahre zu kämpfen haben, und wer anders denkt, der treibt Scharlatanerie und Demagogie; denn um den Bürokratismus niederzubringen, braucht man hunderte von Maßnahmen, braucht man allgemeine Schulbildung, allgemeine Kultur, allgemeine Teilnahme an der Arbeiter- und Bauerninspektion." (50)

Und in dem Brief an Sokolow (1921):

> "Man kann nicht in einem Bauernland den Bürokratismus 'verjagen', er läßt sich nicht 'aus der Welt schaffen'. Man kann ihn nur durch langsame, hartnäckige Arbeit v e r m i n d e r n... Der Kampf gegen den Bürokratismus in einem bäuerlichen und vollkommen erschöpften Land erfordert lange Zeit,... Die 'Hauptverwaltung' 'beseitigen'? Unsinn. Was werden sie an i h r e S t e l l e setzen? Das wissen sie nicht." (51)

Tito hatte dazu eine zuversichtliche Einstellung:

> Durch die Arbeiterselbstverwaltung "... wird jede Möglichkeit der Verbreitung einer ansteckenden Krankheit in unserer Wirtschaft aufgehoben, einer Krankheit, die den Namen Bürokratismus trägt." "Auch bei uns hat er Eingang gefunden in den verschiedenen Anstalten, in den Staatsapparat, und die Wirtschaft, aber wir sind uns dessen bewußt und haben deshalb bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, um ihn ganz zu vertreiben. Zeitweilig unternommene Maßnahmen genügen hier nicht, sondern unausgesetzter Kampf und Erziehung der Menschen." (52)

Die Bürokratie zu bekämpfen und den Direktoren im Betrieb gleichzeitig die alleinige Macht über Einstellungen und Entlassungen zu übertragen und für ein höheres Einkommen dieser Gruppe zu plädieren, wie es Anfang der 50er Jahre geschah, überhaupt die Bürokratie bekämpfen zu wollen und gleichzeitig Privilegien bzw. Prämiensysteme zu schaffen, die bis zur "vulgären Materialisierung des Bewußtseins" (Castro) führen, ist ein Widerspruch in sich.

---

48 Kardelj, E.: zit.n. Vranicki, P.; a.a.O., S. 146.

49 "Diese alten bürokratischen Elemente haben wir auseinandergejagt, umgeschichtet, und dann haben wir wieder angefangen, sie auf neue Plätze zu stellen. Zaristische Bürokraten begannen in die Sowjetbehörden hinüberzuwechseln und dort den Bürokratismus einzuführen, begannen sich als Kommunisten aufzumachen und sich der erfolgreichen Karriere wegen Mitgliedsbücher der KPR zu verschaffen. So kommen sie, nachdem man sie zur Tür hinausgejagt hat, durchs Fenster wieder herein... Dieses niedrige Kulturniveau bewirkt, daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung d u r c h d i e W e r k t ä t i g e n sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung f ü r d i e W e r k t ä t i g e n sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst." Lenin, W.I.: "Bericht über das Parteiprogramm", in: LENIN WERKE, Band 29, 19. März 1919, Berlin 1961, S. 168 f.

50 Lenin, W.I.: "Schlußwort zum Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften" (1921) zitiert in: W.I. Lenin, FÜR UND WIDER DIE BÜROKRATIE, hrsg.: Hillmann, G., Hamburg 1970, S. 89.

51 Lenin, W.I.: "Brief an Sokolow"; a.a.O., S. 130 ff.

52 Tito, B.J.: zit.n. Vranicki, P.; a.a.O., S. 145.

Mit der allmählichen Einführung der "sozialistischen Marktwirtschaft" bestimmte man die Einkommenshöhe zum obersten Erfolgskriterium der Unternehmung. Daß die betriebliche Einkommensmaximierung nicht zur gesellschaftlichen Einkommens- und Wohlstandsmaximierung führen muß, sondern betriebs- und branchenspezifische Bereicherung mit hohen sozialen Kosten und in der Regel disproportionales Wachstum der Regionen verursacht, hielt die Jugoslawen nicht davon ab, das rein kapitalistische Prinzip zu benutzen. Außerdem bestimmt das Einkommen eines Unternehmens die Lohn- und Gehaltshöhe seiner Belegschaft. Das bedeutet, daß die Arbeiter noch nicht einmal ein tariflich gesichertes Einkommen haben. Lediglich ein Mindestlohn von ca. DM 100 wird ihnen vom Unternehmen garantiert, der aber auch unter jugoslawischen Verhältnissen das Existenzminimum nicht deckt. Bei Entlassung beträgt die Arbeitslosenunterstützung höchstens 50 % des vorhergehenden Lohnes und ist zeitlich begrenzt. Der Philosoph Vranicki lehnt vertraglich fixierte Löhne mit folgender Begründung ab:

> "Das Lohnverhältnis aber fixiert die alte Arbeitsteilung, die alte Abhängigkeit, die alte Zerstücklung der Persönlichkeit, es hemmt ihre Entfaltung, ihre allseitigen Möglichkeiten." (53)

Diese Aussage, die keine Ausnahme ist, ähnelt der Ideologie der von Marx zitierten englischen Fabrikbesitzer im Frühkapitalismus. Die Unsicherheit der Arbeiter in bezug auf ihr Einkommen und ihre Abhängigkeit vom Erfolg der Unternehmung auf dem Markt steht im krassen Widerspruch zu jeglichen sozialistischen Prinzipien. Diese inhumanen Grundsätze, die selbst im Kapitalismus durch Klassenkämpfe z.T. überwunden sind, finden ihren Höhepunkt in den Aussagen des ehemaligen Vorsitzenden des Bundesplanungsbüros, des heutigen Professors für politische Wissenschaften in Belgrad, Berislav:

> "It is not the aim of social policy in Yugoslavia to g u a r a n t e e a m i n i m u m s t a n d a r d o r t o p r e v e n t t h o s e w h o w i s h f r o m e a r n i n g m o r e a n d m o r e... Basically it is in the interest of the society to develop the country's economic potentials and to encourage workers to earn more, r a t h e r t h a n t o s a f e g u a r d t h e l o w e s t i n c o m e r a t e s b y a p r o t e c t i o n p o l i c y o f r e d i s t r i b u t i o n." (54)

Das jugoslawische Wirtschaftssystem, in dem von Akkordarbeit ausgiebig Gebrauch gemacht wird, verlangt, daß die Arbeiter innerhalb eines Unternehmens als Mitglieder einzelner Abteilungen (siehe ökonom. Einheiten Teil 4.2.) gegeneinander um ihre Einkommenshöhe konkurrieren. Hinzu kommt ein rücksichtsloser Wettbewerb zwischen den Unternehmen sowie eine ständig vergrößerte Einkommensdifferenzierung innerhalb der verschiedenen Qualifikationsstufen der Arbeitskraft. Dies alles führt zur Korrumpierung ihres Bewußtseins und erzeugt Rivalitäten.

Mandel beurteilt diese Praktiken folgendermaßen:

> "Die Jagd nach persönlicher Bereicherung (für die Mehrheit der Bevölkerung: Jagd nach individueller physischer Existenzsicherung; Einfügung der Verf.) wird zum universellen Ideal aller Mitglieder der Gesellschaft, was verbissene individuelle Konkurrenz in allen gesellschaftlichen Bereichen nach sich zieht, auf Kosten von Solidarität und Kooperation. Phänomene wie weitverbreitete Korruption, Prostituierung, Käuflichkeit von Feder und Geist, ständiger Abbau gesellschaftlicher Ideale und des gesellschaftlichen Idealismus bei der Jugend müssen in solch einer Atmosphäre unweigerlich gedeihen." (55)

Die Jugoslawen versuchten sogar die "materiellen Hebel" bei Sozialarbeitern, einigen Staatsbeamten und Ärzten einzuführen (Grundeinkommen und Prämien nach Leistung).

53 Vranicki, P.; a.a.O., S. 149.
54 Berislav, Sefer: "Income Distribution in Yugoslavia", in: INTERNATIONAL LABOUR REVIEW, Vol. 97, No. 4, April 1968, S. 387 (hervorgehoben v.d.Verf.).
55 Mandel, Ernest: "Jugoslawische ökonomische Theorie", in: ROTBUCH 11, Berlin 1969, S. 98.

Entsprechend ihrem kapitalistischen Prinzip, Leistung nur mit direkter Entlohnung zu koppeln, sind sie von irgendeinem Ansatz zur Verteilung nach Bedürfnissen radikal abgekommen.

Im Gegensatz zur 'sozialistischen Marktwirtschaft', wie sie auch immer aussehen mag, haben sich Lenin (siehe oben), Marx und Engels eindeutig für eine "planmäßige bewußte Organisation der Produktion, "bewußte planmäßige Kontrolle" der gesellschaftlichen Lebensbedingungen ausgesprochen. (56) Zu den "großmäuligen Aposteln der genossenschaftlichen Produktion" meinte Marx:

> "Wenn aber die genossenschaftliche Produktion (sprich: Arbeiterselbstverwaltung, die Verf.) nicht 'eitel Schein und Schwindel' bleiben (soll)... Wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll, – was wäre das anders, meine Herren, als der Kommunismus, der mögliche Kommunismus? " (57)
>
> "Die richtige Proportion zwischen Angebot und Nachfrage, die wiederum (dies wurde nicht 1950, sondern schon 1847 geschrieben, d.Verf.) der Gegenstand so vieler Wünsche zu werden beginnt, hat seit langem zu bestehen aufgehört. Sie hat das Greisenalter überschritten; sie war nur möglich in jenen Zeiten, wo die Produktionsmittel beschränkt waren, wo der Austausch sich in außerordentlich engen Grenzen vollzog. Mit Entstehen der Großindustrie mußte diese richtige Proportion verschwinden..." (58)

56 Marx, K.: DAS KAPITAL, Band 1, S. 94, S. 377; Band 3, S. 271, S. 828.
Engels, F.: ANTI-DÜHRING, Berlin 1958, S. 351.
57 Marx, K.: DER BÜRGERKRIEG IN FRANKREICH, MEW 17, S. 343.
58 Marx, K.: "Das Elend der Philosophie", in: MEW 4, Berlin 1969, S. 97.

Historie zwischen Ideologie und Wissenschaft
Zur Kritik der herrschenden Geschichtswissenschaft und die Möglichkeiten einer kritischen Perspektive.
Herausgeber: Autorenkollektiv der Basisgruppe GWS an der Hamburger Uni.
Preis: ca. 4,00

Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft Materialien zur Mitbestimmung. Zur Geschichte der Gewerkschaften. 5,50

Das rote Gewerkschaftsbuch
Zum Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften. Preis: 5,00

Die Septemberstreiks 1969
Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks von 1969. Preis: 9,00

Ab 10 Exempl. pro Titel: 30 % Rabatt
Versand nur per Nachnahme. Weitere große Auswahl an sozialisierten Drucken. Buchliste anfordern!

★spartakus
2 Hamburg 13, Postfach 117
Telefon 0411/41 74 84

Obwohl die kapitalistischen Länder sich gesetzmäßig vom Konkurrenz- zum staatsmonopolistischen Kapitalismus mit dem tendenziellen Abbau der Konkurrenz und der Einführung von Planungstechniken entwickelten, wollen die jugoslawischen 'Kommunisten' dessen ungeachtet die Schule des Frühkapitalismus sogar noch mit vergesellschafteten Produktionsmitteln nachvollziehen. Unkoordinierte Investitionen mit Überkapazitäten und Disproportionalitäten in den Abteilungen und Branchen, Absatzstockungen infolge ungeplanter Produktion, Fall der Profitrate, Massenarbeitslosigkeit, Krisen, – kurz, die mit "Naturnotwendigkeit... wiederkehrenden Konvulsionen" waren für die jugoslawischen Theoretiker und Politiker nicht vergeudend und entfremdend genug, um daraus zu lernen. Das jugoslawische Anliegen "alle Formen entfremdeter ökonomischer und politischer Macht (abzuschaffen)" (59) steht im krassen Widerspruch zu der totalen Einführung der Ware-Geld-Beziehungen, deren eigene Gesetzmäßigkeiten und Wirkungen auf das Bewußtsein der Produzenten Marx u.a. Theoretiker hinreichend entwickelt haben:

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Produzenten kommen nur durch Beziehungen von Sachen über den Markt zustande. Diese Beziehungen unterliegen Gesetzen, von denen die Produzenten hinterrücks beherrscht werden. Die individuelle Entscheidungsfreiheit über die Privatarbeit ist daher illusionär. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion wird den voneinander unabhängig arbeitenden Produzenten nicht bewußt. Die Ware-Geld-Beziehungen leisten bei ihnen dem falschen Glauben Vorschub, daß das Gesamtinteresse maximiert wird, indem sie ihre Einzelinteressen verfolgen. Die Produzenten können unter diesen widersprüchlichen ökonomischen Verhältnissen kein sozialistisches Bewußtsein entwickeln, im Gegenteil, das Privatinteresse steht im Vordergrund, und die Entfremdung durch die unkontrollierten gesellschaftlichen Prozesse, die durch den Markt hervorgerufen werden, bleibt bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln bestehen. Auch die Einführung der ASV kann die Produzenten den Gesetzmäßigkeiten der Ware-Geld-Beziehungen nicht entziehen. Die Produktion eines Betriebes der ausschließlichen Kontrolle der Belegschaft unter Ausschluß des Staates, der die Interessen des gesamten Proletariats vertritt, zu übergeben und damit die gesellschaftliche Kontrolle zu verwerfen, ist ein Widerspruch zum gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, den die Jugoslawen angeblich anerkennen. Bestenfalls kann dies den Arbeiter dazu veranlassen, sich primär für die Interessen eines einzelnen Betriebes ohne Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse einzusetzen. Hiermit wird der soziale Charakter der Arbeit noch weiter aus dem Bewußtsein der Arbeiter verdrängt, als es durch die intensiven Ware-Geld-Beziehungen ohnehin geschieht.

Die langen Abhandlungen von jugoslawischen Philosophen über die Entfremdung können nur als Ideologie der Nutznießer der neuen Verhältnisse bezeichnet werden, wenn gleichzeitig der Marktmechanismus und die Ware-Geld-Beziehungen nach kapitalistischem Vorbild nicht gänzlich von diesen Theoretikern verworfen werden. (60)

Planung als bewußte Festsetzung von koordinierten gesamt-gesellschaftlichen Zielen durch die 'vergesellschafteten' Individuen und die Organisation und Kontrolle durch dieselben Individuen bei ihrer Durchführung negiert nicht die Freiheit des Individuums, sondern ermöglicht gerade die Freiheit von den unzähmbaren, undurchsichtigen gesellschaftlichen Prozessen einer 'sozialistischen Marktwirtschaft', die das Individuum wie eine Nußschale

59 Pasic, N.; a.a.O., S. 117.

60 Ein klassisches Beispiel für die Verdrehung der marxistischen Theorie um die jugoslawischen Verhältnisse zu rechtfertigen, mittels einer Abstraktion, die die Wirklichkeit nicht "tiefer, getreuer, vollständiger" (Lenin) widerspiegelt, sondern verfälscht darstellt, ist: Mihailo Markovic, "Entfremdung und Selbstverwaltung", in: FOLGEN EINER THEORIE ESSAYS ÜBER 'DAS KAPITAL' VON KARL MARX, ed. Suhrkamp 1967.

auf dem Meer hin- und herwerfen. Der dialektische Widerspruch zwischen Planung und Freiheit wurde von den Jugoslawen fälschlicherweise als ein antagonistischer angesehen.

Obwohl die sozialistische Planung die gesellschaftlichen Prozesse am rationalsten gestaltet, verhindert sie nicht alle ökonomischen, sozialen und erst recht nicht politischen Fehlentwicklungen. Sie kann aber die falsche, die verplante ökonomische und soziale Entwicklung rascher beheben, als es in einem laissez-faire-System und auch in einem System mit staatsmonopolisitschen Planungstechniken, in dem diese zur Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse (sprich Sicherung des Monopolprofits mit dem N e b e n p r o d u k t der Bedürfnisbefriedigung) angewendet werden, möglich ist. (Über die Grenzen der Planung siehe Bettelheim, in: ROTBUCH 11, a.a.O., S. 50 f.)

Keine Planungstechniken, keine ausgeklügelten Wirtschaftsmodelle, keine raffinierten Prämiensysteme können die Kontrolle der Leitung, die schöpferische Initiative der Massen und vor allem das sich in der Praxis entwickelnde sozialistische Bewußtsein ersetzen. Eine aktive Teilnahme der Bevölkerung an der Aufstellung gesamtgesellschaftlicher Planziele und -mittel, aber auch die Kontrolle ihrer Durchführung kann dieses notwendige Bewußtsein beträchtlich fördern und politische Fehlentwicklungen vermeiden. Andererseits hemmt ein Verzicht auf diese Initiative seine Entwicklung (61) und würde der Bürokratie die Möglichkeit geben, sich der Kontrolle der Massen zu entziehen.

Die Freiheit, nicht nur Wahlfreiheit, nicht nur 'Einsicht in die Notwendigkeit', sondern Aufhebung der Notwendigkeit wird nur durch sozialistische Planung ermöglicht. In diesem Prozeß kann die maximale Bedürfnisbefriedigung einschließlich der Persönlichkeitsentfaltung aller erreicht werden.

Die scheinbar akademische Frage, ob der jugoslawische Weg mit der Theorie des Marxismus-Leninismus vereinbar ist oder sie erweitert, ist zugleich die Frage, ob dieser Weg mit den geschichtlichen Erfahrungen der Menschheit vereinbar ist. Unsere bisherige Analyse der jugoslawischen Konzeption kann nur zu dem Schluß führen, daß sie vom p o l i t i s c h e n, ö k o n o m i s c h e n und h u m a n i s t i s c h e n Standpunkt des Marxismus-Leninismus von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Die jugoslawischen 'Kommunisten' würden uns antworten:

> "Aber man möge die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, daß volle dreißig Jahre der gesamte Marxismus im Lichte der von Stalins Seite proklamierten Sätze gedeutet wurde. Gerade deshalb brachte es diese Lage mit sich, daß die erwähnten Gedanken und Erkenntnisse nicht nur im neuen Lichte sich darboten und in weitergehender Verarbeitung (auch praktischer Anwendung), sondern auch in der echten Frische (!) und Plötzlichkeit des Neuen (!), da sie schöpferisch aufgedeckt wurden auf Grund einer neuen geschichtlichen Erfahrung, die sich aller bis vor kurzem gültigen Tradition kraß widersetzte. Die Tradition stand nämlich in diametralem Gegensatz zum Aufgedeckten." (62)

61 In diesem Fall – Festlegung der Planziele etc. ohne Mitgestaltung der Produzenten – werden die Pläne ihre soziale Relevanz für die Arbeiter verlieren, und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Plan und seiner Verwirklichung werden unweigerlich die Oberhand gewinnen. Der soziale Charakter der Arbeit wird im Bewußtsein der Produzenten eine untergeordnete Rolle spielen. Die in j e d e m Plan vorhandenen Lücken werden ausgenutzt. Ökonomische Mißstände folgen. Der Weg für neue Herrschaftsstrukturen ('neue Klasse') ist geebnet. Der Ruf nach der verstärkten Einführung des Marktes, weil der Plan offensichtlich nicht funktioniert, bedeutet in erster Linie die Emanzipation dieser 'neuen Klasse' von der zentralen Planung. Der Ruf nach verstärkten materiellen Anreizen ist i h r Ruf. Dies könnte einer der gesellschaftlichen Prozesse sein, der den Revisionismus in den anderen sozialistischen Ländern begünstigt.

62 Vranicki, P.; a.a.O., S. 144 f.

Eine Erweiterung der marxistisch-leninistischen Theorie aufgrund der Praxis in der Sowjetunion war notwendig, aber ob die theoretischen Schlußfolgerungen und die "ganze Reihe von Maßnahmen" (Tito), die die Jugoslawen ergriffen, nicht doch nur geeignet waren, die alten Verhältnisse zu reproduzieren, kann letzten Endes nur an ihrer Praxis untersucht werden.

3. Rote Bourgeoisie

Falls wir voraussetzen würden, daß die KPJ von vornherein nicht eine kommunistische Politik ins Auge gefaßt hatte, wäre die Erklärung für die Einführung bürgerlicher Prinzipien gegeben. Dann wäre zu untersuchen, warum die KPJ bürgerlich war. Wir können nicht annehmen, daß dies der Fall war. Die Frage aber, und sie kann von uns nur hypothetisch beantwortet werden, lautet: Wie, auf welcher sozioökonomischen Basis war es möglich, daß sich solche bürgerlichen Tendenzen innerhalb der KPJ p o l i t i s c h durchgesetzt haben? Zuerst müssen wir die sozioökonomische und politische Lage des Landes am Ende der 40er Jahre kurz ins Gedächtnis zurückrufen: Ein vom Krieg zerstörtes Land, das aus Gebieten, die sich noch bis zum Krieg feindlich gesinnt waren, mit unterschiedlichen Entwicklungsgraden besteht, mit einem sehr schwach entwickelten Proletariat, geführt von einer politisch noch nicht gestählten KP, gerät in ökonomische Schwierigkeiten wegen der Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion und wird dabei politisch isoliert. Außerdem prägen eine mißglückte Kollektivierung der Landwirtschaft, zunehmende, fast an eine Hungerkatastrophe heranreichende Ernährungsschwierigkeiten und ein kleinbürgerliches Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung mit äußerst rückständigen gesellschaftlichen Verhältnissen das Bild. Dieser Zustand ähnelt dem der Sowjetunion am Anfang der 20er Jahre, so daß wir Lenins Einschätzung der Entstehungsbedingungen für kleinbürgerliche Tendenzen – die gegen politischen und ökonomischen Zentralismus gerichtet sind – auf deren jugoslawische Variationen der Entstaatlichung, der 'sozialistischen Marktwirtschaft' und der ASV etc. anwenden können.

> "In einem Lande wie Rußland werden durch das gewaltige Überwiegen des kleinbürgerlichen Elements sowie die infolge des Krieges unvermeidlichen Verheerungen, Verarmung, Epedemien und Mißernten und die krasse Verschärfung der Not und der Volksleiden besonders starke Schwankungen in den Stimmungen der kleinbürgerlichen und halb-proletarischen Massen erzeugt. Diese Schwankungen verlaufen bald in der Richtung einer Stärkung des Bündnisses dieser Massen mit dem Proletariat, bald in der Richtung einer bürgerlichen Restauration. Die ganze Erfahrung aller Revolutionen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts zeigt mit absoluter Klarheit und Überzeugungskraft, daß aus diesen Schwankungen nichts anderes herauskommen kann als die Restauration (Wiederherstellung) der Macht und des Eigentums der Kapitalisten und Gutsbesitzer, – falls die Einheit, die Kraft, der Einfluß der revolutionären Vorhut des Proletariats auch nur im geringsten geschwächt wird." (63)
>
> "Das alles ist es eben (die äußerst notdürftige Versorgungslage der Bevölkerung – die Verf.), was wirtschaftlich zur Deklassierung des Proletariats führt, was unvermeidlich auch hier kleinbürgerliche, anarchistische Tendenzen erzeugt und in Erscheinung treten läßt." (64)

Diese 'erzeugten' kleinbürgerlichen Ideen waren auch in der jugoslawischen Partei selber, die zu 50 % aus Kleinbauern bestand, vorhanden. Ihre Verwirklichung wurde durch die Dezimierung (75 %) der besten proletarischen Kader der Partei während des Partisanenkrieges und den Parteiausschluß bzw. die Inhaftierung der mit der Politik gegenüber der Sowjetunion unzufriedenen Mitglieder erleichtert. Diese hätten auf keinen Fall den neu eingeschlagenen Weg unterstützt (65). Der Bruch mit der Sowjetunion und die Furcht vor einer militärischen Intervention führten zu Zugeständnissen an die kleinbürgerliche Fraktion und die parteilosen Massen, um ihre Loyalität zu sichern. Die kleinbürgerliche Fraktion nützte die Kritik an der Bürokratie der Sowjetunion als Begründung gegen j e g l i c h e Zentralisierung aus. (66) Andererseits wurde j e d e K r i t i k an der Dezentralisierung als stalinistisch, Bürokratismus fördernd etc. abgestempelt und damit diskreditiert. (67) Auch wenn der Bruch mit der SU nicht wegen der "nationalistischen, kleinbürgerlichen Politik etc." der KPJ zustande kam, hatte er die politische Folge, die kleinbürgerliche Fraktion innerhalb der KPJ zu stärken.

Was wir mit Sicherheit feststellen können, ist, daß die Politik der KPJ am Anfang der 50er Jahre von einer kleinbürgerlichen Fraktion geprägt war.

Die Gruppe, die sich im Laufe der letzten 20 Jahre deutlicher herauskristallisierte und ihre Macht verfestigte, wird von uns – in Übereinstimmung mit der Studentenbewegung 1968 in Belgrad, die im Gegensatz zu derjenigen in der CSSR nicht für eine 'Liberalisierung' plädierte, sondern die bürgerlichen Praktiken in Jugoslawien anprangerte und entschieden für eine Rückkehr zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis demonstrierte, – als "Rote Bourgeoisie" bezeichnet. Rot, weil sie immer noch von der Verwirklichung des Sozialismus in Jugoslawien redet, aber bourgeois in ihren Taten. Diese Klasse besteht aus dem leitenden Personal von Unternehmen aller Art, höher qualifiziertem technischen Personal, Mitgliedern freier Berufe, reichen Großbauern, der Spitze des Partei-, Gewerkschafts- und Beamtenapparates und einigen Teilen der Vorkriegsbourgeoisie. (68) Wir sind uns dessen bewußt, daß der Begriff der "Roten Bourgeoisie" die herrschende Klasse nicht optimal bezeichnet. Er ist aber immer noch besser als der der 'Bürokratie'. Der Begriff 'Bürokratie' ist zu weit, weil Personen erfaßt werden, die nicht zur herrschenden Klasse gehören, andererseits zu eng, weil er Personen ausschließt, die ihr angehören, zu allgemein (Bürokratie gab und gibt es im Feudalismus und Kapitalismus), um die besonderen Eigenschaften der neu herrschenden Klasse zu kennzeichnen und verleitet zu pauschalen Urteilen, ohne die spezifischen sozioökonomischen Entstehungsbedingungen zu analysieren. (Eine historische, materialistische Untersuchung der Bürokratie würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen).

63 Lenin, W.I.: Ursprünglicher Entwurf der Resolution über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei, in: W.I. Lenin, FÜR UND WIDER...; a.a.O., S. 111.

64 Lenin, W.I.: Schlußwort zum Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften, in: FÜR UND WIDER DIE BÜROKRATIE; a.a.O., S. 97.

65 "Nach dem Bruch zwischen Moskau und Belgrad 1948 setzte in Jugoslawien eine allgemeine Hetzjagd auf die Kominformisten ein."
Helmut Roesler: "Jugoslawien zwischen Rubel und Dollar", in: OSTEUROPA, Heft 9, Sept. 1957, S. 634.

66 "Es ist sehr leicht, die Hauptverwaltungen und Volkswirtschaftsräte zu kritisieren, aber wenn ihr in dieser Weise kritisiert, verstehen es die parteilosen Arbeitermassen so, als müsse man sie auflösen! Das greifen auch die Sozialrevolutionäre auf."; a.a.O., S. 101.

67 Einer der verantwortlichen Redakteure der philosophischen Zeitschrift PRAXIS kennzeichnet – 20 Jahre später – "... die Rolle der Praxis als Organ des internationalen Anti-Stalinismus und des schöpferischen Marxismus..." (Petrovic, Gajo: "Die jugoslawische Philosophie und die Zeitschrift 'Praxis' ", in: REVOLUTIONÄRE PRAXIS, Freiburg 1969, S. 8).

68 Die ungelernten Arbeiter und armen Bauern sind im BKJ völlig unterrepräsentiert. Siehe Tripalo, Miko: "The Social Base of the League of Communists", in: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, No. 35, Belgrad 1969, S: 51 und YUGOSLAV SURVEY, No. 4, 1967, S. 46.
I m L a u f e unserer Untersuchung kamen wir zu dem zwingenden Schluß, daß die Staatsmacht in Jugoslawien nicht in den Händen der Arbeiterklasse liegt, sondern in denen einer neuen Klasse, die sich während der Übergangsphase fest etabliert hat.

Die Ideologie der "Roten Bourgeoisie" vermischt Elemente des aufsteigenden Bürgertums (Marktwirtschaft), des "kritisch-utopischen Sozialismus" (Marx) (dezentralisierte Assoziation der Produzenten), des Anarchismus (Furcht vor dem proletarischen Staat) und ist mit 'schöpferischen marxistischen' Sätzen verziert. Die Spitze dieser Ideologie richtete sich zuerst gegen den gerade etablierten proletarischen Staat. Die Diktatur des Proletariats als Staatsmacht wurde nach ihrer 'Verdrängung' durch die Diktatur der "Roten Bourgeoisie" abgelöst, und diese scheut sich nicht, ihre Diktatur auszuüben.

> "Zu neun Monaten Gefängnis verurteilte ein Belgrader Gericht den Professor für Verkehrswesen Dimitrije Zivkovic. Der Förderer ultralinker Studentenzirkel hatte in seinem Buch 'Was ist die politische Ökonomie des Sozialismus?' die jugoslawische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als kapitalistisch bezeichnet." (69)

Das Verbot der eindeutig kommunistischen Studentenzeitschrift ist ebenfalls in diesem Sinn zu interpretieren.

Während des Entstehungsprozesses der neuen Klasse spielte das amerikanische Kapital – angesichts der einmal angenommenen Hilfe – durch seine geduldige belohnende und bestrafende Tätigkeit die Rolle des 'Geburtshelfers'. Der amerikanische Einfluß war und ist in allen Sphären der Gesellschaft vorhanden.

"Yugoslav technicans and experts of all kinds went to the west – and not to the USSR – for their technical training and experience.

A window was opened to the west through which influence, know-how, political ideas, cultural developements streamed in, and had a powerful and incalculable influence on the developement of the new Yugoslavia." (70)

Die Rufe nach mehr "Eigeninitiative und Autonomie der Unternehmen"! "verstärkter Leistungsanreize"! waren die Rufe der "Roten Bourgeoisie".

Die zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die auf die materiellen Interessen der "Roten Bourgeoisie" und des Kleinbürgertums zugeschnitten waren, hatten aber auch zugleich eine Verfestigung der Macht der "Roten Bourgeoisie" durch eine zunehmende politische und ökonomische Schwächung der Arbeiterklasse zur Folge. Die 'naturwüchsige' ursprüngliche Akkumulation, das Wirken des Wertgesetzes in allen gesellschaftlichen Bereichen ohne gesellschaftliche Kontrolle und das Bemühen, es tendenziell außer Kraft zu setzen, gaben der Roten Bourgeoisie die Möglichkeit, über die ASV die Ware-Geld-Beziehungen in ihrem Sinne auszunutzen und die jugoslawische Arbeiterklasse bei teilweise sozialisierten Produktionsmitteln einem spezifischen Ausbeutungssystem (was man noch nicht als rein kapitalistisch bezeichnen kann) zu unterwerfen. Fassen wir die Folgen der 'Reformen' zusammen, die die Macht der "Roten Bourgeoisie" nach und nach konsolidieren:

1.) Eine dezentralisierte rätedemokratische Ordnung garantiert nicht die Beherrschung der gesellschaftlichen Prozesse durch die Arbeiterklasse: in den Betrieben wird sie von den Zwängen des Marktes beherrscht. Diese Tatsache öffnet einer neuen Klasse den Weg zur Macht, indem das Unverständnis gegenüber den schwer durchschaubaren Marktabläufen den Arbeitern selbst die Bestimmung über die Politik ihrer Betriebe unmöglich macht. (71)

69 DER SPIEGEL, 5.1.1970, Nr. 1/2, Jg. 24, S. 65. Leider stand uns das zitierte Buch bei unserer Arbeit nicht zur Verfügung.

70 Auty, P.: "Yugoslavia's International Relations", in: CONTEMPORARY YUGOSLAVIA, edited by Wayne S. Vurcinisch, Berkeley and Los Angeles 1969.

71 "Da eine zentrale Planung nicht vorhanden ist, geraten die Unternehmen ganz in den Sog des Marktes; das bedeutet für die Arbeiterselbstverwaltung, daß sie sich den von Direktoren und Management interpretierten 'Sachzwängen' des Marktes zu beugen hat..." (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 19. 1. 1970). (Hervorhebung v.d.Verf.).

Diese durch den Markt hervorgerufene passive Haltung überträgt sich auf das politische Engagement der gesamten Arbeiterklasse.

2.) Das kapitalistische Entlohnungssystem (Konkurrenz etc.) ruft eine Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse in rivalisierende Gruppen hervor. Dazu tragen noch die ethnischen und regionalen Unterschiede bei.

3.) Die permanente physische Existenzangst infolge der sehr hohen offenen und versteckten Arbeitslosigkeit und die Konkurrenz verstärken die individualistische Haltung, die bei vielen Arbeitern aus der kleinbürgerlichen Herkunft resultiert, um überhaupt in einem derartigen System die Existenz zu sichern. Auch die Entlohnung nach Akkordtarifen wirkt in diese Richtung. Die so hervorgerufene Individualisierung verhindert die Vergesellschaftung des Individuums im sozialistischen Sinn des Wortes.

4.) Die fehlenden massenmobilisierenden Aktionen hindern die Massen daran, sich als historische Subjekte zu begreifen, und das Vertrauen auf ökonomische Mechanismen mit ihren unvermeidlichen Fehlentwicklungen lassen die Stimmen für Expertentum und Leitung immer lauter werden, besonders wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse ungebildet und unausgebildet ist; Autoritätsgläubigkeit, Unterwürfigkeit, keine Kontrolle der Leitung sind die Folgen. (72)

5.) Die demoralisierende Diskrepanz zwischen sozialistischen Parolen (die hochgepriesene ASV) und Realität haben zur Folge gehabt, daß die Ansätze zu einem sozialistischen Bewußtsein ausgelöscht wurden. Andererseits gibt es keine subtilere Technik, um das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu paralysieren und den Klassenkampf zu verzögern, als gerade mit sozialistischen Parolen, die die Arbeiter ansprechen, zu operieren.

Empirische Untersuchungen haben die folgende Einstellung der Arbeiter herausgefunden:

> " 'wir haben das unsere getan, nämlich produziert, sie (das Management) sollen das ihre tun... wir bezahlen die verschiedenen Fachleute und Direktoren, damit sie für uns unmittelbare Produzenten die unterschiedlichen Arbeiten durchführen... daß sie Planvorschläge für die Produktion ausarbeiten... daß sie den unmittelbaren Arbeitsprozeß organisieren... Marktforschung treiben... die Waren verkaufen... abrechnen... Sie sind verpflichtet sicherzustellen, daß unsere Arbeit auch wirklich 'anerkannt' wird' ".
>
> " 'Geschäfte, für die sie bezahlt werden, sind nicht unsere Geschäfte, wir haben keinen Einblick in die gesamte Produktionsentwicklung...' " (73)

Abgesehen von den Folgen der 'Reformen', die die Macht der "Roten Bourgeoisie" festigten, müssen die nicht sozialistischen Produktionsverhältnisse und deren Wirkung auf das Proletariat berücksichtigt werden. Von den 9,06 Millionen (1969) Beschäftigen (voll- und teilbeschäftigt) sind 55 % (ca. 5 Mio.) im nicht-sozialistischen Sektor tätig. Von diesen 5 Mio. arbeiten 95 % in der Landwirtschaft als private Kleinbauern, Tagelöhner,

72 DIE FRANKFURTER ALLGEMEINE (16.11.1969) berichtet: "Die Manager setzen sich in Jugoslawien durch": "Wird die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung von einer Herrschaft der Manager und Technokraten unterwandert? (Seit der Wirtschaftsreform) ... läßt sich verfolgen, wie in vielen Unternehmen die Fachleute das Heft so fest in die Hand nehmen, daß die Organe der Selbstverwaltung nur noch als Fassade dastehen.
Das ist nicht immer das Ergebnis eines Machtkampfes zwischen Management und Belegschaft. Vorläufig drängt gerade diese die führenden Techniker und Kaufleute des Betriebs, mit dem Direktor an der Spitze, in die Rolle von Herren des Unternehmens. Unter den Arbeitern ist die Ansicht verbreitet, es sei am besten, den Spezialisten an der Spitze, außer in Lohnfragen, nicht viel dreinzureden."

73 Leman, G.: "Ungelöste Fragen..."; a.a.O., S. 40, Primärquelle: RADNE JEDINICE, hektographierte Unterlage des organisations-politischen Rates des Bundesparlaments, Belgrad April 1967, S. 36.

Gelegenheitsarbeiter, Teilzeitbauern etc. (74). Die restlichen 5 % (ca. 250.000) sind private Unternehmer und Arbeiter in Betrieben aller Art (Gastgewerbe, Handwerker, Bauunternehmen, Transportunternehmen etc.). 99,8 % aller Höfe mit 85,8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind in privatem Besitz. (75) 85,3 % der privaten Höfe haben weniger als 8 ha (die äußerst niedrige Produktivität ist sogar den Jugoslawen nicht entgangen. (76)). Gesetzlich sind nur 10 ha pro Hof erlaubt. Diese Bestimmung wird verständlicherweise völlig umgangen. Im privaten Sektor herrschen 'urwüchsige' kapitalistische Verhältnisse. Die Tatsache, daß man Feldfrüchte ungeerntet verkommen läßt, um den Preis hoch zu halten und Produkte in Lagerhäusern verbrennt, um von der Versicherung einen Ersatz zu bekommen, der den realisierbaren Mehrwert übersteigt, spricht zugleich für "verfaulte" kapitalistische Zustände. Auch die genossenschaftlichen und staatlichen Betriebe, die 14,2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen, sind kapitalistisch organisiert, d.h. wir finden überall Tagelöhner, Pächter, Zinsprellerei und keine nennenswerten Sozialleistungen auf dem medizinischen, kulturellen und Erziehungssektor.

Von den 1,349 Millionen Arbeitern in der 's o z i a l i s i e r t e n' Industrie sind mindestens 50 % während der letzten 25 Jahre aus der Landwirtschaft abgewandert. Sie (siehe auch part time farmers, Teil 4.1) sind daher durch die 'Schule der einfachen Warenproduzenten' politisch beeinflußt, auch wenn sie selbst zugleich in Armut und Ausbeutungsverhältnissen lebten.

In der Stadt ist die Beeinflussung durch das in der letzten Zeit a n w a c h s e n d e Kleinbürgertum auch vorhanden. Diese Klasse ist ökonomisch sehr erfolgreich: Privateigentümer von Hotels und Restaurants, von Transportunternehmen, Konstruktionsbüros sowie ein Teil der Handwerker haben ein sehr hohes Einkommen. Eine besondere Methode, ein höheres Einkommen zu erlangen, ist die folgende:

"... Unter den privaten Handwerkern und Gastwirten blüht die Steuerhinterziehung. Tausende Handwerker und Gastwirte melden nur einen Bruchteil ihres Gewinns. In Novi Sad haben nach Angaben der Behörden 140 private Gastwirte und 100 Fuhrunternehmer überhaupt keine Steuern bezahlt..." (FRANKFURTER ALLGEMEINE, 27.8.1968). Und Nada Sisul 'informiert uns' in der halboffiziellen Zeitschrift SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, daß "... private ownership, as one of the forms of ownership in the Yugoslav socialist system, does not come into conflict with the fundamental process of socialist transformation." (71) Dazu Lenin:

> "Die Klassen aufheben heißt nicht nur die Gutsbesitzer und Kapitalisten davonjagen – das haben wir verhältnismäßig leicht getan –, das heißt auch d i e k l e i n e n W a r e n p r o d u z e n t e n b e s e i t i g e n, diese aber k a n n m a n n i c h t d a v o n j a g e n, man kann sie nicht unterdrücken, m a n muß mit ihnen z u r e c h t k o m m e n, man kann (und muß) sie nur durch eine sehr langwierige, langsame, vorsichtige organisatorische Arbeit ummodeln und umerziehen. Sie umgeben das Proletariat von allen Seiten mit einer kleinbürgerlichen Atmosphäre, durchtränken es damit, demoralisieren es damit, rufen beständig innerhalb des Proletariats Rückfälle in kleinbürgerliche Charakterlosigkeit, Zersplitterung, Individualismus, abwechselnd Begeisterung und Mutlosigkeit hervor... Es ist tausendmal leichter, die zentralisierte Großbourgeoisie zu besiegen, als die Millionen und aber Millionen der Kleinbesitzer 'zu besiegen'; diese aber führen durch ihre tägliche, alltägliche, unmerkliche, unfaßbare, zersetzende Tätigkeit eben jene Resultate herbei, welche die Bourgeoisie braucht, durch welche die Macht der Bourgeoisie restauriert wird." (78)

74 "Titos Sorgen", in: DER VOLKSWIRT, Nr. 9, Jg. 24, S. 27; YUGOSLAV SURVEY, No. 2, 1968, S. 12 u. S. 155; STATISTICAL POCKET BOOK OF YUGOSLAVIA 1969, S. 26-30 und eigene Schätzungen.
75 STATISTICAL POCKET BOOK; a.a.O., S. 46; Dobias, Peter; a.a.O., S. 70.
76 Ebd., S. 72.
77 Sisul, Nada: "On Some Aspects of Production Based on Private Ownership in Yugoslavia", in: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, No. 35, 1969, S. 37.

Die "Rote Bourgeoisie" beschleunigt die Konzentration und Zentralisation des von ihr verwalteten gesellschaftlichen Eigentums, obwohl die Gefahr des Machtmißbrauchs durch die Monopole vom BKJ, vergleichbar den Neoliberalen im Kapitalismus, betont wird. (79) Die stärkste Fraktion innerhalb der "Roten Bourgeoisie" (aus Kroatien und Slovenien) will nicht nur den Mehrwert von jeweils einem Unternehmen kontrollieren, sondern denjenigen jeglicher produktiven Arbeit überhaupt. Dies wird durch die Veränderung der ASV, der ein Geschäftsausschuß mit Machtbefugnissen über viele Unternehmen kraft Amtes (nicht durch Wahl) übergeordnet wird, erreicht. Noch besser könnte dies, die Kontrolle des Mehrwerts, durch das Privateigentum geschehen. In der Tat ist die Einrichtung einer Börse mit Wertpapieremissionen Diskussionsthema von 'Kommunisten'. "... obwohl sich gewichtige Stimmen in Jugoslawien dafür einsetzen, ... konnte man sich bisher ebenfalls nicht entschließen." (80)
Immer wieder versuchen einige Unternehmen bis jetzt vergeblich, sich in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln oder Anleihescheine an Privatleute zu verkaufen. (81) Als die größte Möbelfabrik Jugoslawiens sich in eine Aktiengesellschaft verwandeln wollte, gab der Ministerpräsident Ribicic zu 'bedenken', daß es schwer sein würde, dies mit sozialistischen Grundsätzen zu vereinbaren. Aber es gibt die Möglichkeit immer noch:

> "Wird Jugoslawien eine Aktienbörse errichten?
>
> Jugoslawien wird möglicherweise das erste kommunistische Land mit einer Aktienbörse sein. Die Entscheidung soll auf einem im November 1970 stattfindenden Kongreß der Arbeiterselbstverwaltung fallen. Der Plan findet angeblich die Unterstützung der jugoslawischen KP (!). Eine Warenbörse für landwirtschaftliche Produkte existiert bereits in Novi Sad.
>
> Die Voraussetzungen für das Funktionieren einer Aktienbörse seien vorhanden, heißt es in Wirtschaftskreisen, da in Jugoslawien das marktwirtschaftliche Prinzip vorherrsche. Viele Firmen leiden jedoch an Kapitalmangel, dem durch die Börsentätigkeit abgeholfen werden könnte. Am Verleih von Kapital an die Industrie hätten die jugoslawischen Banken bisher gut verdient. Der Versuch, Kapital durch die Ausgabe von festverzinslichen Papieren zu beschaffen, sei jedoch bisher am zu niedrig festgesetzten Zinssatz von 6 % gescheitert. Soviel bekomme man bereits für Sichtguthaben bei Sparkassen. Jugoslawischen Staatsbürgern soll der Erwerb von Aktien an der geplanten Aktienbörse zumindest am Anfang nicht gestattet werden." (DAS HANDELSBLATT, 10./11. Juli 1970).

Allmählich weichen zum Vorteil der "Roten Bourgeoisie" die letzten Fassaden eines sozialistischen Staates den bald die jugoslawische gesellschaftliche Totalität beherrschenden Marktgesetzmäßigkeiten mit allen 'Accessoirs', nachdem die direkte Planung und bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse einmal beseitigt war. Der von Preobraschenski (82) schon 1921 charakterisierte Kampf zwischen Arbeitermacht und bürgerlichen Elementen, die sich mit dem Kleinbürgertum verbinden, mußte nach der konterrevolutionären Aufgabe der politischen und ökonomischen Schlüsselstellungen durch die Staatsmacht und Partei mit dieser Niederlage enden.

78 Lenin, W.I.: DER "LINKE RADIKALISMUS"..., Berlin 1968, S. 31 f.
79 Zwischen 1959 und 1965 nahm die Anzahl der Unternehmen um 40 % ab. YUGOSLAV SURVEY 1968; a.a.O., S. 76.
80 "Effektivität und Ideologie in Jugoslawien", in: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, 5.12.1969.
81 EKONOMSKA POLITIKA, 24.11.1969, Nr. 921, S. 5, zit. n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 12, Jg. 7, 1969, S. 12 und Trevisan, Dessa: "Students control in Belgrad's suburb", in: THE TIMES OF LONDON, 5.6.1968, S. 5.
82 Preobraschenski, E.: "Die Perspektiven der Neuen Wirtschaftspolitik", in: OKTOBERREVOLUTION, Berlin (West) 1967, S. 77-87.

4. Organisation der Arbeitskraft

4.1. Analphabetentum und Arbeitslosigkeit

Für ein relativ unterentwickeltes Land wie Jugoslawien ist der rationale Einsatz der der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskraft verbunden mit einer allseitigen Bildung der Bevölkerung die erste Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus. Dabei ist die technische Ausbildung und vor allem die Bildung eines p o l i t i s c h e n, d.h. s o z i a l i s t i s c h e n B e w u ß t s e i n s für das Individuum notwendig, um seine Persönlichkeit zu entfalten im dialektischen Prozeß zwischen rationalem Einsatz seiner Arbeitskraft und Kontrolle der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Wirkung der Produktions- und Distributionsverhältnisse auf das Bewußtsein der Bevölkerung haben wir schon in Teil 2 u.3 analysiert. Die folgenden Angaben charakterisieren den katastrophalen Bildungsstand der Bevölkerung: Von den 14,611 Mio. Personen über 10 Jahre sind 2,881 Mio. Analphabeten (19,7 %). (83) Diese 2,881 Mio. Analphabeten setzen sich aus 695.000 Männern und 2,186 Mio. Frauen zusammen. (84) Die Unterschiede zwischen den Republiken sind beträchtlich: 32,5 % der Bevölkerung über 10 Jahre sind in Bosnien und in der Herzegowina Analphabeten, in Slowenien sind es nur 1,8 %. (85) Professor Horvat teilte bei seinem Vortrag am 11.11.1968 im Osteuropa Institut der Freien Universität Berlin mit, daß 1968 immer noch 3 Millionen Analphabeten vorhanden sind, der SPIEGEL vom 15.4.1968 berichtet sogar, daß die Anzahl ständig zunimmt.

In Bosnien und in der Herzegowina werden heute lediglich 83 % aller Kinder zwischen 7 und 14 Jahren von den Grundschulen erfaßt. (86) Ähnlich ist es in anderen Republiken.

> "Nur 12,8 % der jugoslawischen Studenten erhalten ein Stipendium von durchschnittlich 215 Dinar pro Monat (ca. 70 DM). Die monatlichen Lebenshaltungskosten liegen jedoch bei minimalen Ansprüchen im Landesdurchschnitt bei 450 Dinar. Wenn die Studenten ihr Studium ganz durchstehen wollen, sind sie auf eine Nebenbeschäftigung angewiesen. Wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit ist ein Studentenjob aber nur schwer zu finden." (87)

12 % der Studenten sind Arbeiterkinder, 2 % sind Bauernkinder. (88) Ein Zitat aus einer (sonst untauglichen) Studie der OECD verdeutlicht die Lage:

> "Bildungsplanung wurde auf der regionalen Ebene häufig isoliert von der Untersuchung des gesellschaftlichen und ökonomischen Bedarfs und im allgemeinen unabhängig von regionalen wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen betrieben. Die Standortwahl von Schulen wurde daher oft eher vom Zufall oder von lokalen Wünschen als von voraussehbaren wirtschaftlichen Erfordernissen der Region bestimmt... Es bleibt festzuhalten, daß sehr wenig erreicht wurde zur Herstellung eines funktionalen Zusammenhangs zwischen Schulen und Universitäten einerseits und dem Arbeitsmarkt (!) andererseits." (89)

81,8 % der Bevölkerung über 10 Jahren haben höchstens 4 Klassen der Grundschule besucht (90); die Anzahl der Berufsschulen für qualifizierte Arbeiter stagniert. (91)

83 STATISTICAL POCKET BOOK OF YUGOSLAVIA, Belgrad 1969, S. 24. Die Erhebung wurde 1961 durchgeführt.
84 Ebd.
85 Ebd.
86 Leman, Gudrun: UNGELÖSTE FRAGEN IM JUGOSLAWISCHEN SYSTEM DER ARBEITERSELBSTVERWALTUNG, Köln 1969, S. 4.
87 Leman, Gudrun: "Theorie für den 'dritten Weg' gesucht", in: DER VOLKSWIRT, Nr. 9, 28.2.1969, S. 40.
88 DER SPIEGEL, Nr. 24, 10. Juni 1968, S. 79.
89 OECD COUNTRY REPORTS: YUGOSLAVIA, Paris 1965, S. 19 f.
90 Dobias, Peter; a.a.O., S. 22.
91 INFORMATIONSDIENST ZUM BILDUNGSWESEN IN OSTEUROPA, hrsg. vom Referat für Bildungswesen in Osteuropa, Berlin 1969, S. 70.

> "Wenn die geplante Zuwachsrate (der Produktion - d. Verf.) erreicht werden soll, muß das Qualifikationsniveau (level of skills) erhöht werden, denn, obwohl die Hauptindustrien ähnliche Ausrüstungen wie in den entwickelten Ländern haben, ist die Produktion unter anderem wegen minderer Qualifikationen viel geringer..." (92)

Diese minderen Qualifikationen hemmen nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern führen auch zu sozialen Spannungen innerhalb der Arbeiterschaft. Die k n a p p e n hochqualifizierten Fachkräfte können den Selbstverwaltungsorganen ihre Einkommensforderungen aufzwingen, weil die Unternehmen bei der Einstellung von bestimmten Spezialisten miteinander konkurrieren. In bezug auf die Einstellung von Fachkräften besteht nicht nur Konkurrenz zwischen den Unternehmen, sondern auch zwischen den Republiken: Die Republik Montenegro beklagte sich darüber, daß 2500 Erzieher und Techniker nach Bosnien übergesiedelt seien, weil sie durch reisende Bosnier mit Geld dazu verlockt wurden. Unsicherheit und Ungewißheit über ihre Einkommenshöhe halten besonders hochqualifizierte Fachkräfte davon ab, in Betrieben zu arbeiten, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden und gerade deshalb auf Fachkräfte angewiesen wären. Außerdem ist die Fluktuation in diesen Betrieben besonders hoch.

Andererseits werden alle Unternehmen von der Einstellung hochqualifizierten Fachpersonals zurückgehalten: Da die Summe aller persönlichen Einkommen Bemessungsgrundlage für eine Steuer des Unternehmens ist, die vor der Einkommens- und Prämienverteilung bezahlt werden muß, streben die Organe der Arbeiterselbstverwaltung danach, insgesamt möglichst wenig Arbeitskräfte und insbesondere wenige hochbezahlte Fachkräfte einzustellen. Das führt zu einer mangelhaften technologischen Innovation.

1963 beschloß die Bundesversammlung in Belgrad, Fachgremien mit der Ausarbeitung von Grundsätzen für die zukünftige Entwicklung des Bildungswesens zu beauftragen. 1967 wurden die erarbeiteten Thesen veröffentlicht: "Zur Überwindung dieser aus einem etatistischen (!) System resultierenden Probleme" wird u.a. "die Einführung des Eigenbetrages zur Bildung" ... "die Einführung des Rentabilitätsprinzips in die Bildungs- und Erziehungsarbeit" empfohlen. "Es sind Formen der 'Valorisierung' nötig, die der Eigenart der Bildungsarbeit gerecht werden ... Die Valorisierung bezieht sie (die Entwicklung der Bildung) in das ökonomisch allgemein verbindliche Prinzip des Preises im einheitlichen Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion." (93) Kurz, die Bildung soll wie eine Ware behandelt werden.

Geringe Bildungsausgaben, ihre völlige Planlosigkeit und sogar ihre Vergeudung (siehe unten) sowie Privilegierung der Kinder der 'Roten Bourgeoisie' sind die hervorstechenden Merkmale des Bildungssystems des 'sozialistischen' Jugoslawien.

Im Vertrauen auf den Marktmechanismus ergriffen die Jugoslawen keine Maßnahmen, um die zunehmende A r b e i t s l o s i g k e i t zu beseitigen und die geringe Anzahl der arbeitenden Bevölkerung gemessen an der Gesamtbevölkerung zu erhöhen. Im STATISTISCHEN TASCHENBUCH VON JUGOSLAWIEN 1969 kann man für 1961 (in diesem Jahr sind die wichtigen Daten vorhanden) folgende Zahlen lesen: "Population according to activity and occupation" 8,340 Mio, davon waren 4,731 Mio. in der Landwirtschaft beschäftigt. (94) Im YUGOSLAV SURVEY (No. 2, Vol. IX, May 1968, p. 155), werden unter "employment" nur 3,242 Mio. Personen erfaßt, weil alle in der Landwirtschaft arbeitenden Personen nicht mitzählen. Fragt man sich, warum diese nicht unter "employment" oder sogar nicht unter "Registered Labour Force" (YUGOSLAV SURVEY, No. 4,

92 ECONOMIC SURVEY OF EUROPE, hrsg. von den UN, New York 1961, S. 58 (Übers.d.Verf.).
93 INFORMATIONSDIENST ZUM BILDUNGSWESEN IN OSTEUROPA; a.a.O., S. 75/76.
94 STATISTICAL POCKET BOOK OF YUGOSLAVIA; a.a.O., S. 27.

Vol. VIII, Nov. 1967, p. 58) erfaßt sind, kann man vermuten, daß der Grund in der hohen versteckten Arbeitslosigkeit (nach UN-Schätzungen 1 bis 2 Millionen) dieser 4,731 Mio. 'Beschäftigten' liegt. Die versteckten Arbeitslosen werden in der offiziellen Anzahl der Arbeitslosen nicht mitgezählt, worauf sogar die bürgerlichen Autoren hinweisen. Eine andere relevante Kennziffer ist der Anteil der arbeitenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote).

Jahr	Registrierte Arbeiter in tausend (95)	Arbeitslosenquote in % (96)	Anzahl der arbeitenden Personen pro 1000 Einwohner (97)
1952	1,779	2,5	103
1953	1,918	4,2	108
1954	2,081	3,7	116
1955	2,282	2,9	126
1956	2,315	4,3	125
1957	2,508	4,6	134
1958	2,684	4,9	142
1959	2,892	5,6	150
1960	3,131	5,1	161
1961	3,332	5,7	174
1962	3,555	6,6	176
1963	3,620	6,3	178
1964	3,800	5,6	187
1965	3,899	6,1	188
1966	3,836	6,7	181
1967		6,6 (98)	
1968		6,8 (99)	
1969		9,3 (100)	

1952 waren nur 10,3 % der gesamten Bevölkerung berufstätig, 1966 waren es 18,1 %, was eine deutliche Verbesserung anzeigt. (Die kommunalen Unterschiede sind beträchtlich, der Anteil der arbeitenden Personen schwankt zwischen 5 und 45 %). Trotzdem ist diese Quote z.B. im Vergleich zur DDR (ca. 47 %) äußerst niedrig. Auch die jugoslawischen Statistiker können nicht umhin, festzustellen, daß "... in number of employed per 1.000 inhabitants Yugoslavia is still considerably behind some more developed European and non-European countries," (101) obwohl die in der Tabelle angegebenen Zahlen zu gering sind, weil die in der Landwirtschaft Beschäftigten nicht erfaßt sind.

Die Zunahme der Arbeitslosenquote spricht für sich (siehe Tabelle). Entgegen den offiziellen statistischen Angaben schreibt die INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE (9.11.1967), daß nach zuverlässigen Quellen die Arbeitslosigkeit 1967 15 % betrage. Der UN-ECONOMIC SURVEY OF EUROPE (New York 1966, S. 59, Fußnote 126) berichtet:

95 YUGOSLAV SURVEY, No. 4, 1967; a.a.O., S. 58.
96 Ebd.
97 Ebd., S. 50.
98 Siehe UN-SURVEY der entsprechenden Jahrgänge.
99 Ebd.
100 DER VOLKSWIRT, Nr. 10, 24. Jg., S. 40.
101 YUGOSLAV SURVEY, No. 4, 1967; a.a.O., S. 51.

> "... 1/3 der Industriearbeiter (industrial force) besteht aus Teilzeitbauern (part time farmers), denen fast 1/3 der gesamten kultivierten Fläche im Land gehören. Es besteht die Tendenz, daß diese Leute aus der Landwirtschaft abwandern, wenn die Austauschverhältnisse (Preisverhältnisse zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Waren - d. Verf.) sich verschlechtern, und daß sie in die Landwirtschaft zurückkehren, wenn die Austauschverhältnisse sich verbessern." (Übers. und Hervorh. - d. Verf.)

Um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu vermeiden, sah der 'Plan' von 1966-1970 eine 'humane sozialistische' Lösung vor; 40.000 Menschen sollten jährlich als Gastarbeiter in die kapitalistischen Länder auswandern. Tatsächlich sind es 70.000 Personen im Jahr, darunter auch viele Facharbeiter und Hochschulabsolventen, die das Land verlassen. (102) Es gibt rund 500.000 (davon 265.000 in der BRD) jugoslawische Arbeiter im Ausland.

Es ist unglaublich, daß diese Zustände von Kommunisten herbeigeführt worden sind, viel eher ähneln sie den Zuständen in einer von Imperialisten und Kompradorenbourgeoisie beherrschten Provinz. (103) Die Enttäuschung über die Selbstverwaltung und den Sozialismus, der mit diesen Verhältnissen identifiziert wird, ruft Verzweiflung, Resignation und ein individualistisches Verhalten hervor. Gerade in einem sozialistischen System könnten die Millionen von Unterbeschäftigten und Arbeitslosen "selbst mit bloßen Händen... etwas Nützliches tun" (Joan Robinson). In Jugoslawien wird die menschliche Arbeitskraft, die als Ware den Marktgesetzen unterliegt, vergeudet.

4.2. Die Organisation der Arbeiterselbstverwaltung

Im folgenden soll versucht werden, die wichtigsten Elemente und Entwicklungstendenzen der ASV im Zusammenhang mit strukturellen empirischen Informationen darzustellen, um den Anspruch der ASV auf eine "soziale Emanzipation der Arbeit" an der Realität zu überprüfen.

Es scheint uns wichtig, schon hier auf den historischen Kontext hinzuweisen, aus dem heraus die Jugoslawen dem sowjetischen System ein Wirtschaftsmodell entgegensetzen (Selbstverwaltung versus zentrale Planung), das mit einem Anspruch beladen wurde, den es von vornherein nicht einlösen konnte. Selbstverwaltung und Marktwirtschaft schließen sich gegenseitig aus – nicht aber Selbstverwaltung und Planung. Im Gegenteil, die Kontrolle der gesellschaftlichen Prozesse durch die Arbeiter erfordert die Planung. Es wird daher im folgenden darauf zu achten sein, daß der ASV nicht Fehler angelastet werden, die aus der Integration eines richtigen sozialistischen Prinzips in ein ungeeignetes Gesamtsystem resultieren.

Die relevanten Institutionen im System der Arbeiterselbstverwaltung sind: Arbeitskollektiv, Arbeiterrat, Verwaltungsausschuß und Betriebsleiter.

Das Arbeitskollektiv, bestehend aus allen Beschäftigten des Unternehmens, wählt und kontrolliert den Arbeiterrat, dessen Mitglieder jederzeit vom Gesamtkollektiv abberufen werden können. Wichtige Entscheidungen, wie z.B. Erweiterungsinvestitionen, Fusionierung, Verselbständigung von Unternehmensteilen usw. können dem Kollektiv in

102 Ein Transparent während der Studentendemonstrationen im Sommer 1968 hieß: "Ihr exportiert uns wie gefrorenes Rindfleisch." Die negative gesellschaftliche Rückwirkung dieser Abwanderung ist zwar erheblich aber leider nicht im Rahmen dieser Arbeit zu berücksichtigen.
103 Jones, W. Gavin: "Underutilisation of Manpower and Demographic Trends in Latin America", in: INTERNATIONAL LABOUR REVIEW, volume 98, 1968, S. 451 f.

Form eines Referendums vorgelegt werden. Nach der Gesetzgebung von 1965 kann das Arbeitskollektiv auch selbst initiativ werden und in Urabstimmungen verbindliche Entscheidungen treffen.

Umfaßt ein Betrieb weniger als 30 Mitglieder, dann bildet die gesamte Belegschaft den Arbeiterrat (AR), ist er größer, so wählt das Arbeitskollektiv den AR mit – je nach Betriebsgröße – 15 bis 30 Mitgliedern. Der AR ist, neben dem Gesamtkollektiv, oberstes Beschlußorgan des Betriebes. Er wählt den 3 bis 11köpfigen Verwaltungsausschuß (VA), der für die Durchführung der AR-Beschlüsse verantwortlich ist und die Betriebsleitung (Direktor oder Direktorium) unmittelbar kontrolliert. Der Verwaltungsausschuß hat als permanentes Exekutivorgan des AR die Aufgabe, die laufende Verwaltung des Unternehmens gemäß der vom AR definierten Politik sicherzustellen und die Tätigkeit der Betriebsleitung zu kontrollieren. Der Betriebsleiter gehört dem VA an. Die Amtsdauer beider Gremien beträgt 2 Jahre.

Der Arbeiterrat setzt sich zum größten Teil aus Produktionsarbeitern zusammen, obgleich die ursprüngliche Bestimmung, daß 3/4 seiner Mitglieder unmittelbar am Arbeitsvollzug Beteiligte sein müssen, nicht in das neue Gesetz von 1964 über die Wahl der Arbeiterräte aufgenommen wurde. (104) Die Qualifikationsstruktur der Arbeiterräte zeigte bereits in den fünfziger Jahren – im Vergleich mit der gesamten Arbeiterschaft –eine überdurchschnittliche Beteiligung der Facharbeiter. (105) Die Unterprivilegierung der Un- und Angelernten, die sich inzwischen noch verschärft haben dürfte, wird perpetuiert durch die Tendenz der hochqualifizierten Arbeiter, ihre Sonderstellung durch mehrfache Wiederwahl auszubauen. 80 % eines von A. Meister befragten Samples (1960) waren noch nie in den AR gewählt worden: von den übrigen 20 % waren über die Hälfte mehr als einmal (bis zu fünfmal) Mitglied im AR (106).

Zwei wesentliche Determinanten einer realen Teilnahme der Arbeiterschaft am Entscheidungsprozeß des Unternehmens sind das Qualifikationsniveau und der Informationsgrad. Die Untersuchung von Meister zeigt, daß auf generell niedrigem Informationsniveau der Informationsgrad bezüglich verschiedener betrieblicher Institutionen von der jeweiligen Distanz der Organe zum unmittelbaren Arbeitsbereich abhängt.

Die empirischen Ergebnisse zum Informationsniveau und der Beteiligung der Arbeiter an den Gremien der Selbstverwaltung zeigen gewisse Parallelen zu westdeutschen Mitbestimmungsstudien. So ergab eine Enquete in 30 Zagreber Unternehmungen im Jahre 1969, daß 85 % der 2.000 befragten Arbeiter die Selbstverwaltung für eine großartige und epochale Errungenschaft hielten, die meisten jedoch mit dem faktischen Funktionieren der ASV unzufrieden waren. "Nur ein Drittel der Befragten beantwortete die Frage, wem die Gesellschaft die Produktionsmittel zur Verwaltung übergeben habe, richtig! Ungefähr der gleiche Prozentsatz von befragten Personen wußte, welches das höchste Verwaltungsorgan in der Unternehmung ist (!)" (107) Dies zeigt die unbeteiligte Haltung der Arbeiterklasse. Die ungelernten Arbeiter befinden sich in einem circulus vitiosus aus niedrigem Informationsniveau, Bedrohung durch Arbeitslosigkeit (108) und Handlungsunfähigkeit durch Unterrepräsentierung im AR, den sie systemimmanent nicht durchbrechen können, denn ihr Einkommen ist zumeist so niedrig, daß sie auf Nebenbeschäftigungen angewiesen sind und so weder die Zeit für eine berufliche Fortbildung noch für die Tätigkeit im AR aufbringen können. Ist es ihnen dennoch gelungen, auf die Vorschlagsliste der Betriebsgewerkschaft zu gelangen und in den AR gewählt zu werden, so bleiben sie dessen Sitzungen überdurchschnittlich häufig fern.

104 Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN; a.a.O., S. 7.
105 Schleicher, H.: DAS SYSTEM; a.a.O., S. 327 und 339.
106 Meister, A.: SOCIALISME ET AUTOGESTION, L'EXPERIENCE YUGOSLAVE, Paris 1964, S. 101.
107 BORBA, 14.2.69, Zit. u. Leman, G.; a.a.O., S. 110/111.
108 1961 waren 81 % aller Arbeitslosen ungelernte Arbeiter, Meister, A., S. 331.

Die subjektive und objektive Unmöglichkeit, sich in das Selbstverwaltungssystem einzuarbeiten, erzeugt ein 'them-us' Gefühl (109) gegenüber Betriebsleitern und Technokraten, das prinzipiell den objektiv vorhandenen Interessengegensätzen in kapitalistischen Systemen entspricht und außerdem Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse entstehen läßt. So ist es nicht verwunderlich, daß spontane Streikaktionen häufig von den unqualifizierten Arbeitern ausgehen.

Als Indiz für ein gering entwickeltes sozialistisches Bewußtsein und zugleich als Kritik am status quo der ASV ist die Bedeutung einzuschätzen, die man dem Arbeiterrat als einem Mittel zum sozialen Aufstieg zumißt. Die Frage nach dem sichersten Weg voranzukommen und eine besser bezahlte Stellung zu erhalten, wurde von einem Sample aus 6.552 Arbeitern wie folgt beantwortet (110):

keine Möglichkeit, in absehbarer Zeit aufzusteigen	1.202
durch berufliche Weiterbildung	4.295
durch Stellungswechsel	2.073
durch Wahl in den Arbeiterrat	1.629
durch Wahl auf einen leitenden Gewerkschaftsposten	1.149

(Mehrfachnennungen möglich)

109 Ridell, D.S.: "Social self-government: The background of theory and practice in Yugoslav socialism", in: BRITISH JOURNAL OF SOCIOLOGY, Vol. XIX, No. 1, 1968, S. 65.
110 Ohne Datum und Autor zit. n. Lasserre, G.: L'ENTERPRISE SOCIALISTE EN YUGOSLAVE, Paris 1964, S. 60.

– soeben erschienen –

Autorenkollektiv
Marx-Arbeitsgruppe Historiker

SCHULUNGSTEXT
ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

(mit 70 S. illustrativem Material aus der BRD)

Dieser Text stellt die grundlegenden Kategorien der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie in einer speziell zur Arbeiterschulung geeigneten Form dar. Er kann zugleich als Einführungs- und Vorbereitungstext für ein gründliches Studium der Kritik der politischen Ökonomie verwendet werden.

200 Seiten **Preis: DM 4.50**

Bestellungen sind zu richten an:
Lothar Riehn, 1 Berlin 37, Sven-Hedin-Str. 34
Lieferung erfolgt umgehend per Nachnahme

Obwohl 'sozialer Aufstieg' nicht nur auf einer ökonomischen Dimension liegt, schlägt sich in diesen Zahlen – 40 % der Befragten sehen in einer Tätigkeit im AR oder in der Gewerkschaft den sichersten Weg zum Aufstieg – die Umwandlung der Arbeiterorganisationen von Instrumenten kollektiver Emanzipation zum individuellen 'sozialen Fahrstuhl' nieder.

Konkrete Angaben über die Effizienz der Arbeiterräte in ökonomischen und technischen Fragen sind spärlich. Kolaja schreibt nach einer Analyse zweier Unternehmungen dem Direktor und dem Management eine zentrale Rolle zu, da deren Vorschläge praktisch immer vom AR akzeptiert wurden (111). Die Arbeitervertreter im AR griffen immer dann aktiv in die Diskussion ein, wenn Personal- und Sozialfragen behandelt wurden, während der Direktor sich erfolgreich in bedeutsamen technischen und ökonomischen Fragen engagierte (112).

Im Verwaltungsausschuß zeigt sich eine im Vergleich zur Rekrutierung des AR verschärfte Selektion zugunsten der Fachkräfte (113):

hochqualifizierte Arbeiter	17,9 %
qualifizierte	33,2 %
halbqualifizierte	9,0 %
nichtqualifizierte	4,7 %
Angestellte mit hoher Fachausbildung	8,1 %
Angestellte mit mittlerer Fachausbildung	15,5 %
Angestellte mit niederer Fachausbildung	10,6 %
Hilfsangestellte	0,9 %

Diese Selektion ist die Konsequenz der Monopolstellung von Mitgliedern des AR bei der Nominierung als VA Kandidaten. Der VA rekrutiert sich faktisch weitgehend aus Mitgliedern des AR, obwohl diese Doppelfunktion gesetzlich nicht zulässig ist. In diesem Tatbestand sind bereits Tendenzen zur Machthäufung, Cliquenbildung und Bürokratisierung enthalten, zumal der VA weniger reines Ausführungsorgan des AR als vielmehr die hochqualifizierte Spitze der Selbstverwaltung im Betrieb ist.

In der neueren jugoslawischen Reformdiskussion zeichnet sich die Tendenz ab, die dreifache Leistungsverantwortung AR. VA, Direktor auf die beiden Positionen Leitung und Arbeiterrat zu reduzieren, um eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten zu erreichen. Eine Polarisierung der Positionen wird sogar befürwortet. So fordert Eugen PUSIS, innerhalb der Unternehmungen sollten 'dialektische' (!) anstelle von 'solidaristischen' Mechanismen ausgebaut werden, um den Gegensatz zwischen technisch-operativer Leitung und der Interessenvertretung der Arbeiter stärker zum Ausdruck zu bringen. (114)

Diese Tendenz einer Institutionalisierung des Klassengegensatzes wurde durch die Verfassungsänderung von 1968 verstärkt. Die größere Autonomie der Betriebe bei der Organisation der ASV trug zu einer Verselbständigung der Betriebsführung gegenüber dem Betriebsparlament bei. Der "künstliche Graben zwischen technischer Intelligenz und Arbeiterschaft" war kürzlich Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen im jugoslawischen Parlament. (115)

111 Kolaja: WORKERS COUNCILS, THE YUGOSLAV EXPERIENCE, London 1965, S. 69, ähnlich auch T. Sommer: "Die Ketzer von Belgrad", in: DIE ZEIT, Nr. 26/24.6.1966.
112 Kolaja, J.; a.a.O., S. 77; Lasserre; a.a.O., S. 55.
113 Schleicher, H.; a.a.O., S. 330.
114 Zit. n. Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN; a.a.O., S. 36 f.
115 Vgl. FAZ vom 9.2.1970.

Die teilweise Entmachtung der Arbeiterräte und besonders der Verwaltungsausschüsse durch sogenannte "Geschäftsausschüsse" (116) verschlechtert die ohnehin prekäre Lage der Arbeiterräte noch mehr: "In wachsendem Maße haben ... Betriebe Statuten erlassen, nach denen die Prüfung einem 'Geschäftsausschuß' obliegt, dem vielfach kraft Amtes und nicht kraft Wahl nur der Direktor und die wichtigsten Fachleute angehören. Gegenüber einer solchen Geschäftsführung hat es der Arbeiterrat selbst dann schwer, seine Rechte zu behaupten, wenn er das will." Denn die Fachleute im Geschäftsausschuß werden zum Teil vom Direktor ernannt. Noch schwerer wird es der Arbeiterrat haben, wenn ausländischem Kapital direkte Mitspracherechte zugestanden werden, wie es z.B. kürzlich zwischen den Firmen Höchst und Ina vereinbart wurde: Für die geplante 'Zusammenarbeit' auf dem Gebiet der Kunstfaserproduktion soll ein Geschäftsausschuß gebildet werden, der zur Hälfte aus Vertretern des westdeutschen Investors bestehen wird. (117) Die Firma Höchst hat dieses Recht aufgrund ihrer direkten Beteiligung zu 45 % in einem neuen Unternehmen mit Ina erworben. (118) (siehe Teil 7)

Aus den bisherigen Feststellungen kristallisiert sich als Schlüsselposition die des Betriebsleiters heraus. Daher zunächst einige Angaben über die formale Struktur des Amtes: Neben der Verflechtung des Betriebes mit anderen gesellschaftlichen Organisationen durch die Arbeiter selbst, stellt der Betriebsleiter eine institutionelle Nahtstelle dar: Zwar ist er Angestellter des Betriebes, aber er untersteht nicht der ausschließlichen Personalpolitik des AR. Die Stelle eines Betriebsleiters wird unter Angabe der in der Betriebsordnung geforderten Qualifikationen ausgeschrieben: unter den Bewerbern trifft eine paritätisch vom AR und dem zuständigen Volksausschuß der Gemeinde besetzte Kommission die Auswahl. Die Ernennung erfolgt schließlich durch den kommunalen Volksausschuß. Alle 4 Jahre muß sich der Betriebsleiter nach erneuter Ausschreibung einer Neuwahl stellen. (119) Der Betriebsleiter gehört a) zum System der Selbstverwaltung und ist dessen Hauptexekutivorgan: b) ist für die Organisation der Arbeit verantwortlich und ist oberster Vorgesetzter der Belegschaft: c) hat als "Wächter der Legalität" (er darf keine rechtswidrigen Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane ausführen) nach wie vor gewisse Rechte und Pflichten eines Staatsbeamten. Seine vorherrschende Rolle soll jedoch die des Exekutivorgans der Selbstverwaltung sein.

Abberufen (nach demselben Verfahren wie der Wahl) kann der Betriebsleiter werden, wenn a) er gesetzliche Vorschriften nicht befolgt oder solchen zuwiderhandelt: b) der Betrieb nicht in der Lage ist, seinen Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit nachzukommen: c) feststeht, daß der Betrieb nicht das Einkommen erzielt, das nach objektiven Kriterien möglich wäre, oder der Betrieb infolge Nachlässigkeit oder Unfähigkeit des Betriebsleiters erhebliche Verluste erlitten hat.

Alle Aufgaben der technischen und administrativen Leitung des Unternehmens fallen dem Betriebsleiter zu. In mittleren und größeren Betrieben steht ihm dabei ein Direktorium aus den leitenden technischen Angestellten mit beratenden Aufgaben zur Seite. Obwohl

116 Vgl. Leman, G.: "Einkommensverteilung in Jugoslawien", in: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, 14. Jg., 4/69, S. 270 f.
117 FAZ vom 17.11.69.
118 EDONOMSKA POLITIKA, Nr. 919 vom 10.11.69, S. 31, zit. n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, Heft 11, Jg. 7, 1969, S. 13. Ina (Erdölfirma) ist das umsatzstärkste Unternehmen Jugoslawiens. Der Generaldirektor ist Mitglied des ZK der BdKJ in Kroatien. Über 93 % der Direktoren von Unternehmen sind Mitglieder der BdKJ.
119 Diese Kontrollform gestaltet sich in der Praxis als Farce: In der Ausschreibung werden die Anforderungen so spezifisch auf den bisherigen Stelleninhaber zugeschnitten, daß sich keine Konkurrenzbewerber finden.

1964 erst 8 % der Direktoren eine abgeschlossene Hochschulbildung hatten (62 % Mittelschule, 30 % Volksschule) (120), scheint die verstärkte Tendenz zur 'Professionalisierung des Managements' bei steigender Zahl von Hochschulabsolventen (15.000 Wirtschaftsstudenten in Jugoslawien!) allmählich zur Bildung einer technokratischen Elite zu führen, die ihren Führungsanspruch primär aus ihrer Fachausbildung ableitet. Die direktoriale Rolle ist angesichts einer Vielzahl teilweise widersprüchlicher Vorschriften bisher institutionell nicht konsistent, so daß sich für Manipulationen aller Art vielfache Möglichkeiten ergeben. (121)

Die bisherigen Reformvorschläge deuten auf eine Stärkung der Unternehmensleitung im Sinne kapitalistischer Managerfunktionen hin: Verlagerung der Verantwortung vom Kollektiv auf die Leitung, höhere Einkommen für Direktoren und Reduzierung des 'gesellschaftlich-politischen' Aufgabenkatalogs. Damit kommt man dem Selbstverständnis der Direktoren entgegen, denn eine Befragung Zupanovs hatte gezeigt, daß sich die Direktoren in verschiedenen simulierten Rollenkonflikten immer als technokratische Manager ohne gesamtgesellschaftlichen Auftrag definierten. (122)

Die Einführung des Marktsystems und der ASV hat offenbar den Spielraum für unkontrollierte individuelle Bereicherung auf Kosten der Arbeiter erhöht.

"Wie aus zahlreichen Berichten der jugoslawischen Tagespresse zu entnehmen ist, wird gerade unter dem Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Selbstverwaltungsapparat häufig von den Inhabern der faktischen Macht im Betrieb umgangen. Da offensichtlich kein wirksames Kontrollorgan vorhanden ist, gelingt es Angehörigen des Managements immer wieder, Lohnverringerungen auszuweichen und diese allein auf die Arbeiter abzuwälzen. So erhielten z.B. in der Unternehmung "Brats tvo" in Skopje die Arbeiter drei Monate lang keinen Lohn, während die Mitglieder der Betriebsleitung sich selbst ihre vollen Gehälter auszahlten. Die Löhne für Manager und Arbeiter wurden von zwei verschiedenen Girokonten abgebucht. Der gleiche Sachverhalt wurde aus der Firma "Slavy" in Skopje geschildert." (123) Häufig wurden öffentliche Mittel von Managern für Privatgeschäfte mißbraucht. Erleichtert werden solche Transaktionen dadurch, daß weder die Gemeindeverwaltung noch die staatliche Buchführung ein Recht haben, interne Geschäftsdokumente von Privatfirmen auf die Herkunft ihres Kapitals hin zu überprüfen. Was das Management nicht durch "legale" Methoden erreichen kann, wird durch Wirtschaftsdelikte ergänzt. Die Korruption ist an der Tagesordnung. Hinzu kommt, daß die wegen Korruption verurteilten Führungskräfte, nachdem sie ihre Strafe verbüßt haben, wieder in ähnlichen leitenden Positionen beschäftigt werden. Ein Weg, die ASV ganz und gar zu umgehen, besteht darin, daß die Direktoren und andere leitende Personen sehr viele (bis 40) kleine Privatbetriebe errichten, die sich in ihrer Produktion gegenseitig ergänzen und nicht dem Prinzip der ASV unterliegen. (124) Auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit werden solche Tatbstände von den Behörden mehr oder weniger übersehen.

120 Schleicher, H.: S. 330.

121 S.z.B. den Brief des Exekutivkomitees der BKJ vom 14.7.62, zit. n. P. Yankovitch in LE MONDE vom 15.6.62: "Mangelnde Disziplin und mangelnde Respektierung des Gesetzes und der gemeinsam getroffenen Entscheidungen werden durch die Praxis gewisser Führungskräfte legalisiert. Die legalen Vorschriften werden umgangen, bei der Verwaltung des Gemeineigentums kommt es zu Veruntreuungen und die öffentlichen Fonds werden vergeudet. Die Verantwortlichen werden selten zur Rechenschaft gezogen. Durch Pressionen wird das Kontroll- und Inspektionssystem gelähmt."

122 Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN..., S. 43.

123 BORBA, 28.8.67, zit. n. Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN; a.a.O., S. 69/70.

124 PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, Jg. 1968, Heft 7/8, S. 13.

Um der Verselbständigung der Selbstverwaltungsorgane entgegenzuwirken und die materiellen Anreize zur Hebung der Produktivität zu verstärken, wurden die Unternehmer Ende 1960 ermächtigt, die innerbetriebliche Willensbildung und die wirtschaftliche Erfolgsrechnung durch Bildung 'ökonomischer Einheiten' weiter zu dezentralisieren.

Diese neuen Arbeitseinheiten, die im Idealfall zwischen 40 und 80 Mitarbeiter umfassen sollen, verfügen über folgende selbständige Instanzen (125): Die Gesamtheit der Mitarbeiter der Einheit wählt einen Arbeiterrat oder ein Exekutivkomitee (falls die Einheit sehr klein ist, verwaltet sie sich als Kollektiv). Auf das Exekutivorgan werden aus der Kompetenz des zentralen Arbeiterrates – je nach Dezentralisierungsgrad – mehr oder weniger Entscheidungsbefugnisse übertragen. Der Leiter der Abteilung ist eine Linieninstanz mit Anordnungsbefugnis. Ein Buchhalter führt die selbständige Kostenbuchhaltung der Abteilung. Diese "technisch begründeten Arbeitsgruppen mit meßbarer Leistung" (126) sollten eine Reihe interner Fragen selbst regeln: Arbeitsverteilung, Zusammensetzung der Gruppe, Wahl und Abwahl der Arbeitsleiter einschließlich der Meister, Einsatz bestimmter Investitionsmittel, Verteilung der Erträge, Qualitätskontrolle, Disziplinarverfahren.

Die Bildung autonomer Arbeitseinheiten ist die konsequente Folge der Einsicht, daß die Mehrzahl der Arbeiter weder subjektiv noch objektiv in der Lage ist, den komplexen Apparat der Unternehmensverwaltung im Sinne einer realen Selbstbestimmung zu durchschauen und zu beeinflussen. Die Unternehmenspolitik vollzieht sich fern von den unmittelbaren Problemen am Arbeitsplatz in einem System langer Handlungsketten, deren determinierende Faktoren das Informations-Verarbeitungspotential der Arbeiter übersteigen.

Hier sollen nun die ökonomischen Einheiten Abhilfe schaffen, indem sie die Selbstverwaltung auf einem niedrigeren Niveau ansetzen und damit den Grad der vom Individuum zu verarbeitenden Komplexität so reduzieren, daß die Selbstverwaltung nun in das vom unmittelbaren Arbeitsbereich geprägte Bewußtsein (vgl. Popitz) integriert wird.

Zwar liegt über das Funktionieren dieser ökonomischen Einheiten noch zu wenig empirisches Material vor, aber neben der positiven Folge einer neuen Unmittelbarkeit der Selbstverwaltung sind einige unerwünschte (127) Nebenfolgen eingetreten.

Die Abteilungserfolgsrechnung wird zum Instrument der pretialen Unternehmenslenkung, d.h. der innerbetrieblichen Lenkung über den Preis (Theorie des bürgerlichen Betriebswirts Schmalenbach 1904). Je kleiner die ökonomische Einheit, desto größer ist dabei der Leistungsdruck auf das Individuum. Die Ausnutzung der industriellen Kleingruppenforschung und die Einführung des Stücklohns ("... der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form der Entlohnung") (128) vereinfachen zwar die individuelle Lohnfindung und die kurzfristige Lohnvorausberechnung, aber sie verkürzen das sich gerade entwickelnde solidarische Bewußtsein auf ein individualistisches und führen tendenziell zu einer Transformation kooperativer Arbeitsbeziehungen in interpersonelle Konkurrenzbeziehungen. Damit wird die kollektive durch die "pretiale" Lenkung ersetzt und das Konkurrenzprinzip sogar im innerbetrieblichen Bereich eingeführt. Die Abteilungen kon-

125 Dargestellt nach G. Leman: "Ökonomische Einheiten als Ausdrucksform der Entscheidungsdezentralisation in den jugoslawischen Unternehmungen", in: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, 2/67, Juni 1967, S. 143-154.

126 G. Hillmann: "Arbeiterklasse in Auflösung? ", in: ATOMZEITALTER, Juni 6/66,S. 181.

127 Zu den Auswirkungen des Stücklohnes vgl. Gross, E.: WORK AND SOCIETY, New York 1958, S. 429 f.

128 Marx, K.: KAPITAL, Bd. 1, S. 580.

kurrieren miteinander um die Abgabepreise der von ihnen hergestellten Vorprodukte. Diese Konkurrenz erstreckt sich auf die innerbetriebliche Einkommensverteilung. "Jedes Jahr, wenn die Umschüttung des Einkommens von einer in die andere Arbeitseinheit (des landwirtschaftlich-industriellen Kombinats 'Belje' - d. Verf.) und die Deckung der Verluste beginnt, entstehen wahre Brüche und Erdbeben in diesem großen Kollektiv von über 5000 Menschen. Das sind wahre Dramen, die dieses große Kollektiv erregen". (129)

Der Stellenwert der ökonomischen Einheiten im dezentralisierten System ist umstritten. Vidacovic bezeichnet den zentralen Arbeiterrat als "Zentrum eines Systems autonomer Körperschaften, das nur die Funktionen der Selbstbestimmung ausübt, die für die Einheit notwendig sind". (130) Dazu Pantelic: "Je dezentraler die Initiative, umso stärker die zentralen Organe." (131)

Da trotz der Entwicklung der sich selbst verwaltenden ökonomischen Einheiten die Hierarchie der zentralen Selbstverwaltungsorgane und die Hierarchie der Leitungsorgane und Stäbe erhalten blieben, entwickelte sich ein Interessengegensatz sowohl zwischen den ökonomischen Einheiten und den zentralen Organen der Selbstverwaltung und der Leitung als auch zwischen den einzelnen ökonomischen Einheiten. (132) Der dadurch entstehenden Gefahr der Desorganisation versucht man zur Zeit durch Zusammenfassung ökonomischer Einheiten zu größeren innerbetrieblichen Systemen, also durch partielle Rezentralisierung zu begegnen.

Der Versuch, die Arbeiterselbstverwaltung durch die Einführung direkter materieller Anreize und innerbetriebliche Konkurrenz zum Instrument einer demokratischen Gestaltung der Produktionsverhältnisse zu machen, mußte aus eben diesen Gründen und dem blinden Vertrauen auf die "invisible hand" des Marktes scheitern.

4.3. Beginnende Klassenkämpfe

Die dem jugoslawischen Wirtschaftssystem immanenten Konflikte werden durch die seit 1961 ständig wachsende Streikbewegung manifestiert. Seit 1958 gab es insgesamt 1800 Streikaktionen, von Tito verschämt als "work stoppages" bezeichnet. (133) Diese Zahl zeigt, daß der Streik bereits zum sozialen Tatbestand geworden ist.

Allerdings ergibt sich aus einer serbischen Streikstatistik vom 1.1.64 bis zum 1.8.65, daß der Streik in 80 % der Fälle nicht länger als einen Arbeitstag dauerte. (134) In weit mehr als die Hälfte aller Fälle richteten sich die "Arbeitsniederlegungen" direkt gegen die Organe der Unternehmensleitung (etwa 10 % gegen die ASV). In keinem Fall waren höhere Verwaltungsangestellte beteiligt. Dies kann als Indiz für den Klassenkonflikt zwischen Direktion und Arbeiterklasse gelten. Die Mehrzahl der Konflikte werde bezeichnenderweise durch direkte Verhandlungen zwischen den Streikenden und dem Direktor gelöst, o h n e daß die Organe der Selbstverwaltung zugezogen wurden.

129 BORBA vom 25.2.1969, zit. n. Leman, G.: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, Heft 4, 1969, S. 267.
130 Zit. n. Meister, A.; a.a.O., S. 127.
131 Zit. n. Leman, G.: ÖKONOMISCHE EINHEITEN...; a.a.O., S. 151.
132 Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN..., S. 13.
133 Crvekorski, K.: "Sixth Session of the Presidency of the League of Communists of Yugoslavia", Nov. 17, 1969, in: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, No. 36, Oct.-Dec. 1969.
134 Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN..., S. 105.

Die meisten Streikaktionen richteten sich gegen Entscheidungen des Managements und das Prinzip des Stücklohnes. (135) Die zitierte serbische Statistik weist für 53 % der Streikfälle als unmittelbaren Anlaß aus: "Nichtanerkennung der geleisteten Arbeit durch den Markt und demzufolge keine Entlohnung" (!). Diese Fälle, in denen die Leistung der Unternehmung keinen entsprechenden Gegenwert in der Realisationsphase erzielen konnte, verdeutlichen die bestehende Diskrepanz zwischen dem Prinzip der "Entlohnung nach Leistung" (gemäß Art. 80 Grundsatzgesetz über die Unternehmungen vom 4.4.65) und der ökonomischen Realität.

Häufig wurden die Lohndifferenzierung und die festen Löhne der Angestellten von den zahlenmäßig überlegenen unqualifizierten Arbeitern zum Anlaß für Arbeitskämpfe genommen, die somit ihre Unterrepräsentierung im AR durch direkte Aktionen zu kompensieren versuchten.

Dies veranlaßte einige jugoslawische Wirtschaftler zu dem Vorschlag, daß Stimmrecht im Arbeiterkollektiv proportional nach dem Produktionsanteil der einzelnen Qualifikationsgruppen zu gewichten. Äußerungen einzelner prominenter Politiker gehen jedoch eher dahin, das Streikrecht der Arbeiter als integralen Bestandteil ihrer Selbstbestimmungsrechte zu akzeptieren und auch formal zu garantieren. Die Tendenz zur Institutionalisierung des Klassenkonflikts wird deutlich bei E. Pusic: "Der Gegensatz zwischen der technisch-operativen Leitung und der Interessenvertretung der Arbeiter muß stärker als bisher zum Ausdruck kommen." (135)

Diese Aussage impliziert die Aufgabe des ursprünglich integrativen Anspruchs der Selbstverwaltung als eines "radikal demokratischen Modells" der Willensbildung und akzeptiert einen institutionalisierten Klassenantagonismus, damit aber die vollständige Aufgabe sozialistischer Prinzipien, so daß das "lügnerische Geschwätz" von der ASV, die nichts anderes als eine Tarnung der Ausbeutung ist, wie es die Chinesen nennen, allzu offen wird. Die Gewerkschaften haben den Streikenden, wie es zu erwarten war, kaum materielle und ideelle Unterstützung gewährt, im Gegenteil, der BKJ und die Gewerkschaften sind durch die Streiks "in Unruhe versetzt worden", wie G. Leman schreibt.

Die "Süddeutsche Zeitung" vom 9. Juni 1969 berichtet:

> "Zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte Jugoslawiens haben aufgebrachte Arbeiter während eines Streiks das Direktionsgebäude gestürmt, Direktoren und leitende Funktionäre aus ihren Büros vertrieben, wie Hasen durch die Straßen gejagt und schließlich verprügelt. Dies geschah... in der dalmatinischen Hafenstadt Rijeka, wo rund 4500 Hafenarbeiter in einen inzwischen wieder beigelegten Generalstreik getreten waren. Die Hafenarbeiter demonstrierten mit ihrem Streik gegen die am 1. Juni wirksam gewordenen empfindlichen Lohnkürzungen, die aufgrund der schlechten Ertragslage des Hafens notwendig geworden waren... Die defizitäre Entwicklung des Hafens von Rijeka brachte eine Verminderung der Löhne, des Urlaubsgeldes und anderer sozialer Leistungen mit sich... Die Wut der Arbeiter richtet sich gegen das Management, dem sie die alleinige Schuld am Defizit des Hafens geben, das sie jetzt mitbezahlen müssen. Die Arbeiter vertreten die Auffassung, daß Entscheidungen, die zum Defizit führten, über ihre Köpfe hinweg vom Direktorium allein gefällt wurden, das ihrer Meinung auch jetzt die Verantwortung tragen soll."

Symptomatisch für die Zersplitterung der Arbeiterklasse ist, daß streikende Arbeiter einer Abteilung nicht durch Arbeiter in anderen Abteilungen desselben Unternehmens unterstützt wurden. Dies ist ein Indiz dafür, wie schwierig es sein wird, die entmachtete Arbeiterklasse in Zukunft zu einen.

Wir vermuten, daß nach dem Tode Titos, der noch immer wegen seiner Tätigkeit als Partisanenführer und seiner gelegentlichen verbalen Anprangerungen der Mißstände unter den Arbeitern ein gewisses Vertrauen besitzt, Klassenkämpfe verschärft ausbrechen werden.

135 Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN; a.a.O., S. 35.

Es scheint uns, daß die Studentenbewegung Jugoslawiens eine die Arbeiterklasse einigende Funktion haben wird. Während ihres einwöchigen Streikes in allen großen Städten Jugoslawiens im Sommer 1968 wurden ihre Forderungen durch die Arbeiterklasse spontan unterstützt. (136)

5. Die Einkommensverteilung und ihre Auswirkung

Einkommensdifferenzierung nach Qualifikation

Bis Anfang der fünfziger Jahre bestanden nur geringe Einkommensdifferenzen zwischen den verschiedenen Qualifikationsstufen der Arbeitskraft. Die zu geringe Einkommensdifferenzierung (z.B. im Jahre 1952 1:4 zwischen ungelernten Arbeitern und Managern – dies ist nicht aus der Tabelle ersichtlich) bewirkt einen "Mangel an Verantwortungsbewußtsein, einen Mangel an Initiative, einen Mangel an Anreizen..." (137) Dies ist nur die Apologie der 'Roten Bourgeoisie', um ihr Einkommen zu erhöhen. Den jugoslawischen 'Kommunisten' fiel nicht ein, die Initiative der Massen durch andere Methoden zu entfalten.

Die Tabelle zeigt diese Entwicklung: (138)

Wages in industry by education and skill; Wages of unskilled workers = 100

	1951	1952	1954	1957	1959	1961
Education-employees						
University	125	156	238	290	316	333
Secondary school	--	--	155	170	186	190
Elementary school	101	101	123	119	132	135
Skilled workers						
Highly skilled	120	144	205	223	243	249
Skilled	--	--	146	149	159	160
Semi-skilled	105	110	118	117	125	124
Couriers and Messengers	101	100	107	107	106	105

136 Die jugoslawischen Studenten vertraten im Sommer 1968 folgende Forderungen: Abschaffung der innerhalb der Gesellschaft bestehenden Privilegien der "Roten Bourgeoisie" und Beseitigung der Ausbeutung, Abschaffung des Privateigentums und der neugebildeten Aktiengesellschaften, mehr Stipendien für Arbeiter- und Bauernkinder, mehr Ausgaben für kollektive Bedürfnisse: Beseitigung der Arbeitslosigkeit und ein hohes gesichertes Tarifeinkommen für alle Arbeiter: Maßnahmen gegen die Abwanderung von Hochschulabsolventen und Fachkräften: Presse-, Rede- und Demonstrationsfreiheit. Djilas fand allerdings die gebührende Antwort auf seine ultrarevisionistischen Vorschläge: er wurde ausgebuht. – U.a. wurde die Karl-Marx-Universität in Rote Karl-Marx-Universität umbenannt. Inzwischen ist die eindeutig kommunistische Zeitschrift der Studenten verboten.

137 Horvat, Branko und Vlado Rascovic: "Workers Management in Yugoslavia, A Comment", in: JOURNAL OF POLITICAL ECONOMY, Chicago, No. 2, Vol. 67, 1959, S. 195.

138 ECONOMIC SURVEY OF EUROPE, Incomes in postwar Europe, Teil 2, 1965, Genf 1967, S. 14.

Daß die Lohnentwicklung zwischen den einzelnen Qualifikationsstufen nicht proportional verlief, ist ersichtlich. Die hochqualifizierten Facharbeiter und die Angestellten mit Universitätsstudium haben den größten Lohnanstieg zu verzeichnen. A. Meister konstatiert dieselbe Tendenz: 1951 betrug das Gehalt eines ungelernten Arbeiters 7727 Dinar und das eines Ingenieurs 9645 Dinar. Die von Meister untersuchten Betriebe zeigten 1960, daß die niedrigsten Gehälter zwischen 8000 und 9000 alten Dinar und die der Ingenieure zwischen 30.000 und 35.000 Dinar lägen. (139) Auch nach der Reform von 1965 ist die Tendenz verstärkter Einkommensdifferenzierung bemerkbar. Eine vor kurzem (1968) in Belgrad durchgeführte Enquete über die Einkommen erbrachte innerbetriebliche Einkommensunterschiede von 1:2,5 bis 1:8. Dabei wurde festgestellt, daß die Differenzen zwischen den Einkommen innerhalb eines Betriebes umso höher sind, je höher die absoluten Einkommen liegen. (140) Die Einkommensdifferenzierung zwischen den Produktionsarbeitern hat ebenfalls zugenommen und die Zersplitterung der Arbeiterklasse begünstigt. Bis jetzt haben die Gewerkschaften in der Frage des persönlichen Einkommens kaum etwas unternommen, sondern die Bereicherung der "Roten Bourgeoisie" über den Markt zugelassen. Die Machtverteilung in den Selbstverwaltungsorganen begünstigt die Differenzierung. Andererseits wird die ASV in zunehmendem Maß völlig übergangen.

> "Wie aus zahlreichen Berichten der jugoslawischen Tagespresse zu entnehmen ist, wird gerade unter dem Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Selbstverwaltungsapparat häufig von den Inhabern der faktischen Macht im Betrieb umgangen. Da offensichtlich kein wirksames Kontrollorgan vorhanden ist, gelingt es Angehörigen des Managements immer wieder, Lohnverringerungen auszuweichen und diese allein auf die Arbeiter (Produktionsarbeiter - d. Verf.) abzuwälzen." (141)

Diese Zustände charakterisierten die chinesischen Genossen schon vor 7 Jahren folgendermaßen:

> "Produktionsmittel der Betriebe unter 'Arbeiterselbstverwaltung' gehören nicht einem oder mehreren Kapitalisten, sondern sind in Wirklichkeit Eigentum des neuen Typs der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie von Jugoslawien, der hohe Beamte und Direktoren mit einschließt und dessen Repräsentanz die Tito-Clique ist." (142)

Allmählich wird bei der Arbeiterklasse eine Reaktion auf die Einkommensunterschiede manifest (siehe die Streiks). Allerdings hat sich bei den Arbeitern eine passive Grundhaltung gegenüber dem Verhalten des Managements herausgebildet, die in folgender Aussage, die kein Einzelfall ist, zum Ausdruck kommt:

> "Ich bin der Ansicht, daß sie (die Direktoren und Spezialisten) weitaus höhere Löhne haben sollen, so wie ihre Kollegen in den europäischen Häfen, aber unter der Bedingung, daß sie das durch ihre Fähigkeit rechtfertigen. Wir Arbeiter haben auch nichts dagegen, wenn einige hohe Führungskräfte in Rijeka gute Häuser und Villen mit Schwimmbassins besitzen, von denen einige, wie man tuschelt, 40.000 kosten, unter der Bedingung, daß sie dies durch ihre Arbeit und ihre Fähigkeiten erlangt haben." (143)

Trotz des erhöhten Lebensstandards (500 Dollar pro Kopf und Jahr) nach dem zweiten Weltkrieg lebt die Mehrheit der Bevölkerung in sehr bescheidenen bzw. ärmlichen Verhältnissen und nur eine kleine Schicht kann sich ausländische Wagen, private Villen mit

139 Meister, A.: SOCIALISME ET AUTOGESTION, L'Experience Yougoslave, Paris 1964, S. 358 f.

140 Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN...; a.a.O., S. 57. Überhaupt sind die Zahlen aus den Einkommensstatistiken, die auf Durchschnittswerten basieren, nicht sehr aussagekräftig, weil die Unterschiede zwischen den unteren und oberen Extremwerten verdeckt werden. Ein Beispiel dafür sind die die Einkommen der einfachen Arbeiter um ein Zwanzigfaches übersteigenden Gehälter der Manager, von denen Tito in einer Rede in Split am 6.5.1962 berichtete.

141 Ebd., S. 71.

142 IST JUGOSLAWIEN EIN SOZIALISTISCHER STAAT? ; a.a.O., S. 26.

143 Leman, G.; a.a.O., S. 57.

Dienstboten, Reisen ins Ausland etc., kurz ein Luxusleben leisten. Diese aus einer zunehmenden ungleichen Einkommensverteilung resultierende Entwicklung, die bis heute anhält, ist ein Indikator für den Aufstieg der "Roten Bourgeoisie". Oder haben sich die Arbeiter durch ihre ASV aus eigenen Entschlüssen in diese Lage gebracht?

Betriebliche und Branchendifferenzierung

Industriebetriebe im gleichen Industriezweig haben oft ohne ihr Zutun unterschiedliche Ausgangspositionen, um ihr Einkommen (= Löhne, Gehälter, Anlageinvestitionen) zu maximieren. Deshalb wird nicht einmal das postulierte Prinzip der Entlohnung nach der Arbeitsleistung eingehalten. So werden die Arbeiter in Minen mit reicheren Erzvorkommen besser bezahlt als Arbeiter, die in Minen mit geringeren Erzvorkommen arbeiten, auch wenn die letzteren eine größere Produktivität aufweisen. (144) Der UN-Survey stellt fest, daß "Löhne für die gleiche Arbeit von Industrie zu Industrie und auch von Unternehmen zu Unternehmen variieren." (145) Einige Unternehmen (Banken, Sparkassen, Elektrizitätswerke, Binnen- und Außenhandelsorganisationen, 'Glückspielveranstalter' (!)) haben aufgrund ihrer Monopolstellung immer höhere Einkommen als im Landesdurchschnitt gezahlt. Z.B. konnte das Agramer Großhandelsunternehmen 'Tekstilpromet' durchschnittliche Monatseinkommen von 1350 Dinar zahlen, während in der Textilbranche durchschnittlich 726 Dinar gezahlt wurden. (146) Zur Zeit versucht man, diese zunehmenden Unterschiede durch Gesetze aufzuhalten.

Die starken Einkommensunterschiede zwischen den Branchen gehen aus folgenden Angaben hervor: In Relation zum durchschnittlichen persönlichen Einkommensindex (100) betrug 1967 das Einkommen bei den Wirtschaftskammern (= Branchendachverbände) 169, bei Banken und Versicherungen 150,5, bei Handel und Gastgewerbe 108,2, bei Kultur- und Sozialwesen 96,6, bei Schulen 95,5 (!). In der Landwirtschaft werden mit 90,1 die niedrigsten persönlichen Einkommen verdient. (147)

Regionale Differenzierung

Regional differentials in industrial wages (148) (Workers and employees (Angestellte) combined) Yugoslav average = 100

	1954	1956	1962	1964
Bosnien und Herzegowina	93	95	97	99
Kroatien	100	104	103	102
Montenegro	92	95	91	90
Mazedonien	83	85	90	85
Serbien	98	96	89	91
Slowenien	113	110	128	127

Die Tabelle zeigt, daß die Einkommensunterschiede auch zwischen den Republiken "dazu tendieren, ausgeprägter zu werden". (UN) Es war vorauszusehen, daß die Reform von 1965 die offiziell proklamierte Unterstützung der unterentwickelten Gebiete eher behinderte als förderte. Der UN-Survey stellt schon vorher fest,

144 Waterston, A.; a.a.O., S. 61.
145 ECONOMIC SURVEY OF EUROPE; a.a.O., S. 16.
146 BORBA, Nr. 273, 4.10.1969, S. 13, zit. n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 12, Jg. 7, Beilage S. 2.
147 Leman, G.; a.a.O., S. 59.
148 ECONOMIC SURVEY OF EUROPE 1965; a.a.O., S. 15 (Übers.d.Verf.).

> "daß das reformierte Steuersystem (weitgehende Begrenzung der Abgaben der Betriebe an die Gebietskörperschaften) eine unterschiedliche Ressourcenverteilung zwischen den Branchen und zwischen den Regionen bewirken wird, da die rentableren Unternehmen sich relativ schneller entwickeln und dies sich wiederum auf Löhne und Einkommen auswirkt." (149)

Die verantwortlichen Stellen waren aus verschiedenen Gründen nicht "besonders besorgt um derartige mögliche Rückwirkungen". (150)

Die Rolle der Preispolitik wird von den Autoren des UN-Survey's wie folgt beschrieben:

> "Trotz der vielfältigen Auswirkungen, die die Preisunterschiede und verschiedenen Austauschraten auf die Wirtschaft ausüben, tendierten sie (die Preisreformer) im allgemeinen dazu, die verarbeitenden Industrien, die in den nördlichen und westlichen Gebieten konzentriert sind, zu begünstigen, während die Rohprodukte der südlichen und östlichen Teile des Landes benachteiligt wurden." (151)

Das heißt, die reichen Regionen waren von vornherein bevorzugt. Es ist für diesen Zustand bezeichnend, daß die unterentwickelten Gebiete immer für eine direkte zentrale Planung plädiert haben.

Die regionale Differenzierung der persönlichen Einkommen wird wegen der Kopplung zwischen diesen und den Einnahmen der Republiken (mit Ausnahme Montenegros) in der folgenden Tabelle sichtbar:

Relative Relations in the Level of Total Budget (152) Revenue in Economically Developed and Underdeveloped Areas, 1960-1967.

(In percentages, Serbia = 100)

	1960	1967
Yugoslavia	109,2	112,7
Economically developed areas	119,4	127,0
Croatia	119,3	132,3
Serbia – excl. of Kosovo and Metohija	108,7	110,8
Slovenia	165,1	179,7
Economically underdeveloped areas	88,4	86,1
Bosnia and Herzegovina	89,5	84,3
Macedonia	91,2	88,5
Montenegro	126,5	110,0
Kosovo and Metohija	61,5	72,5

Die relativen Unterschiede haben nicht abgenommen. Die armen Republiken sind arm geblieben. – Die Kopplung zwischen persönlichem Einkommen und Finanzierung der Haushalte der Republiken, die benachteiligende Preispolitik des Bundes besonders in den 50er Jahren, die vorhandene ökonomische Macht der entwickelten Republiken und das gänzliche Fehlen eines Entwicklungsplanes für die ärmeren Republiken bzw. Regionen haben die Lebensstandardunterschiede (153) aufrechterhalten. Die Umverteilungspolitik des

149 Ebd. Kapitel II, S. 100 (Übers.d.Verf.).
150 Ebd. (Übers.d.Verf.).
151 Ebd. Kapitel 12, S. 16 (Übers.d.Verf.).
152 YUGOSLAV SURVEY, Vol. IX, May 1968; a.a.O., S. 64.
153 Der Lebensstandard wird durch verschiedene Merkmale grob widergespiegelt: ärztliche Versorgung, Kindersterblichkeit, Analphabetentum, Prokopfeinkommen etc. freilich gehen dabei die sozialen Beziehungen verloren, außerdem sind die Durchschnittszahlen verschleiernd. Bei seinem Vortrag am 11.11.1968 im Osteuropa Institut der Freien Universität Berlin meinte Horvat sogar, daß die Lebensstandardunterschiede zwischen Slowenien und den USA geringer seien als zwischen den einzelnen jugoslawischen Republiken.

Bundes hat nicht genügend zu ihrer Angleichung beigetragen. Nur "exceptionally" waren die Subventionen des Bundes so groß, um den ärmeren Republiken Budgetausgaben über dem jugoslawischen Durchschnitt zu ermöglichen. (154) Es ist wahrhaftig ein Hohn der Geschichte, daß eine bürgerliche Zeitschrift die folgenden Schlüsse aus dieser Entwicklung eines 'sozialistischen' Staates ziehen kann:

> "Zunächst ist die ganze atypische Interessenstruktur in der jugoslawischen Gesellschaft zu nennen. Auffallend ist die starke Betonung regionaler und kommunaler Interessen, nicht zuletzt bedingt durch enorme Wohlstandsunterschiede. Die Hervorhebung der Interessen einzelner Industriezweige, repräsentiert in einer Vielzahl industrieller Gesellschaften, trägt stark syndikalistische Züge und erinnert eher an den alten 'Ständestaat' als an einen modernen Industriestaat." (155)

5.1. Auswirkungen der Einkommensverteilung

Die erhöhte Einkommensdifferenzierung und die Betonung des individuellen Konsums haben ihrerseits zur Folge, daß die auf Einkommensmaximierung ausgerichteten Betriebe ihre Produktion auf superiore Waren richten, auch bevor die niedrigen Einkommensschichten ihre absolut notwendigen Bedürfnisse (z.B. ärztliche Versorgung, Wohnungen, Schulen) befriedigt haben. (156) Konkret bedeutet das: Luxuswohnungen werden gebaut, obwohl die Arbeiterschaft noch in Notbehelfen lebt; ausländische Luxuswaren werden importiert, bevor für die arbeitende Bevölkerung ein Krankenhaus gebaut werden kann etc.

Anfang der fünfziger Jahre wurde das eingeschlagene Investitionstempo zugunsten einer besseren Konsumgüterversorgung verlangsamt. Diese Konzeption machte man... "um die innenpolitische Position des Titoismus zu stabilisieren", obwohl von seiten der Bevölkerung in dieser Hinsicht nie eine akute Gefahr drohte. (157)

1957 wurde ein Gesetz über die Investitionskredite verabschiedet, das die Kreditgewährung an die Konsumgüterindustrie erleichterte.

> "Die außerordentliche Promarkt- und Prokonsumentenbedeutung dieses Gesetzes kann nicht geleugnet werden, vorausgesetzt, daß man zustimmt, daß die Einkommensverteilung in Jugoslawien gerecht genug ist, daß ihr erlaubt wird, die Allokation der Produktivkräfte des Landes zu beeinflussen." (158) (Übers. d. Verf.)

Die Aufhebung der egalitären Einkommensverteilung brachte eine zahlungsfähige "Rote Bourgeoisie" hervor und eine viel größere Masse, die nicht in der Lage war, die Produktivkräfte nach ihren Bedürfnissen zu lenken. Die neuen Waren wie z.B. Fernsehen waren "available only to those high income brackets such as high party members, lawyers, university professors, soccer players and engineers". (159) Was der "Roten Bourgeoisie" nicht durch die einheimische Produktion angeboten wurde, deckten Luxusimporte. Diese trugen wiederum zum permanenten Handelsbilanzdefizit bei.

> "In den Schaufenstern erschienen Artikel, die der Bevölkerung in dieser Aufmachung und Qualität zumindest kaum bekannt waren. Die Diskrepanz zwischen den Preisen der Artikel und den Durchschnittseinkommen waren zu dieser Zeit so groß, daß die genannten Einfuhrwaren für die Masse der Bevölkerung vorerst noch unerreichbar bleiben." (160)

154 Ebd., S. 63.
155 DER VOLKSWIRT, Nr. 10, Jg. 24, 6.3.1970, S. 40.
156 Siehe Macesich; a.a.O., S. 29, 32.
157 Schleicher, H.; a.a.O., S. 31.
158 Pejovich, S.: THE MARKET – PLANNED ECONOMY OF YUGOSLAVIA, Minneapolis 1966, S. 81.
159 Ebd., S. 82.
160 Egers, W.: "Die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens im Jahre 1956", in: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, H. 2, 1957, S. 145.

Damit wird deutlich, daß die 'neue' Wirtschaftspolitik Jugoslawiens, nämlich die direkte Orientierung der Betriebe am Prinzip der Einkommensmaximierung, zwangsläufig die Bedürfnisse der Massen mit niedrigem Realeinkommen vernachlässigt, da diese auf dem Markt nicht als bedeutende Nachfrage wirksam werden. Aber auch unter der fiktiven Annahme einer 'gerechten' regionalen und sozialen Einkommensverteilung als Ausgangsposition hätte der Marktmechanismus gerade die Funktion, die 'Gerechtigkeit' zu untergraben. Denn Betriebe mit hohen Einkommen, gleichgültig wie sie dazu kommen, können an Arbeiter und Direktoren entsprechend höhere Löhne und Gehälter ausschütten. Darüber hinaus können diese Betriebe Investitionen vornehmen, was wiederum die bereits entstandenen Unterschiede verschärfen und so zu einer kumulativen Steigerung der betrieblichen sektoralen und regionalen Unterschiede führen wird. (161) Und der Überbau folgt ebenfalls nach.

> Bis jetzt ... "führten das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung bei starken Unterschieden zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen und Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und besonders der extensive Charakter der Ökonomisierung zu entsprechend ungleichmäßigen Entwicklungen im Bildungssystem, einem planlosen Aufbau des Schulnetzes und einer ungenügenden vertikalen und horizontalen Gliederung der einzelnen Stufen des Bildungssystems." (162)

161 Es wird den Führungskräften nicht schwerfallen, hohe Einkommen als persönliche Leistung auszugeben und zur Grundlage für eine verschärfte Einkommensdifferenzierung innerhalb des Betriebes zu machen.
162 BILDUNGSWESEN IN OSTEUROPA; a.a.O., S. 71.

Die Luxusimporte aus den kapitalistischen Ländern verfehlen auch nicht ihre politische und sozialpsychologische Wirkung: Der Bevölkerung werden die Errungenschaften der kapitalistischen Länder 'demonstriert'. An die Stelle der Entfaltung der Persönlichkeit in der vergesellschafteten Tätigkeit tritt eine scheinbare Entwicklung der Persönlichkeit durch Konsumgüter und Statussymbole. Castro hat diese "Bemühungen der Imperialisten in allen Ländern Osteuropas und sogar in der Sowjetunion" richtig erkannt.

> "Die Imperialisten machen ausgiebig Gebrauch von der ganzen bürgerlichen Fassade, von dem ganzen Luxus einer Klassengesellschaft, die in hohem Maße die Kunst der Verfeinerung im Konsum und die Kunst des Luxus entwickelt hat, welche in keiner Weise die Erwartungen der sozialistischen Gesellschaft oder der Völker, die den Weg zum Kommunismus suchen, sein können. Und sie benutzen dazu (und das tun sie überall) ihre Kücheneinrichtungen und Küchenmaschinen, ihre Autos, ihre Kühlschränke, ihre Seidenspitzen, all ihre Luxusgüter, ihre Zeitschriften, ihre Propaganda: dies ist eine Waffe, die sie unaufhörlich einsetzen." (163)

Am 1.1.1969 ist in Jugoslawien das neue Grundsatzgesetz über die Feststellung und Verteilung des Einkommens in den Arbeitsorganisationen in Kraft getreten. (164) Die bestehenden Schwierigkeiten wurden dadurch nicht beseitigt. Die Unsicherheit in bezug auf das persönliche Einkommen ist auch durch die neuen Bestimmungen unangetastet geblieben. Die Arbeiter fordern immer wieder, daß ihre Arbeit anerkannt wird. (165) Denn auch sie möchten wie die Arbeiter in einem kapitalistischen Unternehmen in Form des Tariflohnes unabhängig von der jeweiligen Marktlage bezahlt werden. Die durch das Gesetz beibehaltene Finanzierung von Einrichtungen des öffentlichen Dienstes wie der Sozialversicherung, des Bildungswesens und anderer sozialer Einrichtungen durch Beiträge aus dem persönlichen Einkommen der Arbeiter kann die schon vorhandenen Mißstände und regionalen Unterschiede nur reproduzieren. (Zweck des Gesetzes: siehe Teil 7) G. Leman rechnet aufgrund von Diskussionen in Fachzeitschriften damit, daß man bald das betriebliche Einkommen in Gewinn und Lohnsumme unterteilen und die Löhne tariflich festlegen wird. Dies wird allerdings unter zwei weiteren Veränderungen geschehen: 1.) "Die Neugestaltung des Einkommenssystems wird in jedem Fall auf die Herausnahme der Verteilung eines wesentlichen Teils des Betriebsergebnisses aus der Entscheidungsbefugnis des Arbeiterrats hinauslaufen." (166) 2.) Das "wirtschaftliche Risiko", das die Arbeiter nicht übernehmen wollen, wird auf die Manager konzentriert. Das bedeutet die offene Verfügungsgewalt der Manager über den Mehrwert.

Die ungarischen 'Kommunisten' versuchten, das Problem der Einkommensverteilung folgendermaßen zu lösen:

> "Ein als materieller Anreiz gedachtes System verkehrte sich ins Gegenteil... Die psychologische Wirkung (!) der Einteilung der Betriebsangehörigen in drei Klassen mit unterschiedlichen Beteiligungsquoten am Betriebsgewinn – Höchstmaß 15 % des Jahreslohnes für Arbeiter, 50 % für gehobene verantwortliche Stellungen und 80 % für Führungskräfte – erschien bald als ungerecht. Dieses System wurde rückwirkend ab 1.1.1969 abgeschafft. Die Einteilung in drei Klassen entfällt." (167)

Jeglicher Kommentar erübrigt sich.

163 23. August 1968, FERNSEHREDE DES KOMMANDANTEN FIDEL CASTRO, UM DIE EREIGNISSE IN DER CSSR ZU ANALYSIEREN, Oberbaumpresse Berlin, S. 24.
164 Leman, G.: "Einkommensverteilung..."; a.a.O., S. 270.
165 Leman, G.: UNGELÖSTE FRAGEN...; a.a.O., S. 20 und 40.
166 Leman, G.: "Einkommensverteilung..."; a.a.O., S. 276.
167 "Eigeninitiative als Element der Planung. Die Reform verändert Ungarns Alltag", in: HANDELSBLATT, 13./14. April 1970, Nr. 64, S. 5. Siehe auch "Das System des materiellen Anreizes in Ungarn", in: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, H. 4, 1969 (die Angaben wurden durch persönliche Mitteilungen von Genossen, die die ungarischen Verhältnisse kennen, bestätigt.).

6. Die Anarchie der 'sozialistischen Marktwirtschaft'

Seit 1954 war die jugoslawische Wirtschaft fünf Konjunkturzyklen unterworfen, die in der Tabelle zum Teil ersichtlich sind.

Sozialprodukt und Beschäftigung 1947-1969 (168)

	Sozialprodukt [a]		Beschäftigung [b]	Arbeitslose [c]
Jahr	in Preisen von 1960 (Mrd. Din.)	Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr (v.H.)	Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr (v.H.)	1952 = 100
1947	12,19			
1948	14,68	20,4	23,7	
1949	15,94	8,6	23,8	
1950	14,49	- 9,1	- 2,4	
1951	15,82	9,2	- 5,5	
1952	13,69	- 13,5	- 6,3	100
1953	16,14	17,9	5,6	183
1954	16,74	3,7	8,7	170
1955	19,09	14,0	9,5	150
1956	18,40	- 3,6	0,04	222
1957	22,57	22,7	7,4	276
1958	23,28	3,2	6,3	387
1959	27,10	16,4	6,5	367
1960	28,82	6,4	8,1	411
1961	30,44	5,6	8,3	518
1962	31,75	4,3	2,3	609
1963	35,61	12,2	2,1	509
1964	40,12	12,7	6,0	507
1965	41,51	3,5	1,5	593
1966	45,04	8,5	- 2,2	589
1967		2,0 (169)		
1968		5,0 (170)		
1969		9,0 (171)		

Die Anzahl der Beschäftigten in den nicht landwirtschaftlichen Sektoren bewegte sich entsprechend der Anzahl der Arbeitslosen in entgegengesetzter Richtung, allerdings überlagert der kontinuierliche Arbeitskräftezustrom aus der Landwirtschaft die Schwankungen. Das Volumen der industriellen Produktion zeigt ebenfalls besonders nach 1960 konjunk-

168 Dobias, Peter; a.a.O., S. 128.
a) Sozialprodukt entspricht dem Bruttosozialprodukt und besteht aus Löhnen, Gehältern und Anlageinvestitionen. Die unproduktiven Sektoren, Kultur, Verwaltung, Wissenschaft, medizinische Versorgung, Bank- und Versicherungswesen sind nicht in der Summe enthalten.
b) Bezieht sich auf die unselbständig Beschäftigten mit Ausnahme der Lehrlinge.
c) Stand am 31. Dezember.
169 ECONOMSKA POLITIKA, 29.4.1968, zit. n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 5, 1968, S. 7.
170 BORBA, 31.12.1968, zit. n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 1, 1969, S. 10.
171 DER VOLKSWIRT, Nr. 10, 24. Jg., 6.3.1970, S. 40.

turelle Schwankungen. Dieses unstetige Wachstum – labiler als in den kapitalistischen Ländern (siehe SOPO Nr. 5, 1970, Altvater, E., S. 18) rief sektorale Disproportionen hervor, die sich auf lange Sicht nachteiliger für die gesamte Wirtschaftsentwicklung auswirken als ein stetiges, wenn auch im Durchschnitt geringeres Wachstum. Das 'Instrumentarium' der jugoslawischen Bundesregierung beschränkte sich auf die Geldpolitik und Preisverordnungen, die völlig ineffektiv waren. Die Bundesregierung hat in bezug auf das wirtschaftspolitische Instrumentarium ihre kapitalistischen Vorbilder noch lange nicht erreicht. Sie erntet nur den Spott der bürgerlichen Ökonomen, die ihren Frieden mit den Monopolen geschlossen haben und ihre neoliberalen Floskeln den Jugoslawen überlassen. In noch einer Beziehung, nämlich der scheinbar unzähmbaren P r e i s e n t w i c k l u n g, haben die Jugoslawen die kapitalistischen Industrieländer schon überholt. Das Problem der Inflation

> "... tauchte auf, sobald die organisatorische Neuerung von 1950-51 ganz und gar eingeführt worden war, das war um 1953. In der Periode von 1953-61 stiegen die Preise durchschnittlich um 5,72 % pro Jahr. Während der ersten 4 Monate des Jahres 1962 stiegen die Einzelhandelspreise um nahezu 25 %. Dieser galoppierenden Inflation wurde im letzten Teil des Jahres 1962 Einhalt geboten, und das Preisniveau stieg 1963 um 6 % und 1964 um 5 %. Im Sommer 1965 fand noch einmal eine Hyperinflation statt, in der das Preisniveau um ungefähr 30 % stieg. Jede Untersuchung der steigenden Preise in Jugoslawien muß zwischen der ständigen schleichenden Inflation und den Hyperinflationen von 1962 und 1965 unterscheiden." (172)

1969 stiegen die Lebenshaltungskosten um 10 %, für 1970 wurde die gleiche Rate prognostiziert. Die kroatische Wirtschaftszeitung PRIVREDNI VJESNIK stellt jedoch eine " 'vorfristige Planerfüllung' negativer Art fest. Wie es sarkastisch heißt, ist der für den Gesamtverlauf des Jahres 1970 eingeplante Preisauftrieb 'zehn Monate vor dem Fristziel', also bereits innerhalb der ersten zwei Monate dieses Jahres voll eingetreten." (173)

Einige Ursachen der Preiserhöhungen:

Die Monopole und Oligopole nutzten ihre Stellung durch ad-hoc-Preiserhöhungen aus. Unkoordinierte Investitionen führten zur Übernachfrage auf einigen Investitionsgütermärkten; die Preiserhöhung der Investitionsgüter setzte sich in einer Kette von Preiserhöhungen fort, indem die Abnehmer der Investitionsgüterindustrie die erhöhten Preise wiederum auf ihre Abnehmer überwälzten. Bei den importierten Waren traten Engpässe auf. Inflationäre Tendenzen in den kapitalistischen Ländern pflanzten sich nach Jugoslawien fort.

Die Aufhebung der Devisenbewirtschaftung 1961 führte trotz 18 %iger Abwertung des Dinars zu beträchtlichen Importerhöhungen aller Waren mit gestiegenen Inlandspreisen. Die Preiserhöhung im Jahre 1965 war vorgesehen – u.a. Verschiebung der Umsatzsteuerzahlungspflicht aus der Produktionssphäre in den Bereich des Warenumsatzes mit dem Endverbraucher – und diente "... in erster Linie einer Angleichung des jugoslawischen Preisniveaus an die Verhältnisse auf dem Weltmarkt und soll das jugoslawische Außenhandelssystem für das GATT annehmbar machen." (174) 1965 stiegen die Preise jedoch stärker, als es geplant war, deshalb wurde ein allgemeiner kurzfristiger Preisstopp angeordnet.

Einige Unternehmen bzw. Branchen haben die ständige Preiserhöhung besonders ausgenutzt, um einen größeren Teil des Nationalproduktes an sich zu reißen. Dazu gehören z.B. Unternehmen mit preisunelastischen Waren (175), reiche Bauern, die mit Nahrungsmitteln handeln, sowie Oligopole und Monopole. Diese von der Preisentwicklung begünstigten Unternehmen haben die höchsten innerbetrieblichen Einkommensunterschiede.

172 Pejovich; a.a.O., S. 64/65 (Übers.d.Verf.).
173 HANDELSBLATT, 10./11.4.1970, S. 5, Nr. 69.
174 Leman, G.: "Die neue jugoslawische Wirtschaftsreform", in: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, H. 1, 1966, S. 68.
175 Preisunelastisch: bei einer Preiserhöhung geht die nachgefragte Menge nicht zurück, der Umsatz und die Profite steigen.

Die Jugoslawen haben die bürgerliche Auffassung über die Funktion der Preise als Knappheitsindikatoren übernommen. Sie besagt, daß die Preise unter bestimmten Voraussetzungen die Produktion lenken und vor allem rationale Investitionsentscheidungen ermöglichen (Allokation der Produktivkräfte). Unter der Annahme, daß diese These wahr ist, lassen sich die irrationalen Produktionsstrukturen (siehe unten) auch z.T. aus den instabilen Preisen erklären.

Die völlige Planlosigkeit und das Vertrauen auf den Markt haben zu entsprechenden Ergebnissen in der K a p a z i t ä t s a u s n u t z u n g der Anlagen geführt. "Das gesamte ungenutzte investierte produktive Kapital betrug 1955 1/4 des gesamten fixen Kapitals des Landes." (176) Am Anfang der sechziger Jahre "... trat die Unterbeschäftigung besonders stark in den modernen Betrieben auf." (177) Der UNO-Survey von 1966 berichtet, daß 30 % der vorhandenen Kapazitäten nicht ausgenutzt wurden. Dorde Vrcelj vom Institut of Industrial Economics stellt fest: "It is estimated that o u t p u t c o u l d b e i n c r e a s e d b y m o r e t h a n o n e t h i r d by a fuller use of capacity both in effective and available working time." (178) Wir wollen nicht die unmittelbaren Ursachen, die letztlich alle in der Planlosigkeit zu suchen sind, genauer analysieren, jedoch sei hier auf 3 Faktoren hingewiesen: "... unsatisfactory vocational structure of the employed (!) (which in a great number of enterprises lags considerably behind the level of technology and plant), irregular supply of industry with raw materials and semimanufactures (especially from imports) ..." (179), die zunehmende Marktbeherrschung durch die kapitalistische ausländische Konkurrenz, die zu Produktionsrückgang und ungenutzten Produktivkräften im Inland führt. (180)

Der Zusammenhang der sozioökonomischen Mißstände läßt sich mit einem langen Zitat über die traditionell arbeitsintensive Textilindustrie verdeutlichen.

176 Bicanic, Rudolf: "Economic Growth under Centralized and Dezentralized Planning", in: COMPARATIVE ECONOMIC SYSTEMS, New York 1964, S. 281 f.
177 Vrcelj, Dorde: "Use of Productive Capacity in Industry", in: YUGOSLAV SURVEY, A Record of Facts and Information, Vol. IX, May 1968, H. 2, S. 87. – Die Aussagen von Marx über den Frühkapitalismus treffen auf die jugoslawische Marktwirtschaft auch zu. "Während die kapitalistische Produktionsweise in jedem individuellen Geschäft Ökonomie erzwingt, erzeugt ihr anarchistisches System der Konkurrenz die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte..." (Das KAPITAL, Band 1, Berlin 1966, S. 552).
178 Macesisch; a.a.O., S. 79.
179 Vrcelj, Dorde; a.a.O., S. 88.
180 BORBA, 7.12.1967, S. 5, zit.n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 12, 1967, S. 13/14.

SOPO 6/7	**Wolfgang Müller u.a.:**	**Sozialstaatsillusion und Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital**
Doppelnummer		
Juni 1970	**Joachim Bischoff u.a.:**	**Produktive und unproduktive Arbeit**
208 Seiten	**Klaus Busch u.a.:**	**Neuere Imperialismustheorien**
DM 6,–	**Paulo R. Schilling:**	**Brasilien – beschleunigter Ausverkauf (II)**
	Marighella/Lamarca:	**Dokumente zum revolutionären Kampf in Brasilien**
	Carlos Marighella:	**Minihandbuch des Stadtguerilleros**

"Die Textilindustrie Jugoslawiens gehört mit ihrer Produktion von rund 10 Milliarden N. Dinar und mit ihren ca. 220.000 Beschäftigten zu den führenden Wirtschaftszweigen des Staates. Ihr Anteil am Import beträgt 11 %, jener am Export 12,5 %, doch sinkt ihre Ertragslage. ...Doch ... für die Beseitigung interner Probleme (Zersplitterung in mehr als 600 z.T. kleine Firmen, ungenügende Spezialisierung, veraltete Produktion und autarke Geschäftsführung, Investitionen um jeden Preis, zu hohe Material-, Arbeits- und Regiekosten, Illiquidität, große Vorräte aller Sorten usw.) müssen vom Textilsektor selbst energische Maßnahmen ergriffen werden. — Die Produktivität der Textilindustrie zeigt sich recht niedrig, es besteht Überschuß an Arbeitskraft, die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten ist schlecht, und all das bewirkt große Zeitverluste (Fernbleiben vom Arbeitsplatz, Krankenurlaub usw. erreicht in manchen Betrieben 20 % der Arbeitszeit oder noch mehr) (187). All dies wirkt sich nicht nur auf die Textilindustrie, sondern auch auf die Arbeitnehmer (!) dieses Industriezweiges negativ aus: ihr Durchschnittseinkommen lag im Vorjahr um 24 % unter dem Lohndurchschnitt in der jugoslawischen Industrie. — Die notwendigen Modernisierungs- und Rekonstruktionsarbeiten erfordern große Investitionsmittel, an denen es aber überall fehlt. Die Textilindustrie erhofft sich nun erleichterte Kreditbedingungen. — Bei allen Investitionen darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß es zur Zeit schon Unternehmen mit ganz moderner Ausrüstung gibt, die jedoch nicht voll ausgenützt sind, was durch eine bessere Koordinierung geschehen sollte (Hervorhebung durch die Verf.), die auch Überkapazitäten verhindern könnte. — Für eine erfolgreiche Modernisierung ist aber nicht nur Geld notwendig, (182), sondern auch ein viel stärkeres und dynamischeres Engagement der eigentlichen Produzenten und ihrer Fachkräfte. Das Problem des Expertenmangels (!) macht sich auch in diesem Industriezweig bemerkbar. Es gibt wenig fähige Fachkräfte, die Schulen für die Ausbildung von Textilfachleuten sind zu wenig spezialisiert, besitzen keine geeignete Ausrüstung und zu wenig Laboratorien, hingegen einen Unterricht, der nicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Textilindustrie abgestimmt ist. Ihre Zukunft liegt offensichtlich in einer Integrierung (!). Nur in einer vereinigten Organisation kann sie eine modernere und billigere, mit dem Marktabsatz eng verbundene Produktion erreichen." (183)

"Die Leitung (des Agramer Großhandelsunternehmens Tekstilpromet) ... erklärt, daß die jugoslawische Textilindustrie im allgemeinen eine zureichende Qualität erzeugt, die fast unbegrenzte Einfuhr wirke aber preisdrückend (Hervorhebung der Verf.) ... Im allgemeinen wird von der Textilindustrie darüber geklagt, daß die Konfektionsfabriken nicht genügend Stoffe verarbeiten, während die Konfektionäre wieder behaupten, daß die Kollektionen zu wenig Auswahl in den Farben, dem Dessin und überhaupt in modischen Einzelheiten bieten." (184)

Welche Blüten das Konkurrenzsystem treibt, verdeutlicht die katastrophale Lage auf dem jugoslawischen Elektrizitätssektor. Trotz der beträchtlichen Erhöhung der Erzeugung von Elektroenergie ist die Elektrifizierung ein ungelöstes Problem.

"Nach gründlichen Schätzungen wurde festgestellt, daß sich in den Jahren 1969/70 ein großer Strommangel zeigen wird ... Die Investitionsbank suchte die richtigen Objekte (d.h. E-Kraftwerke — die Verf.) aus. Die ganze Finanzierung wurde ein Jahr später verzögert, weil die berechneten Investitionen der Wirtschaft nicht richtig waren, und auch die Einnahmen der Bank waren ausgeblieben. Auch kam es zu Streitigkeiten zwischen Investoren (vorhandene E-Kraftwerke, d.Verf.) und Banken hinsichtlich der Höhe der Zinsen sowie anderer Klauseln." (185)

181 Weil das Arbeitseinkommen in der Textilindustrie sehr niedrig ist, kann man vermuten, daß viele Arbeiter einer zweiten Beschäftigung nachgehen. — Anmerkung der Verfasser.

182 Das ausländische Kapital könnte hier 'helfend' einspringen. Siehe nächsten Teil.

183 BORBA, Nr. 273, 4.10.1969, S. 13, zit.n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 12, 1969, Beilage 2.

184 PRIVREDNI PREGLED, 18.11.1969, Nr. 4140, S. 10 und 28.11.1969, Nr. 4148, S. 6, zit.n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 12, 1969, Beilage 2.

185 EKONOMSKA POLITIKA, 1.7.1969, Nr. 796, S. 832, zit.n. OSTEUROPA WIRTSCHAFT, H. 7/8, 1967, S. 19.

Tatsächlich gab es ab 1967 Stromausfälle, die z.T. negative Auswirkungen auf den Tourismus hatten. Eine, wenn auch unbedeutende Ursache dafür war, daß einige Betriebe um der Profitmaximierung willen auf die Nutzung des teureren Produktionsfaktors Kohle zugunsten der Wasserressourcen verzichteten und diese so strapazierten, daß ein längerer Stromausfall in Kauf genommen werden mußte. (186)

Inwieweit die Zersplitterung von Projekten in der Elektrizitätswirtschaft fortgeschritten ist, zeigt der folgende Sachverhalt: 195 E-Loks können nicht innerhalb Jugoslawiens eingesetzt werden, weil "die bosnische Strecke noch nicht elektrifiziert ist, sie können aber auch nicht in Slowenien eingesetzt werden, weil die Elektrifizierung nach einem anderen System erfolgte, so daß die neue Serie ungeeignet ist." (187) Ein weiteres Beispiel: Die fehlende "einheitliche Überlandsleitung" und die "Isoliertheit der Regionalsysteme" der Elektroenergie hindern am Bau eines Atomkraftwerkes. Außerdem wurde festgestellt:

"Die Schlußfolgerung aus diesen Gegebenheiten zeigt, daß die Elektrizitätswirtschaft zu viel in Produktionsprojekte investiert, die im Endeffekt gar nicht voll genützt werden können." (188)

Der Abbau der Überkapazitäten, die nur regional vorhanden sind, — viele Dörfer sind noch nicht elektrifiziert — konnte auch durch den Export von Elektroenergie nicht zustandekommen,

"... da sich die einzelnen Elektrizitätsunternehmen nicht über die Aufteilung der Gewinne einigen konnten. Jene Unternehmen, die Überschüsse zu verzeichnen hatten, grenzen nicht ans Ausland; mit solchen in Grenznähe wurden aber keine Abkommen geschlossen." (189)

Selbst bürgerliche Apologeten können ihre Augen nicht total vor der jugoslawischen Wirklichkeit schließen:

"Zusammenfassend ist also festzustellen, daß durch das seit 1952 schrittweise eingeführte Wirtschaftssystem die wirtschaftspolitischen Ziele der jugoslawischen Regierung nur zum Teil erreicht werden konnten. Zwar wies die jugoslawische Volkswirtschaft eine große Expansionsfähigkeit (!) auf, doch bestanden — gekennzeichnet durch zunehmende Arbeitslosigkeit, starke Konjunkturschwankungen, inflationäre Tendenzen und chronische Importüberschüsse — schwerwiegende Störungen des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und bedeutende volkswirtschaftliche und regionale Disproportionen bei verhältnismäßig geringer Erhöhung des Lebensstandards und der Arbeitsproduktivität." (190)

Die Erscheinung der Diktatur der "Roten Bourgeoisie", beginnend in der Anarchie der Produktion mit ungeheurer gesellschaftlicher Vergeudung der menschlichen Arbeitskraft und Produktionsmittel, pflanzt sich kumulierend fort auf die Export-Import-Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland, auf die sozialen Verhältnisse, auf Bildung und Erziehung,

186 INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE, 3. Nov. 1967.

187 PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 2, 1967.

188 EKONOMSKA POLITIKA, 8.9.1969, Nr. 910, S. 18 u. 21, zit.n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 10, 1969, Beilage 5.

189 Ebd., 24.11.1969, Nr. 921, S. 12, zit.n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 12, 1969.

190 Dobias, Peter; a.a.O., S. 135 f. Die jugoslawische Wirklichkeit könnte nicht weiter von Engels Vorstellungen entfernt sein: "Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. Der Kampf ums Dasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbindungen in wirkliche menschliche... Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit". Engels, Friedrich: ANTIDÜHRING, Berlin 1958, S. 351.

bis die Totalität – das Werk der Massen selber – die Gestalt eines Ungetüms annimmt, das dieselbe Masse unterdrückt. Dies alles im Namen des Sozialismus geschehen zu sehen, ruft die höchste erreichbare Stufe der Entfremdung bei den Massen hervor. Trotzdem versichern uns sogar "kritische" jugoslawische Philosophen:

> "Dabei hatten wir (die Mitarbeiter der 'Praxis') die N o t w e n d i g k e i t (Hervorhebung d. Verf.) der Marktwirtschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Entwicklung nie geleugnet, sondern nur auf gewisse negative Aspekte aufmerksam gemacht und die Meinung vertreten, daß das Endziel des Sozialismus nicht in einer optimalen Entwicklung der Warenproduktion bestehe." (191)

Worauf beruht diese Notwendigkeit? Auf den eigenen Erfahrungen der jugoslawischen 'Kommunisten', oder erklären die imperialistischen 'Gehilfen' der Jugoslawen die Marktwirtschaft für notwendig?

7. Opfer und Instrument des Imperialismus

Die äußerst empfindliche Wirtschaftsblockade der Kominformländer ab 1949, der Produktionsrückgang infolge des unvorbereiteten Versuchs, ab 1947 die Landwirtschaft zu kollektivieren, sowie die Dürre von 1950 und 1952 riefen eine beträchtliche wirtschaftliche Not hervor. Jugoslawien wandte sich an die kapitalistischen Länder, die – um die schon entstandene Spaltung innerhalb der sozialistischen Länder zu verfestigen – eilends mit Krediten zu Hilfe kamen; so lieferten z.B. die USA Nahrungsmittel, die mit relativ wertlosem Dinar bezahlt wurden.

Den allgemeinen politischen Einfluß der amerikanischen Kredite und grants haben wir in den ersten Kapiteln bei der Gestaltung des 'Dritten Weges' geschildert. Außerdem gab es spezifische Formen der Interessendurchsetzung, die mit einigen Hilfsaktionen unmittelbar gekoppelt waren:

> "Praktisch wie psychologisch besonders wirksam wurde die sog. 'Amerika-Hilfe' 1950/51, zu der sich die USA Ende 1950 nach einer gefährlichen Mißernte Jugoslawiens entschlossen... Entscheidend war, daß die USA keine politischen Bedingungen (!) stellten, statt dessen jedoch eine Popularisierung der Maßnahmen in der jugoslawischen Presse verlangten, einen Überwachungsstab unter dem Sozialwissenschaftler R.F. Allen nach Jugoslawien schickten und zusätzlich auch noch eine Care-Aktion durchführten." (192)

Die Unterstützung half den Jugoslawen, ihre wirtschaftliche Not zu überwinden, und ermöglichte die Entwicklung der Schwerindustrie, wie es in dem Plan von 1947 vorgesehen war. Außerdem leisteten die USA zwischen 1952 und 1956 'Militärhilfe' zum großen Teil als grants – im Wert von 583,1 Millionen Dollar (193). Zusammenfassend: " ... the total

191 Petrovic, Gajo: "Die jugoslawische Philosophie und die Zeitschrift "Praxis", in: REVOLUTIONÄRE PRAXIS, hrsg. von Gajo Petrovic, Freiburg 1969, S. 20. – Ein anderer 'Kritiker' vertritt die Auffassung: "This glorification of 'competition' (with full respect for the fact that the liberation of the market from bureaucratic direction is a vital condition for the development of the economy) should be replaced by a constantly critical study of the danger of latent c a p i t a l i s t i c r o b b e r y resulting from a money/commodity economy and a free market." Zivotic, Milachin: "Is Equality a Moral Value of our Society", in: PRAXIS, H. 4, 1966, S. 401. – Eine marxistische Kritik der jugoslawischen Verhältnisse ist bei Mladn Cladarovic: "Dissolutionary Processes in the System of Self-Management", in: PRAXIS, H. 4, 1965, S. 551 ff. zu finden.

192 Hildebrandt, Walter: "Die außenpolitischen Beziehungen der FVRJ", in: OSTEUROPA-HANDBUCH, Köln/Graz 1965, S. 170.

193 Bombelles, Joseph T.: ECONOMIC DEVELOPMENT OF COMMUNIST YUGOSLAVIA 1947-1964, Stanford, California 1968, S. 107.

economic and military aid of 1.293,9 million Dollar received in the four-year period, the U.S. share amounted to $ 1.013,9 million, or 77,7 percent." (194) Für eine Periode von 4 Jahren ist diese Gesamtsumme beträchtlich. "Um dem Westen (dafür) entgegenzukommen, verpflichtete sich Jugoslawien, das 1946 ohne Entschädigung enteignete a u s l ä n d i s c h e Privatkapital in gewissem Ausmaß rückzuvergüten." (195) Im Waffenlieferungsabkommen vom 14. Nov. 1951 räumte Jugoslawien den USA einen bevorrechtigten Bezug von sog. knappen Rohstoffen und Halbfabrikaten ein (196). "Die Ausbildung jugoslawischer Offiziere an den neuen Waffen" fand "dagegen in den USA statt." (197) 1952 verstärkte sich die 'Fühlungnahme der Militärs' (amerikanischer Flottenbesuch etc.). Ferner wurde festgelegt, "daß Beamte der USA-Regierung auf jugoslawischem Territorium 'frei und unbeschränkt' die Aufsicht und Kontrolle über die Übernahme und Verteilung militärischen Hilfsmaterials aus den USA durchführen können und auch 'völlig freien Zutritt zu allen Verkehrsmitteln und Informationen' haben." (198) Auch "sollte eine von den USA entsandte Militärmission die direkte Aufsicht bei der Ausbildung jugoslawischer Truppen übernehmen." (199) Die jugoslawischen 'Kommunisten' handelten ganz konsequent, als sie in der Außenpolitik nicht nur von der Kominformlinie zur 'Neutralen Linie' überwechselten, sondern im wesentlichen die Politik der kapitalistischen Länder unterstützten. Der Anspruch der Neutralität zwischen den Blöcken blieb nur noch eine hohle propagandistische Phrase: 1949 stellte Jugoslawien seine propagandistischen Angriffe gegen die kapitalistischen Länder ein. Im Juni 1949 stellten die jugoslawischen 'Kommunisten' die Unterstützung der griechischen Partisanenkämpfer ein und sperrten die jugoslawisch-griechische Grenze ab, nachdem Verhandlungen mit den USA in Belgrad über diese Frage stattgefunden hatten. Die chinesischen Genossen schreiben sogar: "Gleichzeitig aber gestattete er (Tito) den Truppen der griechischen royalistischen Faschisten freien Durchzug durch jugoslawisches Territorium, um die griechischen Volkspartisanen aus dem Hinterhalt anzugreifen." (200)

Ab September 1951 bemühten sich die jugoslawischen 'Kommunisten' um eine militärische Zusammenarbeit mit Griechenland und der Türkei. Ein Vertrag wurde im Nov. 1953 unterzeichnet. Durch die Nato-Mitgliedschaft dieser Länder wurde Jugoslawien indirekt in das westliche Militärsystem eingegliedert.

Außerdem demonstrierte Jugoslawien seine Verbundenheit mit den kapitalistischen Ländern, indem es deren UNO-Politik unterstützte. Ganz deutlich wurde dies im Koreakrieg. "Am 6. Sept. 1950 gab der ehemalige Außenminister Edvard Kardelj eine Erklärung ab, in der er offen den gerechten Widerstandskrieg des koreanischen Volkes gegen die Aggression verleumdete und den USA-Imperialismus in Schutz nahm ... Außerdem stimmte die Tito-Clique in den UN für das 'Embargo' gegen China und Korea." (201)

Wir haben versucht, die außenpolitische Linie des 'Dritten Weges' in ihren Anfängen zu zeigen. Die chinesischen Genossen zählen noch weitere insgesamt über 15 verräterische Fälle dieser Art auf dem Gebiet der Außenpolitik bis 1962 auf. Zwar haben wir nicht alle untersucht, doch haben wir nicht den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln. (siehe auch Castros Rede a.a.O., S. 48 f.)

194 Ebd., S. 107.

195 Günzel, Karl: "Planwirtschaft und Außenhandelspolitik der FVRJ", in: OSTEUROPA-HANDBUCH, S. 240.

196 Ebd., S. 169, S. 241.

197 Ebd., S. 169.

198 IST JUGOSLAWIEN EIN SOZIALISTISCHER STAAT? , Peking 1963, S. 40.

199 Ebd., S. 40/41.

200 Ebd., S. 50.

201 Ebd., S. 51.

Auf Grund der ökonomischen Isolierung von den sozialistischen Ländern mußte sich der Außenhandel Jugoslawiens nach dem Westen orientieren; die Handelsbilanz wurde allerdings zunehmend passiv. Zwischen 1953 und 1956 betrug der Passivsaldo der laufenden Posten (current account) durchschnittlich 159,8 Millionen Dollar pro Jahr, das bedeutet eine 23 %ige Erhöhung des Defizits im Vergleich zu der Periode von 1947 bis 1952 (202). Der Passivsaldo konnte nur durch neue Kredite – d.h. Zahlungsaufschübe – gedeckt werden. Diese Kredite hatten und haben ihre eigenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten: Sie müssen mit Zinsen bis 7 % zurückgezahlt werden (203), d.h. die zukünftige Wertschöpfung wird verschuldet, und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz in der Zukunft erschwert. (204)

Nach 1956 gab es folgende Veränderungen in der Form der 'Hilfe':

> "The participation of foreign resources in Yugoslavia's economic development was higher than ever before, but the structure of assistance had changed. Instead of predominantly grants, Yugoslavia received more loans. By 1965 obligations from these loans started maturing, creating great pressure on the balance of payments. This set the stage for another set of reforms." (205)

'The great pressure' kam von den Kapitalgebern und der mit ihnen kooperierenden "Roten Bourgeoisie". Die 'Reformen' (1961 und 1965) waren prädestiniert, die 'goldene Halskette' des Kapitals zusammenzuziehen. Die Eröffnung des jugoslawischen Marktes – Teil der 'Liberalisierung' – für ausländische Waren, die ein 'Ansporn' für die einheimische Industrie sein sollten (u.a. um den Import in der Zukunft zu bremsen und das Defizit der Handelsbilanz zu beseitigen), ist bare Ideologie der industrialisierten kapitalistischen Länder. Solch ein Konkurrenzkampf ist von vornherein entschieden. Die japanische ökonomische Entwicklung beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, daß einheimische Märkte für Konsum- und Industriewaren (nicht Rohstoffe!) anderer Länder relativ geschlossen waren, um der eigenen Industrie Expansionsmöglichkeiten zu geben. Die Jugoslawen sind dabei, ihre wenig entwickelte Industrie weiter zu benachteiligen. Dies gilt nicht nur für Textilien, sondern auch für Fahrzeugbau, Stahlerzeugung, elektrische Haushaltswaren u.a.

Die Abschaffung des Handelsmonopols des Staates, die 'Liberalisierungsreformen' im Außenhandel, haben nach Meinung der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG (28. Nov. 1969) die Instabilität der jugoslawischen wirtschaftlichen Entwicklung begünstigt:

> "Seit der Reform (1965) ist die wirtschaftliche Entwicklung mehr Schwankungen als früher ausgesetzt gewesen, ... die jugoslawische Wirtschaft ist mit der 'Integrierung' in den Weltmarkt (den kapitalistischen Ländern - die Verf.) näher gekommen (und ist) von außen kommenden Impulsen ausgesetzt."

Diese Integrierung – ein wesentliches Ziel der Reformen" schreibt der UN-Survey – bedeutet, daß Jugoslawien, wenn in den finanzstarken kapitalistischen Ländern Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung auftreten, in verstärktem Maß in Mitleidenschaft

202 Bombelles; a.a.O., S. 102.

203 Murko, V.: "Außenhandelspolitik und Zahlungsbilanzgestaltung in Jugoslawien", in: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, H. 3, 1965, S. 190.

204 "Jugoslawien, das für europäische Begriffe ein Entwicklungsland ist, hat, wie die Belgrader 'Politika' kürzlich schrieb, nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Entweder muß es den Verbrauch der Bevölkerung, also der jetzt lebenden Generation, so einschränken, daß es die notwendigen Industrie-Investitionen damit finanzieren kann (so geschieht es in ganz Osteuropa), oder es muß Auslandskredite aufnehmen, die eines Tages zurückgezahlt, also der kommenden Generation aufgebürdet werden müssen... Jugoslawien (hat sich) für den letzteren Weg entschieden." DIE ZEIT, Nr. 44, 31. Okt. 1969, S. 9.

205 Bombelles; a.a.O., S. 170 (Hervorhebung v.d.Verf.).

gezogen wird, wie es sich in den anderen unterentwickelten Ländern schon längst gezeigt hat: eine Krise im kapitalistischen Ausland bewirkt einen Rückgang des eigenen Absatzes, weil die Nachfrage im Ausland sinkt; zugleich verschärft sich die Konkurrenz im Inland wegen des preisgünstigen und vermehrten ausländischen Warenangebotes; bei wirtschaftlicher Expansion des kapitalistischen Auslandes, d.h. erhöhter Nachfrage, exportieren jugoslawische Außenhandelsgesellschaften zunehmend wichtige Rohstoffe, deren Verarbeitung im eigenen Land gesamtwirtschaftlich vorteilhafter wäre, und werden ad-hoc-Investitionen durchgeführt, um die ausländische Nachfrage zu befriedigen. Auch muß sich das jugoslawische Zinsniveau an das des Auslandes anpassen, um zur Deckung der Handelsbilanzdefizite Kapital anzuziehen. Den jugoslawischen Investoren wird die Fremdfinanzierung durch das hohe Zinsniveau der einheimischen Banken verteuert; die Unternehmen wälzen die erhöhten Zinskosten auf die Preise ab, so daß die Instabilität der Preisentwicklung noch verstärkt wird. Die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt – in allen ihren Formen – hat in den unterentwickelten Ländern eben die Unterentwicklung erzeugt und perpetuiert. Auch in Jugoslawien werden nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern die ausländischen Märkte zunehmend die Wirtschafts'entwicklung' bestimmen.

Die Wirkung der 'Reformen' auf die Handelsbilanz war negativ.

THEORIE & PRAXIS

3 **Eugen Varga, Der deutsche Imperialismus** – ca. 50 S., ca. DM 3.--

4 **Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind!** Die Kritik der KP China an den revisionistischen KPs Westeuropas und der USA. – 440 S., DM 10.--

5 **Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR** - ca. 530 S., ca. DM 14.-

6 **Erziehung in China (Kommunistische Jugend- und Erziehungsarbeit Teil 1)** ca. 150 S., ca. DM 8.--

Bd. 3 u. 6 ab Nov., Bd. 5 ab Februar.

PROLETARISCH-REVOLUTIONÄRE ROMANE

1 **K. Neukrantz, Barrikaden am Wedding**
Kampf einer Straßenzelle in den Berliner Maitagen 1929.
Mit Dokumentenanhang ca. 170 S., ca. DM 6.-- ; lieferbar ab November.

2 **W. Schönstedt, Kämpfende Jugend**
Kommunistische Jugendarbeit in Kreuzberg (1932).
Mit Dokumentenanhang ca. 150 S., ca. DM 6.-- ; lieferbar ab November.

3 **F. Gladkow, Zement**
Vom Bürgerkrieg zur Wiederaufnahme der Industrieproduktion in der SU.
Mit Dokumentenanhang ca. 350 S., ca. DM 6.-- ; lieferbar ab Februar.

Im Frühjahr erscheinen weitere Bände.

OBERBAUMVERLAG BERLIN - 1 BERLIN 21 - BUNDESRATUFER 1
VERLAG FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE -

Die Tabelle zeigt die Zahlungsbilanzen von 1967 und 1968 in Millionen U.S. Dollar (206):

	1967	1968
Revenue		
Exports	1,226.2	1,294.6
Transport, and other services	171.1	203.1
Emigrants' remittances	122.2	162.7
Tourist trade	150.3	186.9
Pensions	26.9	33.3
Debt servicing	8.2	6.6
T o t a l	1,704.9	1,887.2
Expenditure		
Imports	1,549.8	1,803.0
Transport, and other services	105.5	125.5
Tourist trade and pensions	92.1	86.1
Debt servicing and repayments	84.2	94.8
T o t a l	1,831.6	2,109.4
Balance	- 126.7	- 222.2

Wie die Tabelle verdeutlicht, betrugen Kredittilgung und Zinsen 1967 84,2 Mio Dollar von 126,7 Mio Dollar Passivsaldo und 1968 94,8 Mio Dollar von 222,2 Mio Dollar Passivsaldo. Die Passivsalden werden wieder durch neue Kredite ermöglicht. Für 1970 sind 380 Mio Dollar fällig! (207) Die Schulden betragen insgesamt zur Zeit 2 bis 2,5 Mrd. Dollar! (208)

Der stellvertretende Ministerpräsident Gulickov kann nur hilflos konstatieren: "Das erste Mal nach der Reform beginnen wir das Jahr 1970 mit einem geplanten Defizit in der Zahlungsbilanz, obwohl wir auch in der Realisierung der vergangenen Jahre ein entsprechendes Defizit hatten, ohne es zu planen. Im Jahr 1969 war das Defizit gegenüber dem Jahr 1968 um rund 20 Mio Dollar erhöht worden." (209) und der VOLKSWIRT (Nr. 10, 1970, S. 40) schreibt: "Das Defizit der Handelsbilanz betrug 1969 8,2 Mrd. Dinar – wohl eine direkte Folge der Liberalisierungsmaßnahmen." Der ökonomische und politische circulus vitiosus der Kredite schreitet fort; auch in dieser Hinsicht ist Jugoslawien wie die anderen unterentwickelten Länder eine verschuldete Provinz des kapitalistischen Westens. (210)

206 Bank for International Settlements, in: PRESS REVIEW, Basel, 19. Juni 1969. – Eine qualitative Einteilung der Importe könnte ein Urteil über deren ökonomischen Stellenwert ermöglichen (z.B. Anteil der Luxuswaren, der notwendigen Rohstoffe, der Investitionsmittel). Tatsache ist, daß die jugoslawischen Geschäfte – wie immer wieder erfreulich berichtet wird – voll von westlichen und japanischen Luxuswaren sind.

207 Juschka, Alexander, HANDELSBLATT, 21. Jan. 1970.

208 Ebd.

209 BORBA, 9.11.1969, Nr. 309, Beilage, zit.n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 11, Jg. 7, 1969, S. 10.

210 Magdoff, Harry: THE AGE OF IMPERIALISM – The Economics of U.S. Foreign Policy, New York 1969, S. 154 f.

Bei der Reise von Bundeswirtschaftsminister Schiller im März 1970 wurde der jugoslawischen Nationalbank ein Zahlungsaufschub von 100 Mio DM (neuer Kredit) gewährt. " 'Wegen der Delikatesse der Materie' wollte Schiller nicht auf die Einzelheiten eingehen; er sagte lediglich, daß ein bestimmter Weg anvisiert worden sei, 'auf dem Jugoslawien in diesem Jahr dem Kapitalmarkt in der Bundesrepublik in einem gewissen Umfang zusätzlich nützen kann' ". (211) Die Jugoslawen wurden mit Quotenerhöhungen bzw. dem Wegfallen der Quoten bei rund 200 Warenpositionen ihres Exportes in die BRD belohnt. Bei den Textilien werden die Mengenbeschränkungen besonders reduziert. Ob das dem desolaten Zustand der jugoslawischen Textilindustrie Abhilfe schaffen wird, ist kaum zu erwarten.

Zur Zeit ist die BRD der wichtigste Handelspartner Jugoslawiens. Der Handel mit den Comecon-Ländern hat sich seit Mitte der fünfziger Jahre normalisiert und betrug 1969 ca. 30 % des gesamten Außenhandels (Import + Export). Auch dieser Handel ist defizitär, allerdings in viel geringerem Maße.

In Zukunft werden aber westliche Staatskredite (wie der oben genannte) nicht so häufig gegeben werden (die Jugoslawen sprechen von Entstaatlichung), wohl aber direkte Kredite an Firmen und Banken. Die Ursache: "Bei der zunehmenden Ost-West-Entspannung fehlt es zunehmend an der bisherigen Motivation für derartige Kreditgeschenke." (212) Z.B. braucht die 'sozialistische Regierung Brandts', wie Tito sie in der Neujahrsbotschaft nannte, Jugoslawien angeblich nicht mehr, um ihre Aufgeschlossenheit gegenüber den sozialistischen Staaten zu beweisen.

Das Kapital war aber mit der altmodischen Eroberungsmethode der Handelsfreiheit nicht zufrieden. Es forderte und bekam direkte Investitionsmöglichkeiten im Land. Die Jugoslawen waren ihm sehr hilfreich.

> "Westliches Kapital hat in Jugoslawien fest Fuß gefaßt und hilft mit, dieses früher agrarwirtschaftlich orientierte Land in einen neuen Industriestaat (!) umzuwandeln. Investitionen von so verschiedenen Unternehmen wie Fiat, dem italienischen Auto-Giganten, und Printing Developments, Inc. von New York City, einer Tochtergesellschaft von Time, Inc., zeigen sowohl die gierige Suche des Kapitals nach neuen Märkten als auch die bewußte Absicht eines kommunistischen Staates, die Marktwirtschaft mit ihren vielen Nebenerscheinungen zu akzeptieren.
> Gespräche mit offiziellen Wirtschaftsfachleuten in Belgrad zeigen deren feste Überzeugung, daß dieser Weg auch von anderen Ländern Osteuropas befolgt werden wird. (213) Für sie ist Jugoslawien ein Schrittmacher für den Osten und ein Schaufenster des westlichen Kapitals. Westliche Unternehmen, die hier operieren, werden außerordentliche Wettbewerbsvorteile besitzen, wenn sich anderswo in Osteuropa die Märkte öffnen werden.
> Das Gesetz wurde nicht ohne heftige Opposition derjenigen angenommen, die befürchten, daß westliches Kapital die Schlüsselbranchen der Wirtschaft beherrschen könnte. Um das zu verhüten, darf ausländisches Kapital nicht mehr als 49 % der Anteile in einem jugoslawischen Unternehmen betragen. Anfangs zögerten ausländi-

211 "Hoher Bankkredit für Belgrad", in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 7./8.März 1970.

212 Juschka, Alexander; a.a.O.

213 Dazu in bezug auf Ungarn Robert Geist, Abteilungsleiter im ungarischen Ministerium für Außenhandel: "Zum Glück mehrt sich ... die Zahl der Unternehmen in Westeuropa, die verstehen, daß hinter dem Begriff der grenzenüberschreitenden zwischenbetrieblichen Kooperation der echte Wille der ungarischen Behörden steht, sich organischer in den internationalen Warenverkehr einzuschalten. Man sucht Partner in der Produktion, um sich den Gegebenheiten, Wünschen und Qualitätsbedingungen der westeuropäischen Märkte besser anpassen zu können; das gilt gerade für die Produktion, weil damit ein echter Bedarf in der Zulieferung gedeckt werden kann und der ausländische Partner bei der exakten Durchführung seiner Wünsche direkt mitwirken kann." In: "Kooperation überspringt Grenzen", HANDELSBLATT, 2. April 1970, Ungarnbeilage, S. I.

sche Unternehmen mit den Investitionen, da sie befürchteten, daß eine Minderheitsbeteiligung ihnen keine direkte Kontrolle über ihre Investitionen sichern würde. In Seminaren, die hier für Geschäftsleute aus dem Westen abgehalten wurden, waren jugoslawische Beamte darum bemüht zu betonen, daß Wege gefunden werden können, um dies zu gewährleisten, indem man zum Beispiel den ausländischen Investoren die Kontrolle über die Produktionskosten ermöglicht." (214)

Dies nennen die Jugoslawen 'Partnerschaft' mit kapitalistischen Firmen. Die in diesem Zusammenhang weitreichende Bedeutung des Einkommengesetzes von 1968 wird durch das folgende ausführliche Zitat erläutert:

"Im Gegensatz zu früheren Regelungen gehen jetzt außer dem Wert der verkauften Waren und ausgeführten Dienstleistungen auch alle anderen von der Unternehmung erzielten Erträge in den Gesamtertrag ein wie z.B.: Einkünfte auf der Grundlage von Kooperationsverträgen; Darlehenszinsen bzw. Zinsen für Lieferungen auf Kredit; Zinsen für deponierte Mittel und aus Beteiligungen am Kreditfonds einer Bank; der Wert von Waren eigener Produktion und eigener Dienstleistungen, die für eigene Investitionen oder für andere Zwecke des Endverbrauchs bestimmt sind; der Wert von Waren und Dienstleistungen, die Dritten ohne Gegenleistung überlassen wurden, sowie Einkünfte, außer denjenigen, die nach besonderen Vorschriften in die Fonds eingebracht werden. Mit dieser Bestimmung ist die strikt ablehnende Haltung gegenüber dem 'arbeitslosen Einkommen' aufgegeben worden. Die außerordentlichen Erträge gingen nach der vorherigen Regelung nicht in den Gesamtertrag der Unternehmung ein und waren nicht Gegenstand der Einkommensverteilung. Sie flossen direkt den einzelnen Fonds zu ... Die Einbeziehung der Erträge aus Beteiligungen an anderen Firmen in den Gesamtertrag impliziert eine wesentliche Veränderung im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung. Der in Verfassung und Gesetzgebung verankerte Gedanke der 'Verteilung gemäß der Arbeit' wird durch diese Maßnahmen noch weiter abgeschwächt. Die Beteiligung der Arbeitskollektive an der Geschäftstüchtigkeit anderer Unternehmungen geht erstmalig über eine bloße Kreditgewährung mit vereinbartem Zins hinaus. Nach dem neuen Gesetz über die Mittel der Wirtschaftsorganisationen ist jetzt neben der Teilnahme am Gewinn auch eine Beteiligung der geldgebenden Unternehmung an der Geschäftsführung der kapitalaufnehmenden Unternehmung möglich. Diese Regelung entspringt nicht zuletzt dem Wunsch nach einer Ermunterung ausländischer Unternehmungen zu gemeinsamen Investitionen mit jugoslawischen Betrieben. Im Gegensatz zu den älteren Vorschriften, die bei Arbeiterrat und Verwaltungsausschuß alle grundsätzlichen unternehmerischen Entscheidungen konzentrierten, sieht der durch Gesetz vom 12.1.1967 (...) eingefügte neue Abschnitt 7 (Art. 63-64p) des Gesetzes die Bildung eines sogenannten Geschäftsausschusses (...) vor, auf den durch den Kooperationsvertrag bestimmte Funktionen des Arbeiterrates und des Verwaltungsausschusses übertragen werden können. In diesem Geschäftsausschuß können auch die Vertreter des Managements der kooperierenden ausländischen Firmen sitzen...", (215)

was schon praktiziert wird. Und die "Rote Bourgeoisie", die selbst in diesen Geschäftsausschüssen sitzt, reicht ihnen die Hand.

Bis Oktober 1969 hatte aber das Kapital vorsichtig mit einer Beteiligung von nur 43 Mio Dollar reagiert. (216) Die Gewißheit mußte bestehen, daß die jugoslawische Arbeiterklasse nicht doch einmal 'dogmatisch' werden und so etwas wie 'Verstaatlichung' einleiten würde. Um die Sicherheit des Kapitals zu erhöhen, haben sich die 33 (!) stärksten Geldinstitute der kapitalistischen Welt (217) mit 12 jugoslawischen Geldinstituten zur 'International Finance Corporation' zusammengefunden. Der Direktor ist ein früherer Angestellter des State Department. Die 'Corporation' wird jetzt die privaten Unternehmen kreditieren können. Vor allem werden die ausländischen 'Partner' ein Druckmittel par excellence haben – oder möchten die Jugoslawen gegen die geballte Faust der ganzen westlichen Finanzwelt aufstehen? Auch die für das Auslandskapital lästige 49 %ige Minderheitsbeteiligung wird zur Zeit vom jugoslawischen Parlament beseitigt; die ausländischen 'Partner' dürfen dann über 50 % eines Unternehmens besitzen, selbstverständlich "when it would be in the interest of a specific branch of the economy". (218)

214 New York Times, 19.8.68, Korrespondentenbericht aus Belgrad nach Sweezy, P.M., ROTBUCH; a.a.O., S. 105 f.

215 Leman, G.: "Neue Entwicklungen im jugoslawischen System der Einkommensverteilung", in: OSTEUROPA WIRTSCHAFT, H. 4, 1969, S. 269 f. (Hervorhebung v.d.Verf.).

216 NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, 16. Okt. 1969.

217 8 aus Italien, 5 aus der BRD, 6 aus Frankreich, 4 aus den USA, 3 aus England, 3 aus Japan, 2 aus Österreich, 1 aus der Schweiz, 1 aus Schweden.

Die vielen verschiedenartigen 'Partnerschaftsverträge' zwischen kapitalistischen und jugoslawischen Firmen mehren sich täglich. In der nahen Zukunft wird fast jeder wichtige westdeutsche Konzern Vertreter in Geschäftsausschüssen in Jugoslawien haben. Nach Angaben der Jugoslawen ist es das Ziel der Kooperationsverträge, moderne Technologie aus kapitalistischen Ländern einzuführen. Dies ist in der Tat eine Bankrotterklärung an das eigene System der 'sozialistischen Marktwirtschaft' und zugleich eine Absage an die schöpferische Initiative der Massen, die unter sozialistischen Bedingungen selbst die Industrialisierung des Landes vorantreiben könnten. Jedoch werden unter den Jugoslawen Beschwerden laut, daß die westlichen Firmen nicht die fortschrittlichste Technologie importieren. Sicher wird aber erreicht, daß die spärlichen Ansätze zu einem sozialistischen Bewußtsein der Arbeiter durch die Betonung der kapitalistischen Errungenschaften in der Technologie noch weiter abgeschwächt werden. Zur Zeit bestehen noch gewisse Beschränkungen in bezug auf den Gewinntransfer ins Ausland, aber auch hier kann auf eine dem Kapital günstige Entscheidung gerechnet werden: "Es besteht nur die Schwierigkeit wegen des Gewinntransfers, aber das ist ein Problem einer späteren Phase," (219) denn die großen Investitionen werden erst jetzt durchgeführt. Die Gewinntransfers werden das ohnehin schon vorhandene Zahlungsbilanzdefizit langfristig noch vergrößern.

Für die ASV legt die 'Partnerschaft' in Form der Geschäftsausschüsse ihre schon längst vorhandene Bedeutungslosigkeit offen. "Man begnügt sich auf jugoslawischer Seite (gegenüber den kapitalistischen Investoren) mit der Feststellung, daß die Kompetenzen des Arbeiterrates während des Geschäftsjahres auf ein Minimum beschränkt werden können." (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, 22.12.1968)

Aber das ausländische Kapital ändert nicht nur die Produktionsverhältnisse, sondern muß die Totalität der Gesellschaft nach seinem Bild gestalten, um selbst weiter zu gedeihen. Das heißt, der jugoslawische Staat, Erziehung, Wissenschaft, Publikationsorgane, Kultur etc. werden früher oder später über den von den 'Kommunisten' selbst schon angetretenen 'Dritten Weg' im Sumpf des vollendeten kapitalistischen Überbaus enden, um den sich entwickelnden kapitalistischen Unterbau zu ergänzen. Es ist zu betonen, das der BKJ die ersten Schritte auf dem Weg zum Kapitalismus schon längst eigenständig und erfolgreich bewältigt hat. Lassen wir die Jugoslawen selbst sprechen: Der von uns mehrfach zitierte E. Kardelj, früherer Außenminister, persönlicher Freund Titos, 'Liberaler', Mitglied des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, schildert – eingerahmt von marxistischen Sätzen – die neue Theorie der 'Partnerschaft':

"... es ist offensichtlich, daß die Zirkulation des Weltkapitals in der Zukunft kontinuierlich zunehmen und in einem beträchtlichen Ausmaß als einigender Faktor in der Welt wirken wird." (220)

218 Bank for International Settlements, PRESS REVIEW, 27.1.1970, Basel.

219 Agnelli, Generaldirektor der Fiatwerke in der BORBA, 8.5.1969, Nr. 124, S. 5, zit.n. PRESSESCHAU OST WIRTSCHAFT, H. 5, Jg. 7, 1969, S. 17.

220 Kardelj, Edvard: "Linkung Science and Education with Social Labour", in: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, Belgrad 1969, No. 35, S. 14 (Hervorhebung und Übers.v.d.Verf.).

Auf Grund der 'Herausforderung' Europas durch die USA und der Ungleichheit zwischen unterentwickelten Ländern empfiehlt er:

> "... dies ist nicht so sehr das Problem des Einholens und Überholens (der USA - die Verf.) –, ... Diese Theorien erinnern mich an Stalin ... – sondern es ist das Problem, den richtigen Weg und die Mittel zu finden, um höhere Formen der Integration der Menschheit zu finden. Nur auf diese Weise kann die Lücke zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern und, wenn man so will, zwischen Amerika und Europa historisch überbrückt werden." (221)

Dahinter steckt der Gedanke, die antagonistischen Verhältnisse, die das Kapital erzeugte, mit Hilfe des Kapitals zu verdecken, Unterdrückte und Unterdrücker, Ausgebeutete und Ausbeuter zu versöhnen. Dies im Namen des Marxismus zu propagieren (die Jugoslawen haben in ihren theoretischen Äußerungen kaum Notiz von Lenin genommen) ist tausendfach massenwirksamer als die üblichen Plattheiten eines bürgerlichen Schwätzers.

In bezug auf das Verhältnis DDR-BRD äußert sich Kardelj folgendermaßen, nachdem er für die Anerkennung der DDR durch die BRD plädierte:

> "Die Kooperation, Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten können nur im Laufe eines langwierigen Prozesses begleitet von sozialen und politischen Veränderungen in beiden Teilen Deutschlands, von Verhandlung und allmählicher Erweiterung gegenseitiger Zusammenarbeit erreicht werden." (222)

Aus welcher Grundlage diese Vereinigung stattfinden soll, erwähnt er nicht. Beim Erfurter Treffen wurde die SED in bezug auf die Anerkennungsfrage sogar wegen ihres 'Dogmatismus' und ihrer kompromißlosen Haltung von den jugoslawischen Kommunisten kritisiert und Brandt für seine Aufgeschlossenheit gelobt. Diese Haltung wurde von Schiller schon vorher honoriert!

> "Indessen stelle das von ihr befürwortete wirtschaftliche Entgegenkommen gegenüber Jugoslawien einen Dank der Bundesrepublik Deutschland für das politische jugoslawische Entgegenkommen in der Frage der westdeutschen 'Ostpolitik' dar. Jugoslawien habe hier eine Art Pionierleistung vollzogen, 'um deretwillen wir unsere alten jugoslawischen Freunde nicht vergessen können'." (223)

Werner Holer schreibt in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG einen Artikel mit der Überschrift "Rogers und Tito auf Besichtigungsreise in Afrika – Wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, so geht es doch beiden um afrikanische Blockfreiheit". (224) Die Motive mögen unterschiedlich sein, die Wirkungen sind gleich; den unterentwickelten Ländern wird von den Jugoslawen suggeriert, daß es einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gebe, den die Jugoslawen beispielhaft vorangehen. Durch die Betonung der Blockfreiheit (225) hemmen die Jugoslawen die sozialistische Revolution in den unterentwickelten Ländern und sind zu einem trojanischen Pferd des Imperialismus geworden. Mögen die Anhänger der ASV, des jugoslawischen Modells, die Opfer der bürgerlichen Propaganda sind und humanitätsduselig Mitleid mit den armen Völkern der Welt empfinden, zur Kenntnis nehmen, daß Jugoslawien nicht nur ein neo-koloniales Opfer des Imperialismus ist, sondern "... die Rolle ... die der Bund der Kommunisten Jugoslawiens in der Welt spielt..., ...die Rolle eines Instruments des Imperialismus..." ist. (226)

---

221 Ebd., S. 10 und 13 (Hervorhebung und Übers.v.d.Verf.).

222 Kardelj, Edvard: "European Security", in: SOCIALIST THOUGHT AND PRACTICE, Belgrad 1969, No. 36, S. 6.

223 "Schiller kommt Jugoslawien aus politischen Gründen entgegen", in: HANDELSBLATT, 9.3.1970, S. 4.

224 SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 20.2.1970, S. 4 (Rogers: Außenminister der USA).

225 Nichts hindert den Bund der Kommunisten Jugoslawiens bei von ihm veranstalteten neutralen Konferenzen, wie z.B. 1969 in Belgrad, Beobachter Indonesiens! und Brasiliens! zu empfangen.

226 Castro, F.; a.a.O., S. 45.

Kritik des Aufsatzes "Jugoslawien auf dem dritten Weg – zum Kapitalismus" von Peter Costas, Elisabeth Stein und Jochen Schulz zur Wiesch

Im vorliegenden Aufsatz wird versucht, eine Einschätzung der jugoslawischen Entwicklung seit Ende des 2. Weltkriegs zu geben. Zum unmittelbaren Anlaß nehmen die Autoren die Rolle, die Jugoslawien in der bürgerlichen Propaganda spielt, nämlich als Modell für eine "fortschrittliche", "humane", "demokratische" Gesellschaft. Darüber hinaus stellt eine Analyse der jugoslawischen Entwicklung einen wesentlichen Beitrag dar in der Diskussion über die allgemeinen Probleme der Transformationsperiode, und die Autoren beanspruchen, eine "konkrete Analyse einer konkreten Situation" gegeben zu haben. Es ist zunächst zu prüfen, ob sie diesen Anspruch einlösen und inwieweit ihre Einschätzung der Entwicklung als Resultat aus der Analyse folgt.

Nach Ansicht der Autoren bestimmte der Ausschluß aus dem Kominform 1948 wesentlich die weitere Entwicklung Jugoslawiens. Die angegebenen Gründe für den Ausschluß zeigen, daß dessen Ursachen in der Auffassung der K P J über den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft lagen. Sie äußerte sich in einer Politik, die das Kominform als revisionistisch bezeichnete. Der Bruch ist demnach nur der an der Oberfläche erscheinende Höhepunkt einer vorausgegangenen Entwicklung. Eine konkrete Analyse hätte hier nach den Gründen für die abweichende Auffassung der KPJ zu fragen, statt lediglich den Bruch selbst als eine Ursache für die Besonderheit der jugoslawischen Entwicklung auszugeben.

Bei der Behandlung der "Roten Bourgeoisie" greifen die Autoren wieder auf den Bruch mit dem Kominform zurück. Sie unterstellen, die KPJ sei nicht von vornherein bürgerlich. Erst der Ausschluß vieler Parteimitglieder als Folge des Bruchs habe die Herrschaft einer kleinbürgerlichen Fraktion innerhalb der Partei ermöglicht. Die Frage nach den Machtverhältnissen in der KPJ wird beantwortet mit einem Hinweis auf ein historisches Ereignis. Welche Umstände den Ausschluß "der besten proletarischen Kader der Partei" (35) ermöglichten, wird hier ebensowenig geklärt wie im ersten Fall die Ursache für die spezifische Politik der KPJ bis 1948.

Die Unzulänglichkeit der Analyse zeigt sich erneut bei der "theoretischen Begründung des dritten Wegs" und ihrer Kritik. Es bleibt ungeklärt, ob und inwieweit die in Teil 1.2 genannten "Widersprüche", die die Ausgangssituation Jugoslawiens kennzeichneten, in das theoretische Konzept der jugoslawischen Kommunisten für die Transformationsperiode eingingen. Statt nun zu fragen, ob die in der Theorie vorbestimmte Politik geeignet war, die konkreten Schwierigkeiten im Hinblick auf das Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zu überwinden, konfrontieren sie sie mit allgemeinen Forderungen und Lenin-Zitaten und leiten daraus ihre Kritik ab. Die konkreten Auswirkungen der Politik der KPJ, in Teil 1.5 angedeutet, – im folgenden verkümmert die "Analyse" zu einer Beschreibung ihrer historischen Entwicklung – werden nicht mehr zurückbezogen auf die Ausgangsposition. Eine objektive Einschätzung der realen Tendenzen in bezug auf die Transformation der jugoslawischen Verhältnisse in eine sozialistische Gesellschaft ist so nicht möglich.

Diese Unvermitteltheit zwischen konkreter Situation und abstrakt-allgemeiner Forderung an eine Transformationsperiode, welche die "Kritik" der Autoren am jugoslawischen Weg kennzeichnet, demonstrieren sie schlagend bei der Behandlung der Ursachen für die Abkehr vom Plan. Sie zählen konkrete objektive Schwierigkeiten auf, die sich der Planung der gesellschaftlichen Produktion entgegenstellten. Statt nun aber die Abkehr vom Plan im Zusammenhang mit diesen Schwierigkeiten zu beurteilen und dabei die vom sozialistischen Standpunkt aus unerwünschten Folgen dieser politischen Entscheidung miteinzu-

beziehen, erklären die Autoren unverbindlich, sie seien "allerdings weit davon entfernt, die Schlußfolgerung der jugoslawischen Kommunisten als zwingend notwendig anzuerkennen."
Ihrem Unverständnis gegenüber den Problemen der Transformation einer konkreten Gesellschaft entsprechen die diffusen und zusammenhanglosen Vorstellungen von dem, was allgemein konstitutiv für eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu sein hat. Sie begreifen weder den Stellenwert des Staatsapparates beim Aufbau des Sozialismus noch die Funktion des Plans. Bei der planmäßigen Transformation der Gesellschaft bedient sich das Proletariat des Staatsapparats als Instrument, um die kleinbürgerlichen Elemente niederzuhalten, soweit sie sich in Gegensatz stellen zum Proletariat und den Aufbau des Sozialismus zu sabotieren versuchen. Mit der Überwindung der Klassengegensätze werden sowohl Justiz als auch Exekutive und Legislative, die Gewalten des bürgerlichen Staats, überflüssig. Das schließt aber keineswegs die Abkehr von der zentralen Planung ein. Der Staat ist also nur Mittel für die Erreichung eines bestimmten Zwecks. Als solches ist er unbrauchbar, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, unter denen er erst Mittel wird, d.h. konkret, wenn nicht die proletarischen Kader zur Verfügung stehen, die zur Handhabung dieses Mittels notwendig sind. Zum andern muß der beabsichtigte Zweck im Verhältnis zu den vom Standpunkt des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft unerwünschten Nebeneffekten gesehen werden. Dies Verhältnis ist bestimmt entsprechend den historisch konkreten Bedingungen. Der Verzicht auf den Staatsapparat als Instrument kann nicht als Verzicht auf den Sozialismus als Ziel interpretiert werden.
Bei der Bestimmung der Funktion des Plans formulieren sie Vorstellungen vom wesentlichen Gehalt des Sozialismus, wobei sie völlig problemlos von den verschiedenen Entwicklungsstufen des Transformationsprozesses abstrahieren. Dies ergibt eine wirklich nur als falsch einzuschätzende Charakterisierung der Planung (Lücken im Plan seien unvermeidlich; das Spezifische am Plan im Sozialismus reduziert sich der Verwendung des Plans im Kapitalismus gegenüber auf eine kürzere Reaktionszeit), was aber wohl nur Ausdruck dessen ist, daß die Autoren im System einer im Zusammenhang von Ausgangssituation und Zielvorstellung bestimmt entwickelten Transformation den Stellenwert der Planung nicht herzuleiten vermögen.
Zwar führen die Autoren einzelne unvermittelte Postulate an einen derartigen Transformationsprozeß an, sind aber offensichtlich nicht in der Lage, die Abschaffung der vormals herrschenden Verhältnisse im einzelnen vermittelt zu entwickeln.
Dies hätten die Autoren wohl nur erreichen können, wenn sie die allgemeinen und besonderen Bedingungen der Transformation zum Sozialismus in Jugoslawien zunächst analytisch getrennt herausgearbeitet hätten. Denn obwohl sie die besonderen Schwierigkeiten Jugoslawiens einbeziehen, geht ihnen letztlich auf Grund der fehlenden Einsicht in die allgemeinen Verhältnisse der wesentliche Zusammenhang verloren.
Dieser muß nämlich die Entwicklung des Sozialismus aus der bestimmten Negation der Grundelemente der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herleiten, was bedeutet aufzuzeigen, wie im Laufe des Transformationsprozesses nach der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln der Warencharakter der Produkte und die daraus entspringenden gesellschaftlichen Verhältnisse aufgehoben werden können. Dies ist nur möglich, wenn die Arbeit als unmittelbar gesellschaftliche verausgabt wird. Nur wenn durch die Vermittlung des Plans das Produkt von vornherein als Gebrauchswert zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse gesetzt wird und die verausgabte Arbeit in ihrem unmittelbaren Maß der Arbeitszeit gemessen werden kann, wird der Markt als Realisierungsinstanz und die aus der Ware resultierende Verschleierung der gesellschaftlichen Beziehungen mit dem Warencharakter selbst aufgehoben.
Nur eine durch den Plan vermittelte bewußte Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses schafft eine rationale Basis für die zu errichtende Gesellschaft, läßt die gesellschaftliche Struktur für j e d e n erkennbar werden. Damit verschwinden all die verschleiernden und mystifizierenden Tendenzen, was den Mitgliedern dieser Gesellschaft überhaupt erst ermöglicht, selber als bewußte Subjekte sich ihren gesellschaftlichen Zusammenhang zu unterwerfen.
Der Übergang zu der neuen Gesellschaftsformation des Sozialismus ist nun nicht per Dekret realisierbar, sondern an die erfolgte Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schließt sich ein Entwicklungsprozeß an, in dem die Voraussetzungen der neuen Gesellschaft, soweit nicht durch die alte selbst noch gesetzt, durch die politische Führung, d.h. durch die kommunistische Partei bewußt oder planmäßig zu schaffen sind.
Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat führt zwar zum gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und schafft damit die objektive Grundlage für den Aufbau des Sozialismus. Die hierbei entstehenden Schwierigkeiten ergeben sich aus der Entgegensetzung bestimmter Resultate der kapitalistischen Entwicklung, wie bürgerliches Bewußtsein der Individuen und geringer Grad der Gesellschaftlichkeit und Allgemeinheit der Arbeit, bzw. niedrigem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, zu den Zielen der Transformationsperiode.
Aus der Notwendigkeit, daß die kommunistische Partei auf Grund des bürgerlichen Bewußtseins der Massen weiterhin als Avantgarde fungiert, ergibt sich die Gefahr der Verselbständigung der politischen Führung, die, falls sie real wird, zu einer Parteidiktatur führt.
In der Komplexität der gesamtgesellschaftlichen Planung steckt eine zweite Möglichkeit der Verselbständigung. Während sich in der kapitalistischen Warenproduktion die Durchsetzung der Vergesellschaftung der Arbeit hinter dem Rücken der Produzenten vollzog, ergibt sich nun als Aufgabe die bewußte Vergesellschaftung der Arbeit durch den Plan. Entgleiten die Planungsinstanzen der Kontrolle der Produzenten, stellen sie sich als Bürokratie dar.
Obwohl durch die kapitalistische Entwicklung selber noch ein gewisser Grad der Vergesellschaftung der Arbeit und entsprechende Planungstechniken hervorgebracht worden sind, kann beim Aufbau des Sozialismus die Vergesellschaftung nur schrittweise mit der Weiterentwicklung der Planungstechniken erfolgen. Das hat zur Konsequenz ein teilweises Weiterbestehen der Warenkategorien als Mittel zur Orientierung der Produzenten auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit. Die besondere Aufgabe der kommunistischen Partei in der Übergangsperiode besteht nun darin, die Folgen der Anwendung bestimmter Funktionen des Wertgesetzes unter Kontrolle zu halten unter dem Apsekt seiner tendenziellen Aufhebung. Das schließt ein: erstens das sukzessive Zurückdrängen der Warenkategorien durch die Vervollkommnung der Planung, zweitens die Kompensation der negativen Implikationen ihrer Anwendung für die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins. – So liegt in der, in der materiellen Interessiertheit der Produzenten eingeschlossenen, Vereinzelung und damit Entpolitisierung eine dritte Möglichkeit der Verselbständigung der Politik.
Materielle Interessiertheit ist aber nicht nur Ursache für Atomisierung, sondern kann auch bloße Folge sein, da die beiden zuerst angeführten Gründe zur Verselbständigung der Politik ebenfalls ein durch Entpolitisierung vereinzeltes Bewußtsein zur Folge haben können, an das nur mit materiellen Hebeln anzusetzen ist.

So bedingen sich die beiden Hauptgefahren der Transformationsperiode – Verselbständigung der Politik und Außerkontrollegeraten des Wertgesetzes – wechselseitig. Aus der Notwendigkeit, zu verhindern, daß sie zur Wirklichkeit werden, ergibt sich ein neues Verhältnis von Politik und Ökonomie. Politik muß die Entwicklung der Gesellschaft bewußt gestalten, um die Produktionsverhältnisse in Richtung auf den weiteren Aufbau des Sozialismus lenken zu können. Aus dieser Aufgabe resultiert die besondere Rolle der kommu-

nistischen Partei – nicht weil es auf Grund der laufenden Organisationsdebatten modern ist. Gerät das Wertgesetz außer Kontrolle, kommt es trotz der formal revolutionierten Eigentumsverhältnisse zu einer schrittweisen Reetablierung einer auf ökonomischen Interessen beruhenden Klassengesellschaft, was eine Umkehrung des zunächst durch die Revolution gesetzten Verhältnisses von Politik und Ökonomie bedeutet. Durch die Verselbständigung der ökonomischen Basis verliert die Politik ihren bestimmenden Charakter und wird tendenziell zum bloßen Exekutor. –

Die bisher entwickelte allgemeine Problematik wird in ihrer konkreten Gestalt bestimmt durch die spezifischen Besonderheiten, die nur in diesem Zusammenhang einen Stellenwert gewinnen, während sie als solche bloße Einzelheiten sind. Sie entscheiden über die Etappen und Umwege, die die Entwicklung zum Sozialismus in einem konkreten Fall durchläuft.

Die oben skizzierten, von Ausgangssituation und Ziel der Transformation her bestimmten allgemeinen Bedingungen müssen die Richtung der Analyse einer Gesellschaft in der Transformationsperiode bestimmen. Die Besonderheiten der Ausgangssituation, die das Spezifische des Transformationsprozesses einer konkreten Gesellschaft ausmachen, wären in Beziehung zu setzen zu den allgemeinen Bedingungen, um zu klären, inwieweit der Transformationsprozeß durch sie notwendig modifiziert wird. Erst dann kann beurteilt werden, ob die Politik der KPJ trotz der durch Berücksichtigung der Besonderheiten bedingten Umwege die allgemeinen Prinzipien einer sozialistischen Gesellschaft planmäßig zu verwirklichen versuchte.

Die von den Verfassern aufgeführten Erscheinungen wie "Rote Bourgeoisie", Arbeiterselbstverwaltung, Einkommensdifferenzierung und Abhängigkeit vom Weltmarkt, die die jugoslawische Realität bezeichnen, müssen zurückgeführt werden auf das Zusammenwirken von allgemeinen und besonderen Schwierigkeiten des Aufbaus sowie des Versuchs ihrer Bewältigung durch die KPJ. Das Verhältnis der Partisanen zur kommunistischen Partei und deren Rückhalt bei den Massen muß analysiert werden, da es zusammen mit den Im Aufsatz isoliert angeführten "Widersprüchen" die jugoslawische Ausgangssituation bestimmte.

Erst von dieser Grundlage aus kann dann geprüft werden, wie weit die Gemeinsamkeiten zwischen Jugoslawien und den anderen osteuropäischen Volksdemokratien gehen, bzw. was das Spezifische des jugoslawischen Wegs ausmacht, wodurch gerade Jugoslawien einerseits zum "Lieblingskind der bürgerlichen Propaganda" (1) wird, andererseits zum Modell 'bei einigen Genossen'.

In allen europäischen Volksrepubliken ging mit der Abkehr vom zentralen Plan und der Dezentralisierung der Entscheidungen auf die Produktionseinheiten eine immer stärkere Betonung des Marktes als Allokationsprinzip und die Einführung des Prinzips der materiellen Interessiertheit als individueller und kollektiver Anreiz zur Produktion einher. Das hatte seine objektiven Ursachen darin, daß für den gegebenen Stand der gesellschaftlichen Arbeit die vorhandenen Planungsmethoden unzureichend waren. Die Maßnahmen führten zwar einerseits zur Entwicklung der Produktivkräfte, reproduzierten aber andererseits die ursprüngliche Schwierigkeit, die sich aus dem bürgerlichen Bewußtsein der Individuen ergab.

Entsprechend der verschiedenen konkreten Ausgangspositionen führten diese allgemeinen Maßnahmen zu unterschiedlichen Erscheinungen. Andererseits erforderten die spezifisch-nationalen Bedingungen besondere politische Entscheidungen.

Als Problem ergibt sich also, ob die spezifisch, historisch-konkrete Situation Jugoslawiens nach der Zerschlagung des kapitalistischen Staates oder die Eigenart der Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus, den Unterschied zwischen der Entwicklung Jugoslawiens und der anderen Volksrepubliken ausmacht. Den jugoslawischen Weg als Modell zu propagieren ist nur dann gerechtfertigt, wenn er durch besondere politische Maßnahmen bestimmt ist, die auf andere Länder übertragbar sind. Die Entwicklung Jugoslawiens im Verhältnis zu den anderen Volksdemokratien unterscheidet sich wesentlich durch die starke Integration Jugoslawiens in das Welthandelssystem, verursacht durch die Abkehr vom staatlichen Außenhandelsmonopol. Zu klären ist, ob die aus der Abkehr vom zentralen Plan und der Einführung des Prinzips der materiellen Interessiertheit zurück zum kapitalistischen System tendierenden Momente durch die Verflechtung mit dem Weltmarkt so sehr forciert werden, daß eine Rückentwicklung zum Kapitalismus unvermeidlich ist.

Entsprechend ihrer oberflächlichen Auffassung von der Transformationsperiode verkennen die Autoren die Bedeutung des Außenhandelsmonopols trotz einiger Verweise, die aber oberflächlich bleiben.

Die positive Funktion des Außenhandels beim Aufbau des Sozialismus, die sich aus dem relativen Vorsprung der kapitalistischen Länder in der technischen Entwicklung ergibt, und im Import von technischem Wissen und relativ hoch entwickelten Produktionsmitteln besteht, bleibt den Autoren verborgen. Es wäre zu untersuchen, inwieweit diese positive Funktion durch die Aufgabe des Außenhandelsmonopols notwendig in eine negative umschlägt, die Rückkehr zu einer Klassengesellschaft unvermeidbar macht, indem sie die Kontrolle des Wirkens des Wertgesetzes durch die politische Führung unmöglich macht und damit das der kapitalistischen Gesellschaft entsprechende Verhältnis von Ökonomie und Politik restauriert. Das Ergebnis könnte einen Anhaltspunkt liefern, weshalb Jugoslawien "Lieblingskind der bürgerlichen Propaganda" ist und evtl. die Position "einiger Genossen" gegenüber den Wirkungen der bürgerlichen Propaganda festigen.

Die oberflächliche und undifferenzierte Behandlung der jugoslawischen Entwicklung durch die Autoren liefert keinen Beitrag für die Auseinandersetzung mit den Propagandisten des jugoslawischen Wegs. Weder die 'Blockfreiheit' wird in Frage gestellt und als Ideologie entlarvt, noch werden die Gefahren aufgezeigt, die sich aus der Liberalisierung des Außenhandels für den Sozialismus ergeben.

Zum Problem der allgemeinen Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus und der Methoden der sozialistischen Länder diese zu überwinden, trägt der Aufsatz nichts bei. Die Oberflächlichkeit drückt sich besonders deutlich aus in dem ständig wechselnden Standpunkt der Kritik an der jugoslawischen Entwicklung. Mal wird sie mit Zitaten aus der Presse kapitalistischer Länder kritisiert, also an den Zuständen in den kapitalistischen Ländern gemessen, mal mit abstrakten Ideen vom 'wahren' Sozialismus konfrontiert. Es entsteht der Eindruck (siehe Teil 1.1, S. 5), die Autoren hätten die kapitalistische Tendenz in der jugoslawischen Entwicklung unterstellt und sähen ihre Aufgabe nur noch darin, Zitate zu sammeln und in subjektivistischer Manier Erscheinungen zu interpretieren, um ihre Ansicht "theoretisch zu untermauern" (1). Die "konkrete Analyse einer konkreten Situation" (1) entlarvt sich als bloße Beschreibung der historischen Entwicklung einiger oberflächlicher Phänomene. Darüber kann auch nicht die Verwendung unverständlicher Begriffe der Kapitalismuskritik hinwegtäuschen (z.B. "Entfremdung"), die höchstens die Orientierungslosigkeit der Autoren beim Leser reproduziert. Deisem ist nicht gedient durch das b l o ß e Resultat des Aufsatzes – die Behauptung des jugoslawischen Wegs als kapitalistischem. Erst die Herleitung dieses Ergebnisses kann dem Leser die allgemeine und spezifische Problematik der Übergangsperiode so begreifbar machen, daß ein konsequenter und gefestigter Standpunkt in der Revisionismusdebatte möglich ist.

Jochen Deiters Jürgen Huss Rüdiger Strehl

arbeiterbuch

Politische Buchhandlung 2 Hamburg 13
Grindelhof 45 Telefon 45 38 01
Kontaktadresse des S.A.L.Z. tägl. 10-18,30 Uhr Sa. bis 13 Uhr

Schriften des Marxismus-Leninismus Geschichte der Arbeiterbewegung Proletarische Revolution und Konterrevolution Kommunistische Presse Raubdrucke

außerdem:

MAO: eins teilt sich in zwei (bisher unveröffentlichtes Manuskript) ca. DM 6,--

LENIN: über die Presse ca. DM 10,--

SALZ SCHULUNGSMATERIAL

Elementarschulung 1 (Vermittlung der Grundbegriffe: Mehrwert - Ausbeutung, Berufsausbildungsgesetz) DM 1,--

Sonderschulung 2 (Zur Mitbestimmungsfrage) DM 1,--

Sonderschulung 3 (Vermögensbildung) DM 1,--

Intensivschulung 1 (Erkenntnistheorie - Konspekt zu Lohnarbeit und Kapital) DM 2,--

ARBEITERZEITUNG (für Werftbereich) DM 1,--

EINHEIT · KRITIK · EINHEIT

(Organ des S.A.L.Z.)
1 DM 1,--
2 (erscheint Ende Nov.) ca. DM 2,50

ALLEINVERTRIEB :
arbeiterbuch
Politische Buchhandlung GmbH
2 Hamburg 13, Grindelhof 45
Dresdner Bank 4 503 351
Telefon : 45 38 01

Wir können auf alle Schriften nur 20 % Rabatt gewähren.
■ Der Profit dient der unmittelbaren Unterstützung der Organisation SALZ

Hans-Dieter Heilmann, Bernd Rabehl

Die Legende von der 'Bolschewisierung' der KPD I

"Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen."
(Marx: DER 18. BRUMAIRE)

Die Veröffentlichung von Analysen oder Dokumenten über die Bolschewisierung der K.P.D. in der Weimarer Republik, die in letzter Zeit in der DDR und in der Bundesrepublik erschienen sind und die alle durch den Zeitpunkt ihres Erscheinens in einem direkten oder indirekten Zusammenhang zur Organisierungsdebatte und den ersten Organisationsversuchen der radikaldemokratischen und sozialistischen Opposition der Bundesrepublik stehen, sind Anlaß dieser kritischen Darstellung der "Bolschewisierung". (1)

Um das dialektische Verhältnis von marxistischer Theorie, konkreter Untersuchung der konkreten Situation, Klassenkampfstrategie, Taktik und Organisation der Arbeiterklasse zu bestimmen, um den "neuen" Parteityp der bolschewistischen Organisation als Ausdruck dieses konkreten Verhältnisses von Theorie und Praxis abzuleiten, müssen wir eingehen auf die Anwendung der Marxschen Methode der Analyse durch Lenin auf die konkrete Situation Rußlands. Inwieweit die kommunistische Partei Deutschlands dieses Leninsche Prinzip der Analyse und der Strategiebestimmung übernahm, d.h. sich zu einer bolschewistischen Partei in Deutschland verwandelte, ist dann Gegenstand einer konkreten empirischen Untersuchung der Strategie und Taktik der KPD in der Phase der Bolschewisierung.

1 Hermann Weber: DIE WANDLUNG DES DEUTSCHEN KOMMUNISMUS. DIE STALINISIERUNG DER KPD IN DER WEIMARER REPUBLIK, 2 Bde. Frankfurt 1969; H.J. Fieber: DER KAMPF UM DIE HERAUSBILDUNG DES MARXISTISCH-LENINISTISCHEN ZENTRALKOMITEES DER KPD IN DER ZEIT VOM FRÜHJAHR 1925 BIS ZUR PARTEIKONFERENZ DER KPD AM 31. OKTOBER/ 1. NOVEMBER 1925, Dissertation Parteihochschule Karl Marx, Berlin 1969; Walter Klaws: "Das Ringen der KPD um Betriebsparteiorganisationen und der Anteil Walter Ulbrichts", BZG, 1968, H. 3, S. 493 ff: DIE BOLSCHEWISIERUNG DER KPD, 1. Teil, Schriftenreihe der KPD-Aufbauorganisation, Berlin 1970.

Während H. Weber, der ein umfangreiches Quellenwerk, das viele neue Aufschlüsse über die kommunistische Politik in dieser Zeit gibt, vorgelegt hat, das Dilemma der bürgerlich historischen Wissenschaft verdeutlicht, die den Prozeß der Bolschewisierung nur als ein organisationssoziologisches Phänomen der Verdrängung der Parteidemokratie durch die Apparatherrschaft deuten kann, ohne die ökonomischen und politischen Vermittlungen dieser Erscheinung in ihren historischen Abhängigkeiten und Tendenzen zu begreifen, besteht in einer Hinsicht zwischen den Veröffentlichungen aus der DDR und der Broschüre der Aufbauorganisation einer Kommunistischen Partei Deutschlands, Sitz Westberlin, eine erstaunliche Identität: Die Legende der K.P.D. in der Weimarer Republik wird fabriziert. Die Motive der Legendenbildung sind sicherlich unterschiedlich. Die DDR-Autoren wollen mit der Legende der Bolschewisierung und der Legende der richtigen Strategie, die die kommunistische Internationale befähigte, weisungsgebende Direktiven für die kommunistische Weltbewegung auszugeben, beweisen, daß unter Ernst Thälmann ab 1925 die leninistische Partei entstand, an deren Aufbau Walter Ulbricht entscheidenden Anteil hatte. Die Thälmann-Tradition wird als die Grundlage der proletarischen Politik der DDR verstanden. Die Verbundenheit der DDR zur Sowjetunion und die Bedeutung der Sowjetunion im internationalen Klassenkampf ist die wichtigste Lehre, die die DDR-Historiker aus der Rolle der Kommunistischen Internationale vor dem II. Weltkrieg ziehen. Daß ab 1928 in der Klassenkampftaktik, in der Einheitsfront- und der Bündnispolitik im Kampf gegen den Faschismus Fehler gemacht wurden, wird zwar eingestanden, (2) aber die Ursachen dieser verhängnisvollen Fehler werden weder aus der falschen Einschätzung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei, noch aus der Unfähigkeit der Kommunisten, die Massenkämpfe zu führen oder sich in den proletarischen Zentren des Klassenkampfes und des Widerstandes gegen den Faschismus organisatorisch zu "verankern", abgeleitet. Weshalb die Aufbauorganisation zu einer ähnlichen Legendenbildung kommt, ist nur zu verstehen aus ihrem theoretischen und organisatorischen Versuch, eine historische Identität zu gewinnen. Diese Intellektuellenorganisation leitet dadurch ihre Aufgaben und Ziele aus der Tradition der Arbeiterbewegung ab, sie tritt die Erbschaft der KPD an und erhält auf diese Weise die Fassade einer Arbeiterpartei. Sowohl die Herausgabe der Broschüre, die Auswahl der Texte als auch das Nachwort weisen auf diesen Anspruch hin.

Die marxistisch leninistischen Kräfte innerhalb der KPD hatten nicht genügend Zeit, die Bolschewisierung der Partei zu verwirklichen, weshalb diese Partei auf die Ereignisse ab 1929 nur noch reagieren und keine klare Klassenpolitik einleiten konnte; das ist das vorläufige Ergebnis der AO-Untersuchung. Die grundlegenden Fehler der kommunistischen Klassenkampfbewegung in der Weimarer Republik aufzudecken kann doch für die Sozialisten der Bundesrepublik nur bedeuten, das Verhältnis von Klassenanalyse, Klassenkampf und Organisationsaufbau richtig zu lösen, um Legendenbildung, Dogmatisierung und Ideologisierung der politischen Bewegung zu vermeiden. Denn schon in der Gegenwart verhindert der "Konservatismus" in einzelnen Fraktionen der "linken Opposition", der sich in hemmungsloser, revolutionär anmutender Phraseologie und dümmlichem Dogmatismus ausdrückt, die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit, weshalb keine sozialistische Politik im Überbau und den Universitäten und erst recht nicht in den Betrieben durchzuführen ist. Die objektive Funktion dieser Sekten ist die Abschreckung revolutionärer Arbeiter vor der revolutionären Organisierung, die zu ihrer Hinwendung zu revisionistischen oder sozialdemokratischen Organisationen führt und die Spaltung der sozialistischen Opposition, die unfähig wird, einheitliche Propaganda und Aktionen durchzuhalten.

2 GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Berlin 1966, Bd. IX S. 106 ff.; eine genaue Kritik dieser angegebenen Schriften erfolgt zum Schluß dieser Darstellung der "Bolschewisierung", weil dann leichter die analytischen Mängel dieser Untersuchungen angegeben werden können.

I Die Leninsche Methode der Klassenanalyse

Um das dialektische Verhältnis von Klassenanalyse, Klassenkampfstrategie und Organisationsaufbau bei Lenin zu erklären, müssen wir kurz eingehen auf die Leninsche Methode der Anwendung der Marxschen Kategorien auf die russische Wirklichkeit. In einer Marx gewidmeten Abhandlung für ein Lexikon interpretierte Lenin den Begriff der gesellschaftlichen Entwicklung, der Durchsetzung und erweiterten Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise. In der Abstraktion stellte Marx die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise als eine sprunghafte, spiralenförmige mit Katastrophen verbundene revolutionäre Entwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse dar. Das plötzliche Abbrechen einer gradlinien Evolution der Durchsetzung der Kooperation oder der großen Industrie, das Umschlagen von Quantität in Qualität, das Aufbrechen der gesellschaftlichen Widersprüche, die gegenseitige Abhängigkeit und der unzertrennliche Zusammenhang aller gesellschaftlicher Erscheinungen wurde von diesem einheitlichen Prozeß der Durchsetzung des Wertgesetzes, der Akkumulation des Kapitals bestimmt. (3) Die Untersuchung der konkreten gesellschaftlichen Erscheinungen war der Auftrag der Marxschen Theorie von der Akkumulation, der erweiterten Reproduktion und des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion an den revolutionären Theoretikern. Indem die Marxsche Theorie kategorial auf den verschiedenen Abstraktionsstufen, die sich mit der Darstellung des kapitalistischen Gesamtprozesses der Produktion der Konkretion nähert, die verschiedenen Etappen der Durchsetzung dieser kapitalistischen Produktionsweise logisch in allen ihren Zusammenhängen untersucht, eröffnet sie den Zugang zur konkreten Widerspruchsebene dieser Produktion in einer konkreten Gesellschaft. Die Existenzweisen des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, technischen Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen reproduzierten sich auf jeder Entwicklungsstufe des Kapitalismus neu und gaben die Etappe des Klassenkampfes an:

> "Auf jeder Entwicklungsstufe, in jedem Moment muß die Taktik des Proletariats diese objektiv, unvermeidliche Dialektik der menschlichen Geschichte berücksichtigen, indem sie einerseits die Epochen der politischen Stagnation oder der schneckenhaft, langsamen, sogenannten 'friedlichen' Entwicklung ausnutzt, um das Bewußtsein, die Kraft und Kampffähigkeit der fortgeschrittenen Klasse zu entwickeln, und indem sie anderseits diese ganze Arbeit auf das 'Endziel' der Bewegung der betreffenden Klasse ausrichtet und darauf einstellt, diese Klasse zur praktischen Lösung der großen Aufgaben in den großen Tagen zu befähigen, 'worin sich 20 Jahre zusammenfassen'." (4)

Die Beschäftigung mit der Hegelschen "Wissenschaft der Logik", ermöglichte es Lenin, das Verständnis von abstrakter Theorie, konkreter Untersuchung und Klassenkampfstrategie noch einmal zu überdenken. In den unzähligen Randbemerkungen zur "Logik" unterstrich Lenin den Erkenntnisgehalt der marxistischen Wissenschaft, die als einzige Wissenschaft von der Gesellschaft fähig war, die Totalität der gesellschaftlichen Erscheinungen zu erfassen, die Tendenzen ihrer Bewegung für die revolutionäre Praxis anzugeben und die Richtigkeit oder den Mangel und die Fehler einer Klassenkampfbewegung aufzuzeigen, die Ideologisierung dieser Bewegung zu reflektieren. Über diesen Erkenntnisgehalt der dialektischen Theorie schrieb er: "Die Abstraktion der Materie, des Naturgesetzes, die Abstraktion des Werts usw., mit einem Wort alle wissenschaftlichen Abstraktionen spiegeln die Natur tiefer, getreuer, vollständiger wider. Vom lebendigen Anschauen zum abstrakten Denken und von diesem zur Praxis – das ist der dialektische Weg der Er-

3 W.I. Lenin: "Karl Marx, kurzer biografischer Abriss mit einer Darlegung des Marxismus", WERKE, Bd. 21, Berlin 1968, S. 42/43.

4 ebda., S. 64.

kenntnis der Wahrheit, der Erkenntnis der objektiven Realität." (5) In der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie hatte Marx die Methode der Analyse des Kapitalismus dargestellt; die konkrete Anwendung dieser Methode war Grundlage und Ziel der marxistischen Wissenschaft. (6) In dieser Hinsicht unterschied sich Lenin, sowohl von Plechanov, den legalen Marxisten als auch den Ökonomisten. Nicht abstrakte Tendenzen oder konkretistische isolierte Einzelheiten in irgendwelchen Betrieben interessierten ihn, sondern die konkreten Widersprüche in der Gesellschaft und die verschiedenen Elemente der Klassenkampfbewegung. Plechanov hatte in den Schriften "Sozialismus und politischer Kampf' und "unsere Differenzen", die den Marxismus als Theorie der Gesellschaft unter der russischen Intelligentsia populär machten, den Terror und die Volkstümlerei der Narodniki, die vom besonderen Weg Rußlands zum Sozialismus und von der gesellschaftlichen Kraft des russischen Bauern schwärmten, als Intelligenzideologie abgelehnt und auf die ökonomische Lage und Tendenz der Entwicklung in Rußland hingewiesen. Der politische Kampf der Klassen und nicht der Terror der Intelligenz, die sich einbildet Subjekt der Geschichte, Arbeiter und Bauern in einer Person zu sein, würde nach Plechanov die Zukunft Rußlands bestimmen. Lenin, der ab 1894 in dem marxistischen Zirkel "Befreiung der Arbeit", die spontanen Streiks der Petersburger Arbeiter beobachtete und an der Schulung und Organisation der bewußtesten Teile der Arbeiterklasse teilnahm, begnügte sich nicht damit, die abstrakten Thesen Plechanovs zu wiederholen oder aus der unmittelbaren Erfahrung der Betriebsagitation eine Klassenanalyse aufstellen zu wollen, die russische Wirklichkeit vom Niveau eines Petersburger Arbeitervororts zu beurteilen, sondern er sammelte empirisches und statistisches Material über die Entwicklung des russischen Kapitalismus, um dieses zu einer einheitlichen Theorie zu verarbeiten und dann die konkrete Strategie und Taktik der Klassenkampfbewegung abzuleiten. (7) Durch diese Vorgehensweise konnte er den legalen Marxismus als liberale Ideologie, als bürgerliches Wissenschaftsmodell der Industrialisierung entlarven, weil diese Wissenschaft allein aus den Tendenzen der großen Industrie die historische Mission des Kapitalismus für Rußland herausstellte, ohne auf die Widersprüche und die Klassenkämpfe einzugehen. Mit Marxzitaten auf den Lippen traten sie für eine Liberalisierung des Zarismus und für die soziale Evolution ein. (8) Die Anwendung der Marxschen Theorie konnte nach Lenin nur darin

5 W.I. Lenin: AUS DEM PHILOSOPHISCHEN NACHLASS, Exzerpte und Randglossen, Berlin 1961, S. 89.

6 "Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Manigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist. (...) Hegel geriet daher auf die Illusion als Resultat des in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden und aus sich selbst sich bewegenden Denken zu fassen, während die Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst." (Karl Marx): GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, Einleitung, S 21/22; siehe dazu Henryk Grossmann: "Die Wert-Preistransformation bei Marx und das Krisenproblem", ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALFORSCHUNG, Frankfurt 1932, S. 55 ff.; W.S. Wygodski: DIE GESCHICHTE EINER GROSSEN ENTDECKUNG, Berlin 1967, S. 39 ff.

7 W.I. Lenin: "Neue wirtschaftliche Vorgänge im bäuerlichen Leben und Zur sogenannten Frage der Märkte", WERKE, Bd. 1, Berlin 1965.

8 Peter v. Struve: "Die Arbeiterbewegung in Rußland", CENTRALBLATT FÜR SOCIALPOLITIK, 1892; Bulgakov: ZUR FRAGE DER MÄRKTE IN DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE, Moskva 1897; Tugan-Baranovskij: STUDIEN ZUR THEORIE UND GESCHICHTE DER HANDELSKRISEN IN ENGLAND, Moskva 1894, ders.: GESCHICHTE DER RUSSISCHEN FABRIK, Moskva ca. 1895.

bestehen "unter Ausnutzung der erarbeiteten Mittel der materialistischen Methode und der theoretischen politischen Ökonomie die russischen Produktionsverhältnisse und ihre Entwicklung zu untersuchen." (9) Gesellschaftliche Entwicklung war geprägt durch die Entwicklung der Klassenkämpfe.

> "Wenn der Objektivist die Notwendigkeit einer gegebenen Reihe von Tatsachen nachweist, so läuft er stets Gefahr, auf den Standpunkt eines Apologeten dieser Tatsachen zu geraten; der Materialist enthüllt die Klassengegensätze und legt damit seinen Standpunkt fest. Der Objektivist spricht von 'unüberwindlichen geschichtlichen Tendenzen'; der Materialist spricht von der Klasse, die die gegebene Wirtschaftsordnung 'dirigiert' und dabei in diesen oder jenen Formen Gegenwirkungen der anderen Klassen hervorruft. Auf diese Weise ist der Materialist einerseits folgerichtiger als der Objektivist und führt seinen Objektivismus gründlicher, vollständiger durch. Er begnügt sich nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Prozesses, sondern erklärt, welche sozialökonomische Formation diesem Prozeß seinen Inhalt gibt, welche Klasse diese Notwendigkeit festlegt." (10)

In seiner Untersuchung der verschiedenen Entwicklungsstadien, Entwicklungsformen des Kapitalismus in Rußland und ihrer klassenspezifischen Zusammenhänge war Lenin der Marxschen Disposition der Darstellung der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise gefolgt. Dieses abstrakte Herangehen ermöglichte ihm die Systematisierung des empirischen Materials, die Aufdeckung des Klasseninhalts der verschiedenen Formen der Industrialisierung und die Beschreibung der Schranken der kapitalistischen Produktion in Rußland, die die Etappe des Klassenkampfes markierten und überhaupt erst die Strategiebestimmung dieses Kampfes ermöglichten, anzugeben. Die Marxsche Realisationstheorie, die Theorie der Grundrente, die Darstellung der Ökonomisierung des konstanten Kapitals und der ursprünglichen Akkumulation sind der methodische Ausgangspunkt der Analyse. (11)

Die Beschreibung der Durchsetzung des Wertgesetzes in der Landwirtschaft und damit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise diente dazu, den Beweis anzutreten, daß Rußland die kapitalistische Entwicklung nicht aussparen konnte und die russische Bauerngemeinde bereits in das Stadium der kapitalistischen Zersetzung getreten war und nicht die Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft sein konnte, wie die Narodniki behaupteten. Der staatlich sanktionierte Aufbau der Produktionsmittelindustrie nach dem modernsten Stand der Produktivkräfte und die Expropriierung der Bauern durch die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft und durch die staatliche Wirtschaftspolitik, die die Kosten dieser Industrialisierung fast vollständig den Bauern aufbürdete, (12) gab Lenin methodisch die Möglichkeit, die einzelnen Industriezweige in den Industriezentren und den Landregionen gesondert zu untersuchen. Das revolutionäre Industrieproletariat, dessen verschiedene Abteilungen von der großen Industrie, den Fabriken, Manufakturen der Kustarindustrie und den bäuerlichen Werkstätten 'produziert' wurden, fand im Landproletariat, in der armen Bauernschaft und in Teilen der Mittelbauernschaft einen natürlichen Bündnispartner. Dieses ländliche Proletariat würde sich der Revolution der Arbeiter anschließen, um gegen die Überreste des Zarismus und gegen die drückenden Ausbeutungsverhältnisse durch das Kapital zu kämpfen.

Die Disproportion zwischen der 'künstlich' aufgebauten Schwerindustrie, deren Kosten durch die Ausbeutung der Bauern und durch ausländische Kredite aufgebracht worden

9 W.I. Lenin: "Was sind die 'Volksfreunde' ...", WERKE, Bd. 1, S. 267.

10 Ders.: "Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung", WERKE, Bd. 1, S. 414.

11 Ders.: DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN RUSSLAND, WERKE, Bd. 3, Berlin 1963, S. 39 ff., S. 167 ff., S. 178 ff., S. 327.

12 P.I. Lyashchenko: HISTORY OF THE NATIONAL ECONOMY OF RUSSIA, New York 1949, S. 196 ff.

waren, und der sich nicht im gleichen Tempo entwickelnden Konsumindustrie, die die teueren, weit über dem Weltmarktpreis liegenden Produkte der Produktionsmittelindustrie nicht abnehmen konnte und die Konkurrenzfähigkeit der Schwerindustrie auf dem Weltmarkt, die noch lange nicht die Rentabilität und Arbeitsproduktivität der kapitalistischen Wirtschaft Englands, Frankreichs oder Deutschlands erreicht hatte, all das deutete auf eine lange Strukturkrise der russischen Wirtschaft hin. Die Überbevölkerung auf dem Lande, die wachsende Ausbeutung in den Fabriken, die Arbeitslosigkeit in den Städten waren Hinweise auf die Verschärfung der Klassenkämpfe, die den Keim der sozialen Revolution in sich trugen, gewannen diese Kämpfe Perspektiven der Umwälzung der Gesellschaft. (13) Mit Hilfe der Marxschen Theorie konnte Lenin herausarbeiten, daß die kommende Revolution dem ökonomischen Inhalt nach eine bürgerliche Revolution war, die die feudalen Formen der Produktionsverhältnisse hinwegsprengte, um die kapitalistische Entwicklung zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Der Form nach würde diese Revolution in den Industriezentren einen proletarischen Charakter annehmen und auf dem Lande als Volksrevolution, als Bauernkrieg gegen die Gutsbesitzer und gegen den zaristischen Staat in Erscheinung treten. Der Industriebourgeoisie, die in Rußland als Klasse äußerst schwach vertreten war, blieb nur übrig, den "preußischen" Weg einzuschlagen, d.h. Kompromisse mit dem absolutistischen Staat zu schließen. Diese Form-Inhalt-Dialektik der Revolution Rußlands mußte sich niederschlagen auf die Tendenz der Klassenkämpfe, auf das Verhältnis von Spontaneität und Organisation. Die Träger dieser Revolution, die Arbeiter und die armen Bauern, konnten die ökonomischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution nur erfüllen, leiteten sie in der Regierungsform der revolutionär demokratischen Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft die sozialistische Transformation der Gesellschaft ein. (14) Die Hungerrevolten der russischen Bauern ab 1890 wurden mit Beginn der russischen Stagnationskrise, 1895/96, durch die spontanen Streiks der Arbeiter abgelöst. Die Intellektuellenzirkel hatten nur geringen Einfluß auf diese Streiks, weil sie auch keine gesellschaftliche Perspektive des Klassenkampfes angeben konnten. Sehr schnell gingen sie darauf ein, Unterstützungskassen für die Arbeiter zu gründen und eine Taktik von Reformen auszuarbeiten, die, da sie in keinem Zusammenhang einer ökonomischen und politischen Etappenbestimmung standen, provinziell und ökonomistisch wurden. Diese Zirkel waren anfällig für die kuriosesten Dogmen und fanden schließlich im legalen Marxismus die richtige ideologische Interpretationsinstanz für ihre Handwerkelei. Lenin dagegen wertete die Erfahrungen der "Betriebspraxis" aus und stellte sie in den Zusammenhang der Klassenanalyse. Er konnte dadurch vermeiden, daß die unmittelbaren Erfahrungen bereits als Klassenanalyse ausgegeben wurden oder der Fehler des "Objektivismus" wiederholt wurde. "Die Theorie des Klassenkampfes, die materialistische Auffassung der russischen Geschichte und die materialistische Einschätzung der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Lage Rußlands, die Anerkennung dessen, daß der revolutionäre Kampf auf bestimmte Interessen einer bestimmten Klasse zurückgeführt und ihr Verhältnis zu den anderen Klassen analysiert werden muß..." (15), waren für Lenin die Garantie dafür, daß die revolutionäre Sozialdemokratie sich nicht von der Arbeiterklasse isolierte und sich den russischen Bedingungen entsprechend organisierte. Die Tendenz der Klassenkämpfe in Rußland stellte die Aufgabe, daß durch die theoretische Diskussion über eine Zeitung die Organisation aufgebaut wurde, die sich sehr schnell in den Betrieben "verankern" mußte, um Ausdruck der Klassenkampfbewegung zu werden und um den Einfluß der Intelligenz in dieser Organisation zurückzudrängen.

13 W.I. Lenin: DIE ENTWICKLUNG. ., Bd. 3, S. 47.

14 Ders.: ZWEI TAKTIKEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION, Werke Bd. 9, Berlin 1960, S. 44.

15 Ders.: "Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten", Werke Bd. 2, Berlin 1963, S. 346.

Die Diskussion über den Parteiaufbau zwischen 1900 und 1905 standen bei Lenin eindeutig im Zusammenhang der Klassenanalyse Rußlands. Deshalb drängte er darauf, eine Organisation von Berufsrevolutionären zu schaffen, um schnell die Partei in den Industriezentren aufzubauen, denn die Streiks hatten in Rußland Ausmaße erreicht, die eine Verzögerung der Gründung der revolutionären Partei nicht mehr erlaubten, zumal die Intellektuellenorganisationen der Sozialrevolutionäre und der Ökonomisten in die russischen Klassenkämpfe offene Verwirrung trugen. (16)
In einer späteren Einschätzung dieser Periode schrieb Lenin: "Daher ist es klar, daß es sich eigentlich um eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Iskristen und den Ökonomisten handelte, die das angriffen, was die Broschüre "Was tun" und die Programmentwürfe gemeinsam vertraten. Und ich dachte auch auf dem zweiten Parteitag nicht daran, speziell meine eigenen Formulierungen, die ich in "Was tun" gegeben hatte, für etwas "Programmatisches", besondere Prinzipien Darstellendes auszugeben. Im Gegenteil, ich wandte den später so oft zitierten Vergleich mit dem überspannten Bogen an. In "Was tun" wird der von den Ökonomisten überspannte Bogen wieder ausgerichtet, sage ich (...) und gerade weil wir die Verkrümmungen energisch wieder ausrichten, wird unser "Bogen" immer der straffste sein. Der Sinn dieser Worte ist klar: "Was tun" korrigiert polemisch den Ökonomismus, und es ist falsch, den Inhalt der Broschüre außerhalb dieser Aufgabe zu betrachten." (17) Lenin war vor 1905 überzeugt, daß die sozialistische Theorie und Klassenanalyse die Grundlage für die revolutionäre Organisation war und selbst jeglichen Dogmatismus und Sektiererei verhinderte. (18) Die innerparteiliche Diskussion über das Verhältnis von Organisation und Spontaneität, über die Taktik zu den Sowjets lehrten: Es mußte ein Organisationstypus geschaffen werden, der die Einheit der Gegensätze von Demokratie und Zentralisation darstellte. Die marxistische Klassenanalyse war das wichtigste Element, das es den Revolutionären ermöglichte, die Klassenkampfbewegung zu untersuchen und die eigene Rolle darin zu studieren. Die Theorie war die Grundlage der Kritik und Selbstkritik in der Partei. Aber weiter, in allen Organisationsteilen und Zellen mußte die Diskussion und die Kritik gewährleistet sein, um die Verbindung zu den Massenkämpfen nicht zu verlieren und um schnell eine falsche Taktik zu korrigieren. Der Zentralismus, die Einheitlichkeit der Aktion stand der innerparteilichen Demokratie formal gegenüber. Lenin versuchte diese Gegensätze zu lösen, indem er eine konkrete Etappenbestimmung vornahm, nach der auf den vorbereitenden Diskussionen für den Parteitag und auf dem Parteitag selbst und auf den Parteikonferenzen die Lage diskutiert, die Taktik der Partei und die Verantwortlichen dieser Taktik offen kritisiert werden konnten und durch demokratische Abstimmungen Konsequenzen gezogen wurden. Nach der Festlegung der neuen Etappe des Kampfes und seiner Taktik wurde die Partei zentral und diszipliniert geführt. Durch den "demokratischen Zentralismus" war die Partei in der Lage, auf jede neue Situation reagieren zu können und die Aufgaben der Partei den Anforderungen der Klassenkämpfe anzupassen. (19) Sie unterschied sich damit grundsätzlich von der sozialdemokratischen Organisation, die in dem Verhältnis von Zentrale und Wahlkreis oder Wohngebietszellen, ein historisches Niveau des Klassenkampfes, der parlamenta-

16 Ders.: WAS TUN? , Werke Bd. 5, Berlin 1959, "Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben", Bd. 6; siehe dazu B. Rabehl: "Zur Methode der revolutionären Realpolitik des Leninismus", in: "Lenin. Revolution und Politik", Frankfurt 1970, S. 106 ff.

17 W.I. Lenin: "Vorwort zum Sammelband 12 Jahre", Werke Bd. 13, Berlin 1963, S. 199.

18 Ders.: "Unser Programm", Bd. 4, Berlin 1960, S 205/6, siehe dazu B. Rabehl: "Zur Methode...", S. 85 ff.

19 W.I. Lenin: "Über die Reorganisation der Partei", Bd. 10, Berlin 1959, S. 16 ff.; "Die Grundlagen der Organisation der Partei", ebda., S. 136; B. Rabehl: "Zur Methode...", S. 112 ff.

rischen Demokratie, verewigte und sich auf diese Weise der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft anpaßte, zur Führungs- und Gefolgschaftspartei wurde, in der die Arbeitermitglieder durch die Satzung keinen Einfluß mehr auf die Politik hatten.

So war die bolschewistische Partei die organisatorische Vermittlung von Klassenanalyse und Klassenkampf. Das wird deutlich, wenn der Zusammenhang von Leninscher Imperialismustheorie und Klassenkampfstrategie untersucht wird.

Der Ausbruch des I. Weltkrieges veranlaßte Lenin, die Erscheinungsform des Imperialismus und des Finanzkapitals genauer zu analysieren. Dabei stützte er sich nicht nur auf die empirischen und theoretischen Arbeiten dieser Epoche, sondern die Darstellung des kapitalistischen Gesamtprozesses der Produktion, Bd. III des Marxschen Kapitals und vor allem das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate war die methodische Grundlage seiner "Imperialismustheorie". Ihm kam es darauf an, die Existenzweisen des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital in der Etappe des Imperialismus, zwischen der Tendenz der Ökonomisierung des konstanten Kapitals, der Intensivierung der Ausbeutung, des Bürokratismus und der Militärdiktatur, des Parasitismus und des Revisionsimus und der Tendenz des spontanen Widerstands der Arbeiter in der monopolisierten Großindustrie, die Tendenz des radikaldemokratischen und sozialistischen Kampfes herauszuarbeiten. Durch diese Vorgehensweise der Analyse der Erscheinungsformen des Imperialismus konnte er die politische Form der "sozialen Emanzipation" der Arbeiter erkennen und mit den Parolen der Bolschewiki unterstützen. In seiner Antwort an die "imperialistischen Ökonomisten", Bucharin und Pjatakov, die den Imperialismus als neue Qualität der gesellschaftlichen Entwicklung herausstellten, schrieb er:

> "Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die 'idealsten' demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen. (...) Der imperialistische Krieg ist sozusagen eine dreifache Negierung der Demokratie; a) jeder Krieg ersetzt die 'Rechte' durch Gewalt; b) der Imperialismus ist überhaupt die Negierung der Demokratie; c) der imperialistische Krieg gleicht die Republiken völlig den Monarchien an; aber das Erwachen und das Anwachsen der sozialistischen Erhebung gegen den Imperialismus sind untrennbar verbunden mit einem Anwachsen der demokratischen Abwehr und Empörung. Der Sozialismus führt zum Absterben jedes Staates, folglich auch jeder Demokratie, aber der Sozialismus ist nicht anders zu verwirklichen, als über die Diktatur des Proletariats, welche die Gewalt gegen die Bourgeoisie, d.h. gegen die Minderheit der Bevölkerung, mit der vollen Entfaltung der Demokratie vereinigte, d.h. der wirklich gleichberechtigten und wirklich allgemeinen Beteiligung der gesamten Bevölkerung an allen Staatsangelegenheiten und allen komplizierten Fragen der Liquidierung des Kapitalismus." (20)

Lenin konnte durch die Unterscheidung des Doppelcharakters der monopolkapitalistischen Produktion in der Epoche des Imperialismus wichtige Einsichten gewinnen für die revolutionäre Politik. So unterschied er im Gegensatz zu den sozialdemokratischen und ökonomistischen Analysen des Finanzkapitals oder des imperialistischen Raubstaates (21) in seiner Darstellung des Imperialismus als des höchsten Stadiums des Kapitalismus genau zwischen der Tendenz Zentralisation und Konzentration der Produktion und der Ver-

20 W.I. Lenin: "Antowrt an P. Kijevski", Bd. 23, Berlin 1968, S. 14 ff.

21 Rudolf Hilferding: DAS FINANZKAPITAL, Berlin 1910; N. Bucharin: IMPERIALISMUS UND WELTWIRTSCHAFT, 1916; Ders.: "Staatskapitalismus und sozialistische Revolution", STARTAK, Juni 1917, Moskva.

schärfung der Krisen, (22) zwischen der nationalen und internationalen Vertrustung und der gleichzeitig stattfindenden Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Gruppen (23), zwischen der staatsmonopolistischen Regulierung der Produktion in der Form der Finanz- und Investitionskontrolle, des staatlichen Interventionismus in der Kriegswirtschaft, d.h. der sporadischen Aufhebung des Wertgesetzes und dem Bürokratismus bzw. der Fäulnis dieses kapitalistischen Systems. (24) Diese kapitalistische Form der Produktion war in keiner Weise die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise; im Gegenteil, alle Widersprüche des kapitalistischen Produktionssystems wurden auf neuer Stufe reproduziert. (25)

Durch diese Aufzeichnung der widersprüchlichen Struktur der monopolkapitalistischen Ökonomik gewann Lenin in der Konkretisierung die Parolen für die revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse; Kampf gegen die Kriegsgefahr und dem Kriege, Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg, Unterstützung der radikaldemokratischen Forderungen der Arbeiter und Bauern durch die Partei der Bolschewiki, Unterstützung der spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse, Kampf gegen den Bürokratismus, dem Parasitismus, der "Vaterlandsverteidigung" des Revisionismus usw. (26)

Form und Tendenz der "Bolschewisierung" der westeuropäischen kommunistischen Parteien beschrieb Lenin auf dem III. Kominternkongreß, wenn er sich ausdrücklich gegen die Nachahmung der bolschewistischen Taktik wandte. Es war nach seiner Meinung eine nicht-bolschewistische Haltung, kommunistische Resolutionen auswendig zu lernen und sich in bloßer revolutionärer Phraseologie zu gefallen. (27) Eine Analogie zwischen den Aufgaben der westeuropäischen Kommunisten und der Geschichte der Bolschewiki zog er, wenn er die Etappen des Parteiaufbaus der kommunistischen Parteien Westeuropas verglich mit der Etappe der Herausarbeitung der revolutionären Theorie und der revolutionären Partei der Bolschewiki zwischen 1900 und 1905 und auf die Etappe hinwies, die dieser folgen würde; der Kampf um die Massen. Aber er unterstrich sofort, daß es keine unmittelbaren Identitäten zwischen der russischen und der westeuropäischen Revolution gab: "Die zweite Etappe wird keineswegs darin bestehen, daß man die revolutionären Losungen wiederholt. Sie wird darin bestehen, daß man unsere klugen und geschickten Losungen annehmen wird, die immer klug und geschickt sein und stets wiederholen werden: die revolutionären Grundsätze müssen den Besonderheiten der verschiedenen Länder angepaßt sein." (28) Die russische Revolution und damit die Strategie und Taktik der Bolschewiki hatte eine allgemeine Bedeutung für die Arbeiterklasse, ähnlich wie in der vergangenen Etappe die Pariser Kommune; sie signalisierte das Verhältnis von Theorie, Klassenkampfstrategie, revolutionärer Organisation und konkreter Taktik im Klassenkampf. In dem "Brief an die deutschen Genossen" unterstrich er die Unsinnigkeit einer

22 W.I. Lenin: DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 212.

23 ebda., S. 270/71.

24 ebda., S. 281, S. 283.

25 Ders.: "Materialien zur Revision des Parteiprogramms", WERKE, Bd. 24, Berlin 1959, S. 465.

26 Ders.: "Der Krieg und die russische Sozialdemokratie::, Bd. 21, Berlin 1968, S. 4ff. und die anderen Aufsätze zu diesem Zeitpunkt.

27 Ders.: "III. Kongreß der Kommunistischen Internationale", Bd. 32, Berlin 1963, S. 487.

28 ebda., S. 488 u. 497: "Unsere erste Aufgabe ist die Bildung einer wahrhaft revolutionären Partei und der Bruch mit den Menschewiki. (...) Die zweite Stufe, nachdem wir uns in der Partei zusammengeschlossen haben, wird darin bestehen, daß wir lernen, wie man die Revolution vorbereitet. In vielen Ländern haben wir nicht einmal gelernt, wie man die Führung erobert."

"Offensivtheorie" der linksradikalen Intelligenz innerhalb der KPD und betonte, daß sich in Deutschland nicht die russische Situation des Oktober wiederholte und daß eine Revolution nicht allein Angelegenheit der Organisation sei. Bei dem Stand der Klassenkämpfe mußte eine revolutionäre Partei aufgebaut werden, die sich durch eine konsequente und zielstrebige revolutionäre Politik, die sich an der Rekonstruktion des Kapitalismus und dem Stand der Klassenkämpfe orientierte, und dadurch Einfluß in der Arbeiterklasse gewann. Die Einheitsfronttaktik war nach Lenin die beste Form, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter und Gewerkschaftler von dem Programm der Kommunisten zu überzeugen. (29)
Die revolutionäre Strategie und Taktik der Partei des Proletariats als Kampfinstrument der Arbeiterklasse gegen die Herrschaft der Bourgeoisie hat auszugehen von der Analyse der konkreten Klassenverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft.
Das deutsche Kapital bildet sich Ende des 19. Jahrhunderts in der Etappe und unter den Bedingungen des Imperialismus im Rahmen des schnell fortschreitenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesses in seiner monopolistischen Form heraus, erreicht also gegenüber früheren Entwicklungsstufen des Kapitalismus einen ungleich höheren Organisationsgrad; dieser Prozeß ist gleichzeitig begleitet von der Entwicklung spezifischer Widersprüche innerhalb des Monopolkapitals selbst, d.h. zwischen einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie. In der Hauptsache äußern sich die Widersprüche politisch im Kampf um die Beherrschung des Staatsapparates zur direkten Durchsetzung der – jeweils durch die spezifischen Verwertungsschwierigkeiten bedingten – spezifischen Interessen der jeweiligen Bourgeoisfraktion.
Der Grad der Organisiertheit der Bourgeoisie, ihr politischer Charakter und ihre Form ist für das Proletariat, für Strategie und Taktik der revolutionären Partei und für ihre eigene Organisation von entscheidender Bedeutung.

Die Organisierung der Arbeiter als Klasse durch das Kapital entsprach den Bedingungen der Frühphase der kapitalistischen Akkumulation und erreichte ihren höchsten Ausdruck im Entstehen der großen Industrie, d.h. des gesellschaftlichen Charakters des Produktionsprozesses. Der Verwertungsprozeß unter monopolkapitalistischen Bedingungen erzwang die erneute Zersplitterung der Arbeiterklasse vornehmlich im und durch den Charakter des Arbeitsprozesses. Durch den Kampf der Arbeiterklasse vor allem ist das Kapital zunehmend gezwungen, anstelle der absoluten Verlängerung des Arbeitstages den tendenziellen Fall der Profitrate aufzuhalten u.a. durch die Erhöhung des relativen Mehrwerts, d.h. auf dem Wege der Intensivierung der Arbeit. Dies bedeutet für die Arbeiterklasse die Gefahr der erneuten Atomisierung, der Trennung der Arbeiter im Arbeitsprozeß voneinander durch ein ausgeklügeltes Ausbeutungs- und Kontrollsystem von Arbeitsplatzbewertung, Lohngruppen, Akkordarbeit etc. mit allen möglichen verhängnisvollen Auswirkungen auf Solidarität und Klassenbewußtsein des Proletariats.

Diese Phase war in Deutschland 1923 erreicht.
Der vor dem Kriege eingeleitete Konzentrations- und Zentralisationsprozeß der deutschen Industrie wurde durch die Kriegswirtschaft ab 1916 noch weiter verschärft. Durch den Versailler Vertrag verliert das Monopolkapital ca. 40 % der Produktionskapazitäten; der Zentralisationsprozeß setzt in der Rekonstruktionsphase zwischen 1919 und 1924 verstärkt ein. Der Staat unterstützte mit Entschädigungen, Subventionen, mit der Steuer- und Währungspolitik diesen Prozeß. Die Rationsalisierung der Produktion ab 1923 begünstigte die Trust- und Konzernbildung; 1926 betrug die Kapitalkonzentration im Bergbau 93 %; in der Eisen- und Stahlproduktion 80 %; in der Elektroindustrie 87 %; Chemieindustrie 83 % und die der Banken betrug 74 %. Gegenüber der Vorkriegszeit hatte sich 1925 die Zahl der Kartelle verfünffacht.

29 Ders.: "Brief an die deutschen Kommunisten", Bd. 32, S. 537 ff.

II Monopolkapitalistischer Staat und Entwicklung der Widersprüche im Monopolkapital (30)

1. Die Inflationsperiode 1918-1923. Inflation und Reparationsfrage in ihrer Bedeutung für den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß und für die Entwicklung der Widersprüche im Monopolkapital.

Die unmittelbare Nachkriegssituation kennzeichnet die Erschütterung des monopolkapitalistischen Staates in seiner im Krieg diktatorisch herausgebildeten Form, ohne daß aber die ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie in Frage gestellt gewesen wäre. Dieses Verdienst gebührt Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die im Verein mit der Bourgeoisie bzw. mit einigen ihrer Fraktionen schon während des Krieges im Rahmen der Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitik sich über die Rettung des Kapitalismus verständigt hatten. Der Revisionismus als Ideologie der Sozialdemokratie setzte die im Krieg bewährte konterrevolutionäre Praxis in dieser Periode weiterhin offen fort.

30 Dieser Überblick gibt im wesentlichen die Ergebnisse der Analyse Kuczynskis wieder, die in ihrer Tendenz als auch in den Angaben mit der übrigen Standardliteratur übereinstimmen; Jürgen Kuczynski: DIE GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER UNTER DEM KAPITALISMUS, Teil I, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart. Dokumente und Studien zu Bd. 6. Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Bd. 16, Berlin 1965, S. 5 ff. K. analysierte zum ersten Mal für diese Periode die Entwicklung der Widersprüche zwischen den einzelnen Bourgeois-Fraktionen in ihrer Bedeutung für den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik.

Rotbücher

Borin/Plogen: Management und Selbstverwaltung in der CSSR.
Rotbuch 4. 156 Seiten. DM 5.50 (4.50)

Charles Bettelheim: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen.
Rotbuch 12. 156 Seiten. DM 6.50 (5.50)

Huberman/Sweezy/ Dreßen u. a.: Focus und Freiraum – Debray, Brasilien, Linke in den Metropolen.
Rotbuch 16. 160 Seiten. DM 5.50 (4.50)

Edoarda Masi: Die chinesische Herausforderung.
Rotbuch 17. 176 Seiten. DM 6.50 (5.50)

Horst Kurnitzky: Versuch über Gebrauchswert.
Rotbuch 19. 72 Seiten. DM 3.50 (2.50)

Sozialistisches Jahrbuch 1: Über die Organisation des Befreiungskampfes.
Rotbuch 20. 272 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Scuola di Barbiana: Die Schülerschule.
Rotbuch 21. 156 Seiten. DM 6.50 (5.50)

David Horowitz: Imperialismus und Revolution.
Rotbuch 22. 228 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Sozialistisches Jahrbuch 2: Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung.
Rotbuch 23. Ca. 250 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Im Abonnement jeder Band 1 Mark billiger.

Wagenbach

Die in Spartakus und IKD vereinigte revolutionäre Linke erwies sich beim Sturz der Monarchie als quantitativ und organisatorisch zu schwach, um mit den überall mobilisierten, aber reformistisch-sozialdemokratisch, vor allem republikanisch eingestellten Arbeitermassen den Staatsapparat nicht nur zu erschüttern, sondern – vor allem die Spitze in Heer und Polizei – zu zerschlagen. (31) Die Tatsache, daß das deutsche Heer keine entscheidende Niederlage erlitten hatte, im Gegenteil sich 'geordnet' zurückziehen konnte, begünstigte das Weiterbestehen dieses entscheidenden Horts der Reaktion. So war es Bourgeoisie und Sozialdemokratie ein leichtes, die Betriebsbesetzungen als kriminelle Delikte zu verfolgen, die Rätebewegung zu majorisieren, den Massen hinsichtlich einer ihrer Hauptforderungen, – Sozialisierung der Grundstoffindustrie –, durch Lug und Trug in Form des "Demonstrationssozialismus" 'das Maul zu stopfen': Die 'Sozialisierung' in Form der "Zwangssyndizierung", zum Teil im direkten Interesse der 'betroffenen' Monopole, auf Grundlage der "Selbstverwaltung".

> "Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge des Drucks der verfluchten Tradition der 'Einheit' mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Co.) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Co.) Bande der Lakaien des Kapitals. In jedem ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter ... erwachte in unglaublicher Schärfe der Haß gegen den Opportunismus der alten deutschen Sozialdemokratie, und dieser Haß – das edelste, erhabenste Gefühl der Besten aus der unterdrückten und ausgebeuteten Masse – machte die Menschen blind, nahm ihnen die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen und eine eigene richtige Strategie auszuarbeiten als Antwort auf die glänzende Strategie der bewaffneten, organisierten, durch die 'russische Erfahrung' gewitzigten von der Entente, von Frankreich, England und Amerika unterstützten Kapitalisten. Dieser Haß trieb sie zu vorzeitigen Aufständen." (32)

Der seit Ende des 19. Jahrhunderts auftretende und durch den Weltkrieg verfolgbare Widerspruch zwischen den zwei wichtigsten Fraktionen der Bourgeoisie – den Monopolgruppen der Schwerindustrie und jenen der Chemie-Elektro-Gruppe – wurde zunächst unmittelbar unter den Bedingungen des verlorenen Krieges, – der Beseitigung feudalaristokratischer Elemente der Staats- und Länderspitze, dem Zusammenbruch der Kriegswirtschaft und der allgemeinen 'Unruhe' der Arbeiterklasse – im Sinne der diese Situation real einschätzenden Fraktion, den Monopolen der Chemie-Elektro-Gruppe, gelöst. Während die – einen offen konterrevolutionären, reaktionären Kurs verfolgende, sich 'national' gegen "Erfüllungspolitik" gebärdende, sich im Verfolg ihrer Sonderinteressen desungeachtet ungerührt zur Fraktion des 'nationalen Verrats' entwickelnde – Schwerindustrie vor 1918 jede Beziehung selbst zu den 'Staats- und Kaisertreuen' – SPD und Gewerkschaften – abgelehnt hatte und dazu erst kurz vor Ende des Krieges bereit war, (33) um sich nicht, falls notwendig, die Möglichkeit zu verschließen, sich des Staatsapparates zur Durchsetzung ihrer Interessen auch unmittelbar zu bedienen, hatte die Monopolgruppe Elektro-Chemie im Laufe des Krieges – und schon vor dem Krieg – mit Arbeitervertretern in verschiedenen (Kriegs-) Gremien zusammengearbeitet; im Gesamtinteresse des Kapitals garantierte die Sozialdemokratie als politische Gallionsfigur des Monopolkapitals die unter Nachkriegsbedingungen unerläßliche Massenloyalität.

Die ökonomische Rekonstruktion unter den Bedingungen des Verlustes hauptsächlich als Rohstoffquellen wichtiger Gebiete, der Notwendigkeit der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, des Zusammenbruchs des inneren Marktes, der Abschneidung des Deutschen Reiches vom Weltmarkt durch die Blockade, und der Reparationen, setzte die politische Stabilisierung voraus.

"Wirtschaftsdemokratie", "Sozialstaat" und "Staatssozialismus" als sozialdemokratischer Ideologie (34) entsprach in der Praxis

- die "Sozialisierung" auf dem Transport- und Energiesektor (Reichsbahn, Bergbau, E-Werke) in erster Linie, um die Produktionskosten der Monopole niedrig halten zu können;
- die 'demokratische' Verhüllung des kapitalistischen Produktionsprozesses durch den Einbau reformistischer Arbeiterfunktionäre aufgrund des "Betriebsrätegesetzes" vormals "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst";
- entsprachen die (von den Massen erkämpften) Errungenschaften 8-Stunden-Tag, Tarifverträge und deren baldige, faktisch kampflose Preisgabe durch die Gewerkschaften als Alleinvertretung der Industriearbeiter;
- entsprach die Besetzung des Wirtschaftsministeriums durch Rathenau (AEG), Moellendorf (AEG) und Wissell (SPD).

Die vereinigend wirkende Absicht des Monopolkapitals, möglichst schnell und reibungslos von Kriegs- auf Friedensproduktion überzugehen, ohne dabei die herrschenden Produktionsverhältnisse zu gefährden noch gefährden zu lassen, fand seinen Ausdruck in der Bildung der "Zentralarbeitsgemeinschaft industrieller und gewerblicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" (15.11.18) und dem am 12.11. gemeinsam von Monopolkapital (Stinnes, Vögler, Borsig, Rathenau) und Gewerkschaften (Legien, Stegerwald, Aufhäuser) errichteten "Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung". Dieses erhielt nicht nur diktatorische Vollmachten, sondern auch – auf Empfehlung des Hausmeiers Prinzen Max von Baden – den sich offen als Vertreter der Schwerindustrie bekennenden ehemaligen Leiter der Kriegsrohstoffabteilung, Obersten Koeth, zum Leiter, wie auch eine Reihe Industrieller als Mitarbeiter wie Krupp-Direktor Wiedfeld. (35)

Alle im Krieg erlassenen Verordnungen blieben "bis auf Widerruf" in Kraft. (36)

---

31 Vgl. Ernst Meyer: "Zur Geschichte der KPD (Zum Jahrestag der Gründung der KPD am 30. Dez. 1918)", in: DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE, 7. Jg. 1926, H. 15 (24), S. 679.
Vgl. "Geschäftsbericht der Zentrale", in: BERICHT ÜBER DEN 2. PARTEITAG DER KPD(S) vom 20. bis 24.10.1919, hrsg. v. der KPD(S), o.O., o.J., S. 26 ff.
Vgl. Paul Levi, "Die politische Lage und die Parlamentswahlen", in: BERICHT ÜBER DEN 4. PARTEITAG DER KPD(S) am 14. und 15.4.1920. Hrsg. v.d. KPD(S), o.O.o.J., S. 16.

32 Lenin: "Brief an die deutschen Kommunisten" (vom 14.8.1921), in: W.I. Lenin: WERKE, Bd. 32, Berlin 1967, S. 538.

33 Zentralarbeitsgemeinschaft/Demobilmachungsamt. Vgl. J. Reichert: ENTSTEHUNG, BEDEUTUNG UND ZIEL DER 'ARBEITSGEMEINSCHAFT', Berlin 1919, S. 5 f.

34 Vgl. "Entwurf eines Aktionsprogrammes der SPD," VORWÄRTS, Berlin 23.5.1918; und "Sozialpolitisches Arbeiterprogramm", in: Paul Umbreit SOZIALPOLITISCHE ARBEITERFORDERUNGEN DER DT. GEWERKSCHAFTEN, Berlin 1918 (vom Nov. 1917). Zur Ideologie: Naphtali/Lapinski/Deppe/Steinberg/David.

35 Vgl. Heinz Habedank: "Die Zusammenarbeit der Rüstungsmagnaten mit dem Rat der Volksbeauftragten bei der Verhinderung der Nationalisierung der Grundstoffindustrie während der Novemberrevolution", in: MONOPOLE UND STAAT IN DEUTSCHLAND 1917 bis 1945, Deutsche Historiker Gesellschaft, Protokoll der 2. Tagung der Fachgruppe Geschichte der neuesten Zeit 1917-1945 am 20. und 21. März 1965 in Berlin im Rahmen des III. Kongresses der Dt. Hist. Gesellschaft, Berlin 1966, S. 85 f.
Zum Demobilmachungsamt: Werner Richter: GEWERKSCHAFTEN, MONOPOLKAPITAL UND STAAT IM 2. WELTKRIEG UND IN DER NOVEMBERREVOLUTION (1914-1919), Berlin 1959.

36 Ingo Materna: "Zur Wirtschaftspolitik des Rates der Volksbeauftragten', in: MONOPOLE UND STAAT, a.a.O , S 98.

So verschaffte sich "die Mehrzahl der großen Rüstungsbetriebe den staatlichen Auftrag, ihre Produktion auf der bisherigen Höhe zu halten". "Staatliche Aufträge und Zuschüsse hielten die Konzernherren dazu an, noch Wochen nach dem 9. November Kriegsmaterial zu produzieren." (37)

Ebenso wie der "Rat der Volksbeauftragten" das kaiserliche Demobilmachungsamt übernommen hatte und als Kontrollorgan für die Zuteilung der staatlichen Mittel "im Prinzip" mit der von Koeth dafür vorgeschlagenen Kriegsrohstoffabteilung einverstanden war, so war es sein erklärtes Programm, " 'die geordnete Produktion aufrechtzuerhalten' und 'das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person' " zu schützen, (38) "das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft oder der Angestelltenschaft sowie zwischen diesen und dem Arbeitgeber zu fördern." (39)

Schon Ende November 1918 lag ein vom Reichswirtschaftsministerium detailliert ausgearbeiteter 5Mrd.-Plan ("Reichsfonds") vor zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft beim Übergang von der Kriegs- zur Friedensproduktion durch den Staat, der nicht nur in der Höhe mit den Forderungen Koeths bzgl. finanzieller Unterstützungsmaßnahmen in Form von Staatsaufträgen, Garantieleistungen und Vorschüssen an die Industrie übereinstimmte. (40) Dieser Plan stellt einerseits die Fortsetzung der in der Kriegswirtschaft erprobten Finanzierungsmaßnahmen dar, andererseits ist es der Beginn der in der Weimarer Republik fortschreitenden Ausdehnung der staatlichen Maßnahmen auf dem ökonomischen Sektor. Diese Ausdehnung ging keineswegs reibungslos vor sich:

> "Leider gelang es nicht, diesen Plan schon damals zu verwirklichen... Abgesehen von der Schwierigkeit der Mittelbeschaffung war die Erkenntnis von der Notwendigkeit für die schleunige Durchführung eines großzügigen und einheitlichen Wirtschaftsprogramms damals noch nicht vorhanden... Eine sozialistische Regierung darf nicht gleichgültig zusehen, daß wegen einiger Auswüchse die öffentliche Meinung durch interessierte Vorurteile gegen eine gebundene Planwirtschaft vergiftet wird..." (41)
>
> "Schon im Sommer 1919 brachten der Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Wissellsche Verwässerung der Sozialisierung sowie der heftige Kampf der Unternehmer gegen die 'Militarisierung' der Volkswirtschaft durch Zwangsverbände die Planwirtschaft zu Fall." (42)

Zu analysieren ist der Kampf der Schwerindustrie-Gruppe des Monopolkapitals 'gegen den Weimarer Staat', d.h. gegen den bestimmenden 'Rivalen' im Verein mit der Sozialdemokratie. Dieser Kampf wurde geführt unter dem Motto 'gegen die Beherrschung der Wirtschaft durch den Staat'. Das 'Unverständnis' der Schwerindustrie gegenüber Staatsform und Charakter des Staates, gegenüber der Bedeutung und Rolle der 'vaterlandslosen Gesellen' in Regierung und Verwaltung ist darauf zurückzuführen, daß die Schwerindustrie längst ihre Rolle als Zentrum der fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte an die expandierende Chemie-Elektro-Industrie abgeben mußte. Der weniger hohe Grad der Arbeitsteilung in

37 siehe: DIE DEUTSCHE ARBEITSGEBERZEITUNG, Zentralblatt und Publikationsorgan der Deutschen Arbeitgeberverbände, v. 24.11.1918 und 15.12.1918, zit. nach: Habedank, a.a.O., S. 86 und Anm. 6, S. 92.

38 "Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten vom 12. Nov. 1918", abgedruckt in: DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER DT. ARBEITERBEWEGUNG, R. II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 365.

39 REICHSGESETZBLATT 1918, Nr. 192, S. 1456 ff. zit. n. Habedank, a.a.O., S. 88.

40 Vgl. Materna, a.a.O., S. 98; Koeth erhielt nur 500 Mill. für "Notstandsarbeiten'.

41 W. v. Moellendorf: KONSERVATIVER SOZIALISMUS, Hamburg 1932, S. 109 ff. zit. n. Kuczynski, a.a.O., S. 42/44.

42 W. Hecht: "Organisationsformen der deutschen Rohstoffindustrien". DIE KOHLE, München 1924, S. 40 f. zit. n. Kuczynski, a.a.O., S 44.

den schwerindustriellen Produktionszweigen ließ diese Monopolgruppe verkennen, daß sich hinter 'Sozialisierung', 'Gemeinwirtschaft', 'Wirtschaftsdemokratie' lediglich die im Interesse der Weiterentwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen 'neue' Organisation der Arbeit verbirgt, und zwar in jenen Produktionszweigen, in denen Arbeitsteilung, der Vergesellschaftungsgrad der Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen am höchsten entwickelt ist, eben in der Chemie-Elektro-Industrie.

Voraussetzung und gleichzeitig Ziel des Kampfes war der schnelle Ausbau der ökonomischen Machtstellung, bedingt durch die Notwendigkeit schneller Sicherung der (verlorenen) Rohstoffbasis (Produktionskosten!), der Wiedergewinnung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Dieser Kampf wurde geführt um die möglichst weitgehende Ausnützung der durch Inflation und Reparationsfrage gegebenen Möglichkeiten im Sonderinteresse der betreffenden Monopole, bezüglich der Schwerindustrie zur relativ leichten – in dieser Periode vor allem – Zentralisation (vertikale Konzernbildung). Die Entscheidung der politischen Machtfrage bezüglich der Beherrschung des Staatsapparates war ebenso gleichzeitig Voraussetzung und Ziel des Kampfes.

> "Wachstum und technischer Fortschritt müssen durch Inflation finanziert werden."
> (BDI-Präsident Fritz Berg am 14.2.1970 auf der Sitzung des Gemeinschaftsausschusses der deutschen Wirtschaft in Bonn, FR 26.2.70)

a. Inflation (43)

In der Inflationsperiode wurde ein Teil des Einkommens der den Mehrwert produzierenden Massen vom Staat durch Steuern und Geldentwertung abgezweigt, um diese Mittel dem Kapital zur Behebung seiner Verwertungsschwierigkeiten zufließen zu lassen. Diese Mittel sind von den sonst üblichen Staatsanleihen zu unterscheiden: Staatsanleihen stammen überwiegend aus dem früher akkumulierten Geldkapital und aus dem in der betreffenden Periode geschaffenen Mehrwert. Die dem Kapital im Zuge der Inflation zur Verfügung gestellten Mittel entstammen nicht dem Mehrwert, sondern dem durch die notwendige Arbeit der Lohnarbeiter sowie dem durch die Arbeit der kleinen Warenproduzenten geschaffenen Wert. Mit Hilfe der Inflation eignet sich der Staat also einen Teil des Wertes der Ware Arbeitskraft und einen Teil des notwendigen Produkts der kleinen Warenproduzenten an. Über Preissteigerungen für notwendige Existenzmittel zur Reproduktion der Arbeiter wird der Ausbeutungsgrad erhöht. Die durch Klassenkämpfe erzwungenen Nominallohnerhöhungen bleiben in der Inflationsperiode immer weit hinter den Warenpreiserhöhungen zurück. Der Rückgang des Reallohns ist eine zwangsläufige Erscheinung der Inflation. Die Vorteile der Inflation für das Kapital waren:

- der Rückgang des Reallohns ermöglichte die Erzielung einer höheren Mehrwert- und Profitrate; Erhöhung des Ausbeutungsgrades.
- Die Geldentwertung verbilligt die Investitionen bzw. tilgt die Darlehensschuld trotz Zinserhöhungen, da diese hinter der Geldentwertung zurückbleiben.
- Durch den Rückgang der Produktionskosten infolge der sinkenden Reallöhne und des fallenden Markkurses (Valutadumping) ist eine relativ kurze Steigerung der Konkurrenzfähigkeit als Exporteur auf dem Weltmarkt möglich, unter Weltmarktpreisen.

43 Zusammenfassung von Kuczynski, (a.a.O., S. 49 ff.) der von E. Bregel, Steuer, Anleihen und Inflation im Dienste des Imperialismus, Berlin 1955 entwickelten Thesen; das ganze Kapitel ist eine Zusammenfassung der Analyse Kuczynskis.

– Spekulationsprofite wurden erzielt durch das Aufkaufen von Waren und Devisen zu ständig sinkendem Markkurs und Weiterverkauf zu erhöhten Preisen.

Die Nachteile der Inflation für das Kapital waren:

– Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärft sich aufgrund der steigenden absoluten Verelendung des Proletariats, beinhaltet also eine mögliche Gefährdung der Herrschaft der Bourgeoisie durch die Verschärfung der Klassenkämpfe (1923 vor allem Hungerstreiks).
– Während die Inflation als Schuldenverbilligung bzw. -tilgung die Zentralisation fördert, hemmt sie vielfach den Prozeß der erweiterten Reproduktion des Kapitals oder verwandelt sich sogar (1923) in einen Prozeß der sich verengenden Reproduktion.
– Die verschiedenen Wirtschaftszweige werden in verschiedener Weise bevor- oder benachteiligt; folglich werden die Widersprüche im Monopolkapital verstärkt. Die exportorientierte Industrie wird bevorteilt, die importabhängige benachteiligt (Rohstoffabhängigkeit).

> "Aus all diesem ergibt sich, daß es nicht so ist, das 'das' Monopolkapital inflationistisch gesinnt (war), sondern daß es Kreise (gab), die für und solche, die gegen eine Inflation (waren), und auch solche finden wir: Kreise, die zunächst für die Inflation waren, wenden sich im Laufe der Zeit gegen sie und umgekehrt." (44)

Der Prozeß der Entwertung der Mark weist von 1920 bis 1923 immer wieder Perioden auf, in denen der Kurs der Mark stagnierte bzw. sich verbesserte, wofür objektive Faktoren wie eine Erholung der Produktion und subjektive wie die internationale politische Situation im Zusammenhang mit der Reparationsfrage Ursache gewesen sein können; Kämpfe der Arbeiterklasse gegen ihre fortschreitende Verelendung waren in keiner Phase von direkter Bedeutung, wohl aber von Bedeutung dafür, daß sich Widerstände im Monopolkapital gegen die weitere Inflation aus Furcht vor einer möglichen Verschärfung der Klassenkämpfe entwickelten und verstärkten (Ruhrkämpfe).

Von 1919-23 trat die Chemie-Elektro-Gruppe im allgemeinen für eine Beendigung der Inflation ein, ebenso Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

Das Desaster des Kapp-Putsches war für die reaktionärste Bourgeoisfraktion Grund genug, vorerst keinen neuen direkten Angriff auf die 'rote Republik', d.h. die Machtposition der durch SPD und Gewerkschaften unterstützten Gruppe Elektro-Chemie, zu unternehmen; dafür behalf man sich mit der direkten Sabotierung der staatlichen Politik in der Inflations- und Reparationsfrage.

Daß es der 'Inflationspartei', der Schwerindustrie, erfolgreich gelang, ihre Sonderinteressen durchzusetzen, zeigt der Prozeß der Inflation und das Scheitern der Reparationsverhandlungen mit entsprechenden Folgen.

Es "gelang dem deutschen Monopolkapital die schnellste Umschichtung von Einkommen und Vermögen, die die deutsche Geschichte bis dahin gekannt hat: Der Lebensstandard der Arbeiter und kleinen Angestellten, die über kein Vermögen verfügten, war gegenüber 1913/14 halbiert worden. Das Vermögen des Mittelstandes war zu einem wesentlichen Teil in der Inflation verschwunden. Das Vermögen des mittleren Kapitals hatte sich, soweit es in Sachwerten angelegt war, durch Konkurrenz und Verkauf an Stärke vermindert. An der Spitze der Pyramide stand eine winzige Schicht von Monopolisten, die Produktionsmittel auf Produktionsmittel gehäuft hatten und durch sie mittels des Staates die ökonomische und politische Herrschaft in Deutschland ausübten..." (45)

44 ebda., S. 52 ff.
45 Kuczynski, a.a.O., S. 68.

b. Die Reparationsfrage (46)

Die aufgrund des Versailler Vertrages vor allem zum Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen bedeuteten für das deutsche Monopolkapital das Geschäft der Nachkriegszeit im Sinne der Ankurbelung der Produktion mittels Staatsgeldern. Die Reparationen konnten und sollten nämlich nicht etwa durch Barzahlungen aus der Steuerkasse geleistet werden, sondern aufgrund der schlechten Devisenlage (47) des Reiches durch direkte Lieferungen der deutschen Industrie, die vom Staat bezahlt wurden. Entscheidend war nun für das deutsche Monopolkapital, welche Fraktion es vermochte, den größten Teil der Reparationsaufträge an sich zu reißen.

Die Linie der deutschen Regierung und damit die der die Interessen der Chemie-Elektro vorwiegend wahrnehmenden Rathenau & Co. bestand in den verschiedenen Reparationsverhandlungen mit Frankreich darin, unter ihrer Vermittlung und unter Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften, die die Festsetzung der Lieferpreise kontrollieren sollten, Reparationslieferungen mit 'der' deutschen Industrie abzuschließen (Wiesbadener Abkommen Oktober 1921). Die Schwerindustrie hatte seit 1920 (Konferenz von Spa) sämtliche Reparationsverhandlungen zum Scheitern gebracht. Die unter dem Motto "gegen Erfüllungspolitik" geführte Offensive findet seine ökonomische Begründung in der Tatsache, daß diese Monopolgruppe nur 'eigentlich' gegen Reparationen war, uneigentlich aber immenses Interesse daran hatte, die Reparationslieferungen in ihre Regie zu übernehmen; nicht 'der Staat' sollte Lieferverträge abschließen, sondern 'die deutschen Industrie'.

Stinnes gelang es, das Wiesbadener Abkommen in direkten Verhandlungen mit Frankreich zu revidieren; die Vermittlungsfunktion der deutschen Regierung und die Kontrollfunktion der Gewerkschaften wurden eliminiert. Die deutsche Regierung hatte nur noch zu bezahlen, 'die deutsche Industrie' schloß mit Frankreich direkt Lieferungsverträge ab.

Über die Ausplünderung der Staatskasse schrieb die "Weltbühne":

> "Mit Ausnahme der unmittelbar interessierten Industriekreise besteht kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die deutsch-französischen Sachlieferungsabkommen (Stinnes Vertrag) im Augenblick der schwersten materiellen Not Anforderungen an den deutschen Reichssäckel und damit an die deutschen Steuerzahler stellen, die über alles Bisherige noch weit hinausgehen. Denn zu den ungeheuerlichen Verpflichtungen an die Entente kommen jetzt noch neue, hunderte von Goldmillionen erfordernde Verpflichtungen an die deutsche Industrie." (48)

46 Dieser Abschnitt ist ebenfalls im wesentlichen eine Zusammenfassung der Analyse Kuczynskis, a.a.O., S. 71 ff.
47 Während der dt. Innen- und Außenhandel zwischen 1919 und 1922 ein Defizit von 8 Mrd. Goldmark aufwies, exportierte das dt. Kapital zur selben Zeit 15-16 Mrd. Goldmark ins Ausland; Kuczynski, a.a.O., S. 71.
48 DIE WELTBÜHNE, Jg 18, Berlin 1922, Nr. 40, S. 369, zit. n. Kuczynski, a.a.O., S. 76.

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Beim Verlag z.Zt. vergriffen:
SOPO 1, SOPO 2, SOPO 4.
Evtl. noch im Buchhandel

SOZIALISTISCHE POLITIK 10
erscheint Anfang Februar 1971

Inflations- und Reparationspolitik der beiden wichtigsten Fraktionen der deutschen Bourgeoisie im Zeitraum 1918-23 zeigen, daß beide Gruppen dieselben Ziele auf verschiedenen Wegen anstrebten: war es im Interesse der Chemie-Elektro-Gruppe, möglichst reibungslos in Arbeitsgemeinschaft mit den stärksten Arbeiterorganisationen SPD und Gewerkschaften ihre Stellung auf dem inneren und äußeren Markt aufkosten der Arbeiterklasse und der Kleinbourgeoisie wiederzuerringen, auszubauen und zu stabilisieren, – politisch durch unmittelbare Beherrschung des Staatsapparates –, so unterscheidet sich die Politik der Monopole der Schwerindustrie nicht im (gleichen) Ziel der Um- und Neuverteilung des Volksvermögens durch die Inflation, sondern – aufgrund der durch die ökonomischen Folgen des verlorenen Krieges und des Umsturzes 1918 veränderten Machtverhältnisse zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie – durch direkten Kampf gegen den die Interessen des 'Rivalen' überwiegend repräsentierenden bürgerlich-demokratischen Staat mit dem Ziel der offenen Diktatur des Monopolkapitals, d.h. der Eroberung des Staatsapparates und der Ausschaltung sämtlicher 'Rücksichtnahme' auf den durch den Umsturz erreichten Einfluß der reformistischen Arbeiterorganisationen und Fraktionen der Kleinbourgeoisie im Gesamtinteresse des Monopolkapitals. Hierzu gehört der Kapp-Putsch, gehören die Separationsbestrebungen an Rhein und Ruhr, und die finanzielle Unterstützung der Faschisten seit 1923 z.B. durch Thyssen; hierzu gehört auch das 'Programm der Schwerindustrie', das Stinnes schon Ende 1922 so formulierte: Rücknahme des Versailler Vertrages durch die Siegermächte, dafür verpflichtet sich 'Deutschland', "zu gesunden Verhältnissen" aufgrund solcher Maßnahmen zurückzukehren wie unbezahlte Verlängerung des 8-Stunden-Tages um wenigstens 2 Überstunden für 10 bis 15 Jahre; Aufhebung des Streikrechts für mindestens 5 Jahre; Aufhebung sämtlicher ökonomischer 'Zwangsmaßnahmen' (Demobilisierung, Festsetzung von Höchstpreisen, Aus- bzw. Einfuhrbeschränkungen, Mietfestsetzungen etc.), dafür aber umfangreiche Steuererleichterungen. (49)

2. Die Phase relativer Stabilisierung 1924 - 1928
Die Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors im Verwertungsinteresse des Kapitals und seine Bedeutung für die Widersprüche im Monopolkapital.

In dieser Phase wurde "erstmalig in einer Konjunkturperiode relativ breit" durch Maßnahmen des monopolkapitalistischen Staates

> "vor allem die Expansion der Monopole unterstützt: ... in einem System von Maßnahmen zur Unterstützung der günstigen konjunkturellen Entwicklungsbedingungen insbesondere für die monopolistische Großindustrie und zur Abwälzung der hieraus sowie aus dem Dawes-Plan resultierenden finanziellen Lasten vor allem auf die werktätige Bevölkerung – dabei spielte die Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt eine besondere Rolle;
> in der breiten Unterstützung des deutschen Monopolkapitals vor allem durch den USA-Imperialismus unter anderem auf der Grundlage staatlicher Vereinbarungen;
> in der Erweiterung des Staatseigentums an Produktionsmitteln und der Fortsetzung seiner Reorganisation." (50)

Im November 1923 wurde die Reform des deutschen Finanz- und Währungssystems durchgeführt, nachdem die Inflation begann, auch Grundbesitz und Industrieproduktion in

49 Dokument bei G.W.F. Hallgarten: HITLER, REICHSWEHR UND INDUSTRIE, ZUR GESCHICHTE DER JAHRE 1918-1933, Frankfurt 1955, S 14 und 47 ff., zit. n. Kuczynski, a.a.O., S. 78; ebenfalls abgedruckt in: GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, Bd. 4, S. 438 ff., Dokument Nr. 20.

50 IMPERIALISMUS HEUTE, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Institut für Geschichtswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1967, S. 52. Vgl. GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, Bd. 4, S. 438 ff. Dok. Nr. 20.

Mitleidenschaft zu ziehen, Kapitalinvestitionen aus dem Ausland zu verhindern, nachdem der Ruhrkampf gescheitert war, der Zentralisationsprozeß aufgrund günstiger Inflationsbedingungen weitgehend abgeschlossen war, hingegen die Lösung der Reparationsfrage auf internationaler Ebene Voraussetzung für die nun notwendigen, bisher vernachlässigten technischen Rationalisierungen im Arbeitsprozeß war. Es fehlte der deutschen Industrie das hierfür notwendige Kapital, d.h. es waren ausländische Investitionen und Kredite dringend notwendig.

Die nach dem Dawes-Plan von der Industrie, der Reichsbahn und aus der Steuerkasse zu zahlenden Reparationsmilliarden (51) wurden im wesentlichen mithilfe der staatlichen Steuergesetzgebung zugunsten des Monopolkapitals nivelliert, diesem Entschädigungen für Reparationsleistungen und Subventionen gezahlt, Zollpolitik im Interesse der Sicherung hoher Monopolpreise betrieben, Exportvergütungen gewährt u.a. Gleichzeitig wurde auf dem Wege der organisatorischen Rationalisierung durch Entlassungen (1923: 300 000; 1924: 2,2 Mill. (52)) und Arbeitsintensivierung (53) dieser konjunkturelle Aufschwung erst ermöglicht, während dem auch die Produktionsmittel erweitert und modernisiert wurden. Zunächst beruhte aber das Charakteristische der Rationalisierung auf dem "beschleunigten Kapitalumsatz und auf der Erhöhung der Arbeitsintensität...; seltener wird auch eine Reorganisation der technischen Seite der Produktion vorgenommen... Es handelt sich in erster Linie nicht um eine technische, sondern um eine organisatorische Rekonstruktion. Daher haben die Arbeiter unter dieser Rationalisierung aufs schwerste zu

51 Vgl. DIE SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN DER DAWES- UND MCKENNA-BERICHTE MIT ANLAGEN. Nach dem Originaltext redigierter Wortlaut, Frankfurt 1924, und vgl. Gewerkschaften- und Sachverständigengutachten, Stellungnahme des AGDB, des AfA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zum Sachverständigen-Gutachten v. 9. April 1924. Ergebnisse der zur Prüfung der Gutachten eingesetzten Sonderkommission. Zusammengestellt im Auftrage der Spitzenverbände als Material für die Funktionäre von Kurt Heinig, Berlin 1924. Vgl. dagegen: DAS SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN DER ARBEITER. Der Gesetzentwurf der kommunistischen Reichstagsfraktion. Hrsg. v.d. KPD. Sektion der KI Berlin 1924.

52 E. Varga: AUFSTIEG ODER NIEDERGANG DES KAPITALISMUS, Hamburg 1924, S. 25; Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder stieg im Okt. 1923 auf 19,1 % bei einem Durchschnitt (Jan./April/Juli) von ca. 5 %, Januar 1924: 26,5 %, März 24: 16,6 %. Varga, a.a.O., S. 82, Tab. VII (REICHSARBEITSBLATT).

53 Erhöhung der Leistung pro Arbeitsstunde 1924-1929 um ca. 40 %, IMPERIALISMUS HEUTE, a.a.O., S. 49. Vgl. RATIONALISIERUNG UND WIRTSCHAFTSKRISE. Einige Kapitel über das Wesen, den bisherigen Verlauf im gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Rationalisierung in Deutschland, Berlin o.J. (1930), (KPD – offizielle Darstellung).
Vgl. Günther Reimann: DAS DT. WIRTSCHAFTSWUNDER. Taylor-System – Ford-Methoden – Der Raub an der Arbeitskraft – Die Entwicklung der dt. Wirtschaftskrise. Aus dt. Großbetrieben – Rationalisierung und Frauenarbeit (von Mario Seyring), Berlin 1927 (KPD – offizielle Darstellung).
Zahlen und Statistiken zu den Folgen der Rationalisierung im Arbeitsprozeß (Unfälle, Gesundheitszustand) bei J. Kuczynski: DIE GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER UNTER DEM KAPITALISMUS, Teil I: die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 5, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33 Berlin 1966, S. 237 f. Zur Entwicklung des Reallohnes: ebda , S. 222 (absolute bzw. relative Verelendung).

leiden... ' (54) Elemente dieser 'Offensive des Kapitals' waren darüberhinaus die Aufkündigung der Zentralarbeitsgemeinschaft; die Beseitigung des 8-Stunden-Tages; die Einschränkung der Sozialleistungen; die Durchlöcherung der Verbindlichkeit der Tarifverträge; die Aufhebung des Streikrechts in der Praxis. Alle Maßnahmen wurden ermöglicht durch das mit den Stimmen der SPD am 8.12.23 verabschiedete erste Ermächtigungsgesetz zur Beseitigung der Revolutionsfolgen.

Damit war das deutsche Monopolkapital in der Lage – aufgrund der im internationalen Maßstab niedrigen Löhne und des längeren Arbeitstages – mit höherer Profitrate zu produzieren als seine hauptsächlichen Konkurrenten; aus diesem Grund strömte jetzt vor allem amerikanisches Kapital nach Deutschland.

Die in dieser Phase vor allem gegebene Gefahr der Spaltung des Proletariats durch die Bourgeoisie in Arbeitende und Arbeitslose; in qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter; durch Vergrößerung der Lohndifferenzen; durch Erhöhung des Konkurrenzdrucks im Akkordsystem etc. ist nicht allein eine nationale Erscheinung, sondern findet ebenso im internationalen Maßstab Anwendung: so stellte das englische, französische usw. Monopolkapital 'seine' Arbeiter unter dem Gesichtspunkt des Verlustes der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den deutschen Monopolen vor die Alternative, entweder ebensolche Verschärfung der Ausbeutung hinzunehmen, oder Entlassungen und Betriebsstillegungen, d.h. das deutsche gegen das Proletariat anderer Länder auszuspielen und so das Proletariat international zu spalten. (55)

Deutschland zahlte von 1924-1929 rund 9 Mrd. Reichsmark Reparationen. Zur gleichen Zeit flossen ca. 10-15 Mrd. Reichsmark an langfristigen, hauptsächlich amerikanischen Krediten und ca. 7 Mrd. RM kurzfristige Anleihen ausländischen Kapitals ins Deutsche Reich, wodurch Kapazitätserweiterungen und die Wiedererringung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ermöglicht wurden. (56)

1927 übertraf die Industrieproduktion die vor 1914. Der deutsche Anteil an der Weltindustrieproduktion erhöhte sich von 8 % 1923 auf 12 % 1928; der Warenexport lag 1927 um 7 % über dem der Vorkriegszeit. (57)

Die internationale Verflechtung des deutschen Monopolkapitals ist in dieser Periode gekennzeichnet durch das Aufkaufen (Opel) bzw. der Beteiligung (AEG, Dynamit AG, Nordd. Lloyd) amerikanischer Monopole an deutschen Betrieben.

54 Spektator: "Rationalisierung und Kartellbildung"; DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE, 7. Jg. 1926, H. 1 (10), S. 19 f.
In der Zeit, verstärkt 1925, reist das dt. Management nach den USA zum Studium des Taylorsystems, das als "Refa-System" (Reichsausschuß für Arbeitsstudien) in Deutschland so eingeführt wird: "Das Kalkulationssystem ist amerikanisch, die technischen Einrichtungen sind deutsch. Also muß der Arbeiter das übrige aus den Knochen herausschinden."; (DIE ROTE FAHNE v. 21.5.1926); Ulbricht bezifferte das Verhältnis auf 20 % technische Verbesserung und 80 % Steigerung der Arbeitsintensität. Vgl. Ulbricht: ZUR GESCHICHTE DER DT. ARBEITERBEWEGUNG, Bd. I, S. 275/80, "Für Achtstundentag".

55 Vgl. Vargas Rede, PROTOKOLL ERWEITERTE EXEKUTIVE DER KI, Moskau 21.3. und 6.4.1925,-Hamburg 1925, S. 136 und 142.

56 IMPERIALISMUS HEUTE, a.a.O., S. 50; Faingar nennt 30 Mrd. Goldmark und stellt fest, daß diese Summe ca. 2/3 des Wertes des gesamten Grundkapitals der dt. Industrie darstelle; I.M. Faingar: DIE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN MONOPOLKAPITALS, Grundriß, Berlin 1957, S. 99.

57 Vgl. Helmut Böhme: PROLEGOMENA ZU EINER SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DEUTSCHLANDS IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT. Frankfurt 1968, S. 117 f.

Der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß wird markiert durch die Bildung der Trusts der IG-Farben und der Vereinigten Stahlwerke; der Stinnes Konzern bricht 1925 auseinander. Ende Oktober 1927, vor Beginn der Krise, waren von 12 000 AG 2 100 mit 63 % des gesamten deutschen Aktienkapitals zu Konzernen zusammengeschlossen. (58)

Wurde oben über die Periode 1918-23 versucht, staatliche Eingriffe in den Wirtschaftssektor im Interesse der zwei Hauptfraktionen der Bourgeoisie bzw. deren Kampf um den Staatsapparat zur Durchsetzung ihrer Sonderinteressen zu untersuchen, soll nun für die Periode 1924-28 dasselbe bzgl. der Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors in seiner Bedeutung für das Monopolkapital unternommen werden.

In der Periode relativer Stabilisierung, in der das deutsche Monopolkapital vor allem seine Weltmachtstellung zurückerobert, kommt es zu einem 'zeitweiligen Interessenausgleich' zwischen den wichtigsten Monopolgruppen. Wiewohl dieser Widerspruch im Zeitraum 24-28 wenig untersucht ist, ist soviel festzuhalten, daß es der Chemie-Elektro-Gruppe gelang, nicht nur den Vorstand des "Reichsverbandes der deutschen Industrie" Ende 1925 mit Duisberg (IG-Farben) zu besetzen, sondern zunehmend auch – vor allem mit Krisenbeginn – weitere wichtige Positionen im Staatsapparat. So waren 1928 17 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der IG-Farben höhere Staatsbeamte und Parlamentsmitglieder; Moldenhauer (IG-F) war Finanzminister der Regierung Hermann Müller, ebenso Dietrich (IG-F), und im 1. Kabinett Brüning; IG 'Farben-Warmbold' war Wirtschaftsminister dreier Kabinette von Oktober bis Januar 1933. (59)

Wie sich diese Fraktion auf die stabilisierten Verhältnisse einstellte, zeigte Duisberg Ende November 1920 vor der von ihm gegründeten "Staatspolitischen Vereinigung":

> "In der Behandlung wichtiger wirtschaftlicher Fragen muß eine Änderung eintreten. Wie man es machen muß, das kann man in Amerika sehen. Die ganze Politik dort wird von einem Gremium von Wirtschaftlern gemacht. Wenn größere Fragen zur Entscheidung stehen, dann treten sie zusammen, sprechen diese durch und setzen Richtlinien fest, nach denen wird dann gearbeitet. Aber wie soll man es in Deutschland machen? Alle diese Dinge werden im Reichstag entschieden. Darum können und müssen wir auf die Parteipolitik einwirken... Nur durch planmäßige Beeinflussung lassen sich alle Schwierigkeiten überwinden." (60)

Praktiziert wurde diese Taktik nicht nur wie oben aufgezählt, sondern hauptsächlich durch Einrichtung eines "geheimen politischen Kabinetts, das Duisburg und Bosch direkt unterstand" (61) und die Verbindung zu allen politischen Parteien sicherte, also sich die Personalunion von Monopolkapital und Staatsbürokratie gar nicht als unbedingt notwendig erwies. Diese Entwicklung, die sich schon im Weltkrieg als institutionelle Verflechtung von Monopolkapital und Staatsapparat in Form der diversen Rohstoffgesellschaften oder Kriegsausschüsse herausbildete – in denen sich dann der Kampf der jeweiligen Monopole um den höchsten Profit abspielte –, scheint sich 1924-28 fortgesetzt zu haben in Gestalt der 8 Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. (62) Die andersgeartete, nämlich – wie

58 ebda., S. 51.

59 Vgl. Rolf Sonnemann, Rudolf Sauerzapf: "Monopole und Staat in Deutschland 1917-1933", in: MONOPOLE UND STAAT, a.a.O., S. 14 ff.

60 ebda., S. 14.

61 ebda.

62 Diese 8 waren: Dt. Industrie und Handelstag/Reichsverband der dt. Industrie/ (Frühjahr 1919 zusammengeschlossen aus Zentralverband deutscher Industrieller und Bund der Industriellen)/Reichsverband des dt. Handwerks/Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes/Zentralverband des dt. Großhandels/Hauptgemeinschaft des dt. Einzelhandels/Reichsverband der Privatversicherungen/Reichsausschuß der dt. Landwirtschaft.

oben geschildert – die die Personalunion anstrebende Politik der Monopole von 1918-23 (Stinnes, Rathenau usf.) scheint die These zu bestätigen, daß "die Personalunion ... offensichtlich nur dann und dort eine Rolle (spielt), wenn und wo der Profit am gefährdetsten war, sei es akut oder potentiell." (63)

Der Krieg war ein relativ ungefährdetes Geschäft, desgleichen die Periode 24-28, in der der Staatsapparat verstärkt im Gesamtinteresse des Monopolkapitals Maßnahmen zur Profitsicherung ergreift.

Während es also den beiden wichtigsten Fraktionen der Bourgeoisie in dieser Periode des 'Waffenstillstandes' um die Stabilisierung der politischen Verhältnisse ging – nicht zuletzt unter den Bedingungen, unter denen das amerikanische Finanzkapital in beiden Monopolgruppen investierte – bildete sich in der Schwerindustrie eine Fraktion unter dem Hugenberg-Flügel der DNVP heraus, der sich aus den reaktionärsten Vertretern im Monopolkapital zusammensetzte, kristallisiert seit 1891 im "Alldeutschen Verband". Diese Fraktion schloß 1931 mit der NSDAP die "Harzburger Front" (64) und erhob in ihren Hochburgen Rheinland und Westfalen über das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat ab 1931 eine Umlage von 5 Rpfg pro verkaufter Tonne Kohle zur Füllung der Parteikasse der NSDAP. (65)

Die wichtigste und in dieser Periode charakteristischste Erscheinung des monopolkapitalistischen Staates ist die Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors und die wachsende Rolle des Staatshaushaltes im Verwertungsinteresse des Kapitals.

> "Diese Tatsache ist in Zusammenhang zu bringen mit der Investitionspolitik der Konzerne und des Staates. Die gemeinsame Politik der Konzerne und der Ministerialbürokratie soll die langfristige Rationalisierung der Industrien ermöglichen , wobei das wirtschaftliche und erst recht das politische Risiko der monopolkapitalistische Staat übernahm... Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß sollen die Monopolprofite sichern und Überproduktionskrisen abhalten." (66)

Das Anwachsen der staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftssektor seit etwa den 70/80er Jahren und das Anwachsen des staatlichen Industrie- und Bankkapitals ist deutlich zu verfolgen; ebenso aber, daß dieses Anwachsen nicht kontinuierlich verlief, sondern die Widersprüche im deutschen Monopolkapital zum Teil erheblich verstärkte:

- war es während des Krieges innerhalb der direkten Verschmelzung von Monopolkapital und Staat(sapparat) bzgl. des gemeinsamen Besitzes von Unternehmen zu solchen "fast ausschließlich auf dem Gebiet der Aluminium- und Stickstoffindustrie sowie in der Elektrizitätsversorgung (gekommen), soweit diese für die gesamten Industriezweige gesichert werden sollte"; (67)

63 Alfred Schröter: "Die Bedeutung der institutionellen Verschmelzung von Staat und Monopolen für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: MONOPOLE UND STAAT, a.a.O., S. 63.

64 Vgl. DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN IN DEUTSCHLAND, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderen bürgerlichen Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. v. einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke. Hist. Inst. der Fr. Schiller – Jena, Bd. 1, Alldt. Verband Fortschrittl. Volkspartei, Leipzig 1968, Stichwort "Alldt. Verband", insbes. S. 3 und S. 21 ff.

65 Kuczynski, a.a.O., S. 37

66 Bernd Rabehl: DKP, Teil B, S. 127.

67 Alfred Schröter: KRIEG-STAAT-MONOPOL 1914-1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischer Kapitalismus in Deutschland während des 1. Weltkrieges, Berlin 1965, S. 127.

- war es nach 1918 dem Monopolkapital, hauptsächlich der Chemie-Elektro-Gruppe im Verein mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften gelungen, mithilfe des Staatsapparates unter der Fahne des 'neutralen Staates' und dem Mäntelchen der 'gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltung', nicht nur "die gefürchtete Sozialisierungswelle ... in andere Kanäle" zu leiten "und (ihren) scheinbar umstürzlerischen Charakter in ruhigere Bahnen" zu lenken, (68) sondern überdies die staatliche Ausdehnung auf dem Wirtschaftssektor in Form der 'Sozialisierungen' auf dem Energie- und Transportsektor ganz im Profitinteresse des Monopolkapitals durchzuführen;
- waren es in derselben Periode die Monopole der Schwerindustrie, die gleichzeitig solche Unternehmungen und alle weiteren 'illusionären' Pläne sozialdemokratischer Ideologen als "Verwirklichung des Kommunismus" bekämpften; (69)

so tritt offiziell in der Periode der relativen Stabilisierung das deutsche Monopolkapital geschlossen gegen jedes weitere "Eindringen der öffentlichen Hand in das private Erwerbsleben" auf. (70)

In Wahrheit bedeutete dies nur, daß das Monopolkapital darauf drängte, die Reste der Errungenschaften der Arbeiterklasse im Gefolge des verlorenen Krieges unter den Bedingungen der ökonomischen Erfordernisse nach der Währungs- und Finanzreform mithilfe des Staates abzuschaffen; die gesamte, die Entwicklung des Kapitals tangierende staatliche Gesetzgebung im Sinne der "freien Wirtschaft" zu revidieren; das hieß, der Staat muß "sich vor allem davor hüten, in organische Prozesse der Wirtschaft Eingriffe zu versuchen", umgekehrt müsse er aber erkennen, "daß die Pflege der Wirtschaftsinteressen eine der wichtigsten Aufgaben des Staates heute ist." (71)

Unter "Pflege der Wirtschaftsinteressen" verstand das Monopolkapital in dieser Periode Förderung des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses durch Übernahme des Risikos für (vor allem langfristige) Investitionen u.a. durch Staatsbeteiligung im Rahmen der Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors; staatliche Garantien für ausländische Kredite und Investitionen; staatliche Subventionen; entsprechende Steuergesetzgebung, (72) 'Sozialpolitik' und Ermöglichung der Erhöhung der Ausbeutungsrate bei gleichzeitiger Garantie der Niederhaltung der Arbeiterklasse, d.h. des 'sozialen Friedens'.

Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft, verstärkt nach Kriegsende, drängte die vor allem auf elektrische Energie angewiesene Stickstoff-, Aluminium- und chemische Industrie auf Übernahme der noch überwiegend privaten (z.B. AEG) E-Werke durch den Staat, da sich das Profitinteresse der E-Industrie störend auf die Produktionskosten der von ihr abhängigen Industrien auswirkte, bzw. umgekehrt sich die Produktionskosten der E-Industrie nicht mehr (vor allem während des Krieges) mit der erreichbaren Profitrate in Einklang

68 Fr. Haussmann: DIE ÖFFENTLICHE HAND IN DER WIRTSCHAFT, München u. Berlin 1954, S. 32 f., zit. n. Kuczynski, a.a.O., S. 87.

69 Hugenberg zit. in: F. Zedermann: WIRTSCHAFTLICHE GEFAHREN EINES KOHLEMONOPOLS, Berlin 1919, S. 10, zit. n. IMPERIALISMUS HEUTE, a.a.O., S. 41.

70 Duisberg am 10.11.1926 als Präsident des Reichsverbandes vor den Spitzenverbänden in Berlin; zit. n. Kuczynski, a.a.O., S. 88.

71 Tagung des Reichsverbandes der dt. Industrie in Köln am 23., 24. und 25. Juni 1925, Berlin 1925, S. 13, zit. n. IMPERIALISMUS HEUTE, a.a.O., S. 47.

72 Die Auswirkungen der Steuergesetzänderung vom 7.8.1925:

	1923/24	1924/25	1925/26
Bezirksteuern (in %)	50,4	27,4	23,0
Massensteuern	49,6	72,6	77,0

(DER REICHSTAG 1924 BIS 1928. 4 Jahre kapitalistische Klassenpolitik. Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion, Berlin 1928, S. 38).

bringen ließen. Kurz: "Die AEG hatte einen Vertrag (mit der Industrie) abgeschlossen, der ihr nicht genug einbrachte. Also verlangte sie aus ihm entlassen zu werden und verkaufte das Werk an das Reich." (73)

Kuczynski weist auf eine weitere Variante bzgl. Verstaatlichung bzw. Reprivatisierung hin: "Immer, wenn die äußerste(? d.Verf.)Reaktion sich öffentliche Betriebe zuschanzen will, mit denen sie glaubt, ihre Profite steigern zu können, weist sie auf die 'Unrentabilität' solcher Betriebe hin. Umgekehrt, wenn sie glaubt, daß private Betriebe zu rentabel sind bzw. ihre Profite sie stören, verlangt man ihre Verstaatlichung. Dabei wechseln die Auffassungen im Laufe der Zeit." (74) Hierfür sind am sprichwörtlichsten die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die temporären Versuche, sie zu reprivatisieren (Stinnes).

Der Staat tritt aber nicht nur als Agent des Monopolkapitals auf, sondern – wie schon oben auf anderer Ebene ausgeführt – ebenso als Förderer des spezifischen Interesses von Monopolgruppen und zugleich als profitinteressierter Teil eines bestimmten Monopols. Gemeint sind die 'Mischformen' innerhalb des staatlichen Wirtschaftssektors. Z.B. war es im Stickstoffsyndikat (reichseigene VIAG und 'private' Monopole) das vereinte Ziel, durch Produktions- und Preisabsprachen sowie gemeinsamen Absatz über die Beherrschung des Inlandmarktes Monopolprofite zu erreichen. Man zögerte auch nicht, sich – nachdem die IG-Farben den Weltmarkt zusammen mit internationalen Konkurrenten aufgeteilt hatte – von den IG-Farben in das internationale Kartell eingliedern zu lassen. Kuczynski zieht daraus den Schluß, daß "staatliche Betriebe, die einem Monopol angehören, ... von den 'privaten Betrieben' innerhalb dieses Monopols nicht zu unterscheiden (sind), und bei internationalen Verhandlungen ... die Vertreter des Staats- und der privaten Betriebe auswechselbar (sind)." (75) Diese 'Mischform' "der staatlichen Beteiligung wirkte sich für das Monopolkapital günstig aus. Der Staat ... sah sich zum Bau oder Ausbau der notwendigen Produktionskapazitäten gezwungen. Das Risiko lag nicht nur bei hoher, sondern auch bei niedriger Kapitalbeteiligung des Reiches, die dafür mit hohen Darlehen verbunden war, zu großen Teilen beim Staat. Jedoch sicherte die Aktienverteilung den mitbeteiligten Monopolen stets die Kommandogewalt über diese Unternehmen durch Aktienmajorität." (76)

3. Zusammenfassung

Die Politik der Bourgeoisie bzw. ihrer Fraktionen ist der konzentrierte Ausdruck ihrer bzw. ihrer jeweiligen Ökonomie. Entscheidend für die Analyse der ökonomischen und politischen Stabilisierung der Herrschaft der Bourgeoisie nach 1918/19 ist, ihren Ursprung bloßzulegen in Kriegswirtschaft, Arbeitsgemeinschaftspolitik und der gewandelten Rolle des Staates. Es wurde gezeigt, daß in der Inflationsperiode das ökonomische und damit politische Schwergewicht bei den Monopolgruppen lag, die mit der höchsten Profitrate produzierten, d.h. bei der Schwerindustrie, die die meisten Arbeitskräfte beschäftigen konnte, "ohne daß deswegen das konstante Kapital vermehrt zu werden brauchte. Es dauerte aber Jahre, bis diese Gruppen den Staatsapparat unmittelbar in die Hände bekamen, und als das geschah, d.h. im wesentlichen erst 1924, war die Grundlage dieser Machtposition durch Stabilisierung und Dawes-Pakt-Annahme bereits im Verschwinden.

73 Vgl. Kuczynski, a.a.O., S. 96.
74 ebda., S. 97.
75 ebda., S. 104.
76 Schröter, a.a.O., S. 128.

Einige schwerindustrielle Konzerne wurden ganz oder teilweise liquidiert." (77) Ausschlaggebend für die Periode ab 1924, in der "die Zusammensetzung des Reichskabinetts ... tatsächlich im allgemeinen den Machtverhältnissen der deutschen Bourgeoisie entspricht..." ist die Übereinstimmung und weitgehende Zusammenarbeit in den entscheidenden Fragen zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie, den Spitzenverbänden der Industrie, der Reichsregierung etc. (78)

Die hauptsächliche Entwicklungstendenz der Verschärfung der Widersprüche im nationalen und internationalen Maßstab hinsichtlich Deutschlands basiert auf dem Zwang zur Wiedererringung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit zum Wiedererstarken des deutschen Imperialismus. "Mit verstärkter internationaler Konkurrenz auf dem Weltmarkt muß aber eine verstärkte Fortsetzung des Rationalisierungsprozesses, d.h. auch der Freisetzung von Arbeitskräften, stattfinden", (79) denn im Gegensatz zu seinen imperialistischen Konkurrenten kann sich das deutsche Monopolkapital im Ergebnis des Krieges nicht mehr auf koloniale Extraprofite stützen. Von hier vor allem erhält der ab 1926 wieder einsetzende deutsche Kapitalexport seine ökonomische Bedeutung. (80) Der deutsche Imperialismus erhält damit "nach außen eine lebensfähige Basis, die zu weiteren Machtverstärkungen anderer Art (z.B. auf militärischem Gebiet) führen muß"; für die Arbeiterklasse bedeutet dies "eine weitere Stärkung der deutschen Bourgeoisie." (81)

Aufgabe dieses Teils war es, einen Überblick über Grad und Charakter dieser "Stärke" der deutschen Bourgeoisie zu geben. Es wird so möglich, zu Aussagen darüber zu kommen, inwiefern die Analysen der Kommunistischen Internationale und der KPD das Kräfteverhältnis vor allem zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse richtig bestimmten: darüberhinaus die ökonomischen und politischen Entwicklungstendenzen des deutschen Kapitalismus.

77 A. Friedrich: "Entwicklungstendenzen der deutschen Bourgeoisie", in: DIE INTERNATIONALE, 10. Jg., H. 25, 10 1.27, S. 773 ff; hier S. 776.
Forts. a.a.O., S. 70 ff., H. 2/3., 1.2.27; ders., "Exportiert Deutschland Kapital ? Zur Frage des Charakters des dt. Imperialismus", a.a.O., 1.4.1927, H. 7, S. 202 ff. Diese drei Artikel dürften die erste präzise Analyse der Stabilisierung der Arbeiterbewegung sein, die die KPD machte.
Zur Liquidierung des Stinnes Konzerns, der aufgrund der Investitionsbedingungen (Kapitalmangel) nach der Inflation notwendig auseinanderbrechen mußte: DIE INTERNATIONALE, 10. Jg., 1927, S. 434 ff. H. 7; ebda., S 442 ff.; ebda., S. 449 ff.
78 Friedrich, a.a.O., S. 776;
Vgl. dazu: M. Rubinstein: DIE KONZENTRATION DES KAPITALS UND DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE, Bibliothek der RGI, Bd. 29, Berlin 1924, S. 29 ff.; Rubinstein schildert die Entwicklung auch für Europa
79 Friedrich, a.a.O., H. 2/3, S. 73.
80 E. Varga: "Der Kapitalexport in der Weltwirtschaft", in: DIE INTERNATIONALE, 10. Jg., 1927, H. 12, S. 366.
81 Friedrich, a.a.O., S. 202.

SOPO 5/70 (März)
E. Altvater: Konjunkturanalyse
E. Hildebrandt: Septemberstreiks 1969
P.R. Schilling: Brasilien I
A. Schubert: Warenzirkulation
Diskussion zur Zentralisation und Konkurrenz der Kapitale

III Die Analysen der Kommunistischen Internationale über Deutschland von 1921 bis 1925 (82)

1. Vom 3. Weltkongreß 1921 bis zum 5. Weltkongreß 1924

Der 3. Kongreß der KI sah sich 1921 gezwungen, eine umfassende Analyse der Weltlage zu leisten, nachdem sich für die Revolution in den westlichen Ländern Lenins Einschätzung von 1918 zu bewahrheiten schien. Lenin formulierte den Gegensatz zwischen Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie in Rußland und in Westeuropa in der Diskussion um den Brester Vertrag folgendermaßen:

> "Ein rückständiges Land kann leicht den Anfang machen, weil sein Feind zersetzt, weil seine Bourgeoisie unorganisiert ist, um aber das Werk fortzusetzen, braucht man hunderttausendmal mehr Umsicht, Vorsicht und Ausdauer. In Westeuropa wird das anders sein, dort ist es unermeßlich viel schwieriger, den Anfang zu machen, dort ist es unermeßlich viel leichter, weiter voranzukommen. Das kann auch nicht anders sein, weil dort das Proletariat unermeßlich viel organisierter und geschlossener ist." (83)

Varga, der zusammen mit Trotzki das Referat über die Weltlage auf dem 3. Kongreß übernommen hatte, ging in seiner die Diskussion vorbereitenden Broschüre "Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft" von der Fragestellung aus, ob die Nachkriegskrise "eine ebenso vorübergehende Erscheinung" wie "alle bisherigen Krisen" sei, oder ob sie aber "einen entscheidenden Schritt zur vollständigen Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" bedeute. (84)

Diese Fragestellung kennzeichnet sämtliche Diskussionen über die Nachkriegssituation der imperialistischen Länder und die Taktik der kommunistischen Parteien bis zum Frühjahr 1925.

Varga kommt in der Abwägung der Konsolidierungs- und Verfallserscheinungen des europäischen Kapitalismus zum Ergebnis, "daß der europäische Kapitalismus sich nicht nur nicht konsolidiert hat, sondern daß der Verfall weitergeht." (85) Varga kommt zu diesem Ergebnis

- aufgrund der Unterschätzung der Bedeutung der sozialen Stabilisierung der Herrschaft der Bourgeoisie, deren Bestehen er zwar als wichtig für die Analyse betont, (86) sie aber nicht in Zusammenhang bringt mit der Rolle und Bedeutung der reformistischen Arbeiterorganisationen, im Gegenteil angesichts der Kämpfe der Arbeiterklasse die Unabhängigkeit der Massen von diesen Organisationen überbewertet: "Der Glaube an die Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Weltordnung ist aus der Seele der Massen entwichen. Das ist das Wichtigste." (87)

82 Die Analysen der Lage in Deutschland werden ab 1921 von der KI bzw. dem EKKI gemacht; ab 1920/21 gab es seitens der KPD keine selbständigen Analysen mehr.
83 Lenin: "Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", 29.4 1918, Tagung des Gesamtruss. ZEK, WERKE, Bd. 27, Berlin 1960, S. 281. Vgl. Bd. 27, S. 395 u. 464.
84 E. Varga: DIE KRISE DER KAP. WELTWIRTSCHAFT, Hamburg 1921, S. 1 f.
85 ebda., S. 54.
86 ebda., S. 50.
87 ebda., S. 54.

- aufgrund der falschen Einschätzung der Bedeutung der Inflation (88) für die Reproduktion des fixen Kapitals; als Schwäche des Kapitals wird interpretiert, was ein Ausdruck ihrer Stärke ist; in engem Zusammenhang damit die Verkennung der Bedeutung der in der Inflationsperiode vorgenommenen Zentralisation als Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten (89), d.h. Verminderung der toten Kosten der Zirkulationssphäre;
- aufgrund der falschen Einschätzung der Rolle des US-Kapitals für die ökonomische Stabilisierung des europäischen Kapitals: "Die fortwährenden Revolutionen haben Europa in den Augen der amerikanischen Kapitalisten diskreditiert! Sie wollen von Europa nichts mehr wissen!" (90)
- aufgrund der falschen Einschätzung der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern (vor allem USA und England); (91)
- aufgrund der allgemeinen Überschätzung des subjektiven Faktors, d.h. der nach vier Jahren Krieg und fortschreitender absoluter Verelendung möglichen Widerstandskraft, Widerstandsfähigkeit und -bereitschaft der Arbeiterklasse. (92)

Trotzki präzisierte Varga in der Frage der Einschätzung der Lage gegenüber der von 1919: die Entwicklung führe entgegen der sozialdemokratischen Behauptung der "Konsolidierung" des Kapitalismus aufgrund der "tiefen ökonomischen Depression" nach wie vor "zur Revolution". (93) Im Gegensatz zu 1919, als die Revolution eine "Frage von Monaten" schien, sei sie es nun eine "vielleicht von Jahren", (94) denn "abstrakt theoretisch" sei die "Herstellung des kapitalistischen Gleichgewichts" möglich. (95)

Diese schüchternen Versuche, die objektiven Tendenzen der Entwicklung in den kapitalistischen Ländern auf dem 3. Kongreß auszusprechen, d h. das Ende der unmittelbar im Gefolge des Krieges revolutionären Situation, sind zurückzuführen auf das vor allem von der deutschen Delegation ausgehende Beharren auf der Betonung des "revolutionären Gehalts der Kriegsperiode" und des "krisenhaften Charakters", was von Trotzki ebenso wie die "Verschärfung des imperialistischen Konflikts" "nicht scharf genug hervorgehoben" worden sei. (96) Folglich wurden die Thesen an die Kommission zurückverwiesen, wo sie eine "Verschärfung" bzgl. der Betonung des revolutionären Charakters der gegenwärtigen Situation erfuhren. Darüber Varga rückblickend 1925: "Vielleicht darf ich darauf hinweisen, daß manche von jenen Genossen (Thalheimer, Frölich u.a.; d.Verf.), die z.B. am 3. Kongreß mit aller Gewalt darauf gedrungen haben, die Perspektive zu verschärfen, den Zusammenbruch des Kapitalismus auf einen näheren Termin vorauszusagen, heute auf dem äußersten rechten Flügel stehen..." (97)

88 ebda., S. 53.
89 ebda., S. 56.
90 ebda., S. 59.
91 ebda., S. 61 ff.
92 ebda., S. 54/57.
93 PROTOKOLL DES 3. KONGRESSES DER KI (Moskau, 22.6. bis 12.7.1921), Hamburg 1921, Bibliothek der KI, XXIII, S. 80 f.
94 ebda., S. 90.
95 ebda., S 80; vgl. Lenin, ebda., S. 746 f.
96 ebda., S. 113 f.
97 PROTOKOLL, ERWEITERTE EXEKUTIVE DER KI, Moskau 21.3./6.4.1925, Hamburg 1925 S. 135. Die Diffamierung am Schluß des Satzes ist in diesem Zusammenhang ohne Belang.
Vgl. auch Vargas Rede auf dem 5. Kongreß, PROTOKOLL. 5. KONGRESSES DER KI (Moskau 17.6. bis 8.7.1924), Bd. I und II, Hamburg o.J., (1925), S. 108; und Trotzkis Rede auf dem VII. EKKI-Plenum 1926, INPREKORR 1926, Nr. 160, S. 2938; ebenso Varga: AUFSTIEG ODER NIEDERGANG DES KAPITALISMUS, Hamburg 1924 S. 6, Anm. 1.

Die Thesen über die Weltlage und über die Taktik spiegeln die Diskrepanz zwischen der Analyse der objektiven Situation – die in den Thesen über die Weltlage gegenüber Vargas Analyse und Trotzkis Rede bzgl. Stabilisierung der Herrschaft der Bourgeoisie eindeutiger formuliert ist – und der Einschätzung der Entwicklungstendenzen wider: (98) Die 'Betonung' der objektiv revolutionären Situation als Mittel, um das aktuelle Ende der unmittelbar revolutionären Situation nicht eindeutig aussprechen zu müssen, erweist sich für die Taktik der kommunistischen Parteien auf dem 3. Kongreß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Offensivstrategie als verhängnisvolles 'taktisches' Zugeständnis; die objektiv revolutionäre Situation 1921 zu betonen, die sich objektiv einstellt mit der Erreichung der Entwicklungsstufe des Kapitalismus, in der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zur Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte werden und im Proletariat als der größten Produktivkraft dem Kapital sein eigener Totengräber erwächst, ist ein Gemeinplatz.

Dieser Hang, sich in die eigene Tasche zu lügen, wurde analog der sich immer deutlicher abzeichnenden Stabilisierung der Herrschaft der Bourgeoisie immer höher kultiviert: So wurde in der den 4. Weltkongreß vorbereitenden Konferenz der Erweiterten Exekutive Anfang 1922 die kapitalistische Wirtschaft auf der "absteigenden Bahn ihrer Entwicklung" gesehen, die "ihrem Ende entgegengeht". (99)

Der 4. Weltkongreß der die Einschätzung des 3. Kongresses bestätigte, stellte fest: "Die Lage bleibt objektiv revolutionär und selbst der geringste Anlaß kann heute der Ausgangspunkt großer revolutionärer Kämpfe werden." (100) Radek gibt in seiner zentralen Rede einerseits richtig an, daß "... die Offensive des Kapitals nicht eine vorübergehende Ausnutzung der Schwäche der Arbeiterklasse, sondern ein weitzügiger Plan für ein Jahrzehnt" ist (101) und "die Eroberung der Macht als momentane aktuelle Aufgabe nicht auf der Tagesordnung" steht. (102) Auf der anderen Seite steht die reine Phrase: "Die Taktik der Kommunistischen Internationale muß zugeschnitten sein auf die nächste Zeit, obwohl ihre Perspektiven die ganze Epoche umfassen. Unsere Perspektive ist nicht nur die alte geblieben, sondern je länger die Epoche der kapitalistischen Offensive dauert, desto mehr zeigt sich die Bourgeoisie unfähig, ihre Macht zu befestigen; und nicht als agitatorische Tirade, sondern als tiefe theoretische Überzeugung, ist unsere Ansicht, daß es für sie keinen Ausweg gibt." (103)

Der 5. Weltkongreß im Sommer 1924 machte es sich zur Aufgabe, nachdem auf dem 3. Kongreß zum letztenmal Thesen zur Weltwirtschaftslage formuliert worden waren, diese auf ihre künftige Richtigkeit hin zu überprüfen. Die Vorarbeit dazu leistete Varga in "Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus". Varga kommt zu dem Ergebnis, daß "die akute soziale Krise des Kapitalismus, die instinktive, unorganisierte Rebellion der Arbeiterklasse bei Kriegsschluß gegen die kapitalistische Gesellschaft ... im großen und ganzen als überwunden" erscheint; "die ökonomische Krise des Kapitalismus ... sich gemildert" hat, "aber nicht überwunden" ist; (104) "die unmittelbare Zukunft" ist von einer "alsbald zu erwartenden Krise in Europa gekennzeichnet". (105)

Der Sinn solcher globaler Einschätzungen der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft ist in seiner Bedeutung für die Taktik der kommunistischen Parteien, die sich vor allem vor das Problem der richtigen Bestimmung der Tagesforderungen und deren Lösung gestellt sehen, äußerst fragwürdig. Zumindest sind aber einige Thesen Vargas in ihrer Bedeutung für die "unmittelbare Zukunft" einfach falsch. (106) Es nimmt also nicht Wunder, wenn sich Vargas Einschätzungen über die "Aussichten der Revolution" eher wie ein Wetterbericht lesen: "Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus birgt ... in Europa gute Möglichkeiten einer erfolgriechen Revolution", (107) "erst im Jahre 1924 zeigen sich die ersten Zeichen einer neuen revolutionären Welle". (108)

Varga sieht in seiner Rede vor dem 5. Kongreß die Thesen des 3. Kongresses in ihrer ursprünglichen, nichtradikalisierten Form durch die Entwicklung seit 1921 bestätigt, d.h. bzgl. der Prognostizierung der tendenziellen Überwindung der Nachkriegskrise. (109) Bei Sinowjew liest sich das schon etwas anders: "Es besteht für uns absolut kein Anlaß, auf diesem Gebiet die Auffassungen der KI zu ändern, wie sie in den Resolutionen des 3. und 4. Kongresses niedergelegt sind". (110) Und er verhilft der Phrase zu ihrem Recht, wenn er sagt, die "Periode der Krise, des Niedergangs, des Untergangs des Kapitalismus hält an ... Auf politischem (!) Gebiet ist sie noch krasser als auf ökonomischem, weil das politische Gebiet empfindlicher (!) ist als das ökonomische." (111) Varga macht offenkundig 'Zugeständnisse' und erklärt gleichfalls, "daß die Krisenperiode unvermindert anhält und wahrscheinlich in diesem Jahre schon, im Jahre 1924, besonders scharfe Formen annehmen wird"; (112) daß die Möglichkeit gegeben ist, "in verschiedenen Ländern durch gut geführte revolutionäre Aktionen Erfolge und vielleicht endgültige Erfolge zu erzwingen." (113)

Hinsichtlich Deutschlands gibt Varga wieder unzutreffende Analysen in entscheidenden Fragen der Entwicklungstendenzen des deutschen Monopolkapitals. Aus der Überproduktionskrise in den USA, der dadurch notwendigen "Exportoffensive", leitet er Rückschläge für die Konjunktur in Europa ab, die sich in Deutschland unter dem Eindruck des Kredit- und Kapitalmangels verschärften. (114) Im Gegensatz dazu war die US-"Exportoffensive" eine Kapitalexportoffensive, die den deutschen Geldmangel beseitigte und dem deutschen Monopolkapital die organisatorische und dann technische Rationalisierung ermöglichte und so zur Wiedererringung seiner Stellung auf dem Weltmarkt verhalf; dies steht auch

98 THESEN UND RESOLUTIONEN DES III. WELTKONGRESSES DER KI, Moskau v. 22.6 -12.7.1921; Hamburg 1921, S. 8 ff., S. 32 ff.; insbes. S. 10 These 5/S. 17 ; 20/ S. 24; 34/ S. 25; 35/ S. 26/27; 37/ S. 28; 39/ S. 29; 40/ S. 33-35; 2.
99 Die Taktik der KI gegen die Offensive des Kapitals. BERICHT ÜBER DIE KONFERENZ DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KI, Moskau v. 24.2.-4.3.1922, Bibl. der KI 27, Hamburg 1922, S. 156.
100 THESEN UND RESOLUTIONEN DES IV. WELTKONGRESSES DER KI, Moskau v. 5.11.-5.12.1922, Hamburg 1923. S 10.
101 Karl Radek: DIE OFFENSIVE DES WELTKAPITALS UND DIE TAKTIK DER KI. Zwei Reden, gehalten auf dem 4. Weltkongreß der KI im Nov. 1922, Bibl. der KI 34, Hamburg 1923, S. 14 f.
102 ebda., S. 31.
103 ebda., S. 61
104 E. Varga: AUFSTIEG ODER NIEDERGANG DES KAPITALISMUS, a.a.O., S. 13.
105 ebda., S. 66.
106 ebda., S. 11, These 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9; S. 12 These I, III, IV.
107 ebda., S 13.
108 ebda., S. 49.
109 PROTOKOLL 5 KONGRESS, a.a.O., S. 108 f.
110 ebda., S. 58.
111 ebda.; Zusätze in Klammer von uns; abgesehen davon, daß es unsinnig ist, den Kapitalismus auf "politischen Gebiet" für "empfindlicher" zu erklären als auf ökonomischem, was historisch eben gerade die nahezu geschlossene Front der deutschen Bourgeoisie und ihres Agenten, der Sozialdemokratie, der zu berücksichtigende Hauptfaktor der Klassenverhältnisse im Ergebnis der Inflation und der Regelung der Reparationsfrage.
112 ebda., S. 109.
113 ebda., S. 131.
114 ebda., S. 122.

im Gegensatz zu Vargas Annahme der Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Monopole auf dem Weltmarkt. In diesem Zusammenhang wird seine Analyse der Bedeutung der Lösung der Reparationsfrage natürlich auch falsch und begründet damit, daß er Deutschland perspektivisch sich zum "Kolonialland neuen Typs für die Ententebourgeoisie" entwickeln sieht, (115) dem "Schwanzimperialismus" Maslowscher Provenienz.

Aus der falschen Einschätzung der Reparationsfrage resultiert der Irrtum bzgl. des aufnahmeunfähigen Inlandsmarktes (116) u.a. aufgrund des niedergedrückten Standards der deutschen Arbeiterklasse. Diese These allein abgeleitet vom Anwachsen der Arbeitslosenzahl wird falsch, wenn sie nicht in Zusammenhang gebracht wird mit dem Ansteigen des Standards der Beschäftigten gegenüber der Inflationsperiode aufgrund relativer Lohnerhöhungen, 'Sozialleistungen' etc., die 'möglich' wurden aufgrund der Rationalisierungen, der Arbeitstagsverlängerung, d.h. das Kapital produzierte mit hoher Profitrate, 'konnte sich also Lohnerhöhungen leisten'. (117) U.a. diese Instrumente zur Spaltung und Bestechung eines Teils der Arbeiterklasse, die Negierung ihrer Bedeutung für die Taktik, erweisen Sinowjews und Vargas Prophezeiungen "besonders scharfer Formen" der Klassenkämpfe als Beschwörungsformeln. – Die ganze Widersprüchlichkeit der KI-Analyse drückt sich aus einerseits in der vorsichtigen Erwähnung der stattfindenden Stabilisierung des Kapitalismus (118) gegen die 'linke' Stimmung auf dem Kongreß, vor allem (wieder) in der deutschen Delegation, (119) andererseits in der Unfähigkeit, die Bedingungen und Möglichkeiten revolutionärer Kämpfe in Zusammenhang zu bringen mit der konkreten Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen, d.h. den Satz "aber sozial, machtpolitisch hat sich der Kapitalismus trotzdem, trotz der Verschärfung der Klassengegensätze gefestigt" zum Mittelpunkt der Analyse und Diskussion zu machen und nicht zur Marginalie im Schlußwort. (120)

2. Die Einschätzung der "relativen Stabilisierung" auf dem V. EKKI-Plenum und die Analyse Bucharins

Im Herbst 1924 hatte die KPD praktisch die Verbindung mit der Arbeiterklasse verloren sowie über die Hälfte ihrer Mitglieder. (121) Diese Tatsache kennzeichnete nicht nur die deutsche Situation. Aufgrunddessen bemühte sich das EKKI-Plenum im Frühjahr 1925 um eine realistische Analyse der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage, gegen

115 ebda., S. 126.
116 ebda., S. 123.
117 Zu den "Thesen zur Weltwirtschaftslage" heißt es folglich, das Kapital sei "objektiv unfähig ..., die Forderungen des Proletariats zu erfüllen." THESEN UND RESOLUTIONEN DES 5. WELTKONGRESSES DER KI, Moskau v. 17.6.-8.7.1924, Hamburg 1924, S. 49.
1924/25 stieg im Deutschen Reich der Durchschnittswochenlo n von 26,50 auf 35,60 Mark; 1928: 42,70. Das Existenzminimum stieg von 41,20 auf 49 Mark. Die Reallöhne näherten sich 1928 dem Vorkriegsstand. Vgl. J. Kuczynski: DIE GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER UNTER DEM KAPITALISMUS, Teil I, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 5; Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S 222.
118 Vgl. auch Thesen und Resolutionen 5. Kongreß, S. 38/49.
119 Vgl.: PROTOKOLL 5. KONGRESS, S. 454-456. Schlußwort Sinowjews; S. 193, Beitrag R. Fischers; S. 440, Beitrag Ulmers.
120 ebda., S. 444, Schlußwort Vargas.
121 PROTOKOLL DER (V.) ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KI, Moskau 21.3.-6.4.1925, Hamburg 1925, Beitrag Clara Zetkins, S. 174-176

"Illusionen von Ultralinks", (122) also die Zusammenbruchstheoretiker, wie gegen die "Stabilisierungsanbeter". (123) Sinowjew, der das grundsätzliche Referat hielt, räumt ein, daß die KI zu lange gezögert hatte, die sich seit Ende 1923 (124) abzeichnende Stabilisierung des Kapitalismus, die Rekonstruierung der kapitalistischen Weltwirtschaft als Ende der akutrevolutionären Situation vor allem in Deutschland anzuerkennen: "Heute sehen wir, daß die Atempause für die Bourgeoisie länger anhält, als wir dachten..."; (125) "wir brauchen das Bestehen einer gewissen Stabilisierung des Kapitalismus weder zu verschweigen noch zu vertuschen". (126)

Sinowjew wendet sich gleichzeitig mit der Betonung der Fortdauer der "objektiv revolutionären Weltlage" (127) im Ergebnis der russischen Revolution und des Weltkrieges gegen die inhaltlich von den Sozialdemokraten aufgestellte Theorie des "organisierten Kapitalismus", d.h. der Aufhebung der Widersprüche im Kapitalismus, der Aufhebung des Klassenkampfes aufgrund der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion und des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses in Richtung 'friedliches Hineinwachsen in den Staatssozialismus' in Form des "Generalkartells" . (128)

Daß die Stabilisierung des Kapitalismus "ernsten Schwankungen unterworfen ist" (129), leitet Sinowjew richtig vor allem aus den Arbeitslosenheeren, der Entwicklung der Widersprüche unter den imperialistischen Ländern aufgrund des Dawes-Planes und der revolutio-

122 ebda., S. 372.
123 Sinowjew: "Weder die Propheten eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs noch die Stabilisierungsfatalisten haben recht. Recht dagegen hat die Kommunistische Internationale. Die allgemeine Prognose und Linie des 5. Weltkongresses bleibt bestehen." PROTOKOLL V. EKKI, a.a.O., S. 23.
124 Varga gibt mit 1920 aufgrund der Berücksichtigung der sozialen Stabilisierung den Zeitpunkt richtig an, PROTOKOLL V. EKKI, a.a.O., S. 135.
125 ebda., S. 23.
126 ebda., S. 26.
127 ebda., S. 35.
128 Vgl Rudolf Hilferding: DAS FINANZKAPITAL, Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1955; ders.; ORGANISIERTER KAPITALISMUS, Referat und Diskussion, Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel, Raubdruck Berlin 1970.
129 PROTOKOLL V. EKKI, a.a.O., S. 24.

SOPO 8/70 (September)
Hübner/Pilch/Riehn: Kritik der "Produktiven und unproduktiven Arbeit"
Bischoff/Ganssmann/Kümmel/Löhlein:
Mystifikation und Klassenbewußtsein
Produktive und unproduktive Arbeit
Altvater/Huisken:
Produktive und unproduktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien der Klassenanalyse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals

nären Bewegungen in den Ländern der 3. Welt ab. Die KI habe ihre Taktik deswegen "sowohl auf ein langsames, schleppendes als auch ein schnelleres Tempo der Entwicklung des Klassenkampfes einzustellen." (130)
Varga, der nach 1923 nahezu einzige, der in der KI für Analysen über die kapitalistische Ökonomie kompetent war, differenziert im Gegensatz zu Sinowjew zwar zwischen ökonomischer und sozialer Stabilisierung, geht aber dann auch nicht auf den Charakter, die politische Erscheinung der Stabilisierung der Herrschaft der Bourgeoisie genauer ein. (131)
Varga warnt davor, in den alten Fehler nur mit anderem Vorzeichen zu verfallen, nämlich nun die Stabilisierung des Kapitalismus zu überschätzen, (132) aufgrund der sozialen Stabilisierung die Analyse des spezifischen Charakters der ökonomischen zu vernachlässigen. (133) Die ökonomische Stabilisierung betreffe vor allem die Zirkulationssphäre, entscheidend für Festigkeit und Dauer der Stabilisierung sei nicht aber diese, sondern die Produktionssphäre, auf die dieser Grad der Stabilisierung keinesfalls zutreffe. Die Krisenhaftigkeit der hauptsächlichen kapitalistischen Länder beruhe auf dem "weit über die Absatzmöglichkeiten hinaus" gewachsenen industriellen Produktionsapparat. (134) Varga hat damit völlig richtig den Charakter der zu erwartenden Krise angegeben: die Überproduktionskrisen begleitet von Unterkonsumtionskrisen (Arbeitslosigkeit) Ende der 20er Jahre; die Verschärfung des Kampfes um die Stellung auf dem Weltmarkt, die Verschärfung der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern. (135)

Von einer eindeutigen Auseinandersetzung mit den falschen Analysen und der daraus resultierenden falschen (ultralinken) Taktik der KI vor dem 5. EKKI-Plenum, die für die in den einzelnen, vor allem der deutschen KP, stattfindenden Diskussionen unbedingt notwendig gewesen wäre, kann nicht gesprochen werden. Die richtigen Ansätze dazu in der Diskussion auf dem Plenum gingen ihrer Bedeutung nach nicht in die "Resolution zum Bericht der Exekutive" ein. Im Gegenteil, offensichtlich unter dem Trauma, eine bruchlose Entwicklung der Arbeit der KI konstruieren zu müssen, wird festgestellt, "daß die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zur politischen und wirtschaftlichen Lage wie zur Taktik der kommunistischen Parteien sich als vollkommen richtig erwiesen haben..." (136) Genau dazu paßt denn auch die Wunschvorstellung anstelle des wirklichen Zustandes der kommunistischen Parteien, die "ihren Einfluß auf die Arbeitermassen und auf die Massen der Bauern (vertieft) und (erweitert) und ihre Aktionsfähigkeit (gesteigert)" hätten. (137)
Die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und der Klassensituation in den kapitalistischen Gesellschaften durch die Komintern lösten sich sehr bald von der Marxschen und Leninschen Untersuchungsmethode und leiteten die Revision des Marxismus ein, der sich in der Gegenwart in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ausdrückt. (138) Ein organisationssoziologischer Vergleich der Stabilität des Monopolkapitalismus und der Stabilität der Sowjetwirtschaft bildete die Grundlage für eine realpolitische Konstruktion einer Widerspruchskette, die weder die Tendenzen der kapitalistischen Produktion und erst recht nicht den Inhalt, Umfang und Zielrichtung der Klassenkämpfe aufdecken konnte. Lenin war in seiner Imperialismustheorie der Marxschen Disposition gefolgt und hatte aus den Schranken der erweiterten Reproduktion des fixen Kapitals die Etappenbestimmung des Imperialismus und der Klassenkämpfe angegeben, aus der die Taktik der proletarischen Partei abgeleitet werden konnte. Die Tendenz der fallenden Profitrate, die Tendenz der Konzentration und Zentralisation der Produktion, die Tendenz der Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft, die Tendenz der Militarisierung der Gesellschaft, der politischen Reaktion, des Bürokratismus und Parasitismus zeigten die Richtung der Klassenkämpfe und damit die Strategie der revolutionären Arbeiterpartei an. In der Komintern wurde vom Standpunkt der sowjetischen Industrialisierung die Widersprüchlichkeit des Monopolkapitalismus scholastisch aufgezählt.
Bucharin, der zu diesem Zeitpunkt die Analysen anfertigte, kam 1926 zum gleichen Ergebnis wie 10 Jahre vorher; (139) das Wertgesetz und die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise waren durch die staatskapitalistische Monopolwirtschaft aufgehoben. Das Wachsen der Produktionsmittelindustrie ab 1919 und damit die gesamte Stabilisierung des Kapitalismus wurde nach Bucharin durch "außerwirtschaftliche Faktoren" erreicht. (140) Erst in zweiter Linie beachtete er die Konkurrenz der monopolkapitalistischen Gruppen, die zur Intensivierung der Ausbeutung und damit zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter führte. Die Entwicklung der Sowjetwirtschaft war jedoch der wichtigste Faktor, der auf die Stabilität des Kapitalismus einwirkte: "Das ausgesprochene Relative, Labile, Partielle der kapitalistischen Stabilisierung wird uns noch klarer werden und noch stärker zutage treten, wenn wir einen Blick auf jene schwerwiegenden Faktoren werfen, die offen und unmittelbar die kapitalistische Stabilisierung untergraben und von wahrhaft welthistorischer Bedeutung sind. Es handelt sich um den Aufbau der UdSSR, die große chinesische Revolution und den Riesenstreik der englischen Kohlearbeiter." (141) Bei der Gewichtung der Hauptfaktoren der Zersetzung des Kapitalismus trat die russische Frage in den Vordergrund, sie wurde zum Haupthindernis oder "außerwirtschaftlichen" Hauptwiderspruch der kapitalistischen Produktion; sie war "die wichtigste Frage der internationalen Revolution " (142) "Darum stellt schon allein die Existenz des Sowjetstaates für den Imperialismus eine tödliche Gefahr dar. Darum können keine Erfolge des Imperialismus von Dauer sein, solange der Sowjetstaat auf der Welt besteht und sich entwickelt." (143) Der internationale Klassenkampf hatte sich in erster Linie das Ziel zu setzen, "das Bollwerk der Revolution" zu unterstützen. (144)

130 ebda., S. 35.
131 Vgl. ebda., S. 135 f.
132 ebda., S. 135.
133 ebda., S. 136.
134 ebda., S. 137.
135 Varga gibt in diesem Zusammenhang auch die zutreffendste Analyse der Bedeutung des Dawes-Planes für die Zuspitzung der Widersprüche zwischen Deutschland, Frankreich, England und den USA, ebda., S. 141 ff.
136 THESEN UND RESOLUTIONEN. ERWEITERTE EXEKUTIVE, März/April 1925, Hamburg 1925, S. 5.
137 ebda., S. 6.
138 IMPERIALISMUS HEUTE: Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1968.
139 Der früher zersplitterte und unorganisierte Kapitalismus wird durch den organisierten Kapitalismus ersetzt, SPARTAK, Juni 1917, Moskva; siehe Bucharin: DIE KAPITALISTISCHE STABILISIERUNG UND DIE PROLETARISCHE REVOLUTION, Moskau 1926 ähnlich J.W. Stalin: "Zur internationalen Lage und zu den Aufgaben der kommunistischen Parteien", Bd. 7, S. 44; ders.: "Zu den Ergebnissen der Arbeiten der XIV. Konferenz der KPR(B)", ebda., S 78 und S. 84; Bd. 9, erweitertes Plenum des EKKI, S. 35.
140 "Der Ablauf der wirtschaftlichen Zyklen vollzieht sich demnach in Formen, die den Begriff Zyklus ganz nahezu aufheben. Die Wirtschaft erscheint oft so eng mit Faktoren außerwirtschaftlicher Natur (Okkupation, soziale Klassenkonflikte, 'Politik' schlechthin) verbunden, daß von einem normalen, gewohnten Entwicklungsgang keine Rede mehr sein kann." N. Bucharin: DIE KAPITALISTISCHE STABILISIERUNG..., S. 12.
141 ebda., S. 17.
142 ebda.
143 J.W. Stalin: "Zur internationalen Lage...", Bd. 7 S. 47.
144 Ders.: ebda., S. 49; siehe auch Bucharin: DIE KAPITALISTISCHE STABILISIERUNG, S. 98.

IV Die Analysen der KPD über Deutschland bis 1925

1. Die Analysen auf dem 2. und 4. Parteitag 1919 und 1920

Hervorzuheben ist – angesichts der Heftigkeit der Klassenkämpfe, der Verfolgungen durch die Konterrevolution, der Illegalität, der organisatorischen Schwäche –, daß die zutreffendsten Analysen der ökonomischen Entwicklungstendenzen des deutschen Kapitalismus, des Kräfteverhältnisses der Klassen und der Rolle des bürgerlichen Staates, der Moral der Arbeiterklasse und der Lage der Kommunistischen Partei von der KPD auf ihren ersten Parteitagen gemacht worden sind; (145) d.h. Analysen, die es verstanden, die Einschätzung der objektiven Faktoren zu verbinden mit den Aufgaben und der Rolle der revolutionären Partei in den Klassenkämpfen; den Charakter und die Stärke der Klassenkämpfe zu bestimmen ohne jede Phrasendrescherei und ohne Zugrundelegung von Wunschvorstellungen über den Zusammenbruch des Kapitalismus und die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse: "Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt." (146)

Der Zeitpunkt, zu dem die KPD den Boden des Marxismus verließ, ist bestimmbar: Mit der 'Rettung der Republik' durch die vereinte Arbeiterklasse vor der 'monarchistischen' Reaktion, der folgenden Offensive des Kapitals gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse im Gefolge des Novemberumsturzes, der fortschreitenden Verelendung des Proletariats, dem Ende der revolutionären Situation, erhob sich gegen die richtige Einschätzung dieser Änderung der Situation und gegen ihre Konsequenz, die grundsätzlich richtig angegebene Einheitsfrontpolitik, starker Widerstand – zweifellos auch unter dem Eindruck der Vereinigung mit der linken USP – vor allem seitens der Berliner und Hamburger Bezirksleitung (Maslow, Fischer, Friesland), die sich nach dem Rücktritt der Levi-Zentrale im Februar 1921 unter Brandler voll durchsetzten und noch vor der Märzaktion mit der "Offensivtheorie", die auf dem nahen Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus gründete, (147) den Bruch zwischen Proletariat und seiner Avantgardeorganisation einleiteten.

145 Paul Levi, "Die politische Lage", BERICHT ÜBER DEN 2. PARTEITAG DER KPD (S) vom 20.-24.10.1919, hrsg.v.d.KPD (S), o.O.o.J., S. 6 ff., insbes. S. 9/10.
Paul Levi, "Die politische Lage und die Parlamentswahlen", BERICHT ÜBER DEN 4. PARTEITAG DER KPD (S) vom 14.u.15.4.1920. Hrsg.v.d.KPD (S), o.O.o.J., S. 4 ff., insbes. S. 16-19, S. 23.
Vergl. dazu die Auseinandersetzung mit Levi in der INTERNATIONALE: E. Pawlowsky (d.i.Varga): "Verfall oder Entwicklung der Produktivkraft in Deutschland", DIE INTERNATIONALE, 4. Jg., 1922, H. 3, S. 63 ff.

146 "Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik", BERICHT 2. PARTEITAG, a.a.O., S. 5.

147 KOMMUNISTISCHE PARTEIKORRESPONDENZ, 2. Jg., 15.12.1922, Nr. 23, S. 281.
Wie eindeutig vom Zusammenbruch des Kapitalismus ausgegangen wurde, zeigen weniger klar die Parteitagsprotokolle als vielmehr das Schulungsmaterial der KPD als Grundlage ihrer Praxis, also doppelt schwerwiegend. In der KOMMUNISTISCHEN PARTEI-KORRESPONDENZ, zusammen mit der KOMMUNISTISCHEN PROPAGANDA, dem Vorläufer des PARTEIARBEITER, wird in einer "Kursus-Disposition" für Referenten über "Entwicklung und Untergang des Kapitalismus" ausgeführt: "Die kapitalistische Gesellschaft ist nicht mehr fähig, ihre Produktion zu steigern und ihren Arbeitskräften ein auskömmliches Dasein zu verschaffen." (281) "Der Wiederaufbau mit Hilfe der SPD versagt völlig, weil Wiederaufbau auf anarchisch-kapitalistischer Grundlage unmöglich ist." (282)

"Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Triebrad der Revolution."
(Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln)

2. Die Analysen auf dem 2. (7.) Parteitag 1921 und auf dem 3. (8.) Parteitag 1923

Nachdem auf dem 3. Weltkongreß die vorsichtigen Versuche Trotzkis und Vargas, von einer Stabilisierung des Kapitalismus (insbesondere in Deutschland) als grundlegend für die Taktik der kommunistischen Parteien auszugehen, hauptsächlich auf den Widerstand der deutschen Delegation gestoßen waren, (148) ist es nicht verwunderlich, wenn sich in der Diskussion auf dem 2. (7.) Parteitag über die diesbezügliche Resolution des 3. Kongresses die 'linken' Tendenzen (149) durchsetzten, zumal der Parteitag auch noch im Zeichen der Diskussion um die Einschätzung der Märzkämpfe und des Ausschlusses Paul Levis verlief.

Von einer Bewältigung der Aufgabe, die Thesen des 3. Kongresses durch die Analyse der deutschen Situation zu konkretisieren, kann nicht gesprochen werden. Beiden Hauptreferaten, dem "Bericht über den 3. Weltkongreß" (150) wie den "nächsten Aufgaben der Partei" (151) ist gemeinsam, verbal die Thesen des 3. Kongresses – den verhängnisvollen Kompromiß zwischen den Offensiv- und Zusammenbruchstheoretikern und den 'Rechten' – zu vertreten, (152) in ihrer Präzisierung bzgl. der deutschen Situation aber nach wie vor den Zusammenbruch des Kapitalismus, die Stabilisierungstendenzen also so wenig wie möglich zugrundezulegen. Genauer: Von einer selbständigen Analyse der deutschen Situation ist nicht zu sprechen. An dem Referat Trotzkis wird alles das hervorgehoben, was die eigenen Thesen stützt, alles jene Relativierende wird verbunden mit der Kritik in der Diskussion des 3. Kongresses an Trotzkis Thesen und dem gegen Trotzkis Thesen gerichteten Referat Radeks. Die Beschlüsse des 3. Kongresses, auf die sich die Resolution des 2. Parteitages stützt, werden an entscheidender Stelle ihres Zusammenhangs beraubt und somit 'verschärft'. (153)

148 Vergl. zu den o.a. Stellen noch den BERICHT ÜBER DEN 3. KONGRESS auf dem 2. (7.) Parteitag; (BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 2. (7.) PARTEITAGS DER KPD (Sektion der KI), abgehalten in Jena v. 22.-26.8.1921, hrsg.v.d. Zentrale der KPD, Berlin 1922, S. 190).

149 Duvell nennt sie "Maslowleute";
Bernhard Düwell: "Vom Maschinengewehr zum Stimmzettel", UNSER WEG, 3. Jg., Sept. 1921, H. 10, S. 277.

150 BERICHT 2. (7.) PARTEITAG, a.a.O., S. 186 ff.

151 ebda., S. 302 ff.

152 "Die Stöcker und Koenen und ihre Freunde haben das gefährliche Kompromiß des Weltkongresses benutzt, um ein noch gefährlicheres Kompromiß mit der Linken in Deutschland zu schließen. Dies Kompromiß in Deutschland aber unterscheidet sich von dem Moskauer Kompromiß in einem wesentlichen Punkte: es ist nicht zweideutig und auslegungsfähig, sondern absolut eindeutig und bestimmt." Curt Geyer: "Das Jena der VKPD", UNSER WEG, 3. Jg., 1921, H. 10, S. 275.
In einem Beitrag im selben Heft ("Der Sieg des Putschismus. Beiträge zur Bewertung des Parteitags von Jena", S. 279 ff.) schildert ein Anonymus die Situation in der KPD, die die Beherrschung des Parteitags durch die Linken (Maslowleute etc.) erklärt.

153 Vergl. z.B. THESEN UND RESOLUTIONEN DES 3. KONGRESSES, a.a.O., Abschnitt 6, S. 50 f. und BERICHT ÜBER DEN 2. PARTEITAG, "Beschlüsse des Parteitags", a.a.O., S. 409.
Vergl. dazu die ausführliche Kritik im UNSER WEG, 3. Jg., Sept. 1921, H. 10, insbes. S. 286 f.

"Die anderen Dinge, Genossen, die bei den deutschen Genossen eine gewisse Animosität gegen die Auffassungen Trotzkis erzeugt haben – auch die deutsche Delegation hat heftig gegen die Anschauungen Trotzkis gekämpft –, sind nicht von so großer Bedeutung wie die einfache Feststellung der Tatsache: ob es mit dem Kapitalismus bergab geht oder ob er sich zeitweilig erholt – die kommunistische Partei hat keine Ursache, zu verzweifeln, der Sieg wächst ihr zu." (154)

Alle Fehler, die Varga und Trotzki in ihren Referaten unterliefen, bzw. die taktischen Zugeständnisse, tauchen auf dem 2. Parteitag vergröbert auf; bzgl. der Stabilisierung der Herrschaft der Bourgeoisie: "Wir sehen, wie es in Deutschland die Bourgeoisie gewiß verstanden hat, die November- und Märzstürme abzuwehren und sich vorübergehend zu behaupten. Aber von einer wirklichen Konsolidierung der Bourgeoisie, wirtschaftlich und politisch genommen, kann man in Deutschland nicht reden." (155) Die Zentralisation wird in ihrer ökonomischen Bedeutung völlig verkannt: "... so kommen wir zu dem Schlusse, ... daß wir ein Stagnieren des Wirtschaftslebens sehen, t r o t z des großen Konzentrationsprozesses in der deutschen Industrie..."; (156) ebenso verhält es sich mit der Einschätzung der Inflation, der Rolle des Bankkapitals in der Inflationsperiode und der wachsenden Bedeutung des Staatshaushalts. (157)

Folglich heißt es in der "Resolution zu den Beschlüssen des Dritten Weltkongresses...": "Die tatsächliche Entwicklung in Deutschland zeigt, daß infolge der Kriegsnachwirkungen der Verfall des Kapitalismus unabwendbar ist." (158)

Die einzige, im wesentlichen zutreffende Analyse der deutschen Situation leistete in der Zeit nach den Märzkämpfen Levi bzw. die "Sowjetgruppe". (159) Aus dem "... Erstarken des staatlichen Machtapparates sowohl als aller wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie und des Unternehmertums"; dem Abwälzen der Reparationslasten auf die Arbeiterklasse, die in ihrem Kampf um die Existenzgrundlage "im Unterschied aber zu der ähnlichen Situation im Sommer 1919 ... diesmal auf festorganisierte Unternehmerverbände" stößt, "die keinen Zoll Boden kampflos abtreten werden", wird richtig die Notwendigkeit abgeleitet, daß die Kämpfe "von einem geschlossenen Proletariat geführt werden müssen", d.h. die KPD nicht nur verbal die Konsequenzen aus der Märzniederlage zu ziehen, sondern sich in die Kampffront des Proletariats einzugliedern hat. (160)

Diese Konsequenz ist als schärfste Kritik an den Zusammenbruchstheoretikern und davon abgeleitet, deren Auffassung von der Rolle der revolutionären Partei in den Klassenkämpfen zu verstehen, die sich in der KPD von der Offensivtheorie 20/21 bis zur "Organisierung der Revolution" bzw. "organisierten Entfesselung der Revolution" 1924/25 erstreckt und auf dem 2. Parteitag so variiert wurde: "Genügt der Druck der Partei nicht, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf zu führen, so ist es die Pflicht der VKPD, zu

154 BERICHT 2. (7.) PARTEITAG, a.a.O., S. 190.
155 ebda., S. 303.
156 ebda., S. 306; Hervorhebung von mir; außerdem handelt es sich in der Hauptsache in der Periode 1918-23 um Zentralisation des Kapitals, nicht Konzentration.
157 ebda., S. 306-309.
158 ebda., S. 408; auf S. 418 werden die "Verelendungserscheinungen" als Ergebnis des "zerfallenden deutschen Kapitalismus" gekennzeichnet.
159 also Genossen, die aufgrund ihrer Kritik an der Politik der KP-Führung ausgeschlossen worden waren, (wobei nichts zur Sache tut, daß Levi gegen die Linken 1919 genau gleich vorging) bzw. auf dem 2. Parteitag noch ausgeschlossen werden. Die Analyse dieser Gruppe wurde dem Parteitag als Resolutionsentwurf vorgelegt, wurde aber mit keinem Wort erwähnt. Der Resolutionsentwurf "Die nächsten Aufgaben der Kommunisten" ist abgedruckt in: UNSER WEG, 3. Jg., Sept. 1921, H. 10, S. 269 ff.
160 "Die nächsten Aufgaben...", a.a.O., S. 270.

versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen zum Kampf zu führen." (161) Levis diesbezügliche Kritik ist vernichtend und richtig:

"Welch eine Vorstellung, die hinter diesen Worten liegt! Das Verhältnis der Kommunisten zu den Massen ist 'der Druck'. Der Druck wird ausprobiert, ob er genügt oder ob er nicht genügt. Die Vorstellung ist also die, daß die kommunistische Partei ein den großen Massen entgegengesetztes Wesen ist, das an den Massen herumprobiert, ob sie geneigt sind, dem 'Druck' nachzugeben oder nicht... Der alte Gedankengang, als könne man die Massen, wir sagten damals 'zur Revolution prügeln', kehrt jetzt in der Form wieder, als könne man sie zur Revolution 'drücken'. Der ganze Gedanke des Kommunismus als organischem Verwachsensein der Kommunisten mit den Massen und des historischen Werdens der Aktion ist aufgegeben..." (162)

Die Katastrophe im Herbst 1923 läßt sich nur erklären durch die Bestimmung der Verkommenheit der marxistischen Theorie in der KPD, ihre Unfähigkeit das Kräfteverhältnis der Klassen und ihr Verhältnis zueinander konkret zu analysieren, die Rolle der KPD innerhalb der Arbeiterbewegung in dieser Phase der Inflation, der Hunger- und Arbeitslosenstreiks, und davon abgeleitet ihre Taktik.

Der Oktoberniederlage ging der 3. (8.) Parteitag voraus, der die "Zerfallskrise" des Kapitalismus endlich ihrem Ende entgegengehen sieht; (163) der politische Ausdruck hierfür ist die Verdrängung der "kleinbürgerlichen Demokratie" (!) in Form der SPD-Koalition – die nach Meinung der KPD damit die ganze Zeit gegen das Kapital regiert haben muß – durch das vereinigte Großkapital. (164)

Neu an dieser Analyse der "politischen Lage und (den) nächsten Aufgaben des Proletariats", (165) einer dem Anspruch nach sich auf dem Boden der marxistischen Theorie begreifenden Partei, sind die national-chauvinistischen Anklänge zum Zwecke der Köderung des sich unter den Folgen seiner Expropriation durch das Monopolkapital nach rechts radikalisierenden Kleinbürgertums in einer Situation, in der das Proletariat, insbesondere die KPD für das Kleinbürgertum keineswegs eine durch manifeste materielle Macht ausgewiesene Alternative zu bieten vermag. Die in den Schlageter-Reden Radeks, Ruth Fischers u.a. (166) am besten formulierten Phrasen nationaler Borniertheit hatten ihren Vorläufer bereits in der auf dem 3. (8.) Parteitag offen verkündeten kleinbürgerlichen Ideologie bzgl. Ruhreinmarsch und 'Deutschland auf dem Wege zur demütigenden Rolle als Entente-Kolonie': (167) "Hier wie dort bietet die Bourgeoisie die Hand dazu, die nationale und staatliche Selbständigkeit preiszugeben, da sie als ausbeutende Klasse sich lieber mit dem äußeren (!) Feind verbindet und verständigt, als daß sie die Volkskräfte (!) entfesselt, die ihre soziale Machtstellung bedrohen würden. Die Bourgeoisie der besiegten Länder opfert überall skrupellos das Interesse der nationalen Selbständigkeit und Unabhängigkeit, ja der

161 BERICHT 2. (7.) PARTEITAG, a.a.O., S. 409.
162 Paul Levi: "Das Ergebnis des Parteitags der VKPD", UNSER WEG, 3. Jg., 1921, H. 10, S. 267.
163 BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES III. (8.) PARTEITAGES DER KPD (Sektion der KI), abgehalten in Leipzig v. 28.1.-1.2.1923, hrsg.v.d.Zentrale der KPD, Berlin o.J., S. 408.
164 ebda., S. 411 (Zusatz in Klammern von uns).
165 ebda., S. 408 ff.
166 Vergl. KOMMUNISMUS UND NATIONALE BEWEGUNG. SCHLAGETER. Eine Auseinandersetzung. Karl Radek, Paul Frölich, Graf Ernst Revntlow, Möller van den Bruck, Berlin 1923.
Vergl. auch: DIE KPD IM EIGENEN SPIEGEL, Aus der Geschichte der KPDund der III. Internationale, Berlin 1926, S. 57 ff., insbes. S. 75.
167 BERICHT 3. (8.) PARTEITAG, a.a.O., S. 408, S. 410.

nationalen Existenz ihrer Ausbeuterinteressen." (168) Es werden nicht nur Anleihen bei der Nomenklatur der Faschisten gemacht – "Brechung der Raubwirtschaft des einheimischen Kapitals" –, (169) die Notwendigkeit des "revolutionären Verteidigungskrieges" (170) zur Rettung des deutschen Imperialismus vor dem französischen in Aussicht gestellt, sondern auch der Marxismus offen revidiert mit Begriffen wie "Volkskraft" und "werktätiges Volk". (171)

> "Marx und Engels haben solche Leute, die die Differenzierung der Gesellschaft in Klassen nicht genügend beobachteten, die ganz allgemein nur von Produzenten, Volk und Werktätigen sprechen, rücksichtslos bekämpft. Die Begriffe 'werktätig' oder 'arbeitend' dürfen nicht verallgemeinert werden. Im Grunde genommen gibt es keine werktätige oder arbeitende Klasse von Menschen; entweder sind es die kleinen über Produktionsmittel irgendwelcher Art verfügenden Eigentumsmenschen, deren Psychologie und Lebensform kapitalistischen Gepräges ist, oder es sind Lohnarbeiter." (172)

Die in dieser Phase endgültige Abwendung von einer den Massen verständlichen, ihren Interessen entsprechenden proletarischen Politik zeigt sich in der Durchsetzung der Maslow-Fischerschen 'Auffassung' der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung in der KPD.

Für die KPD hat "Schuld" an der politischen Entwicklung die SPD und die Gewerkschaften. (173) Folglich ist "die Überwindung der Sozialdemokratie, ihre Liquidation zugunsten des Kommunismus und der proletarischen Revolution... die zentrale Aufgabe des vor (der KPD) liegenden Kampfabschnittes" sowie "die Loslösung der Arbeiter von den sozialdemokratischen Führern..." (174) Maslow über Einheitsfront:

> "Bei einzelnen Genossen oder Gruppen von Genossen besteht die Auffassung, daß die KPD eine Arbeiterpartei neben anderen Arbeiterparteien sei und als ob es die Aufgabe sei, sie im Kampfe zusammenzubringen mit der SPD zu einer Kampfkoalition von Parteien. Ich glaube im Gegensatz dazu, daß es Aufgabe der KPD ist, diejenigen Arbeiter, die den Sozialdemokraten noch (!) nachlaufen, in die Kämpfe hineinzubringen, um sie hinter die Führung der KPD zu bringen." (175)

Karl Korsch kritisierte nicht nur als einziger die abstrakten Phrasen, sondern zeigte auch richtig die Konsequenzen einer solchen Politik auf:

> "Auch wir wollen die Einheitsfront und Arbeiterregierung als Propaganda benutzen. Aber wir wissen dabei, daß für eine kommunistische Partei das wirkliche Ziel ihrer Propagandatätigkeit in nichts anderem besteht, als in der Organisation des wirklichen revolutionären Kampfes der p r o l e t a r i s c h e n K l a s s e. Mit einer solchen Denkweise (wie Fischer-Maslow) würde unsere Partei immer eine bloße Sekte bleiben, die von einer reinen Formulierung ihrer Ziele zu immer reineren Formulierungen fortschreitet, dabei aber immer beim bloßen Denken und Reden bleibt und niemals das wird, was die kommunistische Partei werden muß: eine aktionsfähige Massenpartei." (176)

Da die Fischer-Maslow noch über keine Mehrheit in der KPD verfügen, werden der deutschen Arbeiterklasse vom Redaktionskomitee in klarster Widersprüchlichkeit und unter Ersetzung der Dialektik durch den Sophismus "Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung" vorgelegt:

> "So ist der Kampf um die Einheitsfront gegenwärtig in bedeutendem Maße ein Kampf um die Loslösung der Massen von der reformistischen Taktik und Führung"... "Die Taktik der Einheitsfront ist kein Manöver zur Entlarvung der Reformisten. Die Entlarvung der Reformisten ist umgekehrt ein Mittel zur Herstellung der einheitlich geschlossenen Kampfesfront des Proletariats." (177)

Die Rolle der KPD im Einheitsfrontkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie wird nunmehr programmiert:

> "Im Verlauf dieser Kämpfe erweist sich die kommunistische Taktik der Taktik der Reformisten überlegen. Die Sozialdemokratie wird zermürbt. Die Kommunisten gewinnen die Sympathie und das Vertrauen der Massen, der Frauen und Männer, und die Kommunistische Partei wird im Verlaufe dieser Abwehr- und Offensivkämpfe zur unbestrittenen Führerin der Arbeiterklasse." (178)

War im EKKI-Präsidium im Januar 1924 – es sollten die "Lehren aus den deutschen Ereignissen" gezogen werden – bei der Charakterisierung der deutschen Sozialdemokratie als faschistisch wenigstens nur von den "leitenden Schichten" die Rede, bzw. von einer "Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske", (179) erklärte Sinowjew auf dem 5. KI-Kongreß ex cathedra, die Sozialdemokratie sei "zu einem Flügel des Faschismus geworden". (180)

168 ebda., S. 409 (Zusatz in Klammern von uns).
169 ebda., S. 414.
170 ebda., S. 415.
171 ebda., S 414.
172 Lenin: "Über die Einheit der Partei, Rede auf dem X. Kongreß", Moskau, März 1921, RUSSISCHE KORRESPONDENZ, Jg. II, Bd. 1, Jan.-Juni 1921, Nr. 5, S. 319.
173 BERICHT 3. (8.) PARTEITAG, a.a.O., S. 412.
174 ebda., S. 415.
175 ebda., S. 338.
176 ebda., S. 360/361 (Zusatz in Klammern und Hervorhebung von uns).
177 ebda., S. 416 und 417.
178 ebda., S. 417.
179 DIE LEHREN DER DT. EREIGNISSE, Das Präsidium des EKKI zur dt. Frage, Januar 1924, Hamburg 1924, S. 105 f.
180 PROTOKOLL, 5. KONGRESS DER KI, a.a.O., S. 67; in den "Thesen zur Taktik der Komintern", (THESEN UND RESOLUTIONEN DES 5. WELTKONGRESSES DER KI, Moskau, v. 17.6.-8.7.1924, Hamburg 1924, S. 17 f.) schlug sich Sinowjews Definition der Sozialdemokratie nicht so eindeutig nieder. Die Sozialdemokratie wird hier abwechslungsweise charakterisiert als "dritte Partei der Bourgeoisie", d.h. der Partei des Kleinbürgertums; als "in gewissem Sinne Flügel der Bourgeoisie, stellenweise sogar des Faschismus"; als "linke Hand des modernen Kapitalismus";"soweit es sich um ihre führenden Schichten handelt".

Nr. 4/1970

KULTUR UND POLITIK

Theorie und Praxis

Klaus Pierwoß:	Zur Bundes- und Burgtheaterreform
Jürgen Hofmann:	Bemerkungen zur Theatralik des Faschismus
Michael Siegert:	Ein Burgtheaterdirektor (Streiflichter aus Österreichs Vergangenheit)
Dieter Schrage:	Zwischen Verwaltung und Kommerz – Zur Situation der bildenden Kunst Österreichs im Spätkapitalismus
Rolf Schwendter:	Versuch über Wiens Underground
Josef Bucek:	Betrifft: Wolfgang Bauers "Change"

THEORIE UND PRAXIS/ Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Herausgegeben vom VSStÖ, A-1010 Wien, Werdertorgasse 6, Tel. (0222) 63-68-48
Postscheckkonto 41.099 (Wien) Ab: öS 80,–. DM 12,–
Probeexemplar frei

Das Präsidium des EKKI reduzierte unter dem Eindruck der Niederschlagung der Aufstandsversuche in Sachsen und Hamburg unter aktiver Beteiligung der SPD-Regierungen die 1921 auf dem 3. Kongreß richtig angegebene Taktik der Einheitsfrontpolitik auf die "Einheit von unten". "Mit den Soldknechten der weißen Diktatur gibt es kein Verhandeln! Das ist es, was jetzt alle Kommunisten in Deutschland klar erkennen und mit wuchtiger Sprache laut vor dem gesamten deutschen Proletariat verkünden müssen". (181)

Die moralische Argumentation, die revolutionäre Phrase ersetzt die konkrete Analyse der realen Lage als Voraussetzung jeder revolutionären Taktik. Die "Einheit von unten" ist eine leere Formel in einer Situation, in der die Massen durch die Niederlage demoralisiert sind, die KPD alles andere ist als verankert in den Betrieben und den Massenorganisationen des Proletariats, ganz im Gegenteil die KPD während der Illegalität über die Hälfte ihrer Mitglieder verliert. (182)

Von der Unfähigkeit, den Konterschlag der Bourgeoisie in Verbindung zu bringen mit den sozialen Bedingungen, die das Kapital benötigt zur ungestörten organisatorischen und technischen Rationalisierung, sind die vom EKKI angegebenen "nächsten Aufgaben der Partei" gekennzeichnet:

> "Die Grundeinschätzung der Lage in Deutschland, welche im September (1923!) von der Exekutive des Komintern gegeben ist, bleibt im wesentlichen bestehen. Der Charakter der eingeleiteten Kampfphase, sowie die Hauptaufgaben der Partei bleiben dieselben. Die KPD darf die Frage des Aufstandes und der Machteroberung nicht von der Tagesordnung streichen." (183)

3. Die Analyse auf dem 9. Parteitag 1924

> "Der Frankfurter Parteitag sah vor sich die bitterste Pflicht, die eine Partei im Verlauf ihrer Entwicklung zu erfüllen hat: er mußte den politischen Plan, nach dem die Partei über ein Jahr marschiert war ... für falsch erklären, er mußte die Beschlüsse des vorhergehenden Parteitages aufheben, er mußte die Führung der Partei ändern... Wir erwarten, daß dieser Parteitag die schwerste Periode der Kommunistischen Partei Deutschlands, die der Kinderkrankheiten und der Wachstumsbeschwerden abgeschlossen ... hat." (184)

Der weinerliche Pathos der nun 'linken' Zentrale, faktisch nach dem Beispiel bürgerlicher Kabinettsbildung auf der Januartagung des EKKI eingesetzt, (185) ist in jeder Beziehung lachhaft. Die Analyse der Oktoberniederlage als "Angriffskämpfen des Proletariats" und in ihrer Konsequenz die Bestimmung der Perspektive der weiteren Entwicklung kann bestenfalls als zynisch bezeichnet werden. Am besten wird die Einschätzung der Situation durch die KPD charakterisiert durch den entsprechenden Passus im Brief des EKKI an den Parteitag:

---

181 LEHREN DER DT. EREIGNISSE, a.a.O., S. 106.

182 ebda., S. 102; Hermann Weber: DIE WANDLUNG DES DEUTSCHEN KOMMUNISMUS, Bd. 1, S. 362.

183 LEHREN DER DEUTSCHEN EREIGNISSE, a.a.O., S. 107 (Zusatz in Klammern von uns).
Die KI und die KPD gingen davon aus, nahe davor zu sein, "die Mehrheit in der deutschen Arbeiterklasse zu bekommen..." (PROTOKOLL V. KONGRESS, a.a.O., S. 73, Sinowjew).

184 BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES IX. PARTEITAGES DER KPD, (Sektion der KI), abgehalten in Frankfurt/M. v. 7.-10.4.1924, hrsg.v.d.Zentrale der KPD, Berlin 1924, Vorwort, S. 7 f.

185 Vergl. LEHREN DER DT. EREIGNISSE, a.a.O., S. 74, 75, 78 und 84.

> "Die proletarische Revolution in Deutschland ist unvermeidbar. Die Fehler in der Einschätzung des Tempos der Ereignisse, begangen im Oktober 1923, haben der Partei viele Schwierigkeiten verursacht. Dies ist aber trotz allem nur eine Episode. Die grundlegende Einschätzung bleibt bestehen. Die Revolution kommt, die Revolution wird kommen." (186)

Später, 1925, hieß es dann, eine nüchterne Einschätzung der Lage habe als "konterrevolutionäre Perspektive" gegolten. (187)

Ausgehend von einer von vorn bis hinten falschen Analyse der ökonomischen Entwicklungstendenzen und der Klassenverhältnisse in Deutschland (188) glaubt die KPD die schon unsinnige Prognose des EKKI über die mögliche Revolution binnen Jahresfrist noch 'verschärfen' zu können bzgl. der Abhängigkeit der "entscheidenden Kämpfe" in Deutschland vom "subjektiven Faktor". (189)

Die "Liquidierung der Auffassungen des Leipziger Parteitages" bzgl. der Einheitsfronttaktik – im Zusammenhang mit der Einheitsfronttaktik bezeichneten Fischer-Maslow die Oktoberniederlage als Zusammenbruch des "Kommunistischen Revisionismus" – (190) d.h. der Durchsetzung der 'linken' Phrase der "revolutionären Einheitsfront von unten", bedeute konsequenterweise die Ausrufung der KPD zur "einzige(n) Partei des Proletariats"; (191) bedeutet "Vernichtungskampf" und "Hetze" "gegen die Reformisten". (192)

Die Avantgarde-Rolle der revolutionären Partei im Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie erweist sich nicht in der Praxis, im Vertrauen, das sich die Partei innerhalb der Arbeiterklasse im Kampf um die Tagesforderungen erringt, resultierend aus der Einschätzung der jeweils spezifischen konkreten Situation, verbunden mit der jeweiligen Etappenbestimmung der Klassenkämpfe bzgl. des Maximalprogramms.

Im Selbstverständnis der KPD i s t sie die Avantgarde des Proletariats qua definitionem, die "einzige Arbeiterpartei", die in den Kämpfen "die breitesten Massen" sammelt und diese "hinter ihre Führung" bringt dadurch, daß sie "ihnen verständliche Kampflosungen" ausgibt, diese "zur Kampfeseinheit zusammenschweißt", "den Einfluß aller nichtkommunistischen Parteien" bricht. (193)

Die Sektierer der neuen Zentrale, um Phrasen nie verlegen, haben für die Durchführung dieser Aufgaben der KPD auch die passende Parole parat, "Organisation der Revolution": (194) "Ihre Aufgaben führt die KPD durch, um die Revolution zu organisieren. Die KPD organisiert andererseits die Revolution, indem sie diese Aufgaben löst." (195)

---

186 BERICHT IX. PARTEITAG, a.a.O., S. 66.

187 Ernst Schneller: "Einige Gegenbemerkungen". DIE INTERNATIONALE, 1925, H. 5, S. 266.

188 "Die KPD weiß aber von vornherein, daß jede sogenannte Lösung dieser Krise durch irgendwelche Abmachungen oder Vereinbarungen von imperialistischen Mächten untereinander und mit kapitalistischen Gruppen und Regierungen der besiegten Länder weder die Gesamtkrise lösen, noch auch nur die Teilkrise. BERICHT IX. PARTEITAG, a.a.O., S. 361-363, hier S. 363.

189 Vergl. BERICHT IX. PARTEITAG, a.a.O., S. 66 und S. 370.

190 IML, ZPA, 3/1/1608, Bd. 9, zit. H.J. Fieber: DER KAMPF UM DIE HERAUSBILDUNG DES MARXISTISCH-LENINISTISCHEN ZK DER KPD IN DER ZEIT VOM FRÜHJAHR 1925 BIS ZUR PARTEIKONFERENZ DER KPD AM 31.X./1.XI.1925, Diss. PH Karl Marx v. 11.4.1969, Berlin, S. 54, Anm. 104.

191 BERICHT IX. PARTEITAG, a.a.O., S. 376 f.

192 ebda., S. 383 und 385.

193 ebda., S. 381.

194 ebda.

195 ebda., S. 383.

Der mechanischen Ableitung der Revolution aus der Krise (196) entspricht das Selbstverständnis der Partei als deus ex machina der Revolution als höchstem Ausdruck der längst vollzogenen Liquidierung der Diskussion über "das Verhältnis von revolutionärer Massenbewegung und Partei", um "die Dialektik von Spontaneität und Avantgarde". (197)

Das "Prügeln zur Revolution", das "Drücken", die "Organisierung der Revolution" taucht nun auf als Charakterisierung des Wesens der bolschewistischen Partei, die "das Proletariat in der Richtung auf die Revolution in Bewegung" setzt; (198) eine Bestimmung der Rolle der Partei von tiefster Ignoranz sowohl hinsichtlich Lenins und der KPR zu Lenins Zeiten, als auch bzgl. der deutschen Arbeiterklasse und der Notwendigkeit ihrer Organisation unter vorgefundenen Verhältnissen.

> "Die Prognosen der Partei scheinen dem Generalstabsplan einer Armee entnommen zu sein: brennt die kapitalistische Festung durch Selbstentzündung, dann bläst das Oberkommando zum Angriff; die wachgerüttelten Arbeiter greifen zu den Waffen und brechen in das befreiende Hurra aus." (199)

4. Die Analyse auf dem 10. Parteitag 1925

Schon in den Januar-Thesen war die KPD nicht mehr von der Wahrscheinlichkeit unmittelbar bevorstehender Endkämpfe ausgegangen, vielmehr kam sie aufgrund der Analyse der Bedeutung des Dawes-Planes für das deutsche und internationale Kapital (200) und aufgrund der Oktoberniederlage (201) zum Schluß, die "Verschleppung der deutschen Krise"

196 Vgl. ebda., S. 362 f.

197 Bernd Rabehl, in: FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl: DKP – EINE NEUE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI, Parlamentarismusdebatte 2, Berlin 1969, S. 141.

198 DIE KPD, DIE EINZIGE ARBEITERPARTEI IM DAWES-DEUTSCHLAND. Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD. Einstimmig angenommen auf der Tagung ZA am 10./11.1.1925, Ergänzungsheft 1, zum Jahrgang 1925, DIE INTERNATIONALE, Berlin 1925, S. 7. Diese Thesen sind als eine Art Minimalprogramm der KPD zu verstehen, nachdem seit dem Spartakusprogramm nur 1922 kurz über die Notwendigkeit eines neuen Programms diskutiert wurde. Vgl. BERICHT ÜBER DEN 3. (8.) PARTEITAG, a.a.O., S. 49 ff; Vgl. DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER DT. ARBEITERBEWEGUNG, Bd. VII, 2, Berlin 1966, S. 147 ff.

199 Rabehl, a.a.O., S. 141 f.

200 Vgl. DIE KPD, DIE EINZIGE..., a.a.O., S. 10 ff; Falsches mengt sich dabei mit Richtigem. Die Unlösbarkeit der spezifischen Wirtschaftskrisen aufgrund des Dawes-Planes wird richtig gesehen; Die Entwicklung der imperialistischen Widersprüche falsch. Das Schwergewicht der Bedeutung des Dawes-Planes für das deutsche Kapital liegt nach der Einschätzung der KPD in dem von Maslow erfundenen inhaltlich falschen Begriff "Afterimperialismus" (ebda., S. 15). Ausführlicher dazu: Maslow, in: DIE INTERNATIONALE, 8. Jg., 1925, H. 4, S. 158 ff; ROTE FAHNE, v. 13. und 14.1.1925 (ZA-Tagung); DER FUNKE v. 6.5.1925.

201 BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES X. PARTEITAGES DER KPD (Sektion der KI), Berlin v. 12.-17.7.1925, hrsg. v. ZK der KPD, Berlin 1926, S. 22. Anzunehmen ist, daß die KP-Führung dazu kaum aufgrund einer neuen Analyse der Oktoberniederlage gekommen sein kann, sondern eher aufgrund des von ihr angerichteten Desasters in der Partei durch Personal- und Ausschlußpolitik aufgrund des wachsenden Widerstandes vor allem der Betriebsarbeiter gegen ihre falsche Politik in so ziemlich allen Arbeitsbereichen; Vgl. dazu die "Abrechnung" mit der Fischer-Maslow-Scholem-Gruppe im Frühjahr 1926 durch das EKKI., PROTOKOLL ERWEITERTE EXEKUTIVE DER KI, Moskau, 17.2.-15.3.1926, insbes. die Reden von Clara Zetkin und Ernst Meyer; Vgl. auch Weber, a.a.O., S. 101 ff.

sei eher zu erwarten. Zur Bestimmung der Rolle des deutschen Imperialismus im Zusammenhang mit der Entwicklung der Widersprüche zwischen den übrigen imperialistischen Ländern ergehen sich die Thesen des 10. Parteitages in wahren Wortorgien; Deutschland wird gekennzeichnet als "Industriekolonie"; der deutsche Imperialismus als "kastrierter, beschnittener Imperialismus dritten Grades", als "Schwanzimperialismus', um auszudrücken "selbständig kann die deutsche Bourgeoisie keinen Schritt mehr machen". (202) Die Zustimmung des deutschen Monopolkapitals zur 'Lösung' der Reparationsfrage kann so nicht mehr begriffen werden.

Der 10. Parteitag stellte zum ersten Mal "das Fehlen einer akut revolutionären Situation" für Deutschland fest. (203) Das EKKI hatte im Frühjahr 1925 in zum Teil widersprüchlichen Thesen die "relative Stabilisierung" des Kapitalismus konstatiert. Die Thesen der KPD auf dem 10. Parteitag über die Stabilisierung des deutschen Kapitalismus sind insofern widersprüchlich, als die Überschriften das Wort 'Stabilisierung' beinhalten, die Analyse jedoch darauf angelegt ist und davon ausgeht, die Nichtexistenz, nicht die Unmöglichkeit, der Stabilisierung zu beweisen, genauer: die notwendige Anerkennung des Ergebnisses der Analyse der a k t u e l l e n, stabilen Situation zu umgehen mit der Prophezeiung, daß die nächste Krise bestimmt kommt. (204) Und ungeachtet der Verkennung der ökonomischen und politischen Entwicklung in den ganzen vier zurückliegenden Jahren wird unverfroren beansprucht: "Die Kommunisten haben die Entwicklung vorausgesagt. Die Kommunisten sagen auch die weitere Entwicklung voraus." (205)

Die Roßtäuscherei der KP-Führung erscheint erst dann im richtigen Licht, wenn dazu bemerkt wird, daß sich die Berechtigung des Avantgarde-Anspruchs auch dadurch zu beweisen hat, daß die Partei es versteht, in möglichster Klarheit das Ergebnis ihrer Analysen zu formulieren, mit dem sie die Kämfpe der Arbeiterklasse orientieren und anleiten will, und zwar so, daß die daraus abgeleiteten Tagesforderungen auch der 'letzten Köchin' (Lenin) verständlich sind, d.h. die Massen, indem sie in dem Programm der Partei ihre eigenen Interessen und Forderungen erkennen, für dieses kämpfen.

Der 10. Parteitag stand im Zeichen der Spaltung der KP-Führung, d.h. der Fischer-Maslow-Scholem-Zentrale, unter dem Eindruck der falschen Taktik anläßlich der Hindenburg-Wahl und der Absage an die "Einheitsfronttaktik von unten" durch das Angebot der KP an die SPD zur gemeinsamen Abwehr der 'monarchischen Gefahr'.

202 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 196 ff.

203 ebda., S. 194.

204 Vgl. ebda., S. 184, 192/193, 196.

205 ebda., S. 184.

SOPO 3/69 (Oktober)
B. Blanke: Faschismus-Diskussion
S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz I
P.Hess: Kapitalistisches Wachstum
H. Hüppauff: Fordstreik und Mythos der Militanz
F. Unger: New Left in Großbritannien

Der Verlauf des Parteitages, der Einheit suggerierte, wo keine bestand, der keine inhaltliche Diskussion zuließ, da man vorher vereinbart hatte, was gesagt werden sollte, (206) vor allem aber der desolate Zustand der Organisation – nicht nur gekennzeichnet durch den Verlust der Verbindung der KP mit den Massen, sondern auch zwischen Führung und Mitgliedern – zwang das EKKI wenige Wochen nach dem Parteitag zum direkten Eingreifen, in dessen Ergebnis die Fischer-Maslow-Führung abgesetzt wurde. Wiewohl dies nicht das Ergebnis einer Diskussion der Mitglieder war, sondern (zunächst) Ergebnis der Lösung politischer und ideologischer Differenzen durch Anwendung administrativer Mittel – in denen gerade die Fischer-Maslow-Führung Meister gewesen war – fand dieses Eingreifen sehr schnell die Unterstützung der Mitglieder. (207)

Der "Brief der Exekutive der KI an alle Organisationen und die Mitglieder der KPD" (208) kritisiert den 10. Parteitag in allen Punkten bis auf das Gewerkschaftsreferat Thälmanns, die Beschlüsse zur Organisationsfrage und das Verhalten des Jugendverbandes. Das EKKI entwirft folgendes Bild vom Parteitag: "Aus Mangel an revolutionärer Theorie reservierte Haltung gegenüber der Komintern (!), Nachgiebigkeit gegenüber ultralinken Stimmungen und Tendenzen, weiter Ausschaltung der Parteidemokratie, Isolierung der Partei von den Massen..." (209) Die Einschätzung der ökonomischen und politischen Situation Deutschlands im Parteitagsreferat R. Fischers, – das den Thesen zur Lage hauptsächlich zugrundegelegt worden war –, und die daraus abgeleitete Taktik wird mit einer eigenartigen Begründung vom EKKI verworfen:

> "Das Kernstück des Parteitages mußte das Referat über die politische Lage und die Aufgaben und Taktik der Partei sein. Gerade in diesem Kernstück zeigte es sich, daß es für die Parteileitung auf dem Parteitage auf eine Parade, aber nicht auf wirkliche ernste Entscheidungen, die einen Schritt weiter führen, ankam... Man muß aus dem Referat Ruth Fischers erkennen, daß jeder Versuch der Abgrenzung gegenüber der Komintern zu einer ungenügenden und falschen Analyse führt, und daraus resultieren ungenügende Aufgabenstellung, falsche Stellung zu den Massen, zur Gewerkschaftsarbeit, zur Normalisierung des Parteilebens, zur Reorganisation usw. Man muß erkennen, daß diese Methode die Partei nicht vorwärts, sondern in den Abgrund führt..." (210)

Abgesehen davon, daß sich die weiteren Auseinandersetzungen in der KI- und KP-Führung um die Absetzung der Fischer-Maslow-Zentrale vielleicht vergleichen lassen mit einer aussichts- und deshalb zügellosen Begegnung verbissener Catcher, muß festgehalten werden, daß nicht die Erkennung und Bestimmung der Ursachen der sektiererischen Politik der KPD zur Beseitigung einer unfähigen Führung führte, sondern lediglich die unmittelbaren, in ihrer Konsequenz für die KPD liquidatorischen Folgen dieser Ursache.

Dieser Abschnitt sollte ein Ansatz zur Bestimmung der Ursachen sein.

---

206 Weber, a.a.O., S. 125.

207 s. dazu das letzte Kapitel.

208 Abgedruckt in: DER NEUE KURS, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Brief des EKKI, hrsg. ZK der KPD, Berlin, den 25.9. 1925.

209 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., Vorwort S.V. (Zusatz in Klammern von uns).

210 ebda., S. V/VI Hervorhebung von mir. Auf keinen Fall hatte sich R. Fischer etwa ideologisch in ihrem Referat gegenüber der KI "abgegrenzt" (BERICHT 10. PARTEITAG, S. 493 ff.), noch die Fischer-Maslow-Gruppe im Verein mit den Ultralinken hatte in der PRAXIS die Durchführung der Beschlüsse des Parteitags vor allem bezüglich der Gewerkschafts- und Personalpolitik und die Reorganisierung der Partei sabotiert und sich dem EKKI gegenüber der Politik der "doppelten Buchführung" bedient, vor allem bezüglich der Personalabsprachen auf der dem Parteitag vorangegangenen Besprechung mit dem EKKI in Moskau, vgl. dazu Weber, a.a.O., S. 116 ff. Siehe dazu auch noch das letzte Kapitel.

V. Das zentrale Problem der revolutionären Partei des Proletariats, die Verankerung in den Betrieben und der organisatorische Lösungsversuch der KPD in Form der Betriebszellenorganisation

> "Wenn die europäischen Kommunisten die (wahrscheinlich sehr kurze) Zeitspanne zwischen den Perioden besonderer Verschärfung der revolutionären Kämpfe, wie sie viele kapitalistische Länder Europas und Amerikas 1921 und Anfang 1922 durchgemacht haben, nicht zu dieser gründlichen, inneren, tiefgreifenden Umgestaltung des ganzen Aufbaus und der ganzen Arbeit ihrer Parteien ausnutzen, so wird das von ihrer Seite das größte Verbrechen sein."
>
> (Lenin, Notizen eines Publizisten)

Die im Gefolge der preußischen Kriege und der Reichseinigung ermöglichte, im Vergleich zu allen anderen kapitalistischen Ländern ungeheuer schnelle Akkumulation beinhaltet bereits in den 90er Jahren die ausgebildete Tendenz der Monopolisierung, ohne daß ihr eine volle Entfaltung des Konkurrenzkapitalismus mit den entsprechenden ökonomischen und politischen Krisen und entfalteten Klassenkämpfen vorangegangen wäre. Zwar entwickelte die große Industrie mit sich das Proletariat als Klasse an sich, nicht aber als treibende Kraft des Klassenkampfes. Denn solange unter den Arbeitern "die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig ... ihre Klasseninteressen geltend zu machen." (Marx, 18. Brumaire)

Die fehlende Kampferfahrung erschwert die Entwicklung den Kampfbedingungen adaequater organisatorischer Prinzipien und eigener Klassenforderungen in Abgrenzung gegenüber dem Kleinbürgertum durch die revolutionäre Organisation und die richtige Zurückführung der besonderen ökonomischen Bedingungen in Deutschland auf die allgemeinen Bestimmungen der kapitalistischen Akkumulation durch die (sozialdemokratischen) Theoretiker.

Im Bismarck-Staat, dem politischen Ausdruck der nichtrevolutionären Entfaltung der Klassengegensätze zwischen Großgrundbesitz und Bourgeoisie einerseits, zwischen diesen beiden und dem Proletariat andererseits, erkennt die Sozialdemokratie nicht die weitgehende Verschmelzung von Junkertum und Bourgeoisie, bekämpft stattdessen das junkerlich-absolutistische Element im Staatsapparat als Repräsentant des Militarismus, ohne dessen Funktionalität für die Bourgeoisie zu durchschauen. Folgerichtig sieht sie im Staat nicht den politischen Klassengegner sondern versucht, ihn zum Agenten ihrer Interessen zu machen, indem sie – fixiert am Parlamentarismus, ohne Erkenntnis seiner stabilisierenden Funktion für die Herrschaft der Bourgeoisie im Staat – radikaldemokratische Forderungen stellt und damit die Rolle übernimmt, die historisch der Bourgeoisie gegen den Feudalismus zukam, von dieser aber unter den spezifischen (preußischen) Bedingungen nicht hatte wahrgenommen zu werden brauchen, die Rolle der liberalen Opposition.

Die Konsequenzen für die Sozialdemokratie waren in der Theorie der Revisionismus, in der Praxis der Reformismus, der Verzicht auf den notwendigen außerparlamentarischen Kampf und die Konterrevolution; in der Organisation die Wählerpartei nach bürgerlichem Muster, Bürokratie, Hierarchie, die Trennung von Führung und Masse.

Die Organisation der Sozialdemokratie wird zum objektiven Faktor für das Ausbleiben der Klassenkämpfe. Einmal entstanden und stabilisiert, ist dieser Faktor selbst bei klaffender Diskrepanz zwischen objektiven Klasseninteressen des Proletariats und der (bürgerlichen) Realpolitik 'seiner' Organisation schwer zu beseitigen. Selbst die Kritik der radi-

kalen Linken um Luxemburg, Liebknecht, den Bremer und Hamburger Linken wird zum konsequenzlosen Opportunismus, solange sie die Organisationsform unangetastet lassen.

Die sozialdemokratische Organisationsform verhinderte die klare Abgrenzung des Proletariats vom Kleinbürgertum und leistete der Verbürgerlichung des Proletariats Vorschub; die Tradition der Arbeiterbildungsvereine und des ADAV wurde nahtlos fortgesetzt in Form eines alljährlich auf dem Parteitag gewählten Vorstandes; der dezentralisierten regionalen und lokalen Vereinsorganisation; einem Statut, das vornehmlich Cassa und Parteipresse zentrale Bedeutung beimaß – anhand deren stetigem Anwachsen und wachsender Auflage sich die Partei vor allem ihrer eigenen Stärke versicherte (Trotzki) – und bürgerliche Philantropen, Kleinbürger und Arbeiter gleichermaßen organisatorisch zusammenfinden ließ.

Selbst die Illegalität unter den Sozialistengesetzen und die immer stärkere Zunahme des proletarischen Elements in der (Wähler-) Massenbasis führten nicht zur revolutionären Organisationsform, die in den Betrieben verankert sein muß mit dem Ziel des (im bürgerlichen Staat notwendigen) in der Hauptsache außerparlamentarischen Kampfes für die Forderungen und Ziele der Arbeiterklasse.

Dem Vorrang der "Wahlagitation" als Praxis entsprach die Organisationsform der dezentralisierten lokalen Einteilung nach Wahlkreisen, d.h. die Gleichsetzung von politischer Arbeit und 'Organisierung' des Reichstagswahl-'kampfes'. Wie das Kaninchen auf die Schlange starrte die Sozialdemokratie auf die Sozialistengesetze und danach auf das – in seinem reaktionären Grad nach Ländern uneinheitliche – Vereinsrecht. Die Sozialdemokratie war so nie mehr als eine "peinlich streng dem bestehenden Rechtszustand angepaßte Organisation", (211) die im Gegensatz zu den Bolschewiki aus der Illegalität, unter Negierung des Klassencharakters des bürgerlichen Staates, keine Lehren zog hinsichtlich ihrer Organisationsform, im Gegenteil demokratischen Illusionen verfiel; der Kampf der "Jungen" im Gefolge der spontanen Streiks ab 1886 gegen die Verbürgerlichung der Partei hingegen wurde 'organisatorisch' gelöst, d.h. administrativ. (212)

Wie wenig die Sozialdemokratie als Arbeiterorganisation dem Kampf der Arbeiterklasse entsprach, zeigt einerseits das sprunghafte Ansteigen der Streiks, die Durchführung der ersten politischen Massenstreiks ab 1905 (213) und der Beschluß auf dem Jenaer Parteitag 1905 gegen eine straffe Kampforganisation, stattdessen Zentralisation nur in Fragen Casse und Berichterstattung an den Parteivorstand. (214) Aufgrund der Beibehaltung des Organisationsstatuts von 1905 bis zur Vereinigung der MSPD mit der rechten USPD 1924 blieb die SPD ein "Wahlapparat zu Wahlzwecken" (215), der aufgrund der Organisation nach Wahlkreisen "die Industriearbeiterschaft schwer benachteiligte, weil (er) den Wählern in den kleinen agrarischen Wahlkreisen ein vielfaches Stimmenübergewicht über den Arbeiterwählern der großen industriellen Wahlkreise gab" (216), und innerhalb der

211 Wilhelm Schröder: GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIORGANISATION IN DEUTSCHLAND. Anhang: die Organisationsstatute, Geschäftsanweisungen, Verwaltungsanordnungen und Entwürfe von 1863 bis 1912. Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung, hrsg. von Max Grunwald, H. 4 u. 5, Dresden 1912, S. 39.

212 Parteiausschluß der Linken 1891; vgl. dazu Hans Müller: DER KLASSENKAMPF UND DIE SOZIALDEMOKRATIE. Zur Geschichte der "Jungen" – der linken Opposition in der frühen SPD (1870 - 1890), Zürich 1892, Berlin 1969, S. 121 ff.

213 Vgl. Dieter Fricke: ZUR ORGANISATION UND TÄTIGKEIT DER DT. ARBEITERBEWEGUNG 1890 bis 1914, Dokumente und Materialien, Leipzig 1962, S. 255 ff.

214 Schröder, a.a.O., S. 48.

215 So Sinowjew, PROTOKOLL 5. KONGRESS, a.a.O., S. 103.

216 Fritz Bieligk, "Die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Deutschland". In: DIE ORGANISATION IM KLASSENKAMPF. Die Probleme der politOrganisation die jederzeitige Majorisierung der Proletarier durch kleinbürgerliche Elemente ermöglichte. (217)

Das sich in den Massenstreiks manifestierende revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse hätte sich nur dann gegen die korrumpierte Parteiführung durchsetzen können, wenn es eine den Bedingungen ihres eigenen Kampfes entsprechende Organisationsform entwickelt hätte mit der Konsequenz der Spaltung der Sozialdemokratie Jahre vor dem Krieg.

1. Das Problem in der KPD(S)

Man kann nicht sagen, daß das wichtigste organisatorische Problem der Partei des Proletariats, die organisatorische Verankerung in den Betrieben, in der KPD nicht von Anfang an – zumindest ansatzweise – erkannt worden wäre, (218) wiewohl die Konzentrierung auf die organisatorische Durchsetzung erst 1925 erfolgte, ohne dann aber noch mit wesentlichem Erfolg.

Einerseits zwang die politische Arbeit unter den Bedingungen der terroristischen Militärdiktatur die revolutionären Linken während des Krieges zur Agitation nicht nur in den alten sozialdemokratischen Wahlvereinen, sondern vor allem bei der Vorbereitung der Demonstrationen, der Durchführung der Streiks ging die Aktivität von den Betrieben aus; andererseits zogen die marxistischen Linken aus dem Bankrott der Vaterlandsverteidiger, aus dem Zustand der völlig verbürgerlichten sozialdemokratischen Organisation die richtige Konsequenz, daß der Kampf des durch den Krieg radikalisierten Proletariats nur vom Proletariat selbst geführt werden kann ausgehend von ihrem und dem gesellschaftlich wichtigsten Bereich, den Betrieben.

> "Der Hauptgrund für die Tätigkeit des Spartakusbundes vornehmlich in den Betrieben war aber das Ziel des Spartakusbundes, durch Massenaktionen den Frieden zu erzwingen und im Sinne der Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse die durch den Krieg geschaffene Krise zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auszunutzen." (219)

Gerade der Ursprung der linken Opposition in den revolutionären Arbeitern, Betriebsvertrauensleuten und revolutionären Obleuten beweist für die Spanne Krieg und unmittelbare Nachkriegszeit die Identität der selbständigen revolutionären Bewegung des Proletariats und der in ihr sich bildenden, mit ihr verwachsenen Organisation. Die praktische Durchsetzung der Einsicht in die Notwendigkeit der revolutionären Organisation des Proletariats, gleichbedeutend mit der Spaltung der SPD, war von den deutlichen Linken zu spät versucht worden. Wozu die Bolschewiki 15 Jahre Zeit hatten, konnte von der KPD nicht in praktisch einigen Monaten geleistet werden, so daß die Partei sich angesichts der Ereignisse vor unlösbare Probleme gestellt sah. Die deutsche Rätebewegung nahm binnen kurzem notwendig die gleiche Entwicklung wie die russische, in sich notwendig zersplittert; notwendig ohne einheitliche Zielrichtung ihres Kampfes verkam sie zu einer von der Sozialdemokratie gezielt unterwanderten und majorisierten Marionette. Gerade hier liegt der eine wesentliche Unterschied zwischen der russischen Revolution und der deutschen 'Revolution'. Das russische Proletariat verfügte im Oktober über eine kampferfahrene, organisatorisch stärkere, vor allem in den Zentren der russischen großen Industrie in Petrograd und Moskau verankerte, ideologisch relativ einheitliche Organisation, die nach dem faktischen Ende der Sowjets als Zentrum der revolutionären Bewegung das Instrument des Proletariats im Kampf und zur Fortsetzung des Kampfes um die Macht im Staat sein konnte.

Organisation der Arbeiterklasse, Leipzig 1931. (Frankfurt 1967), S. 33. Vgl. ebenso Ernst Eckstein, "Wie soll die Organisation aussehen?", in: ebda., S. 158.

217 Schröder, a.a.O., S. 50.

218 Vgl. Ernst Meyer: "Betriebszellen-Organisation im Spartakusbund". DIE INTERNATIONALE, 8. Jg. 1925, H. 12, S. 763 ff.

219 ebda., S. 763.

Unter den ganz anderen deutschen Bedingungen als zweites – in der Hauptsache der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Diktatur, einer geschlossenen, durch den Krieg organisatorisch gestärkten, politisch kaum geschwächten Borugeoisie, die sich mit der Sozialdemokratie und Gewerkschaften über den Nachkriegskurs längst einig war – überschätzte die KPD die objektiv mögliche Rolle der deutschen Rätebewegung, die – hauptsächlich antimonarchistisch, republikanisch, anitmilitaristisch – nicht in der Lage sein konnte, in der Errichtung der bürgerlichen Republik die Fortsetzung der "ganzen alten Scheiße" (Marx) zu erkennen, d.h. trotz Änderung der politischen Form den Klassencharakter des bürgerlichen Staates, und damit für die Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu kämpfen. Und gerade für die Rolle, die an diesem analogen Punkt die Bolschewiki übernehmen konnten – beim zeitweiligen Verlust der Spontaneität der Arbeiterklasse unter den Schlägen der Konterrevolution die Ziele und das Ergebnis der Kämpfe zusammenzufassen, zu wahren und neu zu propagieren – war die KPD zu jung, zu schwach, war ihre Bedeutung als Teil und Avantgarde der Bewegung zu gering.

Unter Erwartung einer bevorstehenden 2. Revolution (220) analog der russischen Entwicklung vernachlässigte die KPD das Organisationsproblem. (221) Das Organisationsreferat Eberleins wurde undiskutiert dem Satzungsentwurf der KPD(S) zugrundegelegt, ein darauf basierendes "Musterstatut" zum Aufbau von Ortsgruppen "versandt". (222)

Wohl war dem Gründungsparteitag die Unmöglichkeit der alten sozialdemokratischen Organisationsform bewußt (223), zog Eberlein in seinem Referat aus dem spontanen Entstehen der A & S-Räte die richtigen Schlüsse für die Organisationsbasis der KPD in den Betrieben, (224) doch waren diese Schlußfolgerungen funktional bezogen allein auf die Aktionsfähigkeit bezüglich der erwarteten Endkämpfe (225), d.h. die Betriebszelle erschien notwendig zur Verbreiterung und Erhöhung der Aktionsfähigkeit der Partei zusätzlich zur bestehenden Wohnzelle, ohne die zentrale Bedeutung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in den Betrieben zu erkennen: "Wir können daher da, wo die Großbetriebe zusammenliegen, die Betriebsorganisation durchführen, in Orten aber, wo die Arbeiter wohnen und nicht arbeiten, die Organisation nach Wohnbezirken gliedern." (226) Dieser Satz allein könnte schon das Scheitern der Organisation auf Betriebsebene begründen. (227)

> "Diese Verbindung von Wohnbezirks- und Betriebszellenorganisation hat sich nicht lange gehalten. Man kann nicht eine Partei auf zwei verschiedene Prinzipien aufbauen; entweder wird die eine oder die andere Art der Organisation absterben. Geblieben ist in der KPD nur die Wohnbezirksorganisation." (228)

220 Vgl. DER GRÜNDUNGSPARTEITAG DER KPD. PROTOKOLL UND MATERIALIEN, hrsg. und eingeleitet v. Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 246, S. 251.
221 ebda., S. 291 f, S. 253 und 251.
222 Meyer, a.a.O., S. 763; Die Reichskonferenz v. 14.-15.6.1919, in Berlin, verabschiedete die Satzung, der 2. Parteitag bestätigte sie. Bericht zum Parteitag, a.a.O., S. 67f. abgedruckt in: DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER DT. ARBEITERBEWEGUNG, Bd. VII, 1 Berlin 1966, S. 103 ff.
223 GRÜNDUNGSPARTEITAG, a.a.O., S. 245.
224 ebda., S. 246.
225 ebda., S. 247.
226 ebda.
227 In seiner Bedeutung richtig erkannt wurde das Problem von den später in Heidelberg verhängnisvollerweise ausgeschlossenen 'Linken' um Rühle, Wolffheim und Laufenberg (Vgl. Fritz Wolffheim: "Betriebsorganisation oder Gewerkschaft?" PROLET. FLUGSCHRIFTEN, Nr. 4, Hamburg 1919). Daß diese und die spätere KAP eine unsinnige Gewerkschaftspolitik verfolgten, was auch der eigentliche Grund für ihren Ausschluß war, kann hier nicht verfolgt werden.
228 Meyer, a.a.O., S. 765.

Mit der Spaltung nach Heidelberg verlor die KPD einen so großen Teil ihrer proletarischen Mitglieder, so daß die Betriebszellenorganisation praktisch nicht mehr bestand. (229)

Unter dem Eindruck der spontanen Massenbewegung, in Erwartung der Revolution, die organisatorische Fragen unwichtig erscheinen ließ; der (falschen) Gleichsetzung von Zentralismus und Bürokratie am historischen Beispiel der Sozialdemokratie, war es für den Gründungsparteitag gar keine Frage, sich föderalistisch zu organisieren: "Wir sind weiter der Meinung, daß das alte System der Unterordnung der einzelnen Orte unter die Zentrale aufhören muß, daß die einzelnen örtlichen Organisationen, die einzelnen Betriebsorganisationen eine völlige Autonomie haben müssen." (230)

Aus den Bedingungen des illegalen Kampfes, unter denen Spartakus gearbeitet hatte, zog die KPD ebenso falsche Schlüsse hinsichtlich des notwendigen zentralisierten Kampfes angesichts der in Staatsapparat, Freicorps und Bürgerwehren konzentrierten Konterrevolution – was sich anläßlich der Januarkämpfe und des Kapp-Putsches rächen sollte. Es ist nicht davon zu sprechen, daß das Problem Zentralisation oder Autonomie von der KPD anfangs in seiner realen Bedeutung erkannt worden wäre, möglicherweise allein schon unter der vorherrschenden Massenstimmung, denn "die revolutionär gestimmten Arbeiter in den Betrieben (wollten) von einer fest organisierten und straff zentralisierten kommunistischen Partei nichts wissen..." (231)

Die Ablehnung des Zentralismus wurde nur der aktuellen Situation der Partei 'gerecht', nicht aber den politischen und ökonomischen Bedingungen des Kampfes und schon gar nicht wie sie perspektivisch über den aktuellen Zustand hinaus bezüglich der Überwindung der gegenüber SPD und USPD verschwindend geringen Betriebsbasis; der KPD blieb die Einsicht in die Konsequenzen aus den einheitlichen Bedingungen des Kampfes in den Betrieben versperrt; die Ablehnung des Zentralismus widerspricht geradezu dem auf dem Gründungsparteitag begründeten Zweck und Ziel der Organisierung nach Betriebszellen.

Die Auseinandersetzungen mit den syndikalistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung und der KPD führten auf dem Heidelberger Parteitag zur verbalen Forderung nach "straffster Zentralisation" gegen "jeden Föderalismus", der "einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich" mache (232); die in der Satzung geforderte "Betriebs- und Wohnbezirksorganisation" als Grundlage der Ortsgruppe (233) blieb angesichts der Spaltung, Illegalität, der Resignation und Demoralisierung der Arbeiterklasse bloßes Postulat. (234)

Über den Einfluß sozialdemokratischer Tendenzen auf die Organisation bei Vereinigung mit der linken USP war man sich im klaren. (235) Um so unbegreiflicher, daß nach der Vereinigung die Ortsgruppen nach alter sozialdemokratischer Tradition die Grundorganisation der Partei bildeten (236); die Betriebsfraktionen (237) waren nur ein Element der

229 Vgl. Meyer, a.a.O., S. 765; in Berlin z.B. hat die KP Ende 1919 12.000 Mitglieder (vgl. "Geschäftsbericht der Zentrale", BERICHT 2. PARTEITAG, a.a.O., S. 27), nach der Spaltung "etwa 800 Mitglieder", (vgl. BERICHT 3. PARTEITAG, "Geschäftsbericht der Zentrale", a.a.O., S. 38).
230 GRÜNDUNGSPARTEITAG, a.a.O., S. 248.
231 Meyer, a.a.O., S. 765.
232 BERICHT 2. PARTEITAG, a.a.O., S. 62.
233 ebda., § 2, S. 67.
234 Vgl. BERICHT 3. PARTEITAG, a.a.O., S. 12; Brandler: "Wir haben überhaupt noch keine Partei." Ebda., S. 26; Die KPD verlor durch den Ausschluß der Linken 4 Bezirke, darunter die "wichtigsten" Berlin und Wasserkante, ebda., S. 33.
235 Vgl. BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 5. PARTEITAGES DER KPD (Sektion der KI) v. 1.-3.11.1920 in Berlin, hrsg. v.d. KPD (Sektion der KI) Berlin 1921, S. 49. Vgl. auch Koenens Referat "Die Organisation der Partei" auf dem Vereinigungsparteitag (BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES VEREINIGUNGSPARTEITAGES DER USPD (LINKE) UND DER KPD(S) abgehalten in Berlin v. 4.-7.12.1920, hrsg. v.d. Zentrale VKPD, Berlin 1921, S. 110.
236 "Organisationssatzungen der VKPD", § 4, abgedruckt in: DOKUMENTE UND

Ortsgruppe neben Straßenzellen, Gewerkschaftsfraktionen, Fraktionen in den Konsumgenossenschaften; der einzige Unterschied zur sozialdemokratischen Organisation war die Gliederung der Organisation nach Wirtschaftsgebieten anstatt nach Wahlkreisen. (238) Die in den vom 2. KI-Kongreß beschlossenen 21 Aufnahmebedingungen (239) geforderte und richtig begründete Notwendigkeit der illegalen Arbeit und der Schaffung eines diese Arbeit ermöglichenden Apparats ist nur sinnvoll, wenn sich die Partei in der Phase verschärfter und bewaffneter Kämpfe auf die Betriebe als Zentren des Kampfes stützen kann. Die Mischmasch Grundorganisation Ortsgruppe konnte dieser Aufgabe nur hinderlich sein. Der 5. Parteitag dagegen war der Meinung, daß diese Organisationsform "auch in der illegalen Zeit nicht zerstört werden kann..." (240) Die Praxis hatte anderes gelehrt:

> "Die Bewegung endigte mit der neuen großen Aktion im März 1919 in Berlin, mit dem Tode von Tausenden von Berliner Proletariern, mit der Ermordung von Leo Jogiches und mit einer schweren Erschütterung des ganzen organisatorischen Gebäudes der K.P.D. Die Zentrale der K.P.D. mußte zum ersten Male Berlin verlassen und ihr Domizil zunächst in Leipzig nehmen; von dort aus mußten die abgerissenen Fäden der Organisation mühsam wieder geknüpft werden. Eine in aller Eile auf Ende März 1919 nach Frankfurt a.M. einberufene Reichskonferenz sicherte den persönlichen und organisatorischen Zusammenhang der Zentrale wenigstens mit den Leitern der Bezirke." (241)

Die Märzkämpfe 1921 lehrten genau dasselbe:

> "Es zeigte sich die Notwendigkeit, die Parteiorganisation erst einmal unseren Aufgaben entsprechend aufzubauen. Fast überall waren die Mitglieder nur zu losen Vereinen zusammengeschlossen, die Organisation trug noch den Charakter der alten sozialistischen Wahlvereine, in denen nur eine ganz lose Verbindung der Mitglieder bestand. Diese Organisationsform zeigte gerade in der Märzaktion die große Gefahr der nur allzu leichten Zerstörung der Organisation, sobald diese in Kämpfe verwikkelt wurde." (242)

MATERIALIEN, VII, 1, a.a.O., S. 380.

237 Nicht zu verwechseln mit den späteren Betriebszellen. FRAKTIONEN: Jenaer Parteitag 1921: sah keine Betriebszellen vor, obwohl III. Kongreß auf ihre Notwendigkeit hinwies. Stattdessen sollten sich Kommunisten in Betrieben und Fraktionen zusammenschließen. (Orgsatzung) "Diese Fraktionen erfaßten oft nur jene Mitglieder der Partei, die im Betrieb bekannt waren und dort Gewerkschaftsfunktionen ausübten. In den meisten Fällen hatten die Fraktionen den Charakter von KPD-Fraktionen in den betrieblichen Körperschaften der freien Gewerkschaften. Die Betriebsfraktionen existieren als Hilfsorgane der Partei neben den Wohnorganisationen. In Berlin werden sie über die Gewerkschaftsfraktionen von der Gewerkschaftsabteilung der Bezirksleitung geführt. Sie besaßen nicht die Rechte von Grundorganisationen, nahmen nicht an Parteidiskussionen und an der Vorbereitung von Parteien teil, obwohl sie echte Verbindungen der Partei zu den Massen darstellten. Sie leisteten Gewerkschaftsarbeit und waren die entscheidenden Träger der Einheitsfrontpolitik in den Betrieben."
Walter Klaws: "Das Ringen der KPD um Betriebsparteiorganisationen und der Anteil Walter Ulbrichts". BZG 1968, H. 3, S. 495).

238 Vgl. Satzung der KPD(S), (Juni 1919), § 3, DOKUMENTE UND MATERIALIEN VII, 1, a.a.O., S. 103; vgl. Org.-satzung der VKPD, a.a.O., S. 380 (§ 3).

239 "Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die KI", 3. Leitsätze und Statuten der KI, beschlossen v. II. Weltkongreß der KI, Moskau, v. 17.7.-7.8.1920, Bibl. der KI III, Hamburg 1920, S. 27.

240 BERICHT 5. PARTEITAG, a.a.O., S. 49.

241 Paul Levi: "Bericht über die Entwicklung der KPD", in: BERICHTE ZUM 2. KONGRESS DER KI, Bibl. der KI 21, Hamburg 1921, S. 25 f, vgl. auch BERICHT 3. PARTEITAG, a.a.O., S. 12, 16, 34.

242 BERICHT 2. (7.) PARTEITAG, a.a.O., S. 23.

Diskussion

Bemerkung zu: "Neuere Imperialismustheorien", SOPO 6/7, 1970

Das Folgende richtet sich nicht gegen den Versuch, einzelne imperialismustheoretische Ansätze zu überprüfen, zu differenzieren und womöglich zu modifizieren; im Gegenteil empfinden wir dies ebenso als Notwendigkeit. Unsere Polemik gilt der Art der wissenschaftlichen Beweisführung und den hieraus abgeleiteten Thesen.

Die "Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI" wollte mit ihrem Beitrag die Mängel verschiedener Imperialismustheorien aufdecken und damit gleichzeitig klärend in die gegenwärtige Diskussion eingreifen. Schon relativ äußerlich fällt der Kontrast zwischen hochgestochenen Begriffen, prätentiösen Postulaten und der realen Substanz von Aussagen, die auf eigener Forschung beruhen, ins Auge. Die Rede ist z.B. von einer "Baran-Schule", der verschiedene Autoren zugerechnet werden, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese – wie etwa K. Steinhaus – einem Spezialproblem widmen oder ob es sich wie bei C. Schuhler um einen reinen Eklektiker handelt. Auch Mandel, der in seiner MARXISTISCHEN WIRTSCHAFTSTHEORIE ca. zwei Seiten zum Problem des Neo-Imperialismus beigesteuert hat, erscheint hier schon als Haupt einer ganzen "Schule". Am Ende erklären die Autoren einen von den "neuen Theorien erheblich abweichenden methodischen Ansatz" aufgespürt zu haben, bemängeln, daß die "heutigen Imperialismustheorien von den Erschei-

John Desmond Bernal
Wissenschaft
Science in History
sachbuch rororo

Dieses Standardwerk des britischen Gelehrten ist die erste universale Analyse der gegenseitigen Beeinflussung von Wissenschaft und Gesellschaft während der Menschheitsgeschichte von der Steinzeit bis zum Atomzeitalter. Theoretische Grundlage seiner Betrachtungen sind die Lehren des historischen Materialismus.
Bernal liefert nicht eine der üblichen Darstellungen der Geschichte, der Naturwissenschaft und Technik, sondern untersucht (immer am konkreten Beispiel), wie Hirten- und Bauernkulturen, feudale, kapitalistische und sozialistische Gesellschaftsordnungen die Forschung, den Entdecker- und Erfindergeist beflügeln – oder drosseln. Parallel dazu wird aufgezeigt, auf welchen Wegen umgekehrt Wissenschaft und Technik ökonomische, soziale und politische Ideen und Verhaltensmuster reformiert und revolutioniert haben.

1 Die Entstehung der Wissenschaft [6743–47]

2 Die wissenschaftliche und die industrielle Revolution [6748–52]

3 Die Naturwissenschaften der Gegenwart [6753–57]

4 Die Gesellschaftswissenschaften [6758–62]

Jeder Band DM 6,80
Kassette DM 27,20

nungsformen der Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern (IL) und Entwicklungsländern (EL) ausgehen" (was sie nicht hindert, die von den nachher kritisierten Autoren aufgebotenen Materialien einfach abzuschreiben und sie z.T. noch unkritischer als diese zu behandeln), um schließlich den Aufsatz mit dem posaunenhaften Hinweis auf die Leistungen der klassischen Imperialismustheoretiker (Hilferding, Luxemburg, Lenin, Grossman), denen es nachzueifern gelte, ausklingen zu lassen. Dabei gehen sie stillschweigend von der Unterstellung aus, daß es diesen Theoretikern – womöglich kraft des Attributs "Klassiker" – gelungen sei, die imperialistischen Expansionen aus den "Bewegungsgesetzen des Monopolkapitalismus" abzuleiten. Ihre schlichte "Andeutung einer Forschungsstrategie" erschöpft sich z.T. in Gemeinplätzen, z.T. in Reproduktion von Fehlern, die sie schon in ihren inhaltlichen Ausführungen begingen.

Der erste Teil des Aufsatzes (S. 91-98) skizziert die Handelsbeziehungen, die Kapitalbewegungen und Rohstoffexport-Import-Beziehungen zwischen den kapitalistischen IL und den EL. Dabei werden die diffizilen Probleme der "t e r m s o f t r a d e" und der R o h s t o f f a b h ä n g i g k e i t der kapitalistischen EL mit einigen kurrenten und lapidaren Bemerkungen abgetan, ohne auch nur im geringsten auf die Problematik dieser Thesen, die in der neueren Literatur zum Ausdruck kommt, einzugehen.

Welche Aussagekraft die These von den sich für die EL verschlechternden terms of trade tatsächlich hat, wird gar nicht zur Diskussion gestellt. Welche Berechnungsgrundlagen werden bei dieser Behauptung benutzt? Um welche Mengen von Produkten handelt es sich? Wie hat sich die Produktivität bei den einzelnen Exportprodukten der EL entwickelt? Gibt es nicht sehr verschiedene Entwicklungstrends der terms of trade für bestimmte Produkte (Erdöl und NE-Metalle einerseits, bei Nahrungsmitteln andererseits) ? Sind demnach nicht die Folgen für die einzelnen EL sehr verschieden? Schließlich wird: die gesamte terms of trade-Problematik nicht zu sehr von der Linken überschätzt, da sie häufig lediglich die Verteilungsseite im Auge hat? (1) Auch kann die These von der "wachsenden Bedeutung der Rohstoffproduktion der Dritten Welt für die kapitalistischen Industrieländer" nicht lediglich aus den jeweils sich verändernden Anteilen an der Weltrohstoffproduktion erschlossen werden. Wichtig ist etwa in diesem Zusammenhang die Tatsache, "daß die Rohstoffausfuhren der Industrieländer in den vergangenen Jahren stärker expandierten als die der Entwicklungsländer" und daß ferner die Entwicklungsländer ihren Anteil an den Rohstoffimporten der IL nur knapp halten konnten und auch dies nur aufgrund des starken Exportanstiegs einiger Rohstoffprodukte aus den EL. (2) Die weiteren differenzierenden Bemerkungen zu diesem Thema, die auf die absolute Bedeutung von einzelnen Rohstoffimporten der kapitalistischen IL aus der Dritten Welt abstellen, bleiben hinter der vorhandenen Literatur hierüber zurück (3) und tragen nichts zur Stärkung der These von der wachsenden Rohstoffabhängigkeit der kapitalistischen Staaten von der Dritten Welt bei.

In einem zweiten Teil versuchen die Autoren die besonderen Interessen der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisien der kapitalistischen Länder an der Entwicklung (= Industrialisierung) oder Nichtentwicklung der ökonomisch schwach entwickelten Gebiete zu ermitteln. Außer einem keineswegs in Abrede zu stellenden "Systemsicherungsinteresse der Gesamtbourgeoisie", welches sie aber vornehmlich mit Hilfe von Zitaten von W. Scheel,

1 Vgl. hierzu: H. Sieber: DIE REALEN AUSTAUSCHVERHÄLTNISSE ZWISCHEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND INDUSTRIELÄNDERN, Tübingen/Zürich 1968 und A. Imannuel: L'ECHANGE INEGAL, Paris 1969; (mit Vorwort und kritischen Bemerkungen von CH. Bettelheim).

2 Siehe hierzu: B. Schüngel, in: DAS ARGUMENT 51, S. 81 f.

3 Es ist erstaunlich, daß die Autoren die Studien von B. Schüngel n i c h t bzw. erst in einem relativ nebensächlichen Zusammenhang erwähnen.

Lin Biao und G. Schröder zu erhärten suchen, teilen sie die zu unterscheidenden Interessen der kapitalistischen Bourgeoisie in solche der Exportmonopole, der extraktiven Monopole und die der Leichtindustrie und Landwirtschaft ein. Schon die Unterscheidungskriterien dieser "Fraktionen" sind unklar: Ist es die Auslandsorientierung oder die Inlandsorientierung, der Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den respektiven Produktionszweigen, die Art der Produktion, also Investitionsgüter- oder Konsumgüterindustrie? Oder sind es die jeweiligen Orientierungen dieser "Fraktionen" (wen auch immer man sich darunter im einzelnen vorstellen mag) gegenüber der Industrialisierung der Dritten Welt, aus denen man dann ihr jeweiliges Interesse oder Nichtinteresse an der Entwicklung der Dritten Welt ableiten kann? Bei der Einteilung der OSI-Gruppe scheint die letztere Unterscheidung die Hauptrolle gespielt zu haben; das Tautologische dieser Beweisführung wird nur notdürftig mit den Seitenblicken auf andere Unterscheidungskriterien verdeckt.

Zunächst ist die Rede von "exportintensiven Investitionsgütermonopolen", die auch kurz "Exportmonopole" genannt werden sollen. Dies bedarf einer Klärung: Daß die westdeutsche Investitionsgüterindustrie stark exportintensiv ist, kann nicht bestritten werden; jedoch ist fraglich, ob die Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, feinmech. Ind. etc.) am stärksten monopolistisch strukturiert ist. Zu vermuten ist, daß die Autoren die Grundstoffindustrie und die Industrie langlebiger Konsumgüter mit der Investitionsgüterindustrie verwechseln. Als Beispiele für die Regsamkeit der Investitionsgüterindustrie werden die Geschäftsberichte von Daimler-Benz und der Farbwerke Höchst zitiert. Zwar ist es richtig, daß z.B. der Fahrzeugbau und die elektrotechnische Industrie gewöhnlich unter die Rubrik "Investitionsgüterindustrie" fallen (die chemische Industrie und die Eisen und Stahl verarbeitende Industrie unter Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie), doch

Berliner EXTRA-Dienst

erscheint zweimal wöchentlich
ist jeweis 16 Seiten stark
kommt mit der Post ins Haus
kostet 5 Mark im Monat mit Porto

Probeexemplare kostenlos

„... eine Art Exklusiv-Organ für höheren Orts unerwünschte Nachrichten" (so Matthes im „Tagesspiegel")
„... mit einer Auflage von 4000 Exemplaren der größte Nachrichtendienst der Bundesrepublik und Berlins (so die Süddeutsche Zeitung")

BERLINER EXTRA-DIENST
1 Berlin 31
Pfalzburger Straße 20
Telefon 86 21 89

können sinnvolle Aussagen über deren Funktion nur dann gemacht werden, wenn eine Aufgliederung der Industrieproduktion nach dem Verwendungszweck der Produkte vorläge bzw. versucht würde. Ferner wären die Entwicklungstendenzen dieser Produktionsbereiche zu untersuchen: so scheint es nicht unerheblich zu sein, daß z.B. in der elektrotechnischen Industrie die Konsumgüter infolge der Strukturwandlungen des privaten Konsums immer mehr Gewicht gewonnen haben. Ähnliche Tendenzen sind im Fahrzeugbau zu konstatieren. (4)

Weiter müßte genau untersucht werden, ob nicht der Konsumgüteranteil der sog. "Investitionsgütermonopole" in Ländern der Dritten Welt (sei es nun in Form von Exporten oder in Form von dort errichteten Produktionsstätten) noch größer ist als etwa in der BRD. (5) Zu fragen wäre dann nach der Funktion solcher Aktivitäten für die Industrialisierung bzw. Nicht-Industrialisierung oder Deformierung der Industrialisierung von ELn. Ähnliche Fragen ließen sich zu den Ausführungen der Autoren über die "Interessen von Leichtindustrie und Landwirtschaft" machen; hier werden z.T. altbekannte Sachen (z.B. die Untersuchungen von H. Bachmann) wiedergekäut, z.T. unklare Andeutungen über "Leichtindustrie" (?), die "lohnintensiv" (?) sein soll, gemacht. Statt konkreter Untersuchung bieten die Autoren unkritisch ein Sammelsurium von Zitaten von imperialistischen Agenten auf, die ihre Thesen erhärten sollen. Dabei fällt ihnen, wie es scheint,gar nicht auf, daß sie ohne jeglichen Kommentar widersprüchliche Thesen dieser Ideologen wiedergeben und sie für die reine Wahrheit halten. So z.B. geben sie gegen die im großen und ganzen zutreffende Behauptung von K. Steinhaus, daß bei einem Aufbau einer eigenen Stahl-, Maschinen-, Elektro- und chemischen Industrie in der Dritten Welt Absatzmärkte für die imperialistischen Länder ausfallen würden, einem Autor des "Deutschen Übersee-Instituts", Peter Müller, das Wort und empfinden sein Fazit als zutreffend. Hierin finden sich zwei einander widersprechende bzw. in ihrer Aussagekraft für die Industrialisierung von ELn erst zu entschlüsselnde Behauptungen: nämlich, daß die Importsubstitution im Laufe des "industriellen Wachstumsprozesses" eine immer geringere Rolle spielen werde (These 3) und andererseits, daß die Importsubstitution nicht zu einer Abnahme, sondern Zunahme der Importe führen werde (These 5). Es ist nicht zu bestreiten, daß bislang die Importsubstitution in den meisten ELn nicht zu einer Importreduktion, sondern zu einer Importausweitung geführt hat. Doch verbergen sich hinter dem Begriff "Importsubstitution" sehr verschiedene Entwicklungsprozesse, die auf keinen Fall umstandslos mit "industriellem Wachstum" gleichgesetzt werden können. Denkbar ist zum Beispiel jene – heute wahrscheinlich in den ELn überwiegende – Form der Importsubsti-

4 Vgl. DWI-Forschungsheft 1/1967, S. 16.

5 Die Meldung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA), daß der westdeutsche Maschinenbau die meisten Auslandsinvestitionen in Brasilien (rd. 170 Mio DM) getätigt habe (vgl. FR v. 23.7.70), scheint auf den ersten Blick in die Richtung der Argumentation der OSI-Gruppe zu weisen. Doch bevor hieraus weitreichende Schlüsse gezogen werden, müßten noch eine Reihe von Fragen beantwortet werden: nimmt Brasilien nicht eine Sonderstellung ein oder wann kommen die anderen EL in der Reihenfolge der Länder, in denen Auslandsinvestitionen der Maschinenbauindustrie vorgenommen werden? Wie hoch ist der Anteil der im Ausland arbeitenden Unternehmen an der Branche? (Laut der genannten Pressemeldung 16 %; die chemische, die Auto- und die elektrotechnische Industrie dürfte einen weit höheren Anteil aufweisen) Ebenso ist der absolute Wert der Auslandsanlagen dieser Zweige 1965 dreimal bis doppelt so hoch gewesen wie der der Maschinenbauindustrie (Vgl. F. Heidhues: ZUR THEORIE DER INTERNATIONALEN KAPITALBEWEGUNGEN, Tübingen 1969, Tab. 2-XX, S. 136 f.) Wie haben sich inzwischen die Zuwachsraten entwickelt? etc. Alle diese Fragen müßten bei so gewichtigen Thesen wie sie von den OSI-Autoren ausgesprochen werden, zumindest als Problemstellung auftauchen. Untersuchungen darüber fehlen bislang.

tution, die aufgrund ihres spontanen und ungeplanten Charakters zu weiteren Verzerrungen in der Produktionsstruktur, zu Polarisierungen in der Einkommensstruktur, zur Niederlassung ausländischer Konsumgüterkonzerne und zu erheblichen Wachstumsverlusten geführt hat. Es muß bezweifelt werden, ob unter diesen Gegebenheiten – trotz temporären Anstiegs der Importe – diese in ausreichendem Maße zur erweiterten Reproduktion beizutragen vermögen. Viel eher ist zu vermuten, daß beim Verlangsamen oder bei der Beendigung der Importsubstitution der Importbedarf für eine erweiterte Reproduktion nicht über die aktuellen, aufgrund der uneffektiven Produktionsstruktur beschränkten Importkapazitäten gedeckt werden kann. D.h. gleichzeitig, daß der gestiegene Import weitgehend zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung der einfachen Reproduktion benutzt werden muß und daher längerfristig die Möglichkeit zu weiteren Importsteigerungen skeptisch einzuschätzen ist. Auf der anderen Seite kann Importsubstitution durchaus den langsamen Aufbau einer ausgewogenen Produktionsstruktur bedeuten, bei der dann allerdings der spätere Import sehr gezielt und in eingeschränktem Maße vorgenommen werden kann. Daß also eine durch Importsubstitution bedingte mittelfristige Steigerung der Importe eine Industrialisierung weiter hintertreiben kann und nicht Ausdruck eines fortschreitenden Industrialisierungsprozesses zu sein braucht, wird von den Autoren nicht erwogen. Statt dessen wird hochtrabend davon gesprochen, daß sie "nachgewiesen" (!) hätten, die "Exportmonopole" unterstützten "reformkapitalistische Regierungen" in der Dritten Welt. Ebenso wird undifferenziert und apodiktisch behauptet, daß die "wirtschaftliche Entwicklung" der Dritten Welt die "Basis" der erweiterten Reproduktion der "Exportmonopole" darstelle. (S. 106)

Auch scheint der Hinweis, die BRD werde aufgrund ihrer stark auf Investitionsgüter ausgerichteten Exportstruktur am meisten von dieser Entwicklung profitieren, wenig bedacht zu sein. Denn obwohl die BRD wohl seit Mitte der fünfziger Jahre eine solche Ex-

Westberliner Buchladen Kollektive

Marxistische Theorie

Psychologie • Padagogik

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99
Tel.: (0311) 883 25 53

Buchhandlung Karin Röhrbein
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 32 29 83

Jürgens Buchladen
1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40
Tel.: (0311) 769 16 25

Wir arbeiten zusammen
Wir kontrollieren die Profite gemeinsam
Wir bauen Handarchive auf:
Zeitschriften: Das Politische Buch
Psychologie, Erziehung:
Buchhandlung Röhrbein
Marxistische Theorie: Jürgens Buchladen
Wir verschicken gemeinsame Literaturlisten

portstruktur aufweist, ist ihr Anteil an den Gesamtexporten der kapitalistischen IL in die EL viel kleiner als der der USA, Frankreichs, GBs und Japans; ebenso ist der Teil der Gesamtexporte der BRD, der durch Länder der Dritten Welt aufgenommen wird, kleiner als bei den anderen kapitalistischen Hauptländern. Der Rückgang des Anteils der Exporte der kapitalistischen Industrieländer in die EL an den Weltexporten von 1956 ca. 28 % auf 1965 21 % findet seine Parallele in den entsprechenden Zahlen für die BRD: 1956 ca. 21 %, 1965 ca. 14 %.

Ferner stellt die OSI-Gruppe fest, daß zwischen den "Exportmonopolen" und den "extraktiven Monopolen" ein scharfer Interessengegensatz insofern besteht, als erstere einen reformkapitalistischen Weg für die EL anstreben, während letztere "mit den entwicklungshemmenden Kompradoren" (S. 106) kollaborieren.

Die Interessen der imperialistischen Investoren, gleichgültig in welchem Sektor sie sich niederlassen, sind im Prinzip gleichgeartet. Wie künstlich und realitätsfremd dieser "Widerspruch" ist, kann man aus folgenden Überlegungen und Beispielen ersehen. Erstens sind beide "Gruppen" der imperialistischen Bourgeoisie nicht immer gleichzeitig im gleichen Land zu finden; ihre Politik unterscheidet sich dadurch jedoch nicht. Wo nur eine "Gruppe" zu finden ist, wie z.B. in Mexiko (im "sekundären Sektor") ist ihre Politik nicht grundsätzlich verschieden etwa von der in Chile, wo ihre Haupttätigkeit sich auf den Bergbau erstreckt. Zweitens: Wo Vertreter beider "Gruppen" gleichzeitig in einem Land anzutreffen sind, sind keinerlei Interessendivergenzen festzustellen. Bisher ist jedenfalls kein gegenteiliger Fall bekanntgeworden: in der Form etwa, daß sich in einem EL Colgate Palmolive und Standard Oil New Jersey gegenseitig das Wasser abgegraben hätten oder in eine scharfe Auseinandersetzung über die jeweilige "Entwicklungsstrategie" eines gemeinsam ausgebeuteten Landes geraten wären. Die von den Autoren in angeblich differenzierter Betrachtung gefundenen Widersprüche zwischen den einzelnen Fraktionen der imperialistischen Bourgeoisie verflüchtigen sich vollends, wenn auch der an sich naheliegenden Tatsache Beachtung geschenkt wird, daß gerade die in der Dritten Welt aktiven Großkonzerne in der Regel auf horizontaler, vertikaler oder diagonaler Konzentration beruhende Monopolunternehmen sind. Ein Beispiel für den letzteren Fall bilden die Cerro de Pasco-Bergbaugesellschaft und die W.R. Grace Co. (beide US-amerikanisch). Die Cerro de Pasco hat ihre Finger in Peru im Kupferbergbau, in der Viehwirtschaft und in verschiedenen verarbeitenden Industrien. Noch eindeutiger ist dies bei der W.R. Grace Co., die nicht nur in Peru, sondern auch in einer Reihe anderer lateinamerikanischer Länder Monopolstellungen inne hat. Sie besitzt in Peru Zuckerrohrplantagen (vor kurzem von der Militärjunta enteignet), Papierindustrie, Glas- und Nahrungsmittelunternehmen, bis vor kurzem die Fluggesellschaft PANAGRA (Panamerican-Grace), die Schiffahrtsgesellschaft Grace-Line und eine Export-Import-Firma. (6) Für den vertikalen Verbund ist als Beispiel die brasilianische Ferteca, S.A., eine Gemeinschaftsgründung deutscher Stahlkonzerne (August-Thyssen-Hütte, Rheinische Stahlwerke, Hoesch AG und die Friedrich Krupp Hüttenwerke) mit brasilianischen Anteilseignern zu nennen. Diese der verarbeitenden Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zuzurechnenden Konzerne sind "am weiteren Ausbau der brasilianischen Eisenerzförderung interessiert". (7) Das Interesse der deutschen Elektroindustrie am gesicherten und billigen Bezug von Kupfer und Aluminium oder der chemischen Industrie an Erdöl und Kohlewasserstoffen dürfte nicht geringer sein. Diese Zusammenhänge sind schließlich auch in das Bewußtsein der Autoren getreten, was sie jedoch nur als weiteres komplizierendes Moment empfunden haben und ihre Kernthese unberührt ließ. Anstatt der vielseitigen Aktivität der in Übersee engagierten Monopole weiter nachzugehen, behalfen sie sich mit folgender nichtssagender Formel

> "Eine Bewegungsform erhält dieser Widerspruch nur in Gestalt reform-kapitalistischer Regierungen des oben genannten zweiten Typs, Regierungen, die die kapitalistische Entwicklung ihrer Länder durch Begünstigungen des Auslandskapitals vortreiben wollen..." (S. 106)

Eine kritische Prüfung der vorgetragenen Thesen muß aber vor allem auf die zentrale Behauptung der Autoren hinsteuern. Die auch von den imperialistischen Ideologen verbreitete Auffassung der Interessenkoinzidenz zwischen den Gesamtinteressen der imperialistischen Länder bzw. deren stärkster Interessengruppen und den "entwicklungswilligen" und "dynamischen" Gruppen der EL (von den Autoren "reformkapitalistische Regierungen" genannt) wird von ihnen in keiner Weise ausgeführt und belegt. Diese auf falschen Begriffen, ungenügender Tatsachenkenntnis und falschen Interpretationen basierende Fiktion wird schließlich am Ende des Aufsatzes von den Autoren selbst destruiert bzw. als mit der Realität nicht übereinstimmend denunziert. So kommen sie zu dem Resultat, daß die beiden "reformkapitalistischen" Vehikel einer raschen Industrialisierung (eigenständige Industrialisierungspolitik einer nationalen Bourgeoisie oder eine vom Auslandskapital besorgte rasche Industrialisierung) nicht existieren oder aber die von unseren Autoren ihnen zugedachte Rolle nicht übernehmen wollen und oder können. Das von ihnen gezogene Fazit: "Für die Länder der Dritten Welt bedeutet dies zweierlei: Entwicklung der Unterentwicklung und ökonomische Beherrschung durch die kapitalistischen Industrieländer" (110) läßt die Frage nach dem Sinn und nach der Richtigkeit aller vorherigen "differenzierten" Betrachtungen aufkommen. Der letzte Rettungsversuch ihrer Konstruktion gipfelt in der Behauptung, daß die langfristigen Interessen der "Exportmonopole" an ein rasches Wachstum der nationalen Industrien in den EL gekoppelt seien. Unglücklicherweise verhindern die "kurzfristigen" Interessen der Exportmonopole sowie die Einflüsse anderer räuberischer Fraktionen des Auslandskapitals eine solche schnelle Entwicklung einer einheimischen Industrie in den EL. Auch kann sich anscheinend der im langfristigen kapitalistischen Gesamtinteresse rational handelnde Staat nicht gegenüber all der Kurzsichtigkeit der Monopole durchsetzen! Offensichtlich lassen sich die sogenannten "langfristigen" oder "systemrationalen" Interessen des Kapitals oder besser: vieler Kapitale kaum definieren, geschweige denn realisieren. Der ihm eingepflanzte Verwertungs- und Herrschaftstrieb drängt das Kapital beständig zur Erweiterung und Expansion. Das Kapital ist maßlos. Diese Maßlosigkeit findet ihre Schranke an der Gegenwehr der ihm Unterworfenen – oder aber an sich selbst. "Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst." (Marx) Das stets gegenwärtige Widerspruchsvolle seiner Produktions- und Expansionsweise macht jeden Gedanken an ein "langfristiges, rationales Interesse" immer wieder zunichte. Das Phänomen des klassischen Imperialismus und des modernen Neokolonialismus wäre sonst ebensowenig zu erklären wie das Entstehen sozialistischer Staaten.

Dieter Boris, Luis Alberto Castillo

6 Vgl. hierzu: J. Petras und N. Rimensnyder: "What is happening in Peru? ", in: MONTHLY REVIEW, Febr. 1970, Vol. 21, H. 9, S. 15-28.

7 NZZ v. 27.6.1970, Fernausgabe 174.

Wir bitten unsere Leser, Einzelexemplare der SOZIALISTISCHEN POLITIK in Zukunft nur noch bei den Westberliner Buchladen Kollektiven zu bestellen:

Das politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburgerstraße 99
Buchhandlung Karin Röhrbein, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Jürgens Buchladen, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40.

Abonnementsbestellungen laufen nach wie vor über die Redaktion.

Replik zur Kritik von D. Boris und L.A. Castillo:

Boris und Castillos zentrale Angriffe richten sich auf:

1. unsere These, daß die Exportmonopole an einer Industrialisierung der Dritten Welt interessiert seien;

2. unsere Unterscheidung zwischen den Interessen der Exportmonopole und der extraktiven Monopole.

ad 1) Am Beispiel der westdeutschen Exportmonopole werde ich unsere Thesen über die Interessen dieser Monopole noch einmal skizzieren, um dann auf Boris und Castillos Bemerkungen einzugehen:

Bekanntlich ist die Exportabhängigkeit der westdeutschen Industrie seit Beginn der 50er Jahre permanent gewachsen: Die Exportquote wuchs von 1956 14 % auf 19,8 % im Jahre 1968. (1) Die Exportquote der Branchen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Chemie liegt beträchtlich über dem Durchschnitt: von 1956 bis 1968 stieg die Exportquote des Maschinenbaus von 28,6 % auf 40,1 %, des Fahrzeugbaus von 30,2 % auf 44,5 %, der Elektrotechnik von 17,6 % auf 23,2 % und der Chemie von 21,4 % auf 30,8 %. (2)

Interessant ist nun, daß diese Branchen am Export der BRD in die Entwicklungsländer stärker partizipieren als am Gesamtexport der BRD: so betrug der Anteil von Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Chemie an den Gesamtexporten 58,1 %, an den Exporten in die Dritte Welt allerdings 70,1 %. (3) Zu fragen ist unter diesen Voraussetzungen, welche Haltung diese Branchen gegenüber der Industrialisierung der Entwicklungsländer einnehmen. Ist die These der Baran-Schule und Pierre Jalees richtig, wonach das metropolitane Kapital eine Industrialisierung der Dritten Welt aus Marktsicherungsinteressen unterminiere? Offensichtlich widersprechen theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen dieser auch von Boris und Castillo eifrig verfochtenen, aber nirgends systematisch belegten Behauptung. Die Analysen der Strukturveränderungen in den Importen der Entwicklungsländer seit Beginn der 50er Jahre – wie sie insbesondere von Peter Müller (4) und Helmut Hesse (5) durchgeführt wurden – zeigt, daß die Importsubstitution in den Entwicklungsländern nicht zu einer Verringerung der Importe, wohl aber zu einer Strukturveränderung der Importe dieser Länder geführt hat. Für die Bestimmung der Interessen der Exportmonopole ist wichtig, daß bei dieser Importstrukturverschiebung der Anteil der Fertigwaren von 1951 59,4 % auf 66 % im Jahre 1965 anstieg, die Branchen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Chemie (SITC-Teile 5+7) ihren Importanteil von 1951 27,5 % auf 39,1 % 1965 verbesserten, während der Importanteil der übrigen Fertigwaren (SITC-Teile 6+8, das sind Textilien, Leder- und Schuhwaren etc.) von 31,9 % auf 26,9 % sank. Im industriellen Wachstumsprozeß von 1951 bis 1965 haben die Entwicklungsländer ihre Importe an Investitionsgütern (Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik) und an chemischen Waren überproportional gesteigert. (6)

1 STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, 1957 und 1969, S. 207 und 209.
2 Ebd.
3 STJBRD, 1969, S. 294, eigene Berechnung der Prozentwerte.
4 DIE BEDEUTUNG DER INDUSTRIALISIERUNG UNTERENTWICKELTER LÄNDER FÜR DEN DEUTSCHEN INDUSTRIEEXPORT, Hamburg 1968.
5 STRUKTURWANDLUNGEN IM WELTHANDEL 1950 – 1960/61, Tübingen 1967.
6 Müller; a.a.O., Tabelle 5, S. 34.

Boris und Castillos Bemerkung, daß die Rubrik Investitionsgüterindustrien zu ungenau sei, ist richtig. In der Tat müssen der Verwendungszweck und die Entwicklungstendenzen der Waren dieser Industriezweige berücksichtigt werden. Ihre Vermutung jedoch, daß der Konsumgüteranteil der Investitionsgüterexporte und -investitionen der BRD in der Dritten Welt höher liege als der entsprechende Anteil an den Exporten und den Investitionen in der übrigen Welt, ist falsch. (7) Hätten sie Peter Müllers Studien genauer untersucht, wäre ihnen sicherlich auch die Tabelle 29 aufgefallen, aus der hervorgeht, daß die elektrotechnische Industrie in die Dritte Welt überproportional (im Vergleich zu den Gesamtexporten dieser Branche) hochwertige elektrotechnische Waren exportiert, während Exporte elektrotechnischer Haushaltswaren eine minimale Rolle spielen. (8)

Auch Boris und Castillos Bemerkungen über einen angeblichen Widerspruch in Müllers Thesen über die Importsubstitution hätten durch ein gründlicheres Studium des ersten Teiles seiner Studie vermieden werden können. Generell sind Boris und Castillos Thesen zur Importsubstitution äußerst unqualifiziert: einerseits behaupten sie, es sei denkbar (!?), daß die Importsubstitution in den Entwicklungsländern zu einer Verzerrung der Produktionsstruktur führe, so daß "Längerfristig die Möglichkeit zu weiteren Importsteigerungen skeptisch einzuschätzen" sei; andererseits halten Boris und Castillo auch eine

7 An insgesamt drei Stellen in ihrer Kritik wird deutlich, daß Boris und Castillo offensichtlich von der falschen Vorstellung ausgehen, die Konsumgüterexporte und die Konsumgüterinvestitionen spielten in den außenwirtschaftlichen Beziehungen der Metropolen zu den Entwicklungsländern die überragende Rolle: bei ihrer Interpretation unseres Begriffs "Exportmonopole", bei ihrer Abhandlung über die Importsubstitution und schließlich in dem hier erwähnten Zusammenhang.
8 Müller; a.a.O., S. 117.

Importsubstitution für möglich, die den "langsamen Aufbau einer ausgewogenen Produktionsstruktur" zur Folge habe, diese Länder würden dann allerdings "in eingeschränktem Maße" importieren. Zum ersten Argument ist zu sagen, daß eine derartige Entwicklung natürlich "denkbar" ist, ob sich allerdings dieser Prozeß tatsächlich in den Entwicklungsländern vollzieht, muß bestritten werden, denn in den Entwicklungsländern, in denen sich die Importsubstitution bereits über mehrere Jahrzehnte vollzieht (Argentinien und Brasilien zum Beispiel), sind nicht sinkende, sondern steigende Importe mit der oben erwähnten Strukturverschiebung zu beobachten. Beim zweiten Denkmodell scheinen die Autoren ein statisches Modell der Beziehungen zwischen Industrialisierungsprozeß und Außenhandel vor Augen zu haben: als würde der Industrialisierungsprozeß automatisch alle Importe ersetzen und sie nicht in Verbindung mit dem genannten Struktureffekt erheblich steigern, wie es alle bisherigen Erfahrungen lehren. Dieses statische Modell scheint Boris und Castillo auch bei ihrer leerformelartigen Bemerkung Pate gestanden zu haben, Kurt Steinhaus habe "im großen und ganzen" (!?) mit seiner Behauptung recht, wonach mit dem Aufbau einer Stahl-, Maschinen-, Elektro- und chemischen Industrie in der Dritten Welt die kapitalistischen Industrieländer ihre Absatzmärkte verlieren würden. Statt derartige Leerformeln und theoretisch und empirisch unfundierte Denkmodelle über die Importsubstitution zu verbreiten, sollten diese Imperialismus"theoretiker" endlich die seit Jahren überfällige Analyse vorlegen, in der ihre Marktverlustthese mit den dieser These so offensichtlich widersprechenden realen Tendenzen in den Außenhandelsbeziehungen sowohl zwischen den Metropolen als auch zwischen Metropolen und Dritter Welt in Einklang gebracht wird. Wie wenig Boris und Castillo ihre Bemerkungen mit einer Realanalyse zu verbinden in der Lage sind, zeigen auch zwei weitere Beispiele in diesem Zusammenhang:

So behaupten sie, der Anteil der BRD an den Gesamtexporten der kapitalistischen Industrieländer sei geringer als der der USA, Frankreichs und Großbritanniens, obwohl doch die BRD unserer Meinung nach die der Industrialisierung der Dritten Welt am besten entsprechende Exportstruktur aufweise. Tatsächlich spricht die Entwicklung der Exporte in die Dritte Welt für unsere Einschätzung: die BRD konnte ihren Anteil an den Importen der Dritten Welt von 1953 4,4 % auf 1966 6,7 % erhöhen, wobei der Anteil der BRD an Maschinenimporten der Dritten Welt wiederum ein erheblich günstigeres Bild für die BRD vermittelt: während sich der Anteil der USA an den Maschinenimporten der Dritten Welt von 1953 46,4 % auf 1965 39,1 %, der Frankreichs von 7,0 % auf 5,4 % und der Großbritanniens von 21 % auf 16,7 % verschlechterte, verbesserte sich die Position der BRD von 10,9 % auf 15,9 %. (9)

Ferner lasen Boris und Castillo am 23.7.70 in der Frankfurter Rundschau, daß der westdeutsche Maschinenbau die meisten Auslandsinvestitionen in Brasilien getätigt habe. Das überrascht Boris und Castillo, uns nicht, denn diese Meldung "scheint", wie sie schreiben, mit unseren Thesen übereinzustimmen. Um diesen Eindruck zu verwischen, verschanzen sich Boris und Castillo flugs – wie überhaupt an vielen Stellen ihrer "Kritik" – hinter einer Tirade von Fragen, die erst noch beantwortet werden müßten, ehe sich unsere Thesen bestätigen. Zu ihrem Unglück sind Boris und Castillo auch in dieser Frage der Sache nicht auf den Grund gegangen: hätten sie nur die Quellen des von ihnen zitierten Franz Heidhues untersucht, wüßten sie, daß sich unsere Thesen besser belegen lassen als mit einem Zitat aus der FR:

9 Müller; a.a.O., S. 66 und S. 90.

Da wir nicht a l l e SOPO-Bezieher persönlich kennen können, bitten wir darum, bei Überweisungen den vollen Namen und die Adresse anzugeben.

1964 hatten die Branchen Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau und Fahrzeugbau an den gesamten Auslandsinvestitionen der BRD einen Anteil von ca. 47 %. (10) Bei den Direktinvestitionen in den an der Spitze der Auslandsinvestitionen stehenden kapitalistischen Industrieländern erreichte der Anteil dieser Branchen ca. 27 % in der Schweiz, ca. 19 % in Kanada, ca. 47 % in Frankreich, ca. 75 % in Belgien und Luxemburg und ca. 55 % in den USA. Aufgrund des von uns in SOPO 6/7 entwickelten Zusammenhangs von Absatzmärkten und Direktinvestitionen ist zu erwarten, daß der Anteil der Branchen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Chemie an den Direktinvestitionen in der Dritten Welt relativ höher liegt als bei den Direktinvestitionen in den kapitalistischen Industrieländern, denn diese Branchen haben einen höheren Anteil an den Exporten in die Dritte Welt als an den Exporten in die kapitalistischen Industrieländer. Der Anteil dieser Branchen an den Direktinvestitionen in den vier wichtigsten Investitionsländern der BRD in der Dritten Welt bestätigt diese Vermutung: Brasilien: ca. 78 %, Argentinien: ca. 70 %, Indien: ca. 80 % und Mexiko: ca. 79 %.

10 "Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland", in: MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, 17. Jg., Nr. 12, S. 24 und 25. In der in dieser Abhandlung vorgenommenen Aufgliederung der Wirtschaftszweige treten die Branchen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Chemie stets in Verbindung mit anderen Wirtschaftszweigen auf, so daß die aus dieser Tabelle errechneten Zahlen nicht exakt sind. Als Indikatoren des hier untersuchten Zusammenhangs sind sie dennoch völlig ausreichend, weil hier einerseits der Vergleich Metropole–Dritte Welt interessiert und andererseits die in Verbindung mit unseren vier Branchen erwähnten Branchen einen irrelevanten Anteil an den Investitionen in der Dritten Welt haben.

internationale marxistische diskussion

wird von einem sozialistischen Kollektiv herausgegeben. Sie wird in unregelmäßiger Folge Arbeiten zu Problemen marxistischer Theorie und nicht-revisionistischer Praxis veröffentlichen.

1. Charles Bettelheim: Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in "sozialistischen Ländern" DM 2,-
2. L.Colletti/L.Libertini/L.Maitan/L.Magri: Lenins "Staat und Revolution"- Heute DM 5,-
3. Martin Nicolaus: Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx DM 4,-
4. Edoarda Masi :Der Marxismus von Mao u. die europäische Linke DM 2,-
5. Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen J.-P.Sartre und "Il Manifesto". Eingeleitet von R.Rossanda DM 3,-
6. Jean Laplanche: Marcue und die Psychoanalyse DM 2,-
7. Lucio Colletti: Zur Stalin-Frage DM 2,-
8. Maurice Godelier: System, Struktur und Widerspruch im "Kapital" ca. DM 3,-

Der Verlag ist kein Profitunternehmen; alle Mitarbeiter können Einsicht in Kalkulation und Rechnungsführung nehmen.

merve verlag berlin
1 berlin 15, postfach 327

Die besondere Bedeutung der Entwicklungsländer für die genannten Wirtschaftsbranchen ist auch aus dem absoluten Stellenwert der Hauptinvestitionsländer in der Dritten Welt für die Gesamtinvestitionen dieser Branchen abzulesen. So liegt Brasilien hinter Belgien/Luxemburg an zweiter Stelle der Gesamtauslandsinvestitionen der Branchen Maschinenbau und Fahrzeugbau; Argentinien liegt an dritter Stelle und die vier Entwicklungsländer Brasilien, Argentinien, Indien und Mexiko hatten 1964 einen Anteil von ca. 31 % an den Gesamtauslandsinvestitionen dieser beiden Branchen. Bei den Auslandsinvestitionen der elektrotechnischen Industrie liegt Brasilien sogar an erster Stelle, Argentinien hält die sechste Position und Brasilien, Argentinien, Indien und Mexiko haben zusammen einen Anteil von ca. 29 % an den Auslandsinvestitionen dieses Wirtschaftszweiges. Für die chemische Industrie gelten folgende Zahlen: Brasilien liegt an erster Stelle, Indien an siebenter, Mexiko an achter und Argentinien an neunter Stelle; zusammen haben diese Länder einen Anteil von 25 % an den Auslandsinvestitionen dieser Branche. Zusammenfassend läßt sich zum Punkt 1 sagen:

Angesichts der empirischen Importstrukturanalyse der Entwicklungsländer, die eine zunehmende Bedeutung der Importe an Investitionsgütern und Waren der chemischen Industrie auswies, angesichts des hohen Anteils gerade dieser Branchen an den Exporten der BRD in die Dritte Welt und angesichts der absolut und relativ hohen Bedeutung der Dritten Welt für die Auslandsinvestitionen dieser Wirtschaftszweige scheint das Interesse dieser Branchen an einer industriellen Entwicklung der Dritten Welt eindeutig.

ad 2) Unsere Unterscheidung zwischen den Interessen der Exportmonopole und der extraktiven Monopole halten Boris und Castillo für eine reine Fiktion: "Die Interessen der imperialistischen Investoren, gleichgültig in welchem Sektor sie sich niederlassen, sind im Prinzip gleichartig." Obwohl Boris und Castillo sich bereits mehrere Jahre mit Problemen des Imperialismus beschäftigen, scheint ihnen noch nicht aufgefallen zu sein, daß die Investitionsmotive der Exportmonopole und der extraktiven Monopole verschieden sind, was für ihre jeweilige Rolle im Entwicklungsprozeß der Dritten Welt wesentlich ist.

In den neueren Imperialismustheorien wird als Investitionsmotiv der metropolitanen Kapitale in der Dritten Welt regelmäßig das Extraprofitstreben angegeben, was dann häufig mit den Profitraten des US-Kapitals in der Dritten Welt belegt wird. Nun zeigen aber Untersuchungen über die Investitionsmotive westdeutscher Unternehmen in der Dritten Welt, daß hier – wo die Exportmonopole einen Anteil von mindestens 70 % an den Gesamtinvestitionen in der Dritten Welt haben (11) – das Marktsicherungs- und Markterhaltungsmotiv überwiegt. Auf Extraprofitstreben lassen diese Studien (z.B. die des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (12)) nicht schließen, vielmehr hatten 78 % der vom HWWA untersuchten Investitionen in der Dritten Welt höhere "Gesamtkosten" als entsprechende Investitionen in der BRD. (13) Auch die von uns in SOPO 6/7 vorgenommene Aufschlüsselung der Profittransfers der US-amerikanischen Kapitale nach Erdölindustrie und verarbeitender Industrie deutet darauf hin, daß die Angaben über die hohen durchschnittlichen Profitraten des US-Kapitals in der Dritten Welt aus dem starken Anteil der tatsächlich enorme Extraprofite erzielenden Erdölmonopole resultierten, so daß die Exportmonopole wahrscheinlich keine überdurchschnittlichen Profitraten haben.

11 DEUTSCHE PRIVATE DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND, interne Veröffentlichung des BMWi, 1969.
12 Vgl.: "Deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern", in: WIRTSCHAFTSDIENST 1969/IV.
13 Ebd.

Aus den unterschiedlichen Investitionsmotiven und den unterschiedlichen Profittransfers der Exportmonopole und der extraktiven Monopole kann nur folgendes geschlossen werden: Den aus Marktmotiven in der Dritten Welt tätigen Exportmonopolen ermöglicht ein industrieller Wachstumsprozeß die Ausweitung ihres Operationsfeldes, ihre realisierten Profite werden deshalb überwiegend im Entwicklungsland selber verwertet; demgegenüber sind die extraktiven Monopole überwiegend auf die Metropolenmärkte orientiert und verwerten auch dort den überwiegenden Teil ihrer in der Dritten Welt erzielten Extraprofite, was eine erhebliche Belastung der Zahlungsbilanzen der von ihnen heimgesuchten Länder zur Folge hat. Berücksichtigt man schließlich noch, daß die extraktiven Monopole meist eine Schlüsselrolle im Außenhandel der Entwicklungsländer wahrnehmen, so überrascht es nicht, daß bereits am Staatskapitalismus orientierte Regierungen in der Dritten Welt ihre Enteignung vornehmen. So ist es nicht uninteressant, daß die Militärregierungen in Bolivien und Peru gerade die Guilf Oil C. und die Standard Oil N.J. enteignet haben, nicht aber die binnenmarktorientierten ausländischen Direktinvestitionen in ihren Ländern.

Boris und Castillos Kritik besteht in diesem Zusammenhang nicht aus Argumenten, sondern aus schlechter Kasuistik: zwei von drei "Gegenbeispielen", die sie anführen, treffen unsere Argumentation überhaupt nicht, denn von Papierindustrien, Glas- und Nahrungsmittelunternehmen, von Fluggesellschaften und Schiffahrtsgesellschaften und von Handelsunternehmen haben wir nicht gesprochen; das dritte Gegenbeispiel haben wir in SOPO 6/7 selber schon berücksichtigt. Anstatt sich in dieser Kasuistik zu erschöpfen, hätten Boris und Castillo hier theoretische Gegenüberlegungen anzustellen, die sich zentral auf die Politik der Erdölmonopole – die weitaus bedeutendsten extraktiven Monopole – beziehen müßten.

Klaus Busch

Theodor Prager
Vom Glanz und Elend der politischen Ökonomie

Eric Aarons
Australien – Eine autonome KP

Franz Marek
Chronik der Linken

Hubert Friesenbichler
Verdummt in alle Ewigkeit?

Klaus Pierwoß
Theater und Gesellschaft

wiener tagebuch

Eine Monatsschrift, links und unabhängig

Nr. 10 – Oktober 1970

Herausgeber: "Verein der Freunde des Wiener Tagebuch", Chefredakteur Franz Marek. Redaktion: Lustkandlgasse 4-6, A - 1190 Wien.

wiener tagebuch

Einzelheft: DM 1,80; Jahresabonnement DM 18,–, Studenten DM 12,–; Konto Nr. 644031601 bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Zweiganstalt Allerheiligenplatz, A - 1200 Wien

GESCHICHTE DER JUGEND

Band I
Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJI

Band II
Gründung und Aufbau der KJI

Band III
Der Kampf um die Massen Vom II. zum V. Weltkongreß

KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

pro Band ca. DM 7.–

trikont verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 43 38 74
BAG-Nr. 16 515

ERNST BUSCH 1
Lieder der Arbeiterklasse
1917 — 1933
30-cm-Langspielplatte
Bestell-Nr. 77101
DM 19,00

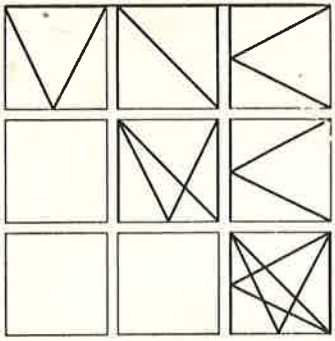
ERNST BUSCH 2
Lieder
des spanischen Bürgerkrieges
30-cm-Langspielplatte
Bestell-Nr. 77102
DM 19,00

DEUTSCHE
ARBEITERLIEDER
30-cm-Langspielplatte
Bestell-Nr. S 66201
DM 19,00

KÄMPFENDES
AFRIKA
Südafrikanische
Widerstandslieder
30-cm-Langspielplatte
DM 19,—

Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund
Humboldtstraße 12
Tel. 14 39 96

...hören Sie mal rot! „pläne“



Enrica Collotti Pischel
Die chinesische Kulturrevolution
60 Seiten, DM 4,00

Probleme sozialistischer Politik Band 18

Spontaneität und Aktion im „Wohlfahrtsstaat"
Die schwedischen Massenstreiks im Winter 1969/70
ca.160 Seiten, ca. DM 10,00

Probleme sozialistischer Politik Band 20

Richard Müller
Vom Kaiserreich zur Republik
Band I und II
XX/219/296 Seiten,
ca. DM 30,00
Studienausgabe
ca. DM 16,00

Archiv sozialistischer Literatur Band 19

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution
Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1929, Format 28,5 x 21 cm
528 Seiten, flexibler Einband im Schuber
DM 50,00

Studienausgabe DM 20,00

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution
Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1928, Format 28,5 x 21 cm
225 Illustrationen
592 Seiten, flexibler Einband im Schuber
ca. DM 50,00
Studienausgabe
ca. DM 25,00

Max Hoelz
Vom „Weissen Kreuz" zur roten Fahne
Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse
393 Seiten, DM 18,00
Studienausgabe DM 10,00

Harry Magdoff
Das Zeitalter des Imperialismus
181 Seiten, DM 10,00

Probleme sozialistischer Politik Band 17

Rosa Luxemburg
Die Akkumulation des Kapitals und Antikritik
446/120/VII Seiten
DM 28,00
Studienausgabe DM 9,00

Archiv sozialistischer Literatur Band 1

Henryk Grossmann
Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems
628/XIII Seiten, DM 36,00
Studienausgabe DM 18,00

Archiv sozialistischer Literatur Band 8

Henryk Grossmann
Aufsätze zur Krisentheorie
ca. 290 Seiten, ca. DM 18,00
Studienausgabe
ca. DM 9,00

Archiv sozialistischer Literatur Band 20

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Myliusstrasse 58
Telefon (0611) 72 75 76